

Rechenschaftsbericht

des Rektors der
EBERHARD KARLS UNIVERSITÄT TÜBINGEN

Professor Dr. Dr. h.c. Eberhard Schaich

über die Amtszeit vom

1. Oktober 2000 bis 30. September 2001

Rechenschaftsbericht Band 90

Inhalt

Vorwort	8
1 Die hochschulpolitische Situation im Umfeld der Eberhard Karls Universität	11
1.1 Die aktuellen Diskussionsthemen	11
1.2 Erfahrungen mit den neuen Gremien	14
1.3 Veränderungen in den Fakultätsstrukturen	16
1.4 Eigen- und Fremdsteuerung der Universität	17
1.5 Neue Entwicklungen in der Hochschulregion	19
1.6 Wahlen	21
1.7 Aktuelle universitätspolitische Entwicklungen	21
1.8 Universitätsmedizin und Klinikum	27
1.9 Gleichstellung	33
1.10 Bericht der Wissenschaftlichen Mitarbeiter	36
1.11 Bericht der Sonstigen Mitarbeiter	39
2 Neues Rektorat und Personalia	41
2.1 Veränderungen im Rektorat	41
2.2 Personalia	41
3 Aus Gremien und Verwaltung	56
3.1 Das bisherige und das neue Rektorat	56
3.2 Der Universitätsrat	58
3.3 Die Dekane	62
3.4 Der Senat	64
3.5 Die Dezernenten	66
4 Forschung	69
4.1 Allgemeine Grundsätze	69
4.2 Schwerpunktforschung	71
4.3 Die Entwicklung der Drittmittelwerbung	73
4.4 Internationale Forschungsk Kooperationen und EU-Programme	73
4.5 Patente, Messe- und Ausstellungsbeiträge	78
4.6 Technologietransfer und Existenzgründung; Steinbeis-Transferzentren	79
4.7 Handreichungen zur Vermeidung von Fehlverhalten in der Wissenschaft	80

5	Lehre	82
5.1	Vorbemerkungen	82
5.2	Neue und reformierte Studiengänge	82
5.3	Graduiertenkollegs	84
5.4	Das Akademisches Beratungszentrum	86
5.5	Evaluation	89
5.6	Akkreditierung	89
5.7	Aktuelle Probleme des Studiums aus der Sicht der Studierenden	90
5.8	Die Prüfungsdatenverwaltung	94
5.9	Die Hochschuldidaktik	94
5.10	Landesprogramme im Bereich Lehre	95
5.11	Perspektiven	96
6	Internationalisierung und Partnerschaften	98
6.1	Mission Statement	98
6.2	Internationale Qualifizierung von Studierenden	98
6.3	Internationalisierung des wissenschaftlichen Austausches	98
6.4	Englischsprachige Lehrangebote	99
6.5	Zertifizierung in englischer Sprache	99
6.6	Veranstaltungen zu deutscher Sprache, Geschichte und Kultur	99
6.7	Erhöhung der Attraktivität der Universität für ausländische Studierende	100
6.8	Geographische Schwerpunkte für die Internationalisierung	102
7	Struktur- und Entwicklungsplanung	102
7.1	Das Konzept der Aufstellung der Struktur- und Entwicklungsplanung	102
7.2	Die inneruniversitäre Organisation der Struktur- und Entwicklungsplanung	103
7.3	Erforderliche Stellenumwidmungen	104
7.4	Die Notwendigkeit der Flexibilisierung im Stellenbereich	
7.5	Kriteriengemäße Vergabe und Gewinnung von Poolstellen	107
7.6	Frauenförderpläne innerhalb der Struktur- und Entwicklungsplanung	107
7.7	Der Solidarpakt	112
8	Finanzen und Personal	117
8.1	Neue Steuerungsmodelle	117
8.2	Finanzsituation	118
8.3	Haushaltsvollzug	119
8.4	Zentrale Pools des Ministeriums	122

8.5	Personalentwicklung	123
8.6	Ausblick	125
9	Die Außenwirkung der Universität	126
9.1	Öffentlichkeitsarbeit: Die Universität im Spiegel der Medien	126
9.2	Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit	128
9.3	Neue Medien - Die Universität im Internet	129
9.4	Universität beim Festen und Feiern	130
9.5	Ehemaligen-Kontakte: Universität Tübingen Alumni	131
9.6	Jubiläumsjahr 2002	132
10	Universitätsbau in Tübingen	133
10.1	Universität ohne Medizin	133
10.2	Medizinbau	136
10.3	Investitionen in wissenschaftliche Geräte	137
11	Zentrale Einrichtungen und Organisationsformen	138
11.1	Die Universitätsbibliothek	138
11.2	Das Zentrum für Datenverarbeitung	139
11.3	Studium Generale	142
11.4	Das Fachsprachenzentrum	144
11.5	Das Universitätsradio	147
11.6	Studio Literatur und Theater	148
11.7	Zeicheninstitut	150
11.8	Wissenstransfer	150
11.9	Multi-Media-Labor	151
11.10	Universitätsarchiv	152
11.11	Tierschutzbeauftragter	153
11.12	Studium und Beruf	155
11.13	Internationales Zentrum für wissenschaftliche Zusammenarbeit	155
11.14	Universitätsbund	156
12	Chronik	158
	Stichwortverzeichnis	161

Übersichten im Text

Drittmittleinwerbung der Medizinischen Fakultät	28
Förderungen im Rahmen des Forschungsschwerpunktprogramms	72
Drittmittelentwicklung	74
Drittmittelherkunft	75
Drittmittleinnahmen nach Fächergruppen	76
Drittmittel: Neubewilligungen	77
Graduiertenkollegs	85
abzulösende Stellenfinanzierungen	105
Stellenumwidmungstableau	106
Solidarpakt – entfallene Stellen 1997-2001	114
Einnahmen und Ausgaben 2000	119
Finanzausstattung der Fakultäten	120
Aufwendungen und Erträge Medizinische Fakultät	121
Aufteilung der Mittel aus zentralen Pools	123
Personalstellen – Entwicklung	124
Großgerätebeschaffung 2000/2001	137
Archivnutzung	152

Anlagen

A 1	Entwicklung der Studierendenzahlen seit 1992 (Kopfzahlen)	164
A 2	Prüfungsstatistik Sommersemester 2000	165
A 3	Prüfungsstatistik Wintersemester 1999/2000	169
A 4	Zahl der Studienfälle Wintersemester 1999/2000	173
A 5	Entwicklung der Studienanfängerzahlen seit Wintersemester 1990/91	179
A 6	Gesamtzahl der Studierenden der Universität Tübingen	180
A 7	Entwicklung der Zahl der ausländischen Studierenden seit 1990/91	181
A 8	Entwicklung der Studierendenzahlen (Fallzahlen) der Fakultäten seit 1997/98	182
A 9	Entwicklung der Studierendenzahlen (Kopfzahlen) der Fakultäten seit 1997/98	183
A 10	Studierende im 14. Fachsemester und höher 2000/2001	184
A 11	Anzahl der Studierenden in einem Zweitstudium 2000/2001	187
A 12	Stellenübersicht nach dem Haushaltsplan 2001	188
A 13	Altersstruktur C 4-/C 3-Professoren (ohne Medizin)	189
A 14	Personalstatistik wissenschaftlicher Dienst nach Vollzeit/Teilzeit; männlich/weiblich	190
A 15	Drittmittelbeschäftigte	192
A 16	Beschäftigte im wissenschaftlichen Dienst ohne Drittmittel	195

Verzeichnis der im Text verwendeten und dort nicht gesondert erläuterten Abkürzungen

ABZ	Akademisches Beratungszentrum der Universität Tübingen
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BA/MA	Bachelor- bzw. Magister (-Studiengänge)
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
ECTS	European Credit Transfer System
FuE	Forschung und Entwicklung
HBFG	Hochschulbauförderungsgesetz
HRG	Hochschulrahmengesetz
HRK	Hochschulrektorenkonferenz
HSP	Hochschulsonderprogramm
LRK	Landesrektorenkonferenz
MWK	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg
SFB	Sonderforschungsbereich
UG	Universitätsgesetz Baden-Württemberg
UKT	Universitätsklinikum Tübingen
ZVS	Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen

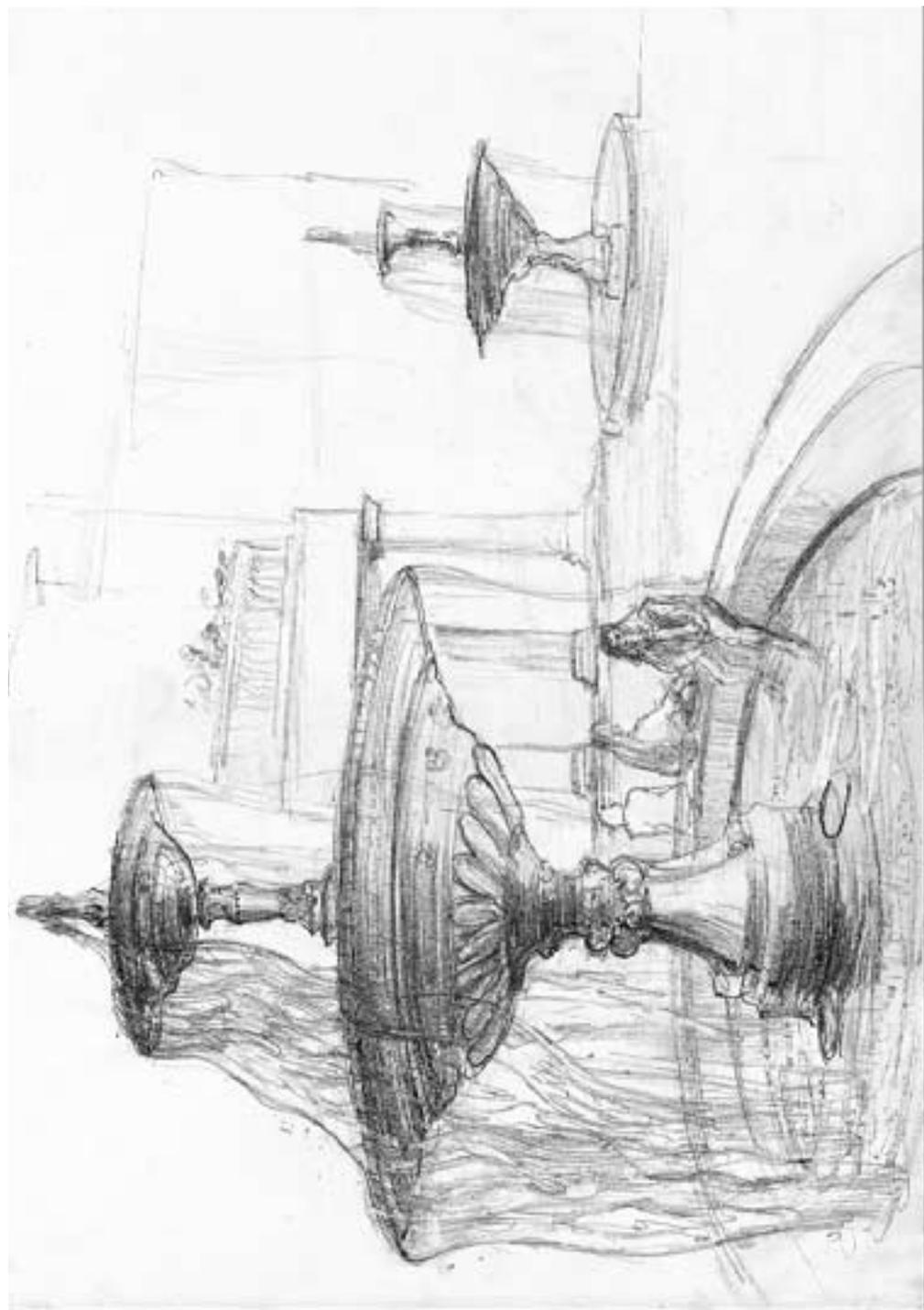
Soweit kein besonderer Hinweis erfolgt, steht die männliche Sprachform (z. B. Mitarbeiter) auch für die weibliche Sprachform (z. B. Mitarbeiterinnen). Diese Form der Darstellung wurde der besseren Lesbarkeit halber gewählt.

Vorwort

Dieser Rechenschaftsbericht bezieht sich auf die Zeitspanne vom 01. Oktober 2000 bis 30. September 2001 und ist in seiner Konzeption seinem Vorgänger nachgebildet. Er ist also auch programmatisch, nicht nur berichtend angelegt und soll vor allem auch zukunftsbezogen sein. Das im letzten Bericht umgesetzte Konzept, auch Personalinformationen aufzunehmen, hat sich bewährt und wird beibehalten. Auch der Gedanke, den Berichtstext durch Grafiken, Tabellen und Zusammenfassungen zu beleben und informativer zu gestalten, wird weitergeführt und ausgebaut. Zentrale Themen dieses Berichtes sind neben den laufenden Struktur- und Entwicklungsplanungen der Universität und der Fakultäten die in Arbeit befindliche Änderung des Besoldungs- und Dienstrechts der Hochschullehrer, die Grundfrage der Ausgestaltung der Universitätsautonomie in der Zukunft in einer immer ökonomischer ausgerichteten Bildungsgesellschaft und einige Fragen der Außenwirkung der Universität Tübingen. Daneben wird dieser Bericht, wie seine Vorgänger, zureichend ausführliche Antworten auf ein Fragenprogramm geben, das sich in den letzten Jahren als Grundstruktur des Rechenschaftsberichts des Rektors herausgebildet hat, das indessen auch dieses Mal aktuellen Entwicklungen angepasst wurde.

Die Fragestellungen der Gegenwart und Zukunft sind nicht so neu, dass man sie in der Geschichte der Universität nicht in Umrissen wiederfinden würde. Im Jahresbericht für die Zeitspanne vom 15.03.1920 bis 30.04.1921 schreibt mein (mittelbarer) Vorgänger Carl Sartorius, dass "auch das Verhältnis der akademischen Behörden zu der Staatsaufsicht noch ohne Schaden eine Lockerung verträgt". Das Thema Hochschulautonomie hat offenbar zwischen 1921 und 2001 seine Aktualität nicht eingebüßt. Die damalige Besoldungsreform habe für Professoren nicht nur Gewinn gebracht, schrieb Sartorius. Vielmehr sei eine Minderung der Attraktivität der Landesuniversität für auswärtige Gelehrte zu beklagen, die er durch besondere Maßnahmen der Staatsregierung zum Einzelfall zu bekämpfen hoffe. Die Universität beherbergte damals etwa 3000 Studierende, darunter 200 Frauen. Strukturell hat sich inzwischen offenbar doch einiges bewegt; weibliche Studierende bilden gegenwärtig die Mehrheit.

Interessant für eine vergleichende Analyse der Jahre 2001 und 1921 sind weitere Informationen aus dem Jahresbericht von Sartorius: Die urgeschichtliche Sammlung wurde zu einem Institut erweitert und auf Schloss Hohentübingen untergebracht. Umstrukturierungsmaßnahmen erfolgten in der Form, dass die Lehrstühle für Forstwissenschaft eingezogen wurden und der zugehörige Studiengang Sommer 1920 entfallen ist. Hingegen wurde eine weitere Professur für Germanische Philologie und eine außerordentliche Professur für Sozialpolitik und Sozialrecht neu eingerichtet. Wie verwandt manche Strukturen von damals und heute sind, ist bemerkenswert.



Dieser Rechenschaftsbericht ist wiederum in arbeitsteiliger Zusammenarbeit vieler Mitverfasser aus der Universitätsleitung und -verwaltung entstanden. Die Gesamtverantwortung liegt beim Rektorat und insbesondere beim Rektor. In diesem Bericht geäußerte Bewertungen werden vom Rektorat und vom Rektor geteilt; bei den Beiträgen von Gruppen wird indessen deren Verantwortlichkeit ersichtlich. Das (bisherige) Rektorat, das an der Abfassung dieses Berichtes auch persönlich beteiligt gewesen ist, dankt allen Mitautoren und Mitgestaltern für ihre Beiträge, die häufig aus einer dynamischen Entwicklung heraus unter großem Zeitdruck abgefasst werden mussten.

Besonderer Dank gebührt Klaus Bartsch, Klaus-Dieter Bell, Helwig Börger, Wolfgang Dettinger, Hans-Joachim Dezelski, Michael von Doering, Berndt von Egidy, Johann Fischer, Rainer Funke, Katharina Hauser, Maja Heiner, Klaus Heinrich, Alexander Hunger, Franz Iglauer, Sabine Jäger, Ilse Jahns, Claudia Jarmuzewski, Dietmar Kaletta, Bernd Kampelmann, Tobias Kaphegyi, Heribert Kneer, Kurt Kolata, Uwe Kolbe, Sigi Lehmann, Axel Markert, Rolf Matthes, Jutta Pickel, Birgit Reiß-Theurer, Jürgen Rottenecker, Michael Seifert, Friedrich Stracke, Heike Straub, Susanne Weitbrecht, Johannes Wischnath, Fritz Zürn. In den Dank eingeschlossen werden für die EDV-Redaktion, die Datenaufbereitung und das Layout Monika Benitsch, Elke Schuler und Maximilian von Platen. Die Zeichnungen entstammen der Feder von Frido Hohberger, Universitätszeichenlehrer.

Rektorat und Rektor erhoffen sich vom Rechenschaftsbericht 2001 des Rektors der Universität Tübingen ein breites Echo aus der universitären und außeruniversitären Öffentlichkeit.

1 Die hochschulpolitische Situation im Umfeld der Eberhard Karls Universität

1.1 Die aktuellen Diskussionsthemen

Zu Beginn wird zum Stand des Gewerbeparks auf der Oberen Viehweide, zu den öffentlichen Diskussionen über die Struktur- und Entwicklungsplanung der Tübinger Universität und zur öffentlichen Troia-Kontroverse Stellung bezogen.

Einige Themen haben der Universität Tübingen im vergangenen Sommer über Wochen hinweg eine ungewöhnliche Zuwendung der Medien auch weit außerhalb der Region gebracht.

Ein wichtiges und in die Zukunft weisendes Ereignis ist indessen regionsspezifisch und dürfte Universitätsstadt und Universität in eine neue Entwicklungsphase vorrücken lassen: Mit der am 2. November 2001 erfolgten Grundsteinlegung für die Errichtung eines ersten Labor- und Verfügungsgebäudes im hochschulnahen Gewerbepark Obere Viehweide wird Realität, was in großer Einmütigkeit gemeinsam erdacht und umgesetzt wurde. Tübingen ist nicht nur Wissenschaftsstandort von hohem Rang, sondern wird eine neue Zukunft durch junge Unternehmungen haben, die aus der Universität heraus entstehen und deren Fortentwicklung nur durch die Nähe zur universitären Wissenschaft zu sichern ist. Die Vision eines Unternehmertums durch innovative Wissenschaftler mit der Perspektive der Zusammenführung von Erfindung und Verwertung ist alsbald Wirklichkeit. Der Universitätsstadt Tübingen, ihrem Gemeinderat, ihrer Oberbürgermeisterin Brigitte Russ-Scherer und allen anderen Beteiligten, darunter auch der Industrie- und Handelskammer Reutlingen und der Stadt Reutlingen, ist für die Konsequenz zu danken, mit der sie diese Entwicklung vorangetrieben haben. Mit ihr wird auch die Position der Universität gestärkt.

Die Struktur- und Entwicklungsplanung der Universität, die nach ministerieller Vorgabe im Jahr 2001 vorgelegt werden muss, ist knapp nach Beginn erster inneruniversitärer Gesprächsrunden aus der Universität heraus in eine öffentliche Diskussion von großer Reichweite getragen worden. Zentrale Perspektiven der Profilierung der Universität für einen härter werdenden Wettbewerb durch Internationalisierung, Einführung reformierter Studiengänge und vor allem durch Ausbau ihrer Schwerpunkte und Beseitigung von Schwachstellen standen dabei eher im Hintergrund. Erörtert und kritisch kommentiert wurde fast ausschließlich die vom Rektorat in den Planungsprozess zwangsläufig einbezogene Stellensituation an der Universität. Ca. 60 an der Universität ausgebrachte und besetzte Stellen sind nur auf Zeit und von außen finanziert. Ihre Weiterführung nach Auslaufen der Außenfinanzierung wurde durch die Universität im Zuge der Verhandlungen mit den Geldgebern aufgrund von Gremienbeschlüssen im Zeitraum von 1996 bis 2000 verbindlich zugesagt. Diese ca. 60 Stellen müssen zusammen mit weiteren ca. 30 Stellen, aus denen ein kleiner zentraler Pool entstehen soll, in den nächsten Jahren aus dem Stellenbestand der Universität restituiert werden.

Die Universitätsleitung hat diese Notwendigkeiten seit längerer Zeit bekannt gemacht, jedoch wurde dies offenbar nicht allgemein zur Kenntnis genommen (vgl. z. B. Rechenschaftsbericht 1999/2000, S. 96). Überraschung und Unwillen hat zu Beginn hervorgerufen, dass mit den Umwidmungen nunmehr Ernst gemacht werden muss.

Zur Struktur- und Entwicklungsplanung der Universität haben im Sommer und Herbst zahlreiche Gesprächsrunden, zunächst mit den Fakultäten, stattgefunden, die sich dann auch intensiv in der Arbeit der Gremien, also der Fakultätsräte und Fakultätsvorstände und der Strukturkommission, des Senates und des Universitätsrates, ausgewirkt haben. Die Entstehung der Verpflichtung wurde ebenso ausführlich diskutiert wie die Notwendigkeit, einen zentralen Stellenpool einzurichten. Dieser wird weiterhin als Einstieg in eine Phase höherer Stellenflexibilität verstanden, die es in Zukunft weiter zu vergrößern gilt.

Auf der Grundlage der Gespräche und der Diskussion in den Gremien hat das Rektorat Anfang September einen detaillierten und zahlenmäßig konkretisierten Entwurf für den Stellenumwidmungsprozess auf der Grundlage von ca. 90 Stellen vorgelegt. Er besteht aus einem Tableau, das eine kriterienorientierte Verteilung der aufgelaufenen Lasten über die Fakultäten festlegt; den Fakultäten soll im Rahmen dieser Vorgaben freie Hand gelassen werden.

Im vergangenen Halbjahr wurde überdeutlich, wie stark ein Lastenverteilungsprozess eine partizipativ angelegte Universität belastet. Die Universität Tübingen hat dabei indes den Nachweis erbracht, dass sie auch bei der Verteilung von Lasten, die zwangsläufig starke Interessengegensätze erzeugt, autonomiefähig ist.

Letztlich haben die zentralen Gremien der Universität (Senat, Universitätsrat) dem vom Rektorat vorgelegten Tableau zugestimmt, nachdem man sich auch über Vorgehensweisen bei der Poolbildung und der Verteilung von Poolstellen verständigt hatte. Die Struktur- und Entwicklungsplanung der Universität, die einen Allgemeinen Teil und einen unter der Verantwortung der Fakultäten bestehenden Teil umfasst, wurde einschließlich Stellentableau und Kriterienkatalogen am 22. November 2001 im Universitätsrat beschlossen. Insgesamt wurde deutlich, dass die Flexibilisierung von Stellen in den Entscheidungsprozessen der Universität in der Zukunft kontinuierlich ein verstärktes Gewicht einnehmen muss.

Die Medienkontroverse, die aus der Universität heraus entfacht wurde und in welcher die Rede war von "Kulturkampf an der Universität", Misstrauen und Polarisierung im Inneren, Ausbau der Bio- und Informationswissenschaften zu Lasten der Geistes- und Kulturwissenschaften, die angeblich als Steinbruch fungierten, und die Anfeindungen der Informatik und der Biowissenschaften einschloss, hat eine große und kritische Aufmerksamkeit auf die Universität Tübingen gelenkt. Unsere Einigungsfähigkeit wurde in Zweifel gezogen und mit unserem Autonomiebestreben konfrontiert. Diese Bewährungsprobe hat die Universität mit den doch mit eindrucksvoller Mehrheit getroffene-



nen Beschlüssen zweifelsfrei bestanden. Die öffentliche Diskussion in überregionalen Medien wurde dabei z. T. mit Behauptungen geführt, die nicht zutreffen. Auch nach den Stellenumwidmungen, mit denen sowohl die Geistes- und Sozialwissenschaften wie die Naturwissenschaften belastet sind, wird die Zahl der Professorenstellen und Assistentenstellen in den Geistes- und Sozialwissenschaften noch höher sein als in den Naturwissenschaften. Die traditionelle geistes- und sozialwissenschaftliche Ausrichtung neben einer ebenso traditionellen naturwissenschaftlichen und medizinischen Ausrichtung unserer Universität seit ihrer Gründung war und ist nicht in Frage gestellt.

Die Ausgrabungen unseres Prähistorikers Manfred Korfmann in Troia haben weltweite Aufmerksamkeit auf sich gezogen und sich in Troia-Ausstellungen in Stuttgart, Braunschweig und Bonn – weitere Orte werden folgen – mit großem Publikumsinteresse manifestiert. Er hat mit seinen wissenschaftlichen Aktivitäten auch einen wesentlichen Beitrag zur wissenschaftlichen Reputation der Universität Tübingen geleistet. Über mögliche Schlussfolgerungen aus den Troia-Befunden Manfred Korfmanns ist im vergangenen Sommer ein öffentlicher Disput entbrannt, der vom Tübinger Althistoriker Frank Kolb entfacht wurde. Offenbar geht es vor allem um die Bedeutung Troias im 13. und 12. Jahrhundert v. Chr., die von Korfmann höher veranschlagt wird als von Kolb. Inzwischen haben sich in diesen Fragen in der Archäologie und den an sie angrenzenden Fächern zwei Lager gebildet. Die Schärfe der Auseinandersetzung ist von der einen der beiden Seiten über das in der Wissenschaft übliche Maß hinaus gesteigert worden. Aus der Sicht der Universität ist eine in der Öffentlichkeit geführte Diskussion zwischen Tübinger Fachleuten um eine hochrangige wissenschaftliche Frage selbstverständlich erfreulich und wünschenswert, wenn sie auch in ihrer Form wissenschaftlichen Anforderungen entspricht.

Die Universitätsleitung hat die Initiative ergriffen und wird im Februar 2002 in Tübingen ein Symposium veranstalten, das den aufgeworfenen Troia-Fragen gewidmet ist. Das Symposium soll den Rahmen für eine wissenschaftliche Diskussion der Fachleute zu den Fragen abgeben, die in der Öffentlichkeit streitig erörtert wurden.

1.2 Erfahrungen mit den neuen Gremien

Es wird ein kurzer Überblick über die Arbeit der zentralen und zum Teil neu geschaffenen Gremien der Universität gegeben.

Am 9.11.2000 trat der Universitätsrat, laut UG "Hochschulrat", zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Tilman Todenhöfer, stellvertretender Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH, wurde zum Vorsitzenden und Dietrich Niethammer, Leitender Ärztlicher Direktor der Universitätskinderklinik, zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Der Universitätsrat hat sich eine Geschäftsordnung gegeben, die neben anderem mindestens eine Sitzung im Studienjahr vorsieht. Tatsächlich wurden für die Kalenderjahre 2001 und 2002 jeweils fünf Sitzungen veranstaltet bzw. terminiert. Gemäß Grundordnung der Universität und Geschäftsordnung des Universitätsrats hat die Frauenbeauftragte in Angele-

genheiten, die einen Bezug zu ihrem Aufgabenfeld haben, ein Vortragsrecht vor dem Universitätsrat. Sie wird auf dieser Grundlage regelmäßig und frühzeitig über die im Universitätsrat anstehenden Themen unterrichtet.

Der Universitätsrat hat zunächst die in § 18 UG aufgezählten Einzelaufgaben zu erledigen. Bei seiner bisherigen Tätigkeit hat sich die Auffassung herausgebildet, dass Routineangelegenheiten dieses Kataloges, etwa die Stellungnahme zu Studien- und Prüfungsordnungen, den Universitätsrat nicht in Anspruch nehmen sollten. Sonst wird seine eigentliche Aufgabe, die Entwicklung der Universität voran zu bringen, zu sehr behindert. Entsprechend soll auch Einfluss genommen werden, dass der Aufgabenkatalog des § 18 UG bei nächster Gelegenheit deutlich verkürzt wird.

Das Selbstverständnis des Universitätsrates wird vor allem durch die Themen verdeutlicht, die er bereits bearbeitet oder sich für die nahe Zukunft vorgenommen hat. Hier sind zunächst das Programm zur weiteren Internationalisierung der Universität (Kapitel 6 dieses Berichtes), das Professorendienstrecht (Abschnitt 1.7), die Studien- und Strukturreform und die Struktur- und Entwicklungsplanung (Kapitel 7 und oben, Abschnitt 1.1) zu nennen. Mit Letzterer hat sich das Gremium im Sommer und Herbst 2001 intensiv und beschlussfassend beschäftigt.

Die Zusammensetzung des Universitätsrates aus sechs externen und sieben internen Mitgliedern hat sich als sinnvoll erwiesen. Die Einbringung von Kompetenz aus der Wirtschaft, aus öffentlichen Verwaltungen und aus der Universität selbst gewährleistet sachkundige und auch wissenschaftlich einsichtige, wissenschaftspolitische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Aspekte berücksichtigende Entscheidungen. Eine am 11. Juni 2001 veranstaltete öffentliche Diskussion mit Mitgliedern des Universitätsrates, die einen guten Zuspruch fand, hat diese Einschätzung bestätigt.

Die Inanspruchnahme der Mitglieder des Universitätsrates durch mehrere längere Sitzungen pro Jahr hat sich in Einzelfällen als Problem erwiesen. Ihre berufliche Belastung ist so groß, dass gelegentlich Terminierungsprobleme auftraten. Auch aus dieser Perspektive ist zu folgern, dass die Aufgaben des Universitätsrates auf die wirklich grundlegenden Entscheidungen konzentriert werden müssen.

Die Strukturkommission wurde von der Universität in ihre Grundordnung als beratendes Gremium des Senats aufgenommen und damit in ihrer Funktion ausdrücklich beibehalten. Ihre Beratungsaufgabe konzentrierte sich auf die Vorbereitung der Berufungsvorgänge und auf die Mitwirkung bei der Struktur- und Entwicklungsplanung. Gerade die letztere Aufgabe hat sie in ihrer Bedeutung gestärkt, auch wenn sie nicht mehr einem Verwaltungsrat im Sinne früherer Regelungen zuarbeitet.

Der Senat ist nach wie vor das zentrale Beschlussgremium in den Angelegenheiten von Forschung, Lehre und Studium, die nicht anderen Gremien zugeordnet sind. Neben sei-

ner Entscheidungsverantwortung bei Berufungen kommt seiner Mitwirkung bei der Struktur- und Entwicklungsplanung große Bedeutung zu. Es ist vor allem das Gremium, in welchem die Angelegenheiten der Fakultäten, die Entscheidungen eines Zentralorgans erfordern, bearbeitet werden; letztere sind in § 19 (1) UG genannt. Der Senat ist das Organ der Universität, in dem die Partizipation der Gruppen an den Entscheidungen der Universität nach wie vor verwirklicht ist und nachhaltig gut funktioniert.

Die Zuständigkeiten des Rektorates umfassen (§ 12 (3) UG) unter anderem die Verteilung der der Universität zugewiesenen Stellen und Mittel, die Vorbereitung der Struktur- und Entwicklungsplanung einschließlich Personalentwicklung und die Aufstellung und den Vollzug der Wirtschaftspläne. Seit Gültigkeit des neuen Universitätsgesetzes werden in den Sitzungen des Rektorates regelmäßig auch Beschlüsse gefasst, die dem Aufgabenkatalog des ehemaligen Verwaltungsrates entsprechen. Rektoratssitzungen finden in etwa wöchentlichem Abstand statt.

Im neuen UG wurde den Fakultätsvorständen (Dekanaten), die aus Dekan, Prodekan und Studiendekan bestehen, eine erhebliche Entscheidungskompetenz übertragen (§ 23 UG). Es hat sich herausgestellt, dass mit diesen Regelungen zwar eine Verminderung des Gewichtes der Fakultätsräte erfolgte, die Aktions- und Reaktionsmöglichkeiten der Fakultäten jedoch gesteigert werden konnten. Die arbeitsteilige Organisation der Dekanate, welche vom UG (§ 23 (3)) speziell eingeführt wurde, hat sich vielfach bewährt.

1.3 Veränderungen in den Fakultätsstrukturen

Nachfolgend wird über die Aktivitäten an der Universität berichtet, der neuerdings vorgegebenen Mindestgröße einer Fakultät in allen Bereichen zu entsprechen.

Die bisherige Geschichtswissenschaftliche Fakultät und die bisherige Philosophische Fakultät erfüllten beide die neuerdings geforderte Mindestgröße von 20 Professoren nicht annähernd. Die Nachbarschaft beider Disziplinen aus mehreren fachlichen, personellen und historischen Perspektiven hat frühzeitig die Idee einer Fusion gefördert. Im Wintersemester 2000/2001 wurden in beiden Fakultäten die entsprechenden Beschlüsse gefasst und in Dekans- und Fakultätsratswahlen im Sommersemester 2001 umgesetzt. Für die ab 1. Oktober 2001 neu bestehende Fakultät für Philosophie und Geschichte wurden Insti-tutsstrukturen neu geschaffen, die effiziente Arbeitsabläufe ermöglichen. Auch bezüglich der Mitwirkung der beiden Bereiche im Dekanat wurden Vorgehensweisen verabredet, welche die Mitwirkungsmöglichkeiten der beiden Fächer in symmetrischer Weise sichern. Die strukturellen Maßnahmen erfolgten in Abstimmung mit dem Rektorat.

Schwieriger gestaltet sich die Veränderung der Fakultätsstrukturen im Umfeld von Mathematik und Informatik; beide Fakultäten sind für die neue Größenvorgabe zu klein. Ein Zusammenschluss dieser Fächer wird aus verschiedenen Gründen nicht als unbedingt erstrebenswert erachtet. Zwischen Informatik und dem Psychologischen Institut der Fakultät für

Sozial- und Verhaltenswissenschaften haben inzwischen Gespräche stattgefunden mit dem Ziel, eine Fakultät für Informations- und Kognitionswissenschaften zu bilden. Die Gespräche haben sich positiv entwickelt, sind aber noch nicht abgeschlossen. Im Gefolge dieser Entwicklung dürfte eine Vereinigung der Fakultäten für Mathematik und für Physik in Betracht kommen. Die neuen Fakultätsstrukturen müssen zum 1. Oktober 2002 wirksam werden.

Die Fakultät für Informatik hatte zwar große Anstrengungen unternommen, um ihre Selbstständigkeit zu erhalten. Hierzu hatte sie insbesondere ins Feld geführt, immer noch im Aufbau zu sein und die endgültige Größe noch nicht erreicht zu haben. Das Ministerium hat sich indessen nicht geneigt gezeigt, der Fakultät einen Sonderweg einzuräumen. Bei der Messung der Größe einer Fakultät die Juniorprofessuren, deren Einführung bevorsteht, einzurechnen, wird derzeit als nicht zulässig erachtet.

1.4 Eigen- und Fremdsteuerung der Universität

Das Spannungsfeld Eigen- und Fremdsteuerung wird mit Blick auf die derzeit gegebene Situation kritisch analysiert.

Gerade in letzter Zeit ist in der Universität besonders klar geworden, wie stark Entscheidungen, die das Profil der Universität Tübingen beeinflussen, außerhalb der Universität fallen oder dort präjudiziert werden. Dies ist eine Entwicklung, die Sorgen macht, auch dann, wenn man bereit ist, Grundsatzentscheidungen der Wissenschaftspolitik als Rahmen zu akzeptieren, in dem Hochschulautonomie ihren Platz hat.

Der schon vor mehreren Jahren begonnene Ausbau einiger besonders zukunftsreicher Bereiche der Lebenswissenschaften und die in jüngerer Zeit erfolgte Expansion der Informatik, insbesondere Bioinformatik, sind in den zuständigen Universitätsgremien ordnungsgemäß beschlossen worden. Diese Beschlüsse sind auch aus heutiger Sicht richtig. In diesen Disziplinen sind mehrere neue SFBs entstanden, außerdem wurden zwei Kollegen Leibniz-Preisträger, erlangten also den gewichtigsten deutschen Forschungspreis. Ihre Fachgebiete tragen etwa 20-25 % des Drittmittelaufkommens bei. Die Nachwuchsgruppen des Zentrums für Molekularbiologie der Pflanzen (ZMBP) sind außerordentlich erfolgreich. Indessen sind sie stark gefördert worden dadurch, dass für eine Anlaufphase von in der Regel fünf Jahren erhebliche, meist etwa 50 % des Gesamtvolumens betragende Finanzierungsbeiträge von außen erfolgten, die anschließend von der Universität zu übernehmen sind. Sie hat also zunächst für fünf Jahre nur 50 %, dann 100 % des Finanzierungsvolumens zu tragen. Die Anschubfinanzierung von außen erfolgt nur bei einer Weiterfinanzierungszusage der Universität. Da diese keinerlei zusätzliche Personalmittel erhält und zusätzlich den Solidarpakt erfüllen muss, kann sie die Weiterfinanzierung nur durch Umwidmungen von Stellen und Mitteln aus anderen Bereichen finanzieren.

Die Steuerung der Universität und ihres Wissenschaftsprofils hat also zwei Gesichter: Entwicklung und Ausbau neuer Forschungsbereiche werden durch die Politik nach dort

gültigen Kriterien induziert und präjudiziert. Dies bedeutet Fremdsteuerung der Universität und steht im Gegensatz zur Hochschulautonomie.

Indessen kann es keinem vernünftigen Zweifel unterliegen, dass der Ausbau unserer Universität in Lebens- und Informationswissenschaften eine absolute Notwendigkeit gewesen ist. Eine moderne und traditionsreiche Universität, deren Stärken schon immer in den Geistes- und Kulturwissenschaften ebenso wie in den Natur- und Lebenswissenschaften begründet gewesen sind, hat die Pflicht, innovativen Entwicklungen, die als solche weltweit unstrittig sind, durch geeignete Strukturmaßnahmen Rechnung zu tragen. Sonst gerät ihr Anspruch in Gefahr, für die Gewinnung neuen Wissens und neuer Erkenntnisse erstzuständig zu sein. Der Ausbau der Lebens- und der Informationswissenschaften hätte also bei voll verwirklichter Hochschulautonomie durch Eigensteuerung ebenfalls erfolgen müssen.

Die Umwidmung von Mitteln zur Ablösung eingegangener Verpflichtungen, an der kein Weg vorbei führt, wird selbstverständlich den Universitäten überlassen, gegebenenfalls mit süffisanten Hinweisen auf ihre Autonomie. In unserer Universität wurde deutlich, dass die Eigensteuerung bei der Verteilung von Lasten durchaus Friktionen erzeugen kann. Hauptgrund dafür ist, dass die Beständigkeit von Ausbildungsplänen und -zusagen verloren gegangen ist; durch die Finanzsituation wird eine Flexibilisierung der Mittelverteilung erzwungen, die es vorher nicht gab.

Aus der faktisch gegebenen Situation: Fremdsteuerung bei der Verteilung von Zusatzmitteln; Eigensteuerung bei der Verteilung von Belastungen müssen mehrere Konsequenzen gezogen werden:

1. Die Universitäten müssen, insbesondere auf der LRK-Ebene, ihren Einfluss auf die Wissenschaftspolitik in der Richtung wahrnehmen, dass sie bei der Entwicklung neuer Förderprogramme essentiell beteiligt werden. Nur so kann die Fremdsteuerung durch die Politik eingedämmt werden.
2. Diese Universität muss in einem erheblichen Umfang zusätzlich freie Personal- und Sachmittel erlangen, deren Einsatz ihr im Rahmen ihrer Autonomie überlassen bleibt. Nur so ist sie in der Lage, mit ihrem Profil im Wettbewerb zu bestehen.
3. Die Zuweisung von Personal- und Sachmitteln von außen nur auf Zeit und unter der Bedingung der Weiterfinanzierung durch die Universität gehört auf den Prüfstand. Befristete Finanzierungsangebote müssen in der Universität kritisch unter die Lupe genommen werden. Derzeit hat diese Universität kaum eine andere Möglichkeit, als die Weiterfinanzierungslast den zu expandierenden Bereichen selbst aufzubürden.
4. Der Universität muss der Nachweis gelingen, dass sie nachhaltig zu der nötigen neuen Flexibilität fähig ist und auch die Verteilung von Lasten im Einvernehmen zu meistern versteht.

Die Fremdsteuerung der Universität kann durch Land und Bund, jedoch auch von anderer Seite erfolgen. Beispielsweise hat die DFG mit der Schaffung des neuen Instruments der DFG-Forschungszentren eine neue Förderungsebene beschrrieben. Besonders innovative Bereiche einer Universität mit hoher international wahrnehmbarer Exzellenz können in einem Zentrum zusammengefasst werden, das 10 bis 12 Jahre lang ein zusätzliches Fördervolumen von 8 bis 10 Mio. DM jährlich erlangen soll. Die Universität Tübingen sieht sich mit ihrem Antrag auf Einrichtung eines DFG-Forschungszentrums "Mensch-Maschine-Schnittstellen und biomorphe Systeme: Neuronale und sensorische Grundlagen" nach wie vor in einer aussichtsreichen Position. Mit einem solchen Zentrum, das einem Volumen von drei bis vier SFBs gleichkommt, ist zwangsläufig eine erhebliche Fremdsteuerung der Universität verknüpft, nicht nur über die erforderlichen Eigenbeiträge. Ihre Dispositionsspielräume sind auf Jahre hinaus stark begrenzt. Ihre Fächervielfalt kann Restriktionen erfahren.

Ähnlich sind Stiftungsprofessuren einzuschätzen. Mit ihnen werden Eigensteuerungsmöglichkeiten eingeschränkt. Die spätere Weiterfinanzierung durch die Universität wird in den meisten Fällen erzwungen.

Die Universität Tübingen hat allen Grund, die ihr verbleibenden Chancen für eine Eigensteuerung entschlossen zu nutzen. Dies kann nur dadurch gelingen, dass sie sich größere Flexibilitäten in allen Finanzierungsebenen verschafft.

1.5 Neue Entwicklungen in der Hochschulregion

Die Academy of Medical Innovation und das Institut für Wissensmedien sind neue Einrichtungen im Umfeld der Universität. Der Erfolg der Region Stuttgart bei der BioProfile-Ausschreibung ist eng mit der Universität Tübingen verknüpft.

1.5.1 Die Academy of Medical Innovation and Technology Tübingen - Stuttgart

In den letzten Monaten ist die "Academy of Medical Innovation and Technology Tübingen-Stuttgart" Gegenstand intensiver konzeptioneller Erörterungen gewesen. Unter Nutzung des wissenschaftlichen Potentials der Region Tübingen-Stuttgart in der Medizin und ihren zahlreichen Nachbargebieten sollen Studienangebote und Kompetenzzentren in besonders aktuellen Fächern zukunftsgerichteter Medizin, Medizinökonomie und Medizintechnik geschaffen werden. Dadurch soll auch die Region als Wissenschafts-, Technologie- und Medizinstandort gestärkt werden. Die Studienangebote sehen zunächst die klinische Ernährungsmedizin, das Health Management, Informationstechnologien und Kommunikationswissenschaften sowie die biomolekulare Medizin vor. Die Academy soll als GmbH geführt werden und unter Nutzung der vorhandenen starken Infrastruktur in der Region und mit internationaler Ausrichtung die Vernetzung von Wissenschaft, Industrie und praktischer Anwendung im Gesundheitssektor leisten. Weiterbildungsprogramme werden in den Grenzgebieten der Medizin zur Wirtschaftswissenschaft und Informa-

tionsverarbeitung angesiedelt sein. Studienabschlüsse sollen mit international anerkannter Graduierung erfolgen; Masterabschlüsse sollen im Vordergrund stehen. Die Studierenden dürften vor allem Graduierte, Diplomierte und Promovierte sein, die eine weitere und speziellere Qualifikation anstreben.

Gesellschafter der GmbH sollen neben Universität, Klinikum und Universitätsstadt Tübingen die Universitäten Stuttgart und Hohenheim, die Stadt Stuttgart, Stuttgarter Kliniken, ein Förderverein, das Fraunhofer-Institut und das Naturwissenschaftliche und Medizinische Institut an der Universität Tübingen (NMI) in Reutlingen werden. Das Vorhaben beruht auch auf der Erwartung einer finanziellen Unterstützung des Landes. Eine Konzeption der Academy liegt seit Mai vor. Die Universität Tübingen hat die Hoffnung, dass die Academy of Medical Innovation alsbald ihre Arbeit aufnimmt, obwohl bei der Frage der Mitfinanzierung durch das Land Schwierigkeiten aufgetreten sind.

1.5.2 Das Institut für Wissensmedien

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat am 10. Januar 2001 die Stiftung "Medien in der Bildung" errichtet und genehmigt. Zweck der Stiftung ist es, Forschung auf dem Gebiet der Lern- und Wissensmedien zu fördern sowie den Transfer von Forschungsergebnissen in die Hochschul- und Weiterbildungspraxis vorzubringen. Auf der Grundlage dieses Stiftungszwecks wurde ein "Institut für Wissensmedien" (IWM) mit Sitz in Tübingen eingerichtet. Zum Direktor des IWM wurde inzwischen Professor Hesse, Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften und Institut für Psychologie, bestellt. Das IWM ist ein Institut mit Bund-Länder-Finanzierung, das im Jahre 2001 mit 33 Planstellen im Endausbau, darunter eine Mehrzahl von Stellen für Wissenschaftler, seine Arbeit aufgenommen hat. Das IWM hat die Erforschung und Förderung von Prozessen des individuellen Wissenserwerbs in multimedialen Lernumgebungen und des kooperativen Wissenserwerbs in telematischen Lernumgebungen zur Aufgabe. Das IWM ist in Abteilungen gegliedert. Diese tragen die Verantwortung für die Aufgabenerfüllung in Forschung, Entwicklung, Organisation und Kooperation. Unter Rückgriff auf Erfahrungen mit der Kooperationsvereinbarung zwischen Universität und Deutschem Institut für Fernstudienforschung (DIFF) wird gegenwärtig eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem IWM und der Universität fertiggestellt, auf deren Grundlage weitere Professuren am IWM besetzt werden sollen.

1.5.3 Weitere Entwicklungen

Der Raum Stuttgart-Tübingen-Esslingen-Reutlingen, repräsentiert durch die Regionen Stuttgart und Neckar-Alb, die Städte und die Hochschulen hat eine Ausschreibung des Bundes zur Förderung von Bioregionen im Fördervolumen von ca. 35. Mio. DM gewonnen. Der Förderungszeitraum soll 10 Jahre betragen. Die Federführung bei der Antragstellung hat bei der Region Stuttgart gelegen. Die besondere Bedeutung der Universität Tübingen wird dadurch deutlich, dass ihr etwa 80 % der in den Antrag eingebrachten Pro-

jekte entstammen. Inzwischen wurde die BioProfile GmbH STERN (Stuttgart, Tübingen, Esslingen, Reutlingen, Neckar-Alb) gegründet. Sie hat den weiteren Ausbau der Region zur Bioregion durch Ansiedelung und Förderung von Unternehmen mit biowissenschaftlich orientierten Produktionsprogrammen zum Geschäftsgegenstand und wird einen Sitz in Stuttgart und einen Sitz in Tübingen haben, Letzteren aller Voraussicht nach im Gewerbepark Obere Viehweide. Die Verteilung der Fördermittel wird in einem durch Wissenschaftler und Regionalvertreter gebildeten Konsortium erfolgen, das Organ eines Vereins ist. Dieser wurde vor kurzem in Tübingen gegründet und hat hier seinen Sitz.

In Anwesenheit des damaligen Wissenschaftsministers Klaus von Trotha wurde am 5.2.2001 mit der Fachhochschule Rottenburg ein Kooperationsvertrag abgeschlossen. Die Zusammenarbeit wird sich auf verschiedene Bereiche der Lehre (siehe auch Abschnitt 5.2) und auf die Nutzung von Einrichtungen erstrecken. Promotionsmöglichkeiten für Absolventen der Fachhochschule sowie eine Zusammenarbeit in der Forschung sind weitere Gegenstände des Abkommens.

Gemeinsam mit den Universitäten Hohenheim, Stuttgart und Ulm bildet Tübingen ein regionales Hochschuldidaktik-Zentrum. Dessen fachlicher Schwerpunkt liegt an der Universität Stuttgart. Die hochschuldidaktischen Aktivitäten an der Universität Tübingen werden von der Universität aufgrund entsprechender Vorgaben des Landes mit einer halben Stelle BAT II a unterstützt.

Das Stuttgart Institute of Management and Technology (SIMT) hat seinen Auf- und Ausbau mit der Übernahme eines neuen Studierendenjahrgangs, mit neuen Studienzweigen und auch durch Bezug eines Neubaus in Hohenheim festigen können. Die fachliche und personelle Verflechtung mit der Universität Tübingen, die an der Gründung des SIMT beteiligt gewesen und mit ihr partnerschaftlich verbunden ist, hat sich deutlich intensiviert.

1.6 Wahlen

Es wird über die Wahlen im vergangenen Jahr berichtet.

Im Frühjahr 2001 wurden die Personalratswahlen unter der bewährten Organisation des Gremiensekretariats durchgeführt. Im Juni 2001 erfolgten die Wahlen der Studierenden zum Senat und zu den Fakultätsräten. Gleichzeitig wurde die Wahl zum Fakultätsrat der neuen Fakultät für Philosophie und Geschichte vorgenommen. Anschließend wurde Professor Dr. Anton Schindling für eine Amtszeit ab 01.10.2001 zum Dekan dieser Fakultät gewählt.

1.7 Aktuelle universitätspolitische Entwicklungen

Zunächst kommen aktuelle universitätspolitische Erörterungen auf Landesebene zur Sprache. Dann wird auf die aktuelle und bundesweite Debatte zur Reform des Hochschuldienstrechts eingegangen. Im Abschnitt 1.8.3 wird auch das neue DFG-Pro-

gramm zur Einrichtung von Forschungszentren in seinen Auswirkungen politisch beleuchtet. Schließlich wird der sogenannte Bologna-Prozess diskutiert.

1.7.1 Die wichtigsten Aspekte der universitätspolitischen Diskussion auf Landesebene

Die im Frühsommer neu gebildete Landesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung festgelegt, dass der Solidarpakt mit den Universitäten ohne Wahrnehmung der "Sprechklausel" unverändert fortgeführt werden soll. Die LRK ist in dieser Frage mit der Landesregierung prinzipiell einig. Sie begrüßt, dass die Landesregierung ein Spitzenberufungsprogramm auflegen möchte, das sicherstellen soll, dass in Baden-Württemberg auch in Zukunft die Gewinnung international führender Wissenschaftler möglich sein wird. Angesichts der in den nächsten Jahren in großer Zahl anstehenden Emeritierungen und Pensionierungen ist ein solches Programm für die Universitäten überlebenswichtig. Dringend zu wünschen ist zusätzlich, dass das Land bei der bevorstehenden Phase einer hohen Zahl von Neubesetzungen mit der Möglichkeit von Vorabbesetzungen den Generationswechsel erleichtert. Die Einrichtung von Juniorprofessuren, die (vgl. Abschnitt 1.7.2) in der Universität insgesamt ein geteiltes Echo findet, könnte ebenfalls genutzt werden, um den Generationswechsel zu erleichtern. Allerdings müssten die Stellen dann zusätzlich den Universitäten zugewiesen werden.

LRK und Universität Tübingen sind sich mit der neuen Landesregierung darin einig, dass die Universitätsautonomie zu stärken ist. Damit ist die Hoffnung verbunden, dass das Ministerium von restriktiven Verfahrensvorgaben in Zukunft Abstand nimmt; die "Empfehlungen" zur Gestaltung von Berufungsverfahren vom 16.05.2001 lassen indessen hier einige Befürchtungen aufkommen. Auch erhoffen sich LRK und Universität eine Wiedereinführung einer Experimentierklausel in ein abgeändertes UG, die autonomiefördernd wirkt. Indessen ist mit einer "kleinen" UG-Novelle erst in etwa zwei Jahren zu rechnen.

Eine solche kleine UG-Novelle dürfte vermutlich eine Bereinigung des Aufgabenkataloges des Universitätsrates zum Gegenstand haben. Ministerium bzw. LRK und Universität Tübingen sind sich weitgehend einig, dass der Aufgabenkatalog des § 18 UG um Routineaufgaben bereinigt werden soll.

Die Frage der Weiterentwicklung der Universitätsfinanzen nach Auslaufen des Solidarpaktes rechtzeitig aufzuwerfen liegt im Interesse der Universität. Die LRK sieht vor allem die Möglichkeit, gemeinsam mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Grundsätze für Zielvereinbarungen (Maßnahmenvereinbarungen) zu erarbeiten. Damit soll Leistungstransparenz im Verbund mit längerfristiger Haushaltsplanung gesichert werden. Die Universitäten halten ab 2006 eine Rückkehr zu einer längerfristigen Erhöhung ihrer Budgets für unabdingbar.

Besonderes Gewicht im Umfeld der Gleichstellungspolitik hat die Förderung von Wissenschaftlerinnen bei der Kinderbetreuung. Bei aller Finanzenge wünscht sich die Univer-

sität Tübingen im Einklang mit der LRK, dass die Möglichkeit besteht, dass sie stützend tätig werden kann. Ein jüngst erfolgter Erlass des Ministeriums, dass dieses vorerst wieder möglich sei, wird ausdrücklich begrüßt. Daran wird die Hoffnung auf eine dauerhafte Positivlösung geknüpft. Die Universität Tübingen möchte zusätzlich gegebene Förderungsmöglichkeiten auch auf ihr nichtwissenschaftliches Personal ausgedehnt wissen.

Besonderes Augenmerk ist in der aktuell gegebenen Situation auf die Finanzierung unserer Bibliotheken zu richten. Stagnation der Mittel zusammen mit einer ungeheuren Expansion von Buch- und Zeitschriftenpublikationen, markanten Preissteigerungen und einem unverändert hohen Dollarkurs lassen hier eine Sondermaßnahme des Landes besonders dringlich erscheinen. Leider ist eine solche nicht in Sicht. Eventuell kann der gegebenen schwierigen Situation dadurch etwas entgegengewirkt werden, dass sich Verfahren des "Electronic Publishing" weiter verbreiten.

Der Bereich Studium und Lehre hat auch im Berichtsjahr hohe politische Aufmerksamkeit gefunden. LRK und Universität Tübingen haben ihren intensiven Wunsch geäußert, das Ministerium möge von weiteren Rechtsverordnungen zu Studien- und Prüfungsordnungen Abstand nehmen. Auf die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen wird in Abschnitt 1.7.4 eingegangen.

Universität Tübingen und Landesrektorenkonferenz begrüßen die Absicht der neuen Landesregierung, den Universitäten die Selbstauswahl ihrer Studierenden zu ermöglichen. Die Auswahl sollte dann aber wirklich universitären Kriterien entsprechen und nicht durch ein Geflecht staatlicher Restriktionen zur Pseudo-Auswahl degenerieren. Langfristig sollte die ZVS ihrer Funktionen enthoben werden.

Zu Beginn des Jahres 2001 ist eine wichtige Maßnahme zur weiteren Professionalisierung der Arbeit der Landesrektorenkonferenz erfolgt. In Stuttgart wurde eine Geschäftsstelle eingerichtet und eine hauptamtliche Geschäftsführerin bestellt. Die Geschäftsstelle ist ein wesentliches Instrument für die Verbesserung der Wirksamkeit der Arbeit der LRK in der Politik und in der Öffentlichkeit. Sie soll auch die Erarbeitung von LRK-Konzepten erleichtern und Informations- und Dokumentationsstelle sein.

1.7.2 Die anstehende Reform des Hochschulbesoldungs- und Dienstrechtes

Die politisch weitgehend entschiedene Reform des Hochschulbesoldungs- und Dienstrechtes hat zunächst bei der Besoldung der Hochschullehrer einschneidende Konsequenzen. Zunächst sollen für Professoren an Universitäten und Fachhochschulen feste Grundgehälter der Besoldungsgruppen W 3 und W 2 vorgesehen werden, die, verglichen mit Gehältern in der freien Wirtschaft, sehr niedrig angesetzt sind. Die bisherige C-Besoldung soll verschwinden. Die in der Beamtenbesoldung eingeführte und in der Hochschullehrerbesoldung bisher gültige Besoldungserhöhung nach Dienstaltersstufen soll gestrichen und durch Leistungszulagen ersetzt werden. Die Differenzierung von Gehältern erfolgt durch Leistungszuschläge,

wobei solche durch Berufungen und durch besondere Leistungen in der Forschung, der Lehre und der Selbstverwaltung begründet werden sollen. Das Amt des Juniorprofessors, das neu geschaffen wird, soll in eine Besoldungsgruppe W 1 eingeordnet werden.

Dem Prinzip der leistungsgerechten Besoldung ist im Grundsatz nichts entgegenzusetzen. Die Rahmenbedingungen indessen, unter welchen diese Reform erfolgen soll, geben zu großer Besorgnis Anlass. Das Prinzip, die Besten für den Hochschullehrerberuf zu gewinnen, wird über Bord geworfen. Zunächst ist völlig unklar, nach welchen Kriterien, in welchen Zuständigkeiten und Verfahren Leistungszulagen in welcher Höhe beschlossen werden. Inwieweit dies den Universitäten überlassen werden soll, für welche eine solche Aufgabe neuartig und sicher konfliktrichtig wäre, ist insbesondere offen. Sicher ist jedoch, dass die Differenzierung von Hochschullehrergehältern im Rahmen eines Gesamtbudgets erfolgen soll, das im Prinzip konstant gehalten wird. Nicht einmal den jährlich üblichen allgemeinen Verbesserungen des Niveaus um ca. 2% wird voraussichtlich durch eine Gesamtbudgeterhöhung entsprochen. Jeder leistungsbezogene Zuschlag muss also durch entsprechend schlanke Besoldung bei anderen erwirtschaftet werden. Mangelverwaltung dürfte auch hier im Vordergrund stehen. Auch die Sorge ist berechtigt, dass das neu geschaffene Amt des Juniorprofessors alsbald dazu missbraucht werden muss, "preisgünstig" Lehrbedürfnisse zu befriedigen.

Die Juniorprofessur wird korporationsrechtlich den Vollprofessuren gleichgestellt. Alle bisher eingeführten Stellen des akademischen Mittelbaues, außer Stellen wissenschaftlicher Angestellter und beamteter Mitarbeiter (Akademische Räte), sollen entweder in Juniorprofessuren oder in Stellen wissenschaftlicher Mitarbeiter umgewandelt werden, auch dann, wenn sie sich seit Jahrzehnten bewährt haben. Die Juniorprofessur wird damit zur einzigen Qualifizierungsstelle für den Beruf des Hochschullehrers. Vor allem sollen von Juniorprofessorinnen und -Professoren eigenständig und unabhängig von Professoren Forschungsmittel beantragt werden können. Ob sie dieser Rolle gerecht werden können, ist fraglich. Natürlich gehen die Juniorprofessuren zu Lasten der Stellen des wissenschaftlichen Mittelbaues, da sie durch Umwandlung von Mittelbaustellen geschaffen werden sollen. Fraglich ist, ob die vorgesehene Belastung der Juniorprofessoren durch hohe Lehrdeputate und Selbstverwaltung überhaupt eine zügige Weiterqualifikation zulässt. Insbesondere muss es den Fakultäten überlassen bleiben, in welchem Umfang Juniorprofessuren durch Stellenumwandlungen geschaffen werden. Offensichtlich ist, dass die Juniorprofessur in der in der Diskussion befindlichen Form den Gegebenheiten in der Medizinischen Fakultät in mehrerer Hinsicht widerspricht. Eine ganz besondere Problematik ist für die Fälle absehbar, dass ein Juniorprofessor bzw. eine Juniorprofessorin nach sechs Jahren, wie vorgesehen, aus der Universität ausscheiden muss.



Die anstehende Reform hat explizit die Abschaffung der Habilitation als Qualifikationsweg zum Hochschullehrer zum Ziel. Innerhalb unserer Universität, die auch derzeit eine hohe Anzahl von Habilitandinnen und Habilitanden verzeichnet, gibt es hierzu deutlich unterschiedliche Positionen. Die Fächerkulturen erweisen sich in dieser Frage als höchst verschieden. In den Geistes- und Kulturwissenschaften ebenso wie in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wird eine Beseitigung der Habilitation durch die Politik kritisch gesehen. In den Natur- und medizinischen Wissenschaften hingegen wird die Habilitation als Modell betrachtet, das sich überlebt hat. Eine schroffe Entscheidung gegen die Habilitation durch die Politik, die auf alle Fächer durchschlagen soll, erscheint vor diesem Hintergrund nicht erforderlich und nicht überzeugend.

1.7.3 Chancen auf ein DFG-Forschungszentrum "Mensch-Maschine-Schnittstellen und biomorphe Systeme: Neuronale und sensorische Grundlagen"

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat im Oktober 2000 ein Programm zur Einrichtung von Forschungszentren beschlossen. Diese sollen entscheidend zur Profilbildung der Universität beitragen, sind jedoch verbunden mit der Notwendigkeit, Prioritätsentscheidungen in ihrer Struktur- und Entwicklungsplanung dementsprechend zu treffen. Für die zweite Antragsrunde legte die Universität Tübingen einen Vorantrag für ein Zentrum "Mensch-Maschine-Schnittstellen und biomorphe Systeme: Neuronale und sensorische Grundlagen" vor. Die Universitätsleitung unterstützte diesen, der aus verschiedenen Fakultäten im Verbund gestellt wurde, auch wenn mit ihm verschiedene Fragen noch nicht gelöst waren, die sich auf die Finanzierung beziehen. Sie wird dabei dem Prinzip folgen müssen, dass Zufinanzierungen und Ablösungen von Stellen aus den antragstellenden Bereichen erfolgen. Dass mit einem erfolgreichen Antrag auf ein DFG-Forschungszentrum ein Element der Fremdsteuerung die betreffenden Bereiche erfasst, wurde in Abschnitt 1.6 ausgeführt.

Zum 15. Februar 2002 wird die Universität den von der DFG angeregten Vollantrag zu diesem Forschungszentrum abgeben. Die laufenden Gespräche in der Universität, die vor allem Finanzierungsfragen betreffen, geben zu großem Optimismus Anlass.

1.7.4 Der Bologna-Prozess

Am 19. Juni 1999 haben die europäischen Kultusminister in Bologna eine Erklärung verabschiedet, die für das europäische Hochschulsystem von nachhaltiger Bedeutung sein wird. Gegenstand dieser Erklärung ist die Schaffung eines einheitlichen europäischen Bildungsraums. Das Studium an europäischen Hochschulen soll künftig nach der Relation 3 : 2 : 2 strukturiert sein: auf ein dreijähriges Bachelor-Studium soll nach zwei Jahren der Master-Abschluss folgen; der Doktorgrad ist nach weiteren zwei Jahren zu erlangen. In zahlreichen europäischen Ländern sind die Empfehlungen der Erklärung von Bologna bereits ausformuliertes Ziel der Hochschulen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung als Mitunterzeichner der Erklärung ist die Selbstverpflichtung eingegangen, dass

der "Bologna-Prozess" in Deutschland bis zum Jahre 2010 umgesetzt sein soll. Zu diesem Prozess gehören auch ein Kreditpunkte-System, das mit dem European Credit Transfer System (ECTS) kompatibel ist, die Beseitigung verbliebener Hindernisse in Bezug auf die Mobilität der Studierenden sowie ein gemeinsames Rahmenwerk akzeptierter und vergleichbarer Abschlüsse. Dazu gehört auch die Einführung eines "Diploma Supplement", in welchem die Bedeutung eines Diploms im herkömmlichen deutschen Universitätssystem so erläutert wird, dass internationale Vergleiche möglich sind.

1.8 Universitätsmedizin und Klinikum

In diesem Beitrag der Medizinischen Fakultät wird über die Hochschulmedizin und über deren Entwicklungstendenzen berichtet. Die Finanzierungssituation wird dargestellt und ein Überblick über die Aktivitäten der Fakultät in der Forschung und in der Forschungsförderung gegeben. Ein Bericht über Neuerungen in der Lehre und ein Ausblick auf im Ausbau befindliche Schwerpunkte schließen sich an.

1.8.1 Allgemeine Informationen

Die Medizinische Fakultät erbringt ihre Leistungen in Forschung, Lehre und Krankenversorgung in 17 Kliniken und 18 Instituten mit insgesamt 66 Abteilungen, wovon 54 auch dem Universitätsklinikum zugeordnet sind. 103 Professoren und ca. 1.000 wissenschaftliche Mitarbeiter sind Angehörige der Medizinischen Fakultät. Sie ist Ausbildungsstätte für knapp 3.000 Studierende der Human- und der Zahnmedizin. Im Studiengang Humanmedizin liegt die jährliche Aufnahmekapazität derzeit bei 296 Studierenden, in der Zahnmedizin bei 61.

(1) Forschungsschwerpunkte

Forschungsschwerpunkte bestehen in den Bereichen Neurowissenschaften, Immunologie, Onkologie, Zellbiologie, Suchtforschung, Klinische Pharmakologie und Medizintechnik.

Die externe Förderung dieser Schwerpunkte erfolgt durch die folgenden Forschungsverbände:

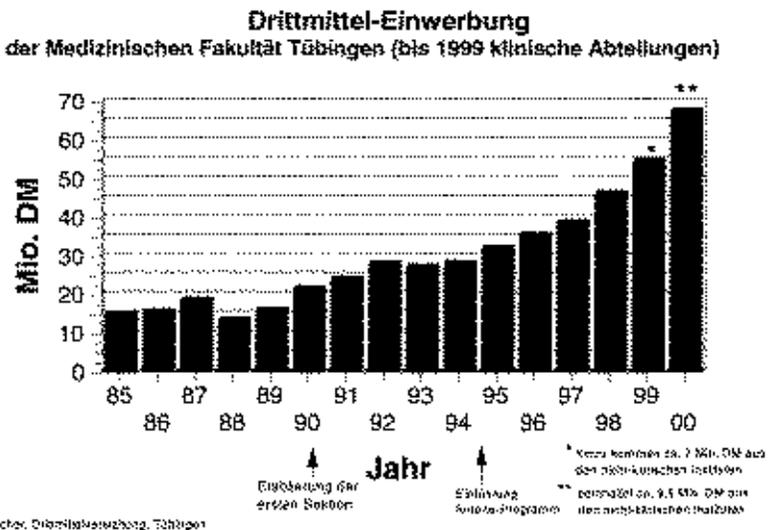
- SFB 307: Neurobiologische Aspekte des Verhaltens und seiner pathologischen Abweichungen (12/1999 abgeschlossen);
- SFB 430: Zelluläre Mechanismen sensorischer Prozesse und neuronaler Interaktionen (seit 1/1996);
- SFB 510: Stammzellbiologie und Antigenprozessierung (seit 7/1997);
- SFB 550: Erkennen, Lokalisieren, Handeln: Neurokognitive Mechanismen und ihre Flexibilität (seit 12/1999);
- Interdisziplinäres Zentrum für Klinische Forschung (IZKF): Zellbiologie in Diagnostik und Therapie bei Erkrankungen von Organsystemen (6/1995; BMBF-Finanzierung);
- Zentrum für klinische Pharmakologie (seit 1/1996; BMBF-Finanzierung);

- Koordinierungszentrum für Klinische Studien (seit 1/2000; BMBF-Finanzierung);
- Kompetenzzentrum Medizintechnik (seit 4/2001; BMBF-Finanzierung).

(2) Haushalt

Das Haushaltsvolumen der Medizinischen Fakultät betrug im Kalenderjahr 2000 ca. 175,8 Mio. DM einschließlich ca. 6,8 Mio. Investitionsmittel, im Jahr 2001 ca. 176,0 Mio. DM einschließlich 6,8 Mio. Investitionsmittel. Verantwortlicher für den Haushalt ist seit Inkrafttreten des Hochschulmedizinreform-Gesetzes am 1.1.1998 der Dekan. Über die Verwendung der Mittel entscheidet der Fakultätsvorstand.

(3) Drittmittel



Die Drittmittel-Einwerbung der Medizinischen Fakultät lag 2000 bei ca. 67 Mio. DM einschließlich ca. 9,5 Mio. DM der nicht-klinischen Institute und der Mittel (vgl. allerdings Abschnitt 4.3), die seitens des MWK per Kassenanschlag für Forschungsprojekte zugewiesen wurden; eingerechnete SFB-Mittel schließen hier auch nichtmedizinische Teilprojekte ein.

(4) Landesweite leistungsorientierte Zuschussbemessung

Bedingt durch die hohe Drittmittel-Einwerbung und auch durch die sehr guten Publikationsleistungen der Mitglieder der Medizinischen Fakultät gehört Tübingen nach 1999 auch 2000 zu den Begünstigten bei der landesweiten leistungsorientierten Zuschussbe-

messung. Im Jahr 2000 wurden 15 % des Landeszuschusses für Forschung und Lehre aufgrund der Drittmittelerwerbungen (10 %) und der Publikationsleistungen (5 %) der baden-württembergischen Medizinischen Fakultäten vergeben. Hierbei hat die Medizinische Fakultät Tübingen mit 3,8 Mio. DM (1999: 2,3 Mio. DM) den höchsten Zuschuss-Steigerungsbetrag erzielt.

1.8.2 Entwicklungen der Berichtszeit

Besonderheiten der Leitung und Wirtschaftsführung der Medizinischen Fakultät, Neuerungen in der Lehre sowie das Verfahren der leistungsorientierten Mittelvergabe innerhalb der Fakultät werden erläutert. Ferner werden die "intramuralen" Förderprogramme beschrieben und Hinweise auf die im Gang befindliche Evaluation und auf im Aufbau befindliche Schwerpunkte gegeben.

(1) Die Trennungsrechnung

Seit Inkrafttreten des Hochschulmedizinreform-Gesetzes zum 1. Januar 1998 obliegt die Leitung der Medizinischen Fakultät dem Fakultätsvorstand, dem neben dem Dekan (Vorsitz) der Prodekan, der Studiendekan Humanmedizin, der Leitende Ärztliche Direktor des Universitätsklinikums, der Kaufmännische Direktor des Universitätsklinikums (beratend) sowie bis zu zwei weitere Mitglieder angehören.

Zum Stichtag 31.12.1998 wurden die Haushalte des Universitätsklinikums und der Medizinischen Fakultät auf die sogenannte Trennungsrechnung umgestellt. Aufgrund der methodischen Schwierigkeiten bei der Trennung der Budgets der einzelnen Betriebsbereiche (Wirtschaftende Einheiten) wurde hierbei ein System der differenzierten Pauschalierung vorgezogen. D. h. für jede Einrichtung wurde in 10%-Intervallen gestuft ein Anteil des Budgets für Forschung und Lehre einerseits und Krankenversorgung andererseits festgelegt. Seither entwickeln sich die beiden Budgetbereiche unabhängig voneinander. Es ist nicht zu übersehen, dass in der Trennungsrechnung Ungleichgewichte zwischen den Budgets für Krankenversorgung einerseits und für Forschung und Lehre andererseits existieren. Die Trennungsrechnung kann nicht die tatsächlichen Verhältnisse in den einzelnen Bereichen wiedergeben. Durch die 2001 beginnende "7-Jahres-Evaluation" (s. weiter unten) von jährlich fünf bis acht Abteilungen sowie bei Gelegenheit von Berufungsverhandlungen sollen diese Imbalancen mittelfristig unter Einbeziehung externen Sachverständigen und Vor-Ort-Begutachtungen beseitigt werden.

Zum 1. Januar 2000 wurden auch die Haushaltsmittel der medizinisch-theoretischen Institute aus dem Haushalt der Universität in den Haushalt der Medizinischen Fakultät überführt, so dass dieser nun in einem eigenen Wirtschaftsplan die Ressourcen aller Einrichtungen der Medizinischen Fakultät umfasst.

(2) Neuerungen in der Lehre

Für den Studiengang Humanmedizin wurde 2000 ein innovativer Studienplan beschlossen, der auch vom MWK sehr positiv aufgenommen wurde und für mehrere andere Universitäten als Modell dient. Hauptziele dieses Studienplanes sind: Anwendungsorientierung, repräsentative Exemplarität, patientenorientierte Ausbildung, interdisziplinärer und interaktiver fächerübergreifender Unterricht, Erwerb von Problemlösungskompetenzen, Schulung kommunikativer Fähigkeiten, Vermittlung ethischer Kompetenzen.

Die Umsetzung dieser Ziele, so wurde bald erkennbar, ist nur in neuen Unterrichtsformen möglich. Deshalb wurden in einen Studienplan 2000 auch neue Unterrichtsformen eingebracht. Die wesentlichsten Innovationen sollen nachfolgend zusammengefasst werden.

1. Systematische Vorlesungen sollen praktischen Unterricht und Seminarunterricht ergänzen und begleiten. In Praktika, Kursen und Seminaren soll für die systematischen Vorlesungen "Reklame" gemacht werden.
2. Interdisziplinärer und interaktiver Unterricht wird in Seminarform in den Tübinger Klinischen Curricula (TüKliC) durchgeführt. Module sollen Lehrinhalte fächerübergreifend und koordiniert zu Lehrgegenständen zusammenfassen. Am Unterricht nehmen Dozenten verschiedener Abteilungen teil. In Modulen, die Lerninhalte zusammenfassen, soll Problemlösungskompetenz erworben werden.
3. Die Abstimmung und die schriftliche Fixierung der Lerninhalte der einzelnen Fächer soll dazu führen, dass Wiederholungen vermieden werden.
4. In Tübinger Forschungsorientierten Curricula (TüKliF) sollen die Studierenden in kleinen Gruppen Perspektiven der medizinischen Weiterbildung erkennen können und wissenschaftliche Methoden zum Erwerb von Forschungskompetenzen kennen lernen.
5. In Tübinger Specials (TüKliS) sollen Studierende in engem Kontakt mit einem Professor oder Dozenten ein Fach mit besonderem Tiefgang studieren. Dieses Fach kann im dritten Staatsexamen als Wahlfach fungieren.

Im Praktischen Jahr sollen Lehrgegenstände synchronisiert werden. Synchronisation wird über ein Logbuch hergestellt, das die Inhalte enthält, die Studenten am Ende ihres Praktischen Jahres beherrschen sollen. Die einzelnen Inhalte des Logbuches werden vom Betreuer unterschrieben, wenn er sich überzeugt hat, dass der Studierende den Inhalt in Praxis und Theorie beherrscht. Eine komplette Unterschriftenliste im Logbuch ist Voraussetzung für die Zulassung zum dritten Staatsexamen.

Im Jahre 1999 hat zudem die interdisziplinäre internationale "Graduate School of Neural and Behavioural Sciences" mit 15 Studierenden jährlich (Endausbau 75 Studierende) den

englischsprachigen Lehrbetrieb aufgenommen, der gemeinsam mit der Fakultät für Biologie und den Tübinger Max-Planck-Instituten organisiert wird.

(3) Leistungsorientierte Mittelvergabe innerhalb der Medizinischen Fakultät

Im Frühjahr 2000 wurde von den Gremien der Medizinischen Fakultät und vom Verwaltungsrat der Universität ein System für die leistungsorientierte Mittelvergabe (LOM) innerhalb der Medizinischen Fakultät, das sich zunächst nur auf Forschungsleistungen bezieht, verabschiedet. Dieses System wurde im Juli 2000 erstmals angewendet und umgesetzt.

Als Bewertungsparameter dienen die Drittmittelwerbung, die Publikationsleistungen und die betreuten Dissertationen der vergangenen drei Jahre. Unterschieden wird zwischen dem sog. Ergebnissystem (Bewertung der Absolutergebnisse im Bemessungszeitraum) und dem sog. Anreizsystem (Bewertung der Veränderung der Ergebnisse im Vergleich zum Vorjahr).

Ein System zur leistungsorientierten Mittelvergabe aufgrund von Lehrleistungen ist derzeit in der Diskussion und soll möglichst noch in diesem Jahr verabschiedet werden.

(4) Intramurale Förderprogramme

Neben dem bereits 1994 eingeführten Forschungsprogramm der Tübinger Medizinischen Fakultät (fortune-Programm, Jahresetat derzeit 6 Mio. DM) und dem 1997 etablierten Programm zur Förderung innovativer Lehre (ProfiL, Jahres-Etat derzeit 0,22 Mio. DM) wurden in den vergangenen Jahren weitere Förderprogramme entwickelt und etabliert.

- 1998 wurde das Forschergruppenprogramm entwickelt, mit Hilfe dessen Nachwuchswissenschaftlern die Einrichtung eigener Arbeitsgruppen ermöglicht wird. Der Jahresetat liegt bei derzeit 1,2 Mio. DM;
- 1999 wurde ergänzend zum fortune-Programm das Förderprogramm für Angewandte Klinische Forschung (AKF-Programm) eingerichtet. Ziel ist die Förderung der patientenorientierten Forschung und der Anwendungsforschung. Die erste Ausschreibung erfolgte zum 15.3.2000 und hatte eine hohe Resonanz. Der Jahresetat liegt derzeit bei 1,2 Mio. DM;
- Anfang 2000 wurde gemeinsam mit dem Universitätsklinikum das sog. Schwerpunktinitiiierungsprogramm (SIP) etabliert, das die Schaffung neuer Schwerpunkte in Forschung und Krankenversorgung zum Ziel hat. Die erste Ausschreibung erfolgte zum 1.5.2000. Der Jahresetat liegt bei derzeit 0,8 Mio. DM, der hälftig von Fakultät und Klinikum finanziert wird.

Zusammen mit den Fakultätsanteilen für das Interdisziplinäre Zentrum für Klinische Forschung (IZKF) und für das Koordinierungszentrum für Klinische Studien (KKS) wendet

die Medizinische Fakultät im Jahre 2000 insgesamt ca. 11 Mio. DM zur gezielten Förderung von Forschung und Lehre auf Einzelantragsbasis auf.

Aus der kürzlich veröffentlichten Statistik der Deutschen Forschungsgemeinschaft geht hervor, dass sich die Universität Tübingen bezüglich der Einwerbung von DFG-Mitteln im Vergleich zum letzten Bericht aus dem Jahr 1996 vom 12. Rang auf den 6. Rang verbessert hat. Im Bereich Biologie/Medizin liegt Tübingen auf Rang 5.

(5) 7-Jahres-Evaluation

Gemäß § 25 c UG hat der Fakultätsvorstand für eine Evaluation der Forschungsleistungen der einzelnen Einrichtungen der Fakultät im Abstand von bis zu sieben Jahren unter Beteiligung externer Sachverständiger zu sorgen. Er hat beschlossen, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrttechnik (DLR), Projektträger Gesundheitsforschung des BMBF, mit der Organisation und Durchführung der externen Evaluation zu beauftragen und in diesem Jahr mit der Evaluation der ersten fünf bis sieben Einrichtungen zu beginnen.

Die 7-Jahres-Evaluation wird als wesentliches Element der strukturellen Anpassung gesehen und soll dazu beitragen, Probleme in der Trennungsrechnung aufzuspüren und zu lösen.

(6) Im Aufbau befindliche Schwerpunkte

1999 wurde das Koordinierungszentrum für Klinische Studien (KKS) an der Medizinischen Fakultät Tübingen neben sieben anderen derartigen Zentren vom BMBF bewilligt. Ziel des KKS ist die Unterstützung bei der Akquisition und Durchführung von Klinischen Studien. Medizinische Fakultät und Klinikum haben beschlossen, dieses Zentrum in Form einer gemeinnützigen GmbH zu etablieren, die derzeit im Aufbau ist. Seitens des BMBF wird es im Laufe der nächsten 6 Jahre mit insgesamt 4 Mio. DM gefördert. Der Eigenanteil der Medizinischen Fakultät beträgt ebenfalls 4 Mio. DM.

In 2000 wurde das Kompetenzzentrum Minimal invasive Medizin und Technik Tübingen-Tuttlingen vom BMBF bewilligt. Dieses soll die bestehenden Einzelkompetenzen im Bereich der Minimal invasiven Medizin in Form eines interdisziplinären Netzwerks bündeln. Zugleich sollen betriebsgrößenbedingte Zugangshemmnisse mittelständischer Unternehmen abgebaut und die Voraussetzungen für gemeinschaftliche vorwettbewerbliche Forschung und Entwicklung geschaffen werden.

Die gerade verabschiedete neue Satzung des Universitätsklinikums sieht erstmals neben den Organisationseinheiten "Klinik" bzw. "Institut" und "Abteilung" die Bildung von Zentren vor. Neben fachgebundenen Zentren, die verpflichtend durch den Klinikumsvorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates eingerichtet werden, sind fachübergreifende Zentren geplant, die auf Antrag durch den Klinikumsvorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates eingerichtet und aufgehoben werden. Letztere bieten die Möglichkeit des Zu-

sammenschlusses mehrerer Wirtschaftender Einheiten (Institute, Abteilungen, Kliniken) zu einem inhaltlich-thematischen Verbund. Durch die Institutionalisierung der Zentren und die damit möglicherweise verbundene finanzielle Eigenständigkeit – Zentren können über eigenständige Budgets verfügen, die aus den Budgets der beteiligten Wirtschaftseinheiten rekrutiert werden – wird eine Erhöhung der Effizienz und Intensität interdisziplinärer Zusammenarbeit innerhalb der Medizinischen Fakultät erwartet.

1.9 Gleichstellung

Nachfolgend wird über die Entwicklung der Gleichstellung an der Universität informiert.

1.9.1 Studierende

Die Quote der weiblichen Studierenden ist im Sommersemester 2001 auf 52,7 % gestiegen. Bei den Studienabschlüssen lag der Anteil der Frauen im Sommersemester 2000 insgesamt bei 48,9 %. Dabei schwankt der Frauenanteil je nach Studienabschluss zwischen 29 % bei den kirchlichen Abschlüssen und 63 % bei den Lehramtsabschlüssen. Unterstellt man eine faktische Studienzeit von 14 Semestern und vergleicht die Abschlussquoten im Sommersemester 2000 mit den Studienanfängerzahlen vom Wintersemester 1992/93, so lag damals der Anteil der weiblichen Erstsemester bei 48,2 %. Es kann also davon ausgegangen werden, dass Studentinnen ihr Studium ungefähr ebenso häufig mit Erfolg abschließen wie männliche Studierende.

1.9.2 Wissenschaftlicher Nachwuchs

Die Quote der promovierenden Frauen ist im Jahr 2000 auf 39,5 % gegenüber 32,7% im Vorjahr gestiegen. Der Anteil der weiblichen Habilitierten ist dagegen von 18% auf 16,2 % gesunken. Damit ist die Stagnation der Quote der promovierenden Frauen, die seit Mitte der 90er Jahre zu verzeichnen war, vermutlich überwunden. Bei den Habilitationen sind die jeweiligen Prozentanteile von Frauen und Männern aufgrund der niedrigen Fallzahlen von Jahr zu Jahr starken Schwankungen unterworfen und nicht verlässlich. Bildet man die Summe der Jahre 1996 bis 2000, lag der Anteil der Wissenschaftlerinnen bei den Habilitationen bei 16 % gegenüber 12% im Zeitraum 1991 bis 1995.

Auf das vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Jahr 2000 zum dritten Mal ausgeschriebenen Margarete von Wrangell - Habilitationsprogramm für Wissenschaftlerinnen haben sich 13 Mitglieder der Universität um eine BAT IIa-Stelle beworben. Von diesen Anträgen wurden sechs in den Fächern Biologie, Geowissenschaften und Germanistik bewilligt. Die Universität Tübingen hat damit – wie bereits bei den ersten beiden Ausschreibungen im Jahr 1997 – im Vergleich zu den anderen Universitäten überproportional von diesem Programm profitieren können.

Die Wiedereinstiegs- und Kontaktstipendien für Nachwuchswissenschaftlerinnen werden auch im Hochschul- und Wissenschaftsprogramm (HWP), dem Nachfolgeprogramm für das Hochschulsonderprogramm III, weitergeführt. Im Jahr 2000 konnten an der Universität Tübingen neun Wiedereinstiegs- und Kontaktstipendien an Nachwuchswissenschaftlerinnen vergeben werden.

Das von der Landeskonferenz der Frauenbeauftragten an wissenschaftlichen Hochschulen Baden-Württembergs mit Unterstützung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst seit 1999 angebotene Programm "Mentoring und Training" wird auch von Nachwuchswissenschaftlerinnen der Universität Tübingen rege genutzt. Die vom Büro der Frauenbeauftragten verfasste und universitätsweit stark nachgefragte Broschüre "Promotionsstipendien" hat im November 2000 eine Aktualisierung erfahren.

1.9.3 Initiativen zur Gleichstellung

Das seit 1995 einmal jährlich ausgeschriebene "Anreizsystem zur Förderung von Wissenschaftlerinnen und Studentinnen" wurde konzeptionell neu gestaltet und in ein "Programm zur Förderung von Gleichstellungsmaßnahmen an der Universität Tübingen" umgewandelt. Im Rahmen des mit jährlich 20.000 DM dotierten Programms können künftig Maßnahmen gefördert werden, die auf die Herstellung tatsächlicher Chancengleichheit für Frauen und Männer in Forschung und Lehre abzielen.

1.9.4 Professuren und Berufungen

Derzeit sind an der Universität Tübingen (ohne Klinikum) 179 C4- Professuren mit Männern und 9 mit Frauen besetzt. Dies entspricht einem Anteil von 4,9 % Wissenschaftlerinnen auf C 4-Professuren. Bei den C 3-Professuren ging der Frauenanteil von 13,3 % (01.05.1999) auf 10,7 % (01.07.2000) und nun nochmals auf 10,2 % (30.06.2001) im aktuellen Berichtszeitraum zurück.

Damit ist der Frauenanteil an den Professuren (C 3 und C 4 insgesamt) an der Universität Tübingen von 7,1 % im Vorjahr (01.07.2000) auf 6,6 % (30.06.2001) leicht zurückgegangen.

Im Wintersemester 2000/2001 und im Sommersemester 2001 wurden dem Senat bislang 16 Berufungslisten vorgelegt, die sieben C 4-Professuren und neun C 3-Professuren betrafen. Für diese Professuren lag die Bewerberinnenquote bei 13 %. Es wurden insgesamt sechs der 43 Listenplatzierungen an Wissenschaftlerinnen vergeben. Dies entspricht einer Quote von 12 % und damit ungefähr dem Anteil der Frauen bei den Bewerbungen. Einen ersten Listenplatz erhielten 15 Wissenschaftler und eine Wissenschaftlerin. Männer haben also mit 87 % der Bewerbungen 94 % der Erstplatzierungen erreicht, Frauen dagegen mit 13 % Bewerbungen nur 6 % der Erstplatzierungen. Trotz der niedrigen Fallzahlen wird ersichtlich, dass Frauen bei Erstplatzierungen immer noch geringere Chancen haben.

1.9.5 Vereinbarkeit von Wissenschaft und Familie

Die Universität bemüht sich, alle bestehenden Möglichkeiten der Flexibilisierung von Arbeits- und Dienstverhältnissen (Teilzeitarbeit; Vertragsverlängerungen; Präsenzpflichten) auszuschöpfen, um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Wahrnehmung ihrer familiären Aufgaben parallel zu ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu ermöglichen. Darüber hinaus werden durch die Kooperation mit der Stadt Tübingen seit 1995 zwölf Ganztagsbetreuungsplätze für Kinder des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses angeboten. Dieses Angebot kann den bestehenden Bedarf nicht abdecken. Die Universität bemüht sich daher, neue Lösungen für die Kinderbetreuung insbesondere in den Bereichen der Ganztagsbetreuung und der Betreuung von Kindern unter drei Jahren zu finden.

Mit § 50 (9) UG ist die Flexibilisierung von Prüfungsregelungen aufgrund familiärer Verpflichtungen verbessert worden. So können Studierende, denen die Personensorge für ein Kind unter drei Jahren zusteht, einzelne Prüfungsleistungen, Hochschulprüfungen und Studienleistungen nach Ablauf der dafür vorgesehenen Fristen ablegen. Auch die Inanspruchnahme des gesetzlichen Mutterschutzes muss künftig in den Prüfungsordnungen geregelt werden (§ 51 (2) Ziff. 10). Die Universität hat in einen großen Teil der Prüfungsordnungen entsprechende Regelungen bereits eingefügt.

Eine bessere Vereinbarkeit von Studium und familiären Verpflichtungen ist eine der Zielsetzungen, die das Institut für Erziehungswissenschaften mit der Einrichtung zweier Teilzeitstudiengänge verfolgt. Die Ordnungen sind im Sommersemester 2001 im Senat und im Universitätsrat verabschiedet worden. Die Studiengänge sollen als Teilzeitstudiengänge Modellcharakter haben. Ihre Einführung wurde inzwischen genehmigt.

Nach der neuen Muster-Rahmenordnung für Diplomprüfungen ist nun auch ein Rücktritt von der Prüfung nicht nur bei Krankheit des Kandidaten, sondern auch bei Krankheit eines überwiegend allein zu versorgenden Kindes zulässig.

1.9.6 Gleichstellung und nichtwissenschaftlicher Dienst

Als Frauenvertreterin für den nichtwissenschaftlichen Dienst trat Frau Sabine Jäger am 01.10.2000 die Nachfolge von Frau Rosemarie Weidler an. Stellvertreterin ist Frau Freyja-Beate Sundermann-Michelsen. Erfreulich war die hohe Wahlbeteiligung von über 40 %.

Der Anteil der Frauen an der Gesamtbeschäftigtenzahl liegt derzeit bei 67,17 %. Es ist jedoch in den verschiedenen Lohn-, Gehalts- und Besoldungsstufen sehr unterschiedlich. Insbesondere in den höheren Besoldungsgruppen ist der Frauenanteil eklatant niedrig, im höheren Dienst beträgt er etwa nur 27%. Offenbar ist hier noch ein weiter Weg zurückzulegen.

1.10 Bericht der Wissenschaftlichen Mitarbeiter

Dieser Abschnitt wurde im Kreis der Wissenschaftlichen Mitarbeiter verfasst. Die Einführung neuer Leitungsstrukturen hat deren Mitwirkungsmöglichkeiten in den Gremien stark eingeschränkt. Dennoch bewertet der Mittelbau die Zusammenarbeit mit der Universitätsleitung positiv. Auf der Ebene der Fakultäten und Institute ist es jedoch nötig, Mittelbauvertreter systematischer in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Bei der Nachwuchsförderung wird mehr Eigenständigkeit eingefordert, damit die Hochschullehrerlaufbahn für die Besten attraktiv bleibt. Bei Drittmittelstellen ist ein Wegfall der Fünf-Jahres-Befristung dringlich. Die direkte Vergabe von Projektmitteln an den Mittelbau aus dem Strukturfonds wird positiv bewertet. Funktionsstelleninhaber tragen wesentlich zu Lehre und Forschung der Universität bei; ihre Leistung muss entsprechend positiv bewertet werden.

1.10.1 Die Reduktion der Gremienarbeit

Die Umsetzung des novellierten Universitätsgesetzes hat mit der Einführung neuer Leitungsstrukturen die Bedeutung der Gremienarbeit und damit die Einflussmöglichkeit der universitären Gruppen stark eingeschränkt. Viele wichtige Entscheidungen, besonders der Ressourcennutzung, werden in den Leitungsorganen Rektorat und Fakultätsvorstand getroffen, in denen mit Ausnahme des Kanzlers ausschließlich Professoren Sitz und Stimme haben. Der Erfolg der gemeinsamen Arbeit hängt jedoch entscheidend davon ab, dass sich alle Mitglieder der Universität im Rahmen der übertragenen Aufgaben für die gesteckten Ziele engagieren. Hohe Motivation aufrecht zu erhalten, wenn große Teile der Mitglieder systematisch von relevanten Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden, ist extrem schwierig. Für die noch bestehenden Gremien wurde in der Novelle des Universitätsgesetzes zusätzlich die Möglichkeit aufgehoben, dass sich Mitglieder in den Sitzungen vertreten lassen können. Bei der in der Regel geringen Anzahl der Sitze für die nichtprofessoralen Gruppen wirkt sich so eine persönliche Verhinderung stark auf die Repräsentation der Gruppe aus.

Umso erfreulicher ist, dass sich die Universität entschlossen hat, in ihrer Grundordnung die Strukturkommission des Senats mit erweiterter Kompetenz zu erhalten und in diesem Rahmen nicht nur Fragen der Strukturentwicklung, sondern auch Grundsätze der Ressourcennutzung zu diskutieren. Bedauerlicherweise ist allerdings diese zweite Aufgabe bisher nicht zur Erörterung gekommen.

Auf der Ebene der Fakultäten und Institute ist die Zusammenarbeit der Gruppen in der Regel schlecht oder gar nicht institutionalisiert. Strukturkommissionen und Institutsbeiräte mit Vertretern aller Gruppen sollten in allen Fakultäten und Instituten eingerichtet und als wichtiges Instrument der Entscheidungsfindung auch intensiv genutzt werden. Trotz dieser ungünstigen Rahmenbedingungen erfolgte die Zusammenarbeit mit der Universitätsleitung aus Sicht des Mittelbaus in einer konstruktiven, durch gegenseitigen Respekt geprägten Atmosphäre und kann daher als sehr positiv bewertet werden.

1.10.2 Nachwuchsförderung

Nur durch attraktive Arbeitsbedingungen und Perspektiven kann sichergestellt werden, dass die besten Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler für die Universitätslaufbahn gewonnen werden können. Die Qualifizierungsphase ist eine der kreativsten Phasen in der Entwicklung eines Wissenschaftlers oder einer Wissenschaftlerin und muss in größtmöglicher wissenschaftlicher Selbständigkeit erfolgen. Dazu gehört die Möglichkeit, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt eigenverantwortlich Drittmittel einzuwerben und eine eigene Arbeitsgruppe aufzubauen. Zwar setzt sich dieser Leitgedanke für die Nachwuchsförderung allmählich durch; jedoch sind in Teilbereichen der Universität immer noch Abhängigkeiten zu beobachten, die dem Aufbau eigenständiger Arbeitsfelder im Wege stehen.

Auch im letzten Jahr wurden wieder nennenswerte Mittel aus dem Strukturfonds für die Förderung von Einzelprojekten vergeben, die unabhängig von den Prioritätenlisten der Institutionen direkt beantragt werden konnten. Diese Mittel dienen der Anschubfinanzierung von eigenen Projekten der Nachwuchswissenschaftler/innen und damit der Herstellung der Drittmittelfähigkeit. Diese Form der praktischen Nachwuchsförderung ist sehr positiv zu bewerten und sollte weiter ausgebaut werden. Aber auch aus regulären Institutsmitteln müssen die Aktivitäten des wissenschaftlichen Nachwuchses angemessen gefördert werden. Im Rahmen der leistungsbezogenen Mittelverteilung wirken sich die Leistungen des Mittelbaus positiv auf das Gesamtbudget des Bereichs aus. Mindestens die entsprechenden anteiligen Summen sollten an die Mitglieder des Mittelbaus zurückfließen.

Bereits im letzten Rechenschaftsbericht wurde darauf hingewiesen, dass sich die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses verschlechtert, weil in überproportionalem Umfang Nachwuchsstellen im Rahmen des Solidarpakts gestrichen wurden, um Professorenstellen zu erhalten. Entgegen einer Empfehlung der Strukturkommission und eines Beschlusses des Verwaltungsrats vom Juli 1997 wurden in der Folgezeit weitere Nachwuchsstellen zugunsten von Professuren geopfert. Im Rahmen der jetzt anstehenden Strukturplanung wird sich hoffentlich eine Gelegenheit zu Korrektur ergeben.

Die zeitliche Begrenzung von befristeten Anstellungen auf fünf Jahre auch im Bereich der Drittmittelstellen, die selbst dann gilt, wenn weiterhin Mittel vorhanden sind, ist ein weiteres Element, die Hochschullaufbahn unattraktiv zu machen. Immerhin besteht nach geltendem Recht nach dieser Zeit noch die Möglichkeit, an eine andere Universität zu wechseln. Mit dem vorliegenden Entwurf der HRG-Novelle wird jedoch auch diese Möglichkeit verbaut. Zwar ist hier eine Verlängerung des Befristungszeitraums auf sechs Jahre vorgesehen; es sollen nun aber bundesweit alle wissenschaftlichen Beschäftigungsverhältnisse nach der Promotion unabhängig von Status, Standort und Arbeitgeber berücksichtigt werden. Geradezu katastrophal wird die Situation, wenn aus familiären Gründen eine Teilzeittätigkeit angestrebt wird, weil die Dauer der Beschäftigung mit re-

duzierter Arbeitszeit ebenfalls in vollem Maß auf die zur Verfügung stehende Zeit angerechnet wird. Die wissenschaftliche Karriere hat dann eben in sechs halben Jahren zu erfolgen.

Im gleichen Zusammenhang ist auch der dringende Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen zu sehen, dem sich die Universität auch bei gegenteiliger Position des MWK nicht verschließen darf.

Die in der HRG-Novelle vorgesehene Einführung der Juniorprofessuren ist zwar geeignet, die wissenschaftliche Eigenständigkeit zu fördern, stellt aber auch bei höchster Qualifikation keine Garantie für eine Universitätslaufbahn dar. Wenn in einem relativ kleinen Zeitfenster die Bemühungen um eine Berufung nicht erfolgreich sind, weil zum Beispiel gar keine Stelle mit der passenden Ausrichtung ausgeschrieben ist, wird auch diese Ausgangssituation zur Sackgasse. Eine zeitliche Überbrückung auf Drittmittelstellen wird wegen der Gesamtanrechnung der Beschäftigungsverhältnisse in aller Regel nicht mehr möglich sein. Zwar sind Juniorprofessoren unter bestimmten Bedingungen vom Hausberufungsverbot ausgenommen, aber auch hier ist Voraussetzung, dass gerade eine passende Professur frei wird – ein sehr unwahrscheinlicher Fall. Die unbefristete Weiterbeschäftigung auf der momentanen Stelle, wie sie im amerikanischen tenure-track-System nach einer positiven externen Begutachtung (ähnlich einem Berufungsverfahren) üblich ist, wird nicht vorgesehen.

Um einen Überblick über das von Fach zu Fach sehr unterschiedliche Problemfeld des wissenschaftlichen Nachwuchses zu erhalten, plant die Mittelbauvertretung im Senat eine Umfrage unter den Betroffenen, die im engen Kontakt mit der Universitätsleitung durchgeführt werden soll.

Ein nicht unerheblicher Teil der Qualifikationen für die Universitätslaufbahn findet nicht im Rahmen von regulären Beschäftigungsverhältnissen, sondern auf Basis von Stipendien statt. Da Stipendien in der Regel nicht sozialversicherungspflichtig sind, ergibt sich für viele Stipendiatinnen und Stipendiaten eine schwierige Situation mit kaum tragbaren Beiträgen zur Krankenversicherung und ohne Arbeitslosen- und Rentenansprüche. Im Interesse der Betroffenen sollte die Universität ihren Einfluss geltend machen, um diese unbefriedigende Situation zu beseitigen.

1.10.3 Funktionsstellen

Obwohl die Probleme des wissenschaftlichen Nachwuchses zu Recht im Vordergrund der hochschulpolitischen Debatte stehen, kann nicht oft genug betont werden, dass der universitäre Mittelbau nicht nur aus Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern besteht. Die Tatsache, dass ein erheblicher Teil der Lehr- und Forschungsaufgaben von in der Regel langjährig erfahrenen Funktionsstelleninhaberinnen und -inhaber erbracht wird, findet in der Universität zu wenig Beachtung. De facto werden diese Aufgaben meist

selbständig wahrgenommen, auch wenn die Dienstaufgabenbeschreibungen dies nicht explizit enthalten. Das Universitätsgesetz sieht vor, dass wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern "die selbständige Wahrnehmung von Aufgaben in Forschung und Lehre übertragen werden kann". Um die Motivation dieser für die Universität wichtigen Gruppe zu erhalten, muss diese Möglichkeit, Verantwortung und nicht nur Tätigkeiten zu delegieren, in viel stärkerem Maß genutzt werden. Dies setzt Personalführungsqualitäten voraus, die bei vielen Dienstvorgesetzten noch nicht hinreichend entwickelt sind. Mit einfachen und in jedem modernen Unternehmen praktizierten Verfahren können so kostenlos und ohne großen Aufwand weitere Ressourcen erschlossen und die Leistungsfähigkeit der Universität erhöht werden.

1.11 Bericht der Sonstigen Mitarbeiter

Dieser Bericht wurde im Kreis der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter verfasst. Mit den Erfahrungen des ersten Jahres mit dem neuen Universitätsgesetz und den neuen Leitungsstrukturen der Universität wird festgestellt, dass sich die Erwartungen an das neue Gesetz nicht erfüllt haben; die erwünschte Aufbruchstimmung ist ausgeblieben.

1.11.1 Selbstverwaltung der Universität

Was hat sich für die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter überhaupt verändert? Prinzipiell ist eine Einschränkung der Mitwirkungsmöglichkeiten aller Gruppen zu konstatieren. Durch eine Zentralisierung der Ressourcenverteilung (Stellen und Mittel) auf das Rektorat ist eine Einflussnahme seitens der Gruppierungen nicht mehr möglich. Statt eines Verwaltungsrats, bisher zentrales Organ der Mittelvergabe und der Personal- und Bauplanung, gibt es nun einen Universitätsrat, kompetent besetzt auch mit externen Mitgliedern, aber eben nicht mehr zuständig für die Vergabe der Ressourcen. Als Kontrollorgan des Rektorats muss dieser seine Position noch finden; was die Zuständigkeit für die Entwicklung der Universität im Ganzen anbetrifft, so sind erste Schritte erkennbar. Erfreulicherweise konnte durch die neue Grundordnung die Mitarbeit der Gruppen zumindest in den Selbstverwaltungsgremien gesichert werden, wenn auch nicht in dem gewünschten Maße. Das Ungleichgewicht innerhalb der Gruppierungen zugunsten der Professoren ist eher verstärkt worden. Positiv anzumerken ist weiterhin die nun verstärkte Präsenz der Sonstigen Mitarbeiter im Senat (nach drei nunmehr vier Sitze). Auch die Möglichkeit der Mitarbeit bei den anstehenden Strukturveränderungen der Universität ist durch die Vertretung in der Strukturkommission gesichert. Negativ zu vermerken ist die zahlenmäßig viel zu geringe Vertretung in den Gremien der Fakultäten, mit nur einem Sitz im Fakultätsrat ist überhaupt kein Einfluss zu nehmen auf die Entscheidungen der Fakultät. Auch hier setzt sich die Zentralisierung der Ressourcenvergabe auf den Fakultätsvorstand und damit auf die Gruppe der Professoren fort.

Im Rahmen dieser vom Gesetzgeber aufgezwungenen schwierigen Situation wird allerdings die Zusammenarbeit mit der Universitätsleitung von Seiten der Sonstigen Mitarbei-

ter als sehr konstruktiv und erfreulich angesehen. Das Wissen, dass auch unsere Ideen und Vorschläge gehört werden, gibt die Motivation, weiterhin an diesem mühsamen und zeitintensiven Prozess der Weiterentwicklung der Universität mitzuarbeiten.

1.11.2 Motivation

Beim Werben um die Novellierung des Universitätsgesetzes wurde gern das Schlagwort "Autonomie" der Universitäten herangezogen. Wie weit ist es aber nun mit dem Autonomiespielraum der Universität durch die Möglichkeiten des Globalhaushaltes bestellt, wenn bei der Aufstellung für den Staatshaushaltsplan bereits als Rahmenbedingung definiert wird: "Stellenzugänge sind ausgeschlossen und mit Stellenanhebungen kann nicht gerechnet werden"? Diese mangelnde Flexibilität und die schlichte Unmöglichkeit, durch Stellenanhebungen ein Anreizsystem zu schaffen, ist sicherlich das größte Manko im Bereich des nichtwissenschaftlichen Dienstes. Dass hier die Motivation für einen verstärkten Einsatz am Arbeitsplatz oder das Interesse an Weiter- und Fortbildung nicht gefördert wird, liegt auf der Hand.

Hilfreich wäre in diesem Zusammenhang die Aufstellung eines aufgabenbezogenen Personalplanungskonzeptes. Im Zuge der Dezentralisierung wichtiger Verwaltungsaufgaben wurden ganz neue Zuständigkeiten des Personals in der Zentralen Verwaltung und vor allem des Verwaltungspersonals in den Fakultäten geschaffen. Bei der Wahrnehmung dieser neuen Aufgaben erscheint es immens wichtig und höchste Zeit, dass das betroffene Verwaltungspersonal in diese Richtung eingehend geschult wird. Nachdem im letzten Jahr keine Anstrengungen in diese Richtung unternommen wurden, ist hier ein großes Defizit festzustellen. Es ist dringend erforderlich, vor diesem Hintergrund ein professionelles und gut strukturiertes Fortbildungsprogramm auszuarbeiten.

Verbesserungswürdig ist in diesem Zusammenhang auch der Informationsfluss zwischen Zentraler Verwaltung und den Verwaltungen der dezentralen Einrichtungen. Beispielsweise könnten durch die Einführung eines Intranets Informationen (Frequently Asked Questions (FAQ), Formulare, u.v.a.) gebündelt angeboten und damit ein besserer Austausch erreicht werden.

Ein weiteres Problem des Arbeitsalltags bleibt die mangelnde Führungskompetenz vieler mit Personalführung beauftragter Mitglieder unserer Universität. Fortbildungsseminare zu diesem Thema sind sehr zu begrüßen und sollten auch zum Pflichtprogramm werden.

2 Neues Rektorat und Personalia

2.1 Veränderungen im Rektorat

Die Amtszeit der im Sommer 1999 gewählten Prorektoren lief zum 18.07.2001 aus. Die Wahl der neuen Prorektoren erfolgte im Juli 2001.

Am 19.07.2001 hat der Senat der Universität Tübingen nach vorheriger Anhörung des Universitätsrats die Prorektoren der Universität für den Zeitraum vom 01.10.2001 bis 30.09.2003 bzw. 30.09.2004 gewählt. Sie werden in Kapitel 3 vorgestellt.

In Übereinstimmung mit den hochschulrechtlichen Regelungen haben die scheidenden Prorektoren ihr Amt bis zum 30.09.2001 weitergeführt. Am 01.10.2001 haben die neugewählten Prorektoren ihr Amt angetreten. Die Geschäftsverteilung zwischen den Prorektoren und dem Rektor ist im Rektorat vereinbart worden.

Allen drei ausgeschiedenen Prorektoren wird an dieser Stelle der Dank der Universität für ihren erfolgreichen und zeitraubenden Einsatz im Rektorat, in ihren Geschäftsbereichen und bei zahlreichen Repräsentationsverpflichtungen ausgesprochen. Sie haben sich in einer schwierigen Zeit als kompetente, verantwortungsbewusste und argumentativ höchst überzeugende Entscheidungsträger erwiesen. Die Zusammenarbeit mit ihnen wurde im Rektorat und in der ganzen Universität als erfreulich, effizient und unbeschwert eingeschätzt.

2.2 Personalia

Neue Ehrensenatoren

Ernennung der Ehrensenatoren Dr. Jasper und Dr. Rösch

Am 12. November diesen Jahres verlieh die Universität Tübingen im Rahmen eines festlichen offenen Konvents der Ehrensenatoren mit Freunden und Angehörigen der Universität Tübingen im Auditorium maximum in der Neuen Aula Dr. jur. Uwe Jens Jasper und Dr. jur. Arnd-Diether Rösch die Würde von Ehrensenatoren der Universität Tübingen. Der Festakt wurde durch Laudationes von Professor Dr. Hans-Werner Ludwig und Professor Dr. h.c. Josef Molsberger gestaltet und durch das Tübinger Hornensemble und einem anschließenden Empfang in der Wandelhalle umrahmt.

Dr. jur. Uwe Jens Jasper, ehemaliger Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Reutlingen und ehemaliger Präsident der Industrie- und Handelskammer Reutlingen, hat sich stets für die Öffnung der Wirtschaft hin zu Wissenschaft eingesetzt und die Initiative "Studium und Beruf" enorm unterstützt und zu seiner eigenen Sache gemacht.

Dr. jur. Arnd-Diether Rösch, Geschäftsführender Gesellschafter der Firmen Rösch und Rökona Textilwerk GmbH und Vorsitzender der Gerhard-Rösch-Stiftung, ist kunstsinniger Förderer der Tübinger Theaterkultur und sozial verantwortungsbewusster Unternehmer; durch die Gerhard-Rösch-Stiftung werden seit vielen Jahren begabte Studierende aus den Landkreisen Tübingen und Reutlingen gefördert.

Beide Ehrensensoren haben stets eine enge Beziehung zu unserer Universität gepflegt. Durch die Ehrungen bekräftigt die Eberhard Karls Universität Tübingen anhaltende, wertvolle und freundschaftliche Verbindungen zu zwei hervorragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Region, die weiterhin als kritische Ratgeber und Partner der Universität Tübingen aktiv sein werden.

Neu berufene Professoren

Professor Dr. Ingo Autenrieth auf die C 4-Professur für Medizinische Mikrobiologie (Medizinische Fakultät, Nachfolge Professor Werner).

Dr. Karl-Ulrich Bartz-Schmidt (Universität Köln) auf die C 4-Professur für Augenheilkunde (Medizinische Fakultät, Nachfolge Professor Kreissig).

Professor Dr. Jörg Baten (Universität München) auf die C 4-Professur für Wirtschaftsgeschichte (Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Nachfolge Professor Ullmann).

Professor Dr. Hans-Joachim Eckstein (Universität Heidelberg) auf die C 4-Professur für Neues Testament II (Evangelisch-theologische Fakultät, Nachfolge Professor Stuhlmacher).

Professor Dr. Stefan Haderlein (ETH Zürich) auf die C 4-Professur für Umweltmineralogie (Geowissenschaftliche Fakultät, Nachfolge Professor Metz).

Professor Dr. Renate Hecker (Universität Würzburg) auf die C 4-Professur für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Rechnungslegung und Wirtschaftsprüfung (Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Nachfolge Professor Ewert).

Professor Dr. Michael Heidelberger (FU Berlin) auf die C 4-Professur für Philosophie mit den Schwerpunkten Logik und Wissenschaftstheorie der Naturwissenschaften (Philosophische Fakultät).

Professor Dr. Markus Heinemann auf die C 3-Professur für Kinderherzchirurgie (Medizinische Fakultät).

Professor Dr. Michael Hofbeck (Universität Erlangen-Nürnberg) auf die C 4-Professur für Kinderheilkunde (Medizinische Fakultät, Nachfolge Professor Apitz).

PD Dr. Wolfgang Kaiser (Universität München) auf die C 4-Professur für Bürgerliches Recht, Europäisches Privatrecht und Römisches Recht (Juristische Fakultät, Nachfolge Professor Ernst).

Professor Dr. Wilhelm Kley (Max-Planck-Institut für Astronomie, Heidelberg) auf die C 4-Professur für Computational Physics (Fakultät für Physik, Nachfolge Professor Herold).

Professor Dr. Heinz-Rüdiger Köhler auf die C 3-Professur für Physiologische Ökologie der Tiere (Fakultät für Biologie, Nachfolge Professor Schmidt-König).

Professor Dr. Dieter Kölle (Universität Köln) auf die C 3-Professur für Experimentalphysik (Fakultät für Physik, Nachfolge Professor Baumann).

PD Dr. Olaf Kolditz, Universität Hannover, auf die C 3-Professur für Geohydrologie (Geowissenschaftliche Fakultät).

Professor Dr. Mario Liu (Universität Hannover) auf die C 3-Professur Theoretische Physik (Fakultät für Physik).

Professor Dr. Hanspeter Mallot auf die C 4-Professur für Kognitive Neurowissenschaften (Fakultät für Biologie).

Professor Dr. Sergiusz Michalski (TU Braunschweig) auf die C 3-Professur für Kunstgeschichte (Fakultät für Kulturwissenschaften, Nachfolge Professor Kieven).

PD Dr. Claudia Oecking (Universität Bochum) auf die C 3-Professur für Molekularbiologie der Pflanzen (Fakultät für Biologie).

Professor Dr. Hermann Reichold (Universität Nürnberg) auf die C 4-Professur für Bürgerliches Recht, Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht (Juristische Fakultät, Nachfolge Professor Zöllner).

Professor Dr. Olaf Rieß (Universität Rostock) auf die C 4-Professur für Medizinische Genetik (Medizinische Fakultät).

Professor Dr. Peter Ruth (TU München) auf die C 4-Professur für Pharmakologie und Toxikologie (Fakultät für Chemie und Pharmazie, Nachfolge Professor Ammon).

Professor Dr. Frank Schaeffel auf die C 3-Professur für Neurobiologie des Auges (Medizinische Fakultät, Nachfolge Professor Fahle).

Professor Dr. Hans Reinhard Seeliger (Universität Mainz) auf die C 4-Professur für Alte Kirchengeschichte, Patrologie und Christliche Archäologie (Katholisch-theologische Fakultät, Nachfolge Professor Vogt).

Professor Dr. Peter Thier auf die C 4-Professur für Kognitive Neurologie (Medizinische Fakultät).

Professor Dr. Roland Weiger auf die C 3-Professur für Endodontologie (Medizinische Fakultät).

Professor Dr. Martin Weitz (Max Planck Institut für Quantenoptik Garching) auf die C 3-Professur für Experimentalphysik III (Fakultät für Physik, Nachfolge Professor Mack).

Professor Dr. Jochen Wolffgramm (FU Berlin) auf die C 3-Professur für Suchtforschung (Medizinische Fakultät).

Professor Dr. Thomas Ziegler (Universität Köln) auf die C 4-Professur für Organische Chemie (Fakultät für Chemie und Pharmazie, Nachfolge Professor Hanack).

Ruf erhalten

Dr. Hans-Jürgen Feulner, Katholisch-theologische Fakultät, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Liturgiewissenschaft an der Universität Wien erhalten.

PD Dr. Meike Piepenbring, Fakultät für Biologie, hat einen Ruf auf eine C 3-Professur für Spezielle Botanik an der Universität Mainz erhalten.

Professor Dr. Dorothea Wendebourg, Evangelisch-theologische Fakultät, hat Rufe auf Professuren an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Ludwig-Maximilians-Universität München erhalten.

Ruf angenommen

PD Dr. Christian Albrecht, Evangelisch-theologische Fakultät, hat den Ruf auf die C 4-Professur für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums an der Philosophischen Fakultät der Universität Erfurt angenommen.

Professor Dr. Mathias Bähr, Medizinische Fakultät, hat den Ruf auf die C 4-Professur für Neurologie an der Universität Göttingen angenommen.

PD Dr. Hartmut Berghoff, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, hat den Ruf auf die C 4-Professur für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Göttingen angenommen.

Professor Dr. Heidrun Brückner, Fakultät für Kulturwissenschaften, hat den Ruf auf die C 4-Professur für Indologie an der Universität Würzburg angenommen.

Professor Dr. Hans-Hermann Dickhuth, Medizinische Fakultät, hat einen Ruf auf die C 4-Professur für Sportmedizin an der Universität Freiburg angenommen.

Professor Dr. Wolfgang Ernst, Juristische Fakultät, hat den Ruf auf die C 4-Professur an der Universität Bonn angenommen.

PD Dr. Bernd Fakler, Medizinische Fakultät, hat den Ruf auf eine C 4-Professur für Physiologie an der Universität Freiburg angenommen.

PD Dr. Hans Fehr, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, hat den Ruf auf die C 4-Professur für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg angenommen.

Professor Dr. Günter Figal, Fakultät für Philosophie und Geschichte, hat den Ruf auf die C 4-Professur für Philosophie an der Universität Freiburg angenommen.

Professor Dr. Kai-Uwe Fröhlich, Fakultät für Chemie und Pharmazie, hat den Ruf auf die Professur für Mikrobiologie an der Universität Graz angenommen.

Professor Dr. Karl Gegenfurtner, Medizinische Fakultät, hat den Ruf auf die C 3-Professur für Biologische Psychologie an der Universität Magdeburg angenommen.

PD Dr. Matthias Graw, Medizinische Fakultät, hat den Ruf auf die C 3-Professur für Rechtsmedizin an der Ludwig-Maximilians-Universität in München angenommen.

PD Dr. Erich Gulbins, Medizinische Fakultät, hat den Ruf auf die C 4-Professur für Molekulare Medizin an der Universität Essen angenommen.

PD Dr. Siegfried Hermle, Evangelisch-theologische Fakultät, hat den Ruf auf die Professur für Evangelische Theologie und ihre Didaktik / Schwerpunkt Historische Theologie an der Universität zu Köln angenommen.

PD Dr. Thomas Hillen, Fakultät für Biologie, hat den Ruf auf eine Tenure Track Professur an der University of Alberta, Edmonton, Kanada, angenommen.

PD Dr. Hans Hirth, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, hat den Ruf auf die Professur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der Universität Greifswald angenommen.

Professor Dr. Gerd Huisken, Mathematische Fakultät, hat den Ruf der Max-Planck-Gesellschaft an das Institut für Gravitationsphysik in Potsdam angenommen.

Professor Dr. Ludwig Kiesel, Medizinische Fakultät, hat die Stelle des Ärztlichen Direktors der Klinik für Geburtshilfe und Frauenheilkunde der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster angetreten.

Dr. Johannes Kabatek, Neuphilologische Fakultät, hat einen Ruf auf eine C 4-Professur für Romanische Sprachwissenschaft an der Universität Freiburg/Brsg. angenommen.

PD Dr. Armin Lange, Evangelisch-theologische Fakultät, hat den Ruf auf eine Professur für Hebrew Bible am Department of Religious Studies an der University of North Carolina at Chapel Hill angenommen.

Professor Dr. Michael Laniado, Medizinische Fakultät, hat den Ruf auf die C 4-Professur für Radiologische Diagnostik an der Universität Dresden angenommen.

PD Dr. Martin Meschede, Geowissenschaftliche Fakultät, hat den Ruf auf eine C 4-Professur für Regionale und Strukturgeologie an der Universität Greifswald angenommen.

Professor Dr. Peter Paul Nawroth, Medizinische Fakultät, hat den Ruf auf die C 4-Professur für Innere Medizin an der Universität Heidelberg angenommen.

Dr. Sylvia Paetschek, Fakultät für Philosophie und Geschichte, hat den Ruf auf eine C 3-Professur an der Universität Freiburg angenommen.

Professor Dr. Peter Plinkert, Medizinische Fakultät, hat den Ruf auf die C 4-Professur für Hals-Nasen-Ohrenheilkunde am Universitätsklinikum in Homburg der Universität des Saarlandes angenommen.

PD Dr. Thomas Pola, Evangelisch-theologische Fakultät, hat den Ruf auf eine Professur für Altes Testament an der Universität Dortmund angenommen.

Professor Dr. Winfried Schenk, Geowissenschaftliche Fakultät, hat einen Ruf auf eine C 4-Professur für Historische Geographie an der Universität Bern angenommen.

Professor Dr. Wolfgang Schlicht, Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, hat den Ruf auf die C 4-Professur für Grundlagen der Sportwissenschaft an der Universität Stuttgart angenommen.

PD Dr. Thomas Schmülling, Fakultät für Biologie, hat einen Ruf auf eine C 4-Professur für Molekulare Entwicklungsbiologie der Pflanzen an der FU Berlin angenommen.

Dr. Thomas Walter, Zentrale Verwaltung, hat den Ruf auf die C 2-Professur für Programmierung und Betrieb von Web-Sites an der Fachhochschule Kaiserslautern angenommen.

PD Dr. Nicolaus von Wirén, Fakultät für Biologie, hat einen Ruf auf eine C 4-Professur für Pflanzenernährung an der Universität Hohenheim angenommen.

Professor Dr. Bernd Woeckener, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, hat den Ruf auf die C 3-Professur für Mikroökonomie und Räumliche Ökonomie an der Universität Stuttgart angenommen.

Ruf abgelehnt

Professor Dr. Christian Lubich, Fakultät für Mathematik, hat den Ruf auf die C 4-Professur für Mathematik an der Universität Basel abgelehnt.

Professor Dr. Wolf B. Frommer, Fakultät für Biologie, hat den Ruf auf eine Professur an der University of California, Davis, Section of Plant Biology, Department of Biological Sciences, abgelehnt.

Professor Dr. Bernd Engler, Neuphilologische Fakultät, hat den Ruf auf die C 4-Professur für Englische Philologie/Nordamerikanische Literaturen an der Universität Göttingen abgelehnt.

Professor Dr. Andreas Zell, Fakultät für Informatik, hat den Ruf auf die C 4-Professur für Robotik und Kognitive Systeme an der Universität Lübeck abgelehnt.

Professor Dr. Ferdinand Kirchhof, Juristische Fakultät, hat den Ruf auf die C 4-Professur für Öffentliches Recht an der Universität Bonn abgelehnt.

Ehrungen und Ehrenämter

Professor Dr. Ralf Arold, Medizinische Fakultät, erhielt einen Förderpreis der Industrie (Fa. Med-El, Innsbruck), für Forschung auf dem Gebiet der Kochlea-Implantate.

Professor Dr. Ernst Bayer, Fakultät für Chemie und Pharmazie, wurde von der ungarischen "Society for Separation Science" die Millennium-I. Halász-Medaille verliehen.

Professor Dr. Ernst Bayer, Fakultät für Chemie und Pharmazie, erhält den "American Chemical Society Award in Chromatography" der Amerikanischen Chemischen Gesellschaft.

Professor Dr. Horst Dieter Becker, Medizinische Fakultät, wurde vom American College of Surgeons die honorary fellowship verliehen.

Professor Dr. Niels Birbaumer, Medizinische Fakultät, hat vom Interdisciplinary Committee of the World Cultural Council den Albert Einstein World Award of Science 2001 erhalten.

Professor Dr. Niels Birbaumer, Medizinische Fakultät, wurde vom Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Psychologie die Wilhelm-Wundt-Medaille für herausragende wissenschaftliche Leistungen verliehen.

Professor Dr. Niels Birbaumer, Medizinische Fakultät, erhielt den 3. Förderpreis für Schmerzforschung 2000 durch die Deutsche Gesellschaft zum Studium des Schmerzes (DGSS).

Professor Dr. Nikolaus Blin, Medizinische Fakultät, wurde zum "Foreign Member of the Polish Academy of Sciences" gewählt.

Professor Dr. Nikolaus Blin, Medizinische Fakultät, wurde von der Akademii Medyczej, Wrocławiu, die Ehrendoktorwürde verliehen.

Dr. Markus Blumenschein, Geowissenschaftliche Fakultät, wurde von der ADLAF (Arbeitsgemeinschaft Deutsche Lateinamerikaforschung) mit einem Promotionspreis ausgezeichnet.

Professor Dr. Karl Walter Bock, Medizinische Fakultät, wurde zum Ehrenmitglied der European Society of Biochemical Pharmacology gewählt.

Professor Dr. Carsten Bokemeyer, Medizinische Fakultät, erhielt den Glaxo-Wellcome-Preis 2001 auf der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft deutscher Krankenhausapotheker ADKA e. V. in Mannheim.

Dr. Matthias Bormuth, Medizinische Fakultät, wurde von der Universität Zürich mit dem Stehr-Boldt-Preis ausgezeichnet.

Dr. Tim Brümmendorf, Medizinische Fakultät, ist im Rahmen der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Hämatologie und Onkologie mit dem Artur-Pappenheim-Preis ausgezeichnet worden.

Professor Dr. Claus D. Claussen, Medizinische Fakultät, übernahm anlässlich des 82. Röntgenkongresses die Funktion des Präsidenten der Deutschen Röntgengesellschaft.

Professor Dr. Eugenio Coseriu, Neuphilologische Fakultät, wurde von der Pädagogischen Staatsuniversität Chişinău (Republik Moldova) die Ehrendoktorwürde verliehen.

Professor Dr. Günther Dohmen, Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, wurde durch das "International Board of Research" des "American Biographical Institute" zum "Man of the Year 2001" gewählt.

Professor Dr. Stephan Duda, Medizinische Fakultät, wurde anlässlich des 82. Röntgenkongresses mit dem Holthusen-Ring 2001 ausgezeichnet.

Professor Dr. Eve-Marie Engels, Fakultät für Biologie, wurde vom Bundeskanzler in den nationalen Ethikrat berufen.

Igor Fischer, Fakultät für Informatik, hat den weltweiten American Express Company's Code Blue contest gewonnen.

Professor Dr. Horst Förster, Geowissenschaftliche Fakultät, wurde von der Universität Timisoara (Temeschvar) in Rumänien die Ehrendoktorwürde verliehen.

Professor Dr. Manfred Frank, Philosophische Fakultät, wurde von der Universität Pécs und von der Babes Bolyai Universität Clui-Napoca die Ehrendoktorwürde verliehen.

Professor Dr. Wolf-Bernd Frommer, Fakultät für Biologie, erhielt den Preis der Körber-Stiftung für die europäische Wissenschaft.

Professor Dr. Walter Frommhold, Medizinische Fakultät, wurde anlässlich des Kongresses der European Society of Radiology in Wien die Goldmedaille der Europäischen Gesellschaft für Radiologie verliehen.

Professor Dr. Konrad Hammacher, Medizinische Fakultät, wurde im Juni 2000 anlässlich des 53. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe zum Ehrenmitglied ernannt.

Professor Michael Hanack, Fakultät für Chemie und Pharmazie, hat auf der ersten internationalen Konferenz über Porphyrine und Phthalocyanine den Arthur G. Dandridge-Preis für Phthalocyaninchemie verliehen bekommen.

Professor Dr. Renate Hecker, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, erhielt den Förderpreis 2001 der Bayerischen Landesbank Girozentrale München.

Professor Dr. Peter Heeg, Medizinische Fakultät, hat den Hygiene-Preis der Rudolf-Schüle-Stiftung 2001 erhalten.

Professor Dr. Hans Heimann, Medizinische Fakultät, wurde zum Ehrenmitglied der AEP (Arbeitsgemeinschaft Europäischer Psychiater) ernannt.

Professor Dr. Martin Hengel, Evangelisch-theologische Fakultät, wurde von der Universität Dublin die Würde eines Doctor in Letters h.c. (Litt.D.) verliehen.

Professor Dr. Otfried Höffe, Philosophische Fakultät, wurde von der Universität Porto Alegre (PURCS) die Ehrendoktorwürde verliehen.

Professor Dr. Peter Hünermann, Katholisch-theologische Fakultät, wurde die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg verliehen.

Professor Dr. Gerhard Huiskens, Mathematische Fakultät, wurde von der Heidelberger Akademie der Wissenschaften zum ordentlichen Mitglied der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse gewählt.

Matthias Ilg, Sonderforschungsbereich 437, wurde mit dem Carl-Joseph-von-Hefele-Preis 2001 ausgezeichnet.

Professor Dr. Eberhard Jüngel, Evangelisch-theologische Fakultät, wurde von der Universität Greifswald die Ehrendoktorwürde verliehen.

Professor Dr. Günther Jung, Fakultät für Chemie und Pharmazie, wurde durch die Japanese Peptide Society in Nagoya, Japan, der "Akabori Memorial Award" verliehen.

Dr. Nicole C. Karafyllis, ehem. Mitglied des Graduiertenkollegs "Ethik in den Wissenschaften" am Interfakultären Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW)), erhielt den Preis der Franzke'schen Stiftung an der TU Berlin für interdisziplinäre Dissertationen.

Professor Dr. Hans Keppler, Geowissenschaftliche Fakultät, erhielt den Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Ulrike Klüppel, Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, wurde von der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände e. V. in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft Schule und Wirtschaft der Wissenschaftspreis Hauptschule/ Wirtschaft verliehen.

Professor Dr. Doris Knab, Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, erhielt die Ehrendoktorwürde der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg.

Professor Dr. Manfred Korfmann, Fakultät für Kulturwissenschaften, ist zum Ehrenmitglied der Kroatischen Archäologischen Gesellschaft ernannt worden.

Professor Dr. Manfred Korfmann, Fakultät für Kulturwissenschaften, erhielt den Jahrespreis der Helga- und Edzard-Reuter-Stiftung.

Professor Dr. Manfred Korfmann, Fakultät für Kulturwissenschaften, wurde durch die Organisation "Arca dell'Arte" der Rotondi Award 2001 in der Kategorie "Europa" verliehen.

Dr. Lorenz Korn, Fakultät für Kulturwissenschaften, erhielt den Walter Witzmann-Preis 2001 der Heidelberger Akademie der Wissenschaften.

Professor Dr. Ingrid Kreissig, Medizinische Fakultät, erhielt den Ernst Custodis-Preis 2000 der Retinologischen Gesellschaft.

Professor Dr. Hans Küng, Institut für Ökumenische Forschung, erhielt den Planetary Ethic Prize 2001 des Club of Budapest.

Professor Dr. Hans Küng erhält den Ernst-Robert-Curtius-Preis für Essayistik 2001 von der Universität Bonn.

Professor Dr. Hans Küng wurde vom Hebrew Union College in Cincinnati (Ohio) die Ehrendoktorwürde verliehen.

Professor Dr. Dieter Langewiesche, Fakultät für Philosophie und Geschichte, erhielt für sein Engagement bei der Wiedergründung der Universität Erfurt den Erwin-Stein-Preis.

Dr. Hans-Peter Lipp, Leiter der Universitätsapotheke, erhielt den Glaxo-Wellcome-Preis 2001.

Professor Dr. Gerd Meyer, Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, wurde die Goldene Medaille der Universität Wrocław verliehen.

Professor Dr. Gerd Meyer, Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, wurde der Internationale Erich-Fromm-Preis 2001 verliehen.

Professor Dr. Jürgen Moltmann D.D., Evangelisch-theologische Fakultät, wurde die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg verliehen.

Professor Dr. Jürgen Moltmann D.D., Evangelisch-theologische Fakultät, erhielt den Grad eines Doctor of Divinity honoris causa von der Universität von Nottingham.

Professor Dr. Volker Mosbrugger, Geowissenschaftliche Fakultät, wurde die Würde des Ehrenprofessors von der Universität Jilin, China, verliehen.

Professor Dr. Martin Nettesheim, Juristische Fakultät, wurde zum Gastmitglied des "Center of International Studies" der Princeton University ernannt.

Professor Dr. Dietrich Niethammer, Medizinische Fakultät, wurde von der Ungarischen Gesellschaft für Kinderheilkunde zum Ehrenmitglied ernannt.

Professor Dr. Dres. h. c. Knut-Wolfgang Nörr, Juristische Fakultät, wurde von der Toin University Yokohama die Ehrendoktorwürde verliehen.

Professor Dr. Jürgen Peiffer, Medizinische Fakultät, wurde in Zürich zum Ehrenmitglied der Internationalen Liga gegen Epilepsie (Deutsche Sektion) gewählt.

Professor Dr. Jürgen Peiffer, Medizinische Fakultät, wurde auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Neuropathologie und Neuroanatomie in Leipzig die neugeschaffene Alfons Maria Jabok-Medaille für herausragende Verdienste um das Fach Neuropathologie verliehen.

Professor Dr. Dietrich Plester, Medizinische Fakultät, wurde zum Ehrenmitglied der "Société Française d'Oto-Rhino-Laryngologie et de Chirurgie de la Face et du Cou" ernannt.

Professor Dr. Günter Püttner, Juristische Fakultät, erhielt den Titel Ehrendoktor der Rechtswissenschaften der Universität Kragujevac, Jugoslavien.

Professor Dr. Hans-Georg Rammensee, Medizinische Fakultät, wurde zum Mitglied der Academy of Cancer Immunology gewählt.

Professor Dr. Marga Reis, Neuphilologische Fakultät, wurde von der Mitgliederversammlung der Deutschen Forschungsgemeinschaft zum Mitglied des Senats und gleichzeitig des Kuratoriums der DFG gewählt.

Dr. med. Heidi Rossmann, Medizinische Fakultät, wurde mit dem Adolf-Kußmaul-Preis der Südwestdeutschen Gesellschaft für Gastroenterologie ausgezeichnet.

Dr. Arno Ruoff, Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, erlangte von der Universität Bayreuth die Ehrendoktorwürde.

Professor Dr. Dr. h. c. Eberhard Schaich, Rektor, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, wurde von der Stadt Hermannstadt die Ehrenbürgerwürde verliehen.

Dr. Hansjörg Schild, Medizinische Fakultät, erhielt bei der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Immunologie den Georges-Köhler-Preis.

Professor Dr. Jan Schröder, Juristische Fakultät, wurde von der Mainzer Akademie der Wissenschaften und Literatur zum ordentlichen Mitglied in der geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse gewählt.

Dipl. Ing. Günther Sesterhenn, Medizinische Fakultät, erhielt einen Förderpreis der Industrie (Fa. Med-El, Innsbruck), für Forschung auf dem Gebiet der Kochelea-Implantate.

Dr. Mikael Simons, Medizinische Fakultät, erhielt den Heinz-Maier-Leibnitz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft zuerkannt.

Professor Dr. Joachim Starbatty, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, wurde von der Mittelstandsvereinigung der CDU-Rheinland der Bergische Löwe für Mut in der Politik und Klarheit des Ausdrucks verliehen.

Martin Staudt, Professor Dr. Wolfgang Grodd, Medizinische Fakultät, erhielten den Alois-Kornmüller-Preis der Deutschen Gesellschaft für Klinische Neurophysiologie und funktionelle Bildgebung.

Professor Dr. Wolfgang Straßer, Fakultät für Informatik, erhielt die Ehrendoktorwürde der Technischen Universität Darmstadt.

Professor Dr. Joachim Strähle, Fakultät für Chemie und Pharmazie, wurde von der Universidade de Santiago de Compostela die Ehrendoktorwürde verliehen.

Professor Dr. Franz W. Wagner, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, wurde von der Fakultät für Betriebswirtschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München der Dr. oec. publ. h. c. verliehen.

PD Dr. Uwe Wagner, Medizinische Fakultät, erhielt den Schmidt-Matthiesen-Preis der Arbeitsgemeinschaft für Gynäkologische Onkologie der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe.

Professor Dr. Eberhart Zrenner, Medizinische Fakultät, wurde mit dem Graefe-Preis des Jahres 2000 der Deutschen Ophthalmologischen Gesellschaft ausgezeichnet.

Totentafel

Die Universität Tübingen gedenkt ihrer Mitglieder, die im Berichtszeitraum verstorben sind:

Professor Dr. Marcus Bierich, Ehrensenator

Germain Bischof, Student der Informatik

Eberhart Däschler, Dezernat für Internationale Beziehungen

Professor Dr. Walter Felscher, Mathematische Fakultät

Professor Dr. Heinz Feneis, Medizinische Fakultät

Walther Groz, Albstadt-Ebingen, Ehrensenator

Professor Dr. Herbert Haag, Katholisch-theologische Fakultät

Professor Dr. Konrad Hammacher, Medizinische Fakultät

Ingo Hanke, Wissenschaftlicher Angestellter, Wirtschaftswissenschaftliches Seminar

Margit Joachim, Verwaltungsangestellte bei der Universitätskasse

Daniel Juhasz, Student der Rechtswissenschaft

Professor Dr. Wolfgang Kimmig, Fakultät für Kulturwissenschaften

Professor Dr. Hans-Joachim Mallach, Juristische und Medizinische Fakultät

Professor Dr. h. c. Hans L. Merkle, Ehrensenator
Bernhard Wilhelm Müller, Ehrensenator
Professor Dr. Gerhard Neumann, Fakultät für Kulturwissenschaften
Wolfgang Oehme, Ehrensenator
Professor Dr. Wolfram Prandl, Fakultät für Physik
Thomas Reich, Student der Musikwissenschaft und der Romanischen Philologie
PD Dr. Harald Riffert, Fakultät für Physik
Professor Dr. Wolfgang Rundel, Fakultät für Chemie und Pharmazie
Volker Scherer, Student der Rechtswissenschaft
Joachim Schleicher, Student der Betriebswirtschaftslehre
Professorin Dr. Brigitte Schlieben-Lange, Neuphilologische Fakultät
Jan Philipp Schmierer, Student der Rechtswissenschaft
Professor Dr. Walter Schulz, Philosophische Fakultät
Hanna Stobbe, Studentin der Anglistik und der Geographie
Professor Dr. Paul Thieme, Fakultät für Kulturwissenschaften
Miltcho Velinov, Student der Betriebswirtschaftslehre
Professor Dr. Nikolaus Wenturis, Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften
Professor Dr. Helmut Wielandt, Mathematische Fakultät
Walter Zeeb, Bibliotheksangestellter beim Institut für Politikwissenschaft



3 Aus Gremien und Verwaltung

3.1 Das bisherige und das neue Rektorat

Die bislang und die künftig agierenden Mitglieder des Rektorats werden vorgestellt.



Rektor Prof. Dr. Dr. h. c. Eberhard Schaich

Seit 18. Juli 1999 Rektor der Eberhards Karls Universität Tübingen; seit 1977 Professor für Statistik, Ökonometrie und Unternehmensforschung; zuvor seit 1970 o. Professor für Statistik an der Universität Regensburg; Dekan, Studiendekan, Prüfungsausschussvorsitzender an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät; 1991-1993 Vizepräsident der Universität; Arbeitsgebiete: Stochastische Prozesse in der Wirtschaft; Stichprobenmodelle und Stichprobenverfahren im Rechnungswesen der Unternehmung; verteilungsfreie Prüfverfahren; Demographie.



Prorektor Prof. Dr. jur. Ferdinand Kirchhof (bis 30.09.01)

Geschäftsbereich Struktur, Medizin und Öffentlichkeitsarbeit; seit 1986 o. Professor an der Juristischen Fakultät; 1989/90 Dekan; Fachgebiete Öffentliches Recht, insbesondere Finanz- und Steuerrecht, Jean-Monnet-Chair for European Fiscal Law; aktuelle Forschungsbereiche: Öko-Steuern; kommunaler Finanzausgleich; Sonderfinanzausgleiche in der Sozialversicherung; Recht der öffentlichen Banken.



Prorektor Prof. Dr. rer. nat. Volker Mosbrugger (bis 30.09.01)

Geschäftsbereich Forschung; seit 1990 o. Professor für Allgemeine Paläontologie an der Geowissenschaftlichen Fakultät; Leibniz-Preisträger des Jahres 1999; Sprecher des Sonderforschungsbereichs 275 "Klimagekoppelte Prozesse in meso- und känozoischen Geoökosystemen" (bis 2001); Forschungsschwerpunkte auf dem Gebiet der Paläobotanik und Paläoklima-Entwicklung.



Prorektorin Prof. Dr. phil. Veronika Ehrich (bis 30.09.01)

Geschäftsbereich Studierende, Studium und Lehre; seit 1994 Professorin für Germanistische Linguistik an der Neuphilologischen Fakultät; Forschung und Lehre auf den Gebieten Semantik, Pragmatik, Psycholinguistik; derzeitige Forschungsschwerpunkte: Modalsemantik (SFB 441), Syntax und Semantik von Nominalisierungen.



Prorektor Prof. Dr. rer. nat. Dieter Kern (ab 01.10.01)

Geschäftsbereich Forschung; seit 1993 o. Professor an der Fakultät für Physik im Institut für Angewandte Physik; Fachgebiet: Physikalische Grundlagen der Informatik; 1996 bis 1998 Dekan; Cleo Brunetti Award 1997 des IEEE (The Institute of Electrical and Electronics Engineers); aktuelle Forschung: Nanotechnologie, Anwendungen in Elektronik, Sensorik, Biologie und Medizin.



Prorektor Prof. Dr. med. Teut Risler (ab 01.10.01)

Geschäftsbereich Strukturen und Medizin; seit 1982 Professor an der Medizinischen Fakultät, Fachgebiet Nephrologie; Leiter der Sektion Nieren- und Hochdruckkrankheiten der Medizinischen Klinik; Forschungsschwerpunkte: Medikamentöse Nephroprotektion, Pathophysiologie, Prävention und Therapie kardiovaskulärer Erkrankungen bei Dialyse- und Patienten nach Nierentransplantation.



Prorektorin Prof. Dr. phil. Barbara Scholkmann (ab 01.10.01)

Geschäftsbereich Studierende, Studium und Lehre; seit 1994 Professorin für Archäologie des Mittelalters am Institut für Ur- und Frühgeschichte und Archäologie des Mittelalters (Fakultät für Kulturwissenschaften); Studiendekanin der Fakultät für Kulturwissenschaften; 1999 Forschungspreis der Jubiläumstiftung der Schwedischen Reichsbank; Forschungsschwerpunkte: Materielle Kultur des Mittelalters im überregionalen Kontext, Archäologie von Sakralanlagen (Kirchen und Klöstern), archäologische Landeskunde Südwestdeutschlands im Mittelalter.



Kanzler Prof. Dr. jur. Georg Sandberger

Seit 1979 Kanzler der Universität; verantwortlich für Wirtschafts- und Personalverwaltung; Mitwirkung in überregionalen Organisationen der Wissenschaftsverwaltung; Honorarprofessor für Wirtschaftsrecht an der Juristischen Fakultät; Arbeitsgebiete: Deutsches und europäisches Handels-, Unternehmens- und Wirtschaftsrecht; Urheber- und Medienrecht; Hochschulrecht.

3.2 Der Universitätsrat

Die Mitglieder des seit 01.10.2000 arbeitenden Universitätsrates werden vorgestellt.

I. Externe Mitglieder:



Karin Oppermann

Geboren 1942; 1971 Studienabschluss als Architektin; nach mehrjähriger Forschungstätigkeit an der Universität Stuttgart 1977 Wechsel zum Stuttgarter Arbeitsamt; 1990 Referatsleiterin für Vermittlung und Ausländerfragen beim Landesarbeitsamt Stuttgart; seit 1994 Direktorin des Arbeitsamtes Reutlingen.



Brigitte Russ-Scherer

Geboren 1956; nach dem Studium der Rechtswissenschaft und Assessorexamen 1984-95 Richterin am Amts- bzw. Landgericht Heilbronn, Staatsanwältin in Stuttgart, Richterin am Amts- bzw. Landgericht Stuttgart; 1987/1988 Teilnahme am Ausbildungsprogramm der Führungsakademie des Landes Baden-Württemberg; 1989-1993 Geschäftsführende Direktorin der Ludwigsburger Schlossfestspiele; 1995-1998 Leiterin des Fachbereichs Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Allianz Lebensversicherungs-AG; seit 01/1999 Oberbürgermeisterin der Universitätsstadt Tübingen.



Tilman Todenhöfer, Vorsitzender

Geboren 1943; nach dem Studium der Rechtswissenschaft und Assessorexamen seit 1973 in verschiedenen Funktionen und Bereichen tätig bei der Robert Bosch GmbH, Stuttgart; 1992 Ernennung zum stellvertretenden Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH; 1993 Geschäftsführer und Arbeitsdirektor der Robert Bosch GmbH; seit 07/1999 stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH.



Professor Dr. rer. nat. Rüdiger Wehner

Geboren 1940; 1966 Staatsexamen in Zoologie, Botanik und Chemie an der Universität Frankfurt/Main; 1966 Promotion zum Dr. rer. nat. an der Universität Frankfurt/Main; 1969 Habilitation für Biologie an der Universität Zürich, seit 1974 Professor für Physiologie an der Universität Zürich; seit 1986 Direktor des Zoologischen Instituts der Universität Zürich.



Professor eh. Dr. rer. pol. h. c. Reinhold Würth

Geboren 1935; nach dem Abschluss der Ausbildung zum Großhandelskaufmann 1954 Übernahme der Geschäftsleitung des väterlichen Betriebes Adolf Würth, Künzelsau; anschließend dessen Auf- und Ausbau zur international tätigen Adolf Würth GmbH & Co. KG; bis 1993 geschäftsführender Gesellschafter der Adolf Würth GmbH & Co. KG bzw. Würth-Gruppe; seit 1994 Vorsitzender des Beirats der Würth-Gruppe; 1999 Verleihung der Ehrendoktorwürde Dr. rer. pol. h. c. durch die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Tübingen; Ernennung zum Honorarprofessor an der Universität Karlsruhe.



Dr. phil. Philipp Herzog von Württemberg

Geboren 1964; 1993 Magister Artium in Kunstgeschichte und Geschichte; Promotion zum Doktor der Philosophie an der Eberhard Karls Universität Tübingen; seit 1998 Geschäftsführer von Sotheby's Deutschland GmbH, Frankfurt.

II. Interne Mitglieder



Susanne Hempel

Geboren 1960; Diplom-Bibliothekarin; seit 1984 Leiterin der Fakultätsbibliothek Physik an der Universität Tübingen; seit 1994 Mitwirkung in den Selbstverwaltungsgremien der Universität (Großer Senat; Verwaltungsrat; Strukturkommission) als Vertreterin der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



Tobias Kaphegyi

Geboren 1975; 1994 Abitur; seit WS 1995/96 Studium der Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Empirischen Kulturwissenschaft an der Universität Tübingen; aktive Mitgliedschaft in der Fachschaftsrätevollversammlung an der Universität Tübingen seit Studienbeginn; seit 1997 Mitwirkung in den Selbstverwaltungsgremien der Universität (Allgemeiner Studierendenausschuss/ASTA; Senat; Strukturkommission) als Vertreter der Studierenden.



Professor Dr. rer. nat. Herbert Klaeren

Geboren 1950; Studienabschluss Diplom-Mathematiker mit Nebenfach Physik bzw. Informatik; 1980 Promotion zum Dr. rer. nat. an der RWTH Aachen; 1989 Habilitation für Informatik an der RWTH Aachen; seit 04/1988 Professor für Informatik an der Universität Tübingen; 1992-1994 Dekan der Fakultät für Informatik; seit 1997 Mitwirkung in Selbstverwaltungsgremien der Universität (Großer Senat; Senat; Strukturkommission); seit 1998 Leitung des Steinbeis-Transferzentrums "Softwaretechnologie" an der Universität Tübingen.



Dr. rer. nat. Christoph Klein-Brabender

Geboren 1942; 1969 Studienabschluss Diplom-Physiker an der Universität Tübingen; 1974 Promotion zum Dr. rer. nat. (Kristallographie) an der Universität Tübingen; seit 1972 Assistent der Fakultätsleitung, dann Verwaltungsleiter der Geowissenschaftlichen Fakultät; langjähriges Mitglied in den Selbstverwaltungsgremien der Universität (Großer Senat; Senat; Verwaltungsrat; Strukturkommission) als Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



Professor Dr. phil. Dieter Langewiesche

Geboren 1943; nach kaufmännischer Lehre und Tätigkeit als Industriekaufmann Studium der Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaft; 1971 Staatsexamen an der Universität Heidelberg; 1973 Promotion zum Dr. phil. an der Universität Würzburg; 1977 Habilitation für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Würzburg; 1979-1985 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg; seit 03/1985 Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Tübingen; 1988/89 Dekan der Geschichtswissenschaftlichen Fakultät; 1995/96 Mitglied im Großen Senat der Universität Tübingen; 1997-2000 Prorektor und Gründungsdekan der Universität Erfurt.



Professor Dr. med. Dietrich G. Niethammer, stellvertretender Vorsitzender

Geboren 1939; 1965 Staatsexamen Medizin an der Universität Tübingen; 1966 Promotion zum Dr. med. an der Universität Tübingen; 1978 Habilitation für Kinderheilkunde; seit 1978 Professor an der Kinderklinik der Universität Tübingen; 1987/1988 Dekan der Medizinischen Fakultät; seit 1989 Ärztlicher Direktor der Abteilung Kinderheilkunde I der Universitäts-Kinderklinik Tübingen und Geschäftsführender Direktor der Universitäts-Kinderklinik Tübingen; seit 1990 Mitwirkung in den Selbstverwaltungsorganen der Universität (Großer Senat; Senat); 1996-1998 stellvertretender Vorsitzender des Großen Senats; 1998-2000 Vorsitzender des Großen Senats der Universität Tübingen; seit 1997 Sprecher des Sonderforschungsbereichs 510 "Stammzellbiologie und Antigenprozessierung".



Professor Dr. rer. nat. Joachim Strähle

Geboren 1937; 1963 Studienabschluss Diplom-Chemiker; 1965 Promotion zum Dr. rer. nat. an der Universität Stuttgart; 1971 Habilitation für Anorganische Chemie an der Technischen Universität Karlsruhe; seit 1973 Professor und Leiter der Abteilung für Anorganische Strukturchemie an der Universität Tübingen; 1982-1984 und 1994-1996 Dekan der Fakultät für Chemie und Pharmazie.

3.3 Die Dekane

Die Dekane des Berichtszeitraums werden genannt.



Professor Dr.
Eilert Herms

Evangelisch-theologische Fakultät



Professor Dr.
Ottmar Fuchs

Katholisch-theologische Fakultät



Professor Dr.
Burkhard Heß

Juristische Fakultät



Professor Dr.
Manfred Stadler

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät



Professor Dr.
Claus D. Claussen

Medizinische Fakultät



Professor Dr.
Günter Figal

Philosophische Fakultät



Professor Dr.
Martin Hautzinger

Fakultät für Sozial- und Verhaltens-
wissenschaften



Professor Dr.
Tilmann Berger

Neuphilologische Fakultät



Professor Dr.
Anton Schindling *

Geschichtswissenschaftliche Fakultät



Professor Dr.
Klaus Antoni

Fakultät für Kulturwissenschaften



Professor Dr.
Christian Lubich

Mathematische Fakultät



Professor Dr.
Gerhard J. Wagner

Fakultät für Physik



Professor Dr.
Hansgeorg Probst

Fakultät für Chemie und Pharmazie



Professor Dr.
Hans-Ulrich Schnitzler

Fakultät für Biologie



Professor Dr.
Muharrem Satir

Geowissenschaftliche Fakultät



Professor Dr.
Andreas Zell

Fakultät für Informatik

* Professor Dr. Anton Schindling ist ab 01.10.2001 Dekan der neu gegründeten Fakultät für Philosophie und Geschichte.

3.4 Senat

Die Mitglieder des Senats (Amtszeit ab 01.10.2000 bis 30.09.2002 bzw. 30.09.2001) werden genannt.

Gruppe der Professoren (Amtszeit bis 30.09.2002)

Forschung und Lehre

Vitzthum, Wolfgang Graf
Juristische Fakultät

Rassner, Gernot
Univ.-Hautklinik

Risler, Teut (bis 30.09.01)
Medizinische Universitätsklinik

Götz, Friedrich
Mikrobiologisches Institut

Kirchhof, Ferdinand (ab 01.10.01)
Juristische Fakultät

Liberale Liste Österbergkreis

Hemleben, Vera
Zentrum für Molekularbiologie
der Pflanzen

Gabler, Hartmut
Institut für Sportwissenschaft

Zrenner, Eberhart
Univ.-Augenklinik

Wolff, Manfred (bis 30.09.01)
Mathematische Fakultät

Mosbrugger, Volker (ab 01.10.01)
Institut und Museum für Geologie
und Paläontologie

Gruppe Wissenschaftlicher Dienst (Amtszeit bis 30.09.2002)

Unabhängige Liste des Wissenschaftlichen Dienstes

Delabar, Ursula Pharmakologisches Institut	Ostwald, Joachim Zoologisches Institut
---	---

Mittelbau-Liste (Vorschlag der GEW)

Schulz-Key, Hartwig Institut für Tropenmedizin	König, Gudrun Institut für Empirische Kulturwissenschaft
---	---

Gruppe Studierende (Amtszeit bis 30.09.2001)

Grüne Hochschulgruppe (GHG)

Orlinski, Markus

Juso-Hochschulgruppe

Discher, Frank

Liste für die Fachschaften – Fachschaftsräte VV

Henke, Christiane	Bock, Simon
-------------------	-------------

Für die Gruppe der Studierenden fand im Berichtszeitraum eine Neuwahl für die Amtszeit bis 30.09.2002 statt. Folgende Personen wurden gewählt bzw. sind als Ersatzmitglieder für zurückgetretene Mitglieder nachgerückt:

Gruppe Studierende (Amtszeit bis 30.09.2002)

Liste für die Fachschaften – Fachschaftsräte VV

Böhm, Helene Selina	Kuhmann, Michael
---------------------	------------------

Grüne Hochschulgruppe (GHG)

Frank, Nicole

junge-union@rcds.de

Rehbein, Jens

Gruppe Sonstige Mitarbeiter (Amtszeit bis 30.09.2002)

ÖTV-Liste Solidarität

Jäger, Sabine
Zentrale Verwaltung

Freitag, Monika
Psychologisches Institut

Wener, Hans-Günther
Physikalisches Institut

Meisel, Margit
Universitätsbibliothek

3.5 Die Dezenten

Die Dezernatsleiter der Zentralen Verwaltung, der Leiter des Akademischen Beratungszentrums und der Leiter des Presseamts werden vorgestellt.



Dezernat I **Studentische Angelegenheiten und Recht** **Rolf Matthes**

Zum Dezernat gehören die Studentenabteilung mit Studentensekretariat, den Bereichen Statistik, Datenerfassung und Bildungsguthaben sowie Graduiertenförderung, das Rechtsamt sowie die Abteilung Prüfungsrecht und Prüfungsordnungen.



Dezernat II **Personal und Innere Dienste** **Kurt Kolata**

Der Bereich Innere Dienste umfasst die Hausverwaltungen, die Hausdruckerei sowie das Sachgebiet Dienstreisen, Reisekosten, Exkursionen. Die Personalabteilung ist nach Beschäftigtengruppen untergliedert.



Dezernat III **Haushalt und Wirtschaft** **Fritz Zürn**

Neben der Haushaltsabteilung gehören die Universitätskasse und die Beschaffungsabteilung dem Dezernat an.



Dezernat IV

Bauplanung, Liegenschaften, Sicherheitsmanagement

Wolfgang Dettinger

Das Dezernat besteht aus den beiden Abteilungen Bauplanung und Liegenschaften sowie Arbeitssicherheit und Umweltschutz.



Dezernat V

Internationale Beziehungen

Axel Markert

Neben der Abteilung Akademischer Austausch gehört zum Dezernat V die Abteilung Internationale Sprachprogramme.



Dezernat VI

Universitätsentwicklung, Rektoratsangelegenheiten, Datenmanagement

Jürgen Rottenecker

Das Dezernat besteht aus den drei Abteilungen Universitätsentwicklung und Rektoratsangelegenheiten; Datenmanagement; Gremienbetreuung und Wahlen.



Dezernat VII

Akademische Dienstleistungen

Dr. Rainer Funke

Neben der Abteilung Wissenstransfer umfasst das Dezernat die zwei Abteilungen für Europäische Forschungsförderung, Regionalforum, Existenzgründungsprogramme und für Forschungskontakte, Forschungsförderung und Technologietransfer.



Akademisches Beratungszentrum

Heribert Kneer

Das Akademische Beratungszentrum gliedert sich in die Zentrale Studienberatung, die Beratung und Zulassung ausländischer Studierender sowie die Beratung behinderter Studierender.



Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Michael Seifert

Die Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit leistet insbesondere die Verbindung mit den Medien und ist Redaktion für die universitären Veröffentlichungen einschließlich der Wissenschaftsberichterstattung. Außerdem obliegen ihr die Internet-Verbindungen der Universität.

4 Forschung

Nachfolgend werden die forschungspolitischen Grundsätze der Universität Tübingen erläutert. Sodann werden die Schwerpunkte der universitären Forschung und die Bedeutung der Drittmittel dargelegt. Dabei wird auch auf Forschungsk Kooperationen und EU-Rahmenprogramme eingegangen. Auch die Bedeutung von Messe- und Ausstellungsbeteiligungen, Technologietransfers einschließlich Steinbeis-Forschungszentren und Existenzgründungen wird ausgeführt. Schließlich werden auch die Maßnahmen der Universität zur Vermeidung von Fehlverhalten in der Wissenschaft erläutert.

4.1 Allgemeine Grundsätze

Die im letzten Rechenschaftsbericht formulierten forschungspolitischen Grundsätze der Universität werden fortgeschrieben.

Die zentrale Rolle der Forschung, auch der Grundlagenforschung, für das Wohlergehen eines Landes in der Zukunft ist in unserer Gesellschaft nicht mehr strittig. Den Universitäten kommt bei der Entwicklung der Forschung eine Schlüsselbedeutung zu, weil nur sie dafür zuständig sind, Forschungsmethoden und Forschungsergebnisse an junge Wissenschaftler zügig weiterzugeben. Die Forschungspolitik der Universität Tübingen lässt sich von den nachfolgend erläuterten Grundsätzen leiten.

1. Die Universität Tübingen hat eine ausgewogene Balance zwischen Forschung in speziellen Kompetenzzentren und breit gefächerter Forschung in allen Universitätseinrichtungen gefunden und möchte diese fortführen. Kompetenzzentren mit international wahrnehmbaren Forschungsleistungen bilden einen wesentlichen Teil des Profils der Universität. Breitenwirksame Forschung trägt, vor allem in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften, dazu bei, dass ihr Beitrag zur Entwicklung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft hoch bleibt und dass ihre Chancen groß bleiben, bei der Entstehung neuer Forschungsrichtungen beteiligt zu sein.
2. Die Universität Tübingen sieht ihre Forschungszukunft eher in Einheiten, die über die Größe von Sonderforschungsbereichen nicht hinausgehen. Sie hält die Zusammenarbeit mit den Max-Planck-Instituten und die Bildung von Forschungsverbänden mit anderen Universitäten im In- und Ausland für den richtigen Weg, Forschungspotentiale erfolgreich einzusetzen und hält eine "Max-Planckisierung" der universitären Forschung nicht für den richtigen Weg.
3. Die anwendungsbezogene Forschung, auch im Verbund mit industrieller Forschung, hat auch an den Universitäten ihren Platz und soll ihre Bedeutung verstärken. Unter anderem fördert sie auch die Chancen der Absolventen, ihre Qualifikationen in die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Unternehmungen einbringen zu können.

4. Die Forschungsanstrengungen der Universität müssen die Möglichkeiten zur Ausgründung von Unternehmungen mit hohen Innovationspotentialen einbeziehen. Insofern muss die Forschungspolitik Hand in Hand gehen mit den Bemühungen der Universitätsstadt Tübingen, einen hochschulnahen Gewerbepark "Obere Viehweide" zu eröffnen. Entsprechend sind auch Fortbildungsprogramme zur Existenzgründung in enger Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer Reutlingen ein wesentlicher Bestandteil einer zukunftsgerichteten Forschungspolitik.
5. Ein wichtiger Forschungsförderungsfaktor ist die frühzeitige Entwicklung junger Wissenschaftler hin zur Selbstständigkeit bei der Beantragung und Durchführung von Forschungsprojekten. Das in der Universität aufgebaute Forschungsförderungsprogramm muss ebenso wie das separate fortune-Programm der Medizinischen Fakultät ausgebaut werden. Damit kann auch der Abwanderung besonders befähigter junger Wissenschaftler in die USA entgegengewirkt werden.
6. Die Universität Tübingen verfügt über eine beachtliche Anzahl spezieller Forschungseinrichtungen in geistes-, kultur- und sozialwissenschaftlichen Fächern. Dennoch muss ihr Bestreben darauf gerichtet sein, ihre hohen Potentiale in diesen Fächern noch mehr für gesonderte Forschungsaktivitäten nutzbar zu machen.
7. Die Internationalität der Forschung wird sich im Zuge der Globalisierung verstärken. Deshalb sind internationale Forschungsverbände, insbesondere auch solche, für welche EU-Finanzierungen in Aussicht stehen, besonders intensiv zu fördern.
8. Die Forschungsförderung an der Universität Tübingen steht und fällt mit der Möglichkeit, vielversprechende neue Entwicklungen, auch wenn sie im wesentlichen drittmittelfinanziert sind, inneruniversitär durch Personal- und Sachmittel wenigstens in kleinerem Umfang zu stärken. Dafür ist die Wiedergewinnung von Spielräumen, insbesondere auch bei Personalmitteln (vgl. Abschnitt 7.3), eine entscheidende Voraussetzung.
9. Die Förderung der Interdisziplinarität der Forschung muss Kennzeichen einer klassischen Universität sein. Insbesondere müssen auch Projekte gestärkt werden, bei denen entferntere Wissenschaftsgebiete, etwa Geistes- und Informationswissenschaften oder Geistes- und Biowissenschaften, zusammenwirken.
10. In ganz spezieller Weise muss auch die Integration der medizinischen, insbesondere auch klinisch-medizinischen Forschung, in das gesamte Forschungsspektrum der Universität systematisch vorangebracht werden.

4.2 Schwerpunktforschung

Auf einen Überblick über die an der Universität eingerichteten Sonderforschungsbereiche folgt eine Übersicht über die laufenden Projekte des Forschungsschwerpunktprogrammes und ein Überblick über die Förderungen aus dem Strukturfonds.

Die Universität Tübingen ist zur Zeit Sprecherhochschule von sieben Sonderforschungsbereichen (SFB). Im Jahr 2000 wurden von der DFG 20,6 Mio. DM Ergänzungsausstattungsmittel zur Verfügung gestellt, welche etwa 15 % der Drittmittel insgesamt ausmachen. Diese SFBs sind:

1. Linguistische Datenstrukturen: Theoretische und empirische Grundlagen der Grammatikforschung (SFB 441);
2. Kriegserfahrungen - Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit (SFB 437);
3. Mechanismen des Zellverhaltens bei Eukaryoten (SFB 446);
4. Verfahren und Algorithmen zur Simulation physikalischer Prozesse auf Höchstleistungsrechnern (SFB 382);
5. Zelluläre Mechanismen sensorischer Prozesse und neuronaler Interaktionen (SFB 430);
6. Erkennen, Lokalisieren, Handeln: Neurokognitive Mechanismen und ihre Flexibilität (SFB 550);
7. Stammzellbiologie und Antigenprozessierung (SFB 510).

Neben den Sonderforschungsbereichen und den Graduiertenkollegs (siehe unten, 5.3) sind die Forschungsschwerpunkte des Programms des Landes Baden-Württemberg wesentliche Gestaltungselemente der Forschung an der Universität Tübingen.

In der nun folgenden Tabelle sind die im Rahmen des Forschungsschwerpunktprogramms 2000/2001 neu bewilligten und geförderten Forschungsschwerpunkte der Universität Tübingen dokumentiert.

Forschungsschwerpunktprogramm des Landes Baden-Württemberg 2000/2001

<i>Jahr</i>	<i>Projektleiter</i>	<i>Gebiet</i>	<i>Titel</i>	<i>Ergebnis MWK</i>
2000	Frommer, Wolf B.; Professor Dr.	Molekularbiologie der Pflanzen	N-Engineering: Optimierung der Stickstoff-Versorgung in Pflanzen und Bakterien	bewilligt
2000	Jung, Günther; Professor Dr.	Organische Chemi	Wirkstoffentwicklung durch parallele Multiparameter-analyse von Molekülkomplexen	bewilligt
2000	Kern, Dieter; Professor Dr.	Angewandte Physik	Elektronik mit mesoskopischen Systemen - Grundlagen und Anwendungen	bewilligt
2000	Kohlhepp, Gerd; Professor Dr.	Geographie	Nachhaltige Regionalentwicklung in Amazonien	bewilligt
2000	Nagel, Rainer; Professor Dr.	Mathematik	Evolutionsgleichungen	bewilligt
2000	Ruder, Hanns; Professor Dr.	Astronomie und Astrophysik	ASPIC: Application Service Providing für integrierte technisch-wissenschaftliche Simulation und Visualisierung auf Hochleistungs-PC-Clustern	bewilligt
2001	Eibl, Oliver; Professor Dr.	Angewandte Physik	Quantitative Elektronenstrahl-Mikroanalyse für Hochleistungsmaterialien	bewilligt
2001	Fäßler, Amand; Professor Dr.	Theoretische Physik	Niederenergetische Neutrinos: Schlüssel für neue Physik?	bewilligt
2001	Maier, Martin; Professor Dr.	Organische Chemie	Reaktionskaskaden an funktionellen Gelen	in Begutachtung
2001	Wehner, Heinz-Dieter; Professor Dr.	Gerichtliche Medizin	Präventive Analyse von impactbedingten Unfällen (Entwicklung eines kontinuumsmechanisch begründeten validierungsfähigen Menschmodells zur Simulation von stoßbedingten Traumen)	bewilligt

Seit 1999 stellt die Universität Tübingen aus Mitteln des Strukturfonds jährlich bis zu 700.000 DM für Projektförderungen bereit. Diese Mittel werden insbesondere qualifizierten Nachwuchswissenschaftlern zur Anlauffinanzierung von Drittmittelprojekten zugewiesen. Die Projekte werden von der Kommission für Forschungsfragen an der Universität Tübingen begutachtet, zur Förderung dem Rektorat vorgeschlagen und dort beschlossen.

Über die Entwicklung der Zahl der Projektanträge gibt die nachfolgende Tabelle Aufschluss.

	Jahr 1999	Jahr 2000
Eingegangene Anträge	76	63
Bewilligte Anträge	20	22
Bewilligungssumme	472.474,09 DM	572.824,00 DM

4.3 Die Entwicklung der Drittmittelinwerbung

Die Drittmittelentwicklung ist auch im Berichtszeitraum sehr positiv gewesen.

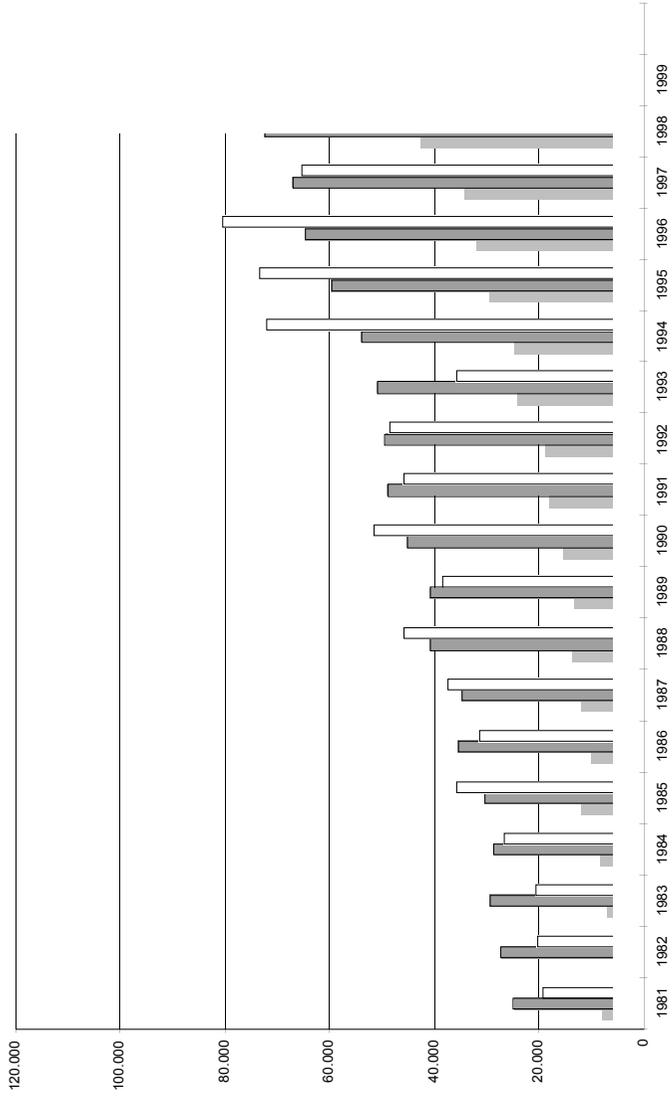
Die Drittmittelinnahmen der Universität Tübingen stiegen im Jahr 2000 um 9,1 Mio. DM auf 139,7 Mio. DM. Die enormen Zuwächse in den Jahren 1998 und 1999 wurden zwar nicht erreicht, aber die Erhöhung belief sich immer noch auf 7 % Steigerung im Vergleich zum Vorjahresergebnis. Aus den graphischen Darstellungen der folgenden Seiten ist zu ersehen, dass alle Geldgeber anteilig an dieser Steigerung beteiligt waren. Ebenso verhält es sich mit den verschiedenen beantragenden Bereichen.

4.4 Internationale Forschungsk Kooperationen und EU-Programme

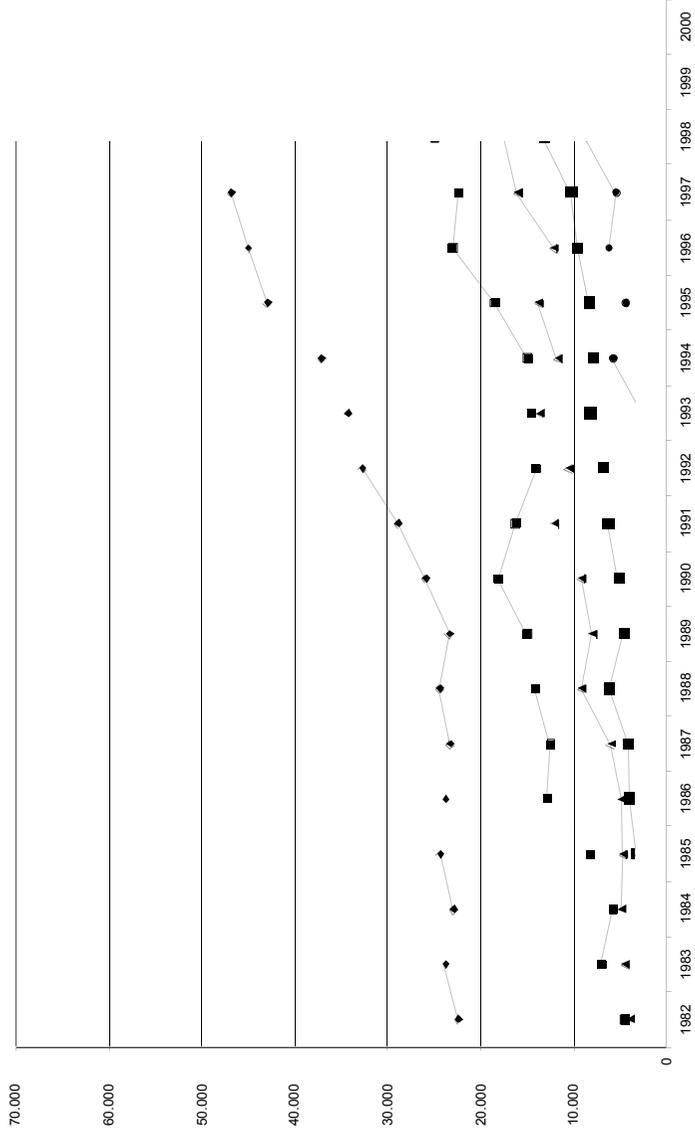
Die Aktivitäten waren im Berichtszeitraum geprägt vom Beginn der ersten Forschungsprojekte im 5. EU-Forschungsrahmenprogramm. Nach anfänglichen Schwierigkeiten beim Abschluss der Verträge mit der EU-Kommission konnte die Mehrzahl der positiv begutachteten Vorhaben im Jahre 2000 gestartet werden.

Die ersten Projektevaluationen lieferten das bemerkenswerte Ergebnis, dass der Anteil der Tübinger Koordinationen an der Gesamtzahl der bewilligten Vorhaben erheblich zugenommen hat und der Einfluss von Tübinger Wissenschaftlern auf die künftigen Forschungsthemen der Europäischen Kommission dadurch gestiegen ist. Negativ festzustellen ist der extrem vergrößerte administrative Aufwand, insbesondere der Koordinatoren der Verbundvorhaben. Dieser steht im Widerspruch zu den Bestrebungen der Europäer-

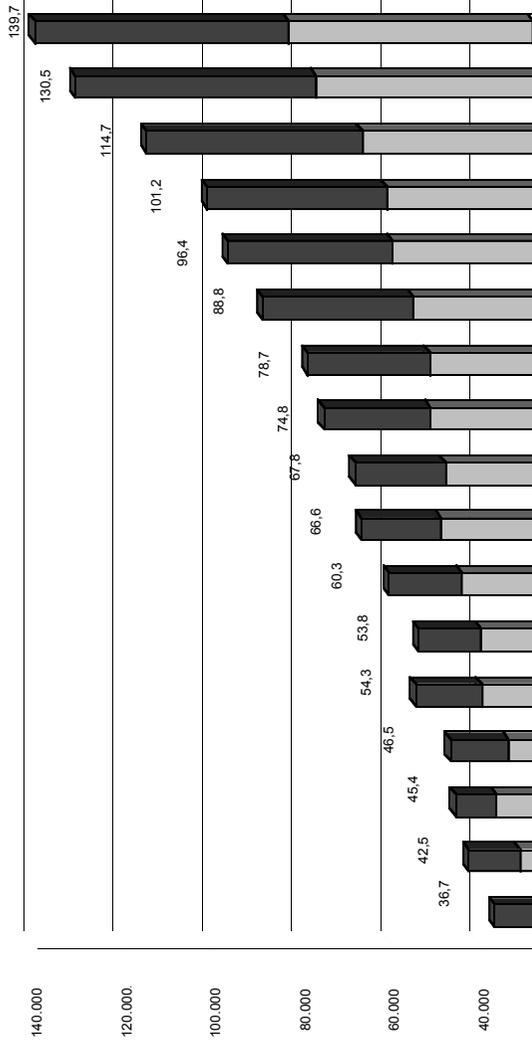
Entwicklung der Drittmittel in tausend DM 1981 - 2000



Drittmittelannahmen nach Drittmittelgebern in tausend DM



Drittmittelannahmen aufgeteilt nach Geisteswissenschaften, Naturwissenschaften und Medizin in tausend



Fakultät		2000 Neubewilligungen	2000 IST-Einnahmen SFB gesondert	2000 IST-Einnahmen mit SFB
Ev.-Theolog. Fakultät	DM	596.660	808.003,67	840.570,67
Kath.-Theol. Fakultät	DM	204.960	961.842,65	961.842,65
Juristische Fakultät	DM	172.910	472.433,13	472.433,13
Wirtschaftswiss. Fakultät	DM	0	753.155,98	940.672,98
Medizin	DM	39.870.770	50.498.825,60	56.859.966,96
Philosophische Fakultät	DM	342.460	294.610,64	294.610,64
Sozial- u. Verhaltenswiss.	DM	2.446.610	4.077.366,33	4.332.516,33
Neuphilolog. Fakultät	DM	2.275.430	3.393.094,21	6.541.015,06
Geschichtswiss. Fakultät	DM	1.057.510	1.373.635,57	2.832.001,57
Kulturwiss. Fakultät	DM	2.126.700	4.688.807,15	4.785.807,15
Mathematische Fakultät	DM	575.600	262.976,00	1.142.376,00
Fakultät für Physik	DM	7.084.880	6.023.153,71	6.711.709,53
Fakult. f. Chemie u. Pharm.	DM	6.863.310	12.533.736,01	13.446.336,01
Fakultät für Biologie	DM	16.428.470	13.040.706,24	16.114.518,90
Geowissensch. Fakultät	DM	10.548.600	9.108.468,21	12.050.018,64
Fakultät für Informatik	DM	5.111.300	4.769.781,80	5.379.381,80
Zentrale Einrichtungen	DM	1.587.170	6.053.527,22	6.053.527,22
Sonderforschungsbereiche	DM		20.645.181,12	
Neubewilligungen			Drittmiteleinnahmen	
1985	DM	35.469.000,00	1978	25.213.094,40
1986	DM	31.219.000,00	1979	24.084.962,17
1987	DM	37.259.000,00	1980	30.842.852,04
1988	DM	45.542.000,00	1981	32.782.676,56
1989	DM	38.242.000,00	1982	32.613.923,61
1990	DM	51.395.000,00	1983	36.110.091,07
1991	DM	45.830.000,00	1984	36.775.637,58
1992	DM	48.400.000,00	1985	42.442.716,55
1993	DM	35.595.000,00	1986	45.401.124,95
1994	DM	72.025.800,00	1987	46.606.007,14
1995	DM	73.342.300,00	1988	54.329.024,08
1996	DM	80.473.400,00	1989	53.845.533,05
1997	DM	65.149.300,00	1990	60.285.212,83
1998	DM	77.689.490,00	1991	66.557.099,82
1999	DM	86.906.000,00	1992	67.839.661,01
2000	DM	97.293.340,00	1993	74.832.313,96
			1994	78.674.943,34
			1995	88.751.190,89
			1996	96.411.701,64
			1997	101.237.830,51
			1998	114.737.703,96
			1999	130.557.791,30
			2000	139.759.305,24

schen Union, die Verfahrensvorschriften zur Durchführung internationaler Projekte zu vereinfachen. Positiv hervorzuheben ist wiederum, dass sich eine stark gestiegene Zahl von Tübinger Wissenschaftlern am Auswahlverfahren der EU-Kommission beteiligt hat.

Von Bedeutung ist dies insbesondere im Hinblick auf die im Frühjahr 2001 angelaufenen Vorbereitungen zum Start des neuen 6. EU-Forschungsrahmenprogramms 2002 bis 2006. Gegenwärtig ist geplant, die Vorhaben dieses Rahmenprogramms noch stärker als in der Vergangenheit zu konzentrieren, einzelne Themenbereiche auf europäischer Ebene zu bündeln sowie mit der nationalen Forschungspolitik abzustimmen. Die Zahl der realisierbaren Projekte wird dadurch weiterhin abnehmen, die Bedeutung der Koordinatoren dieser Vorhaben im Gegenzug wesentlich zunehmen. Um sich in diesem künftig immer stärker international kompetitiven Bereich der Forschungsförderung Anteile zu sichern, sind innerhalb der Tübinger Forschungsschwerpunkte intensive Vorbereitungen zur Amalgamation von Forschungsinteressen im Gange.

4.5 Patente, Messe- und Ausstellungsbeteiligungen

Patentberatungen fanden vor Ort und in Karlsruhe statt. Es wurde damit begonnen, die Messe- und Ausstellungsbeteiligungen zu intensivieren.

Die Universität Tübingen ist wie die anderen baden-württembergischen Universitäten Gesellschafterin des TLB (Technologie-Lizenz-Büro der Baden-Württembergischen Hochschulen GmbH in Karlsruhe). Die Tübinger Erfinder nahmen im Berichtszeitraum das TLB für Beratungen vor Patentanmeldungen in Anspruch.

Innerhalb unserer Universität führte die Technologietransferstelle bei spezifischen Anfragen über 100 Beratungen durch, insbesondere bei Forschungsverträgen, in Transferprojekten und bei Vermarktungskonzepten mit Firmengründungen.

Die Universität Tübingen hat im Berichtszeitraum auf den vier Industrie-Messen

- MEDICA (November 2000 in Düsseldorf);
- CeBIT (März 2001 in Hannover);
- HannoverMesse (April 2001 in Hannover);
- SENSOR (Mai 2001 in Nürnberg)

16 Forschungsprojekte aus acht verschiedenen Fachgebieten präsentiert.

Mit der Industrie- und Handelskammer Reutlingen wurde in der Reihe "Wirtschaft trifft Wissenschaft" im November 2000 eine Ausstellung mit Fachvorträgen zum Thema "Drei-dimensional im E-Commerce" durchgeführt.

Es wurde damit begonnen, die Messe- und Ausstellungsbeteiligungen zu intensivieren. Derzeit wird mit der Technologietransferstelle eine neue Konzeption für die Messe- und

Ausstellungsbeteiligungen der Universität Tübingen ausgearbeitet. Insbesondere sollen junge Unternehmen die Möglichkeit haben, sich auf den Messeständen der Universität vorzustellen.

4.6 Technologietransfer und Existenzgründung; Steinbeis-Transferzentren

Der Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsprojekten hat im Berichtszeitraum weiter zugenommen. Die Existenzgründungsinitiativen des Landes Baden-Württemberg, "Gründerverbund auf dem Campus" und "Junge Innovatoren", haben sich im Jahre 2000 an der Universität weiterhin sehr positiv entwickelt.

Die Wissenschaftler der Universität Tübingen wurden in allen einschlägigen Fragen von der Technologietransferstelle beraten und unterstützt, beispielsweise bei

- Vertragsangelegenheiten und Forschungsverträgen,
- Innovationsverwertung, Patenten und Schutzrechtsangelegenheiten,
- Beratungsvermittlung und Projektbetreuung,
- Kontaktakquisition und Marketing in verschiedenen Medien,
- Veranstaltungen in der Universität, in Firmen, in und mit Verbänden und Kammern,
- Messebeteiligungen,
- Personaltransfer,
- Unternehmensgründungen.

Zur Verbesserung der Information innerhalb der Universität und für externe Interessenten im Sinne der Fragestellung "wer kann, macht wo was?" stellt die Transferstelle fakultätsweise Forschungsprofile zusammen. Diese stichwortartigen Übersichten sind im Berichtszeitraum für die Fakultäten Physik, Informatik und Sozial- und Verhaltenswissenschaften fertiggestellt worden.

Die Einstellung ins Internet in Verbindung mit Links zu den individuellen Homepages der Wissenschaftler bietet Interessenten neue Recherchemöglichkeiten und zeitnahe Informationen aus der Universität.

Der Bericht 2000 der Steinbeis-Stiftung für Wirtschaftsförderung weist 16 Steinbeis-Transferzentren an der Universität Tübingen aus, davon sieben in der Medizinischen Fakultät. Die Universität Tübingen verfügt innerhalb der Universitäten Baden-Württembergs über die größte Anzahl solcher Zentren. In den Steinbeis-Transferzentren werden die Forschungs- und Entwicklungsprojekte von den Professoren in Nebentätigkeit durchgeführt. Die Steinbeis-Stiftung übernimmt die Verwaltung.

Die Zahl der durch das Programm "Junge Innovatoren" geförderten jungen Existenzgründer der Universität Tübingen ist im Landesvergleich an der Spitze der geförderten Universitäten. Die dadurch gegründeten Unternehmen haben sich in der Mehrzahl wirtschaftlich

gut entwickelt, die Resonanz der Unterstützungsmaßnahmen bei den jungen Gründern, die dadurch vor allem über Personalmittel verfügten, entwickelte sich sehr positiv.

Auch in der Initiative "Gründerverbund auf dem Campus" kam es zu einer steigenden Zahl von Gründungen, insbesondere im Bereich der Biowissenschaften. Die schon in den Vorjahren betreuten Gründungen haben in einigen Fällen zudem mittlerweile eine Betriebsgröße erreicht, die zur räumlichen Ausdehnung im Umfeld der Universität Tübingen Anlass gegeben hat und teilweise durch eine Startfinanzierung von Venture Capital-Fonds begleitet wurde.

Das Land Baden-Württemberg wird diese erfolgreich begonnenen Programme regional im Lauf der nächsten Jahre weiter fördern. Es wird den in der Gründerberatung und -unterstützung tätigen Einrichtungen, in Tübingen der Attempo Service GmbH, die Möglichkeit zur langfristigen Etablierung in diesem Sektor bieten.

4.7 Handreichungen zur Vermeidung von Fehlverhalten in der Wissenschaft

Fehlverhalten in der Wissenschaft soll vorgebeugt werden. Dieser Aufgabe haben sich die Gremien der Universität gestellt.

Bereits dem Rechenschaftsbericht des vergangenen Jahres war zu entnehmen, dass sich die Universität Tübingen den Bestrebungen der DFG angeschlossen und Regeln für die Einhaltung guter wissenschaftlicher Praxis erlassen hat. Der Beschluss des Senats vom 25.05.2000 wurde in den Amtlichen Mitteilungen Nr. 5 vom 15. August 2000 veröffentlicht.

Bei der Erörterung im Senat wurde seinerzeit angeregt, eine Kommission einzurichten, welche konkrete Handreichungen erarbeiten sollte. Anschließend wurde die Kommission zur Untersuchung von Fehlverhalten in der Wissenschaft gebeten, im Benehmen mit dem Kanzler und einem von den Studierenden zu benennenden Mitglied einen Vorschlag für Handreichungen zur Verabschiedung im Senat zu erarbeiten. Diese Kommission hat dem Senat mittlerweile ein Papier in Form von Handreichungen vorgelegt, die am 21.06.2001 verabschiedet worden sind. Diese wurden mittlerweile an die Fakultäten mit der Bitte um Weitergabe an die Institute und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen gereicht.



5 Lehre

Die Lehre hat in den vergangenen Jahren ihren hohen Stellenwert behaupten können. Insbesondere werden die Studienstrukturreformbemühungen im Berichtszeitraum dargestellt, der Stand der Graduiertenkollegs und die Arbeit des ABZ. Evaluation und Akkreditierung werden in getrennten Artikeln behandelt. Schließlich kommen Studierendenvertreter zu Wort. Zum Schluss wird über einen Aspekt der Prüfungsdatenverwaltung und Entwicklungen im Bereich der Hochschuldidaktik informiert.

5.1 Vorbemerkungen

Hier wird auf die derzeitigen Aktivitäten der Studienstrukturreform und deren Rahmenbedingungen hingewiesen.

Das neue Universitätsgesetz eröffnet den Universitäten größere Autonomie-Spielräume bei der Gestaltung der Studienreform: die Verabschiedung neuer Prüfungsordnungen für bereits existierende Studiengänge liegt nun in der Eigenverantwortung der Universität und in der des Universitätsrats. Diese Entwicklung hat in den Fächern vielfach zu neuen Reformmaßnahmen geführt, insbesondere zur Einführung studienbegleitender Prüfungen und des European Credit Transfer System (ECTS). In den Magisterfächern werden die Studiengänge transparenter gestaltet und damit "studierbarer" gemacht. Zusätzlich gibt es eine Reihe fachübergreifender Initiativen zur Einführung konsekutiver Studiengänge nach dem Bachelor-Master (BA/MA) -Modell.

Die Fakultäten setzen diese Reformen vor dem Hintergrund zurückgehender Ressourcen um: die Stelleneinsparungen im Rahmen des Solidarpakts und die inneruniversitären Stellenumwidmungen führen dazu, dass Reformen in der Lehre in vielen Bereichen mit größten Anstrengungen seitens der Lehrenden, vor allem auch aus dem Wissenschaftlichen Dienst verbunden sind. In dieser schwierigen Situation ist es besonders zu begrüßen, dass sich die Studierenden konstruktiv an der Reformdiskussion beteiligen und mit ihren Vorschlägen zur Studienreform auch dort beitragen, wo sie den generellen Entwicklungen skeptisch gegenüber stehen.

5.2 Neue und reformierte Studiengänge

Die Fakultäten haben im vergangenen Jahr zahlreiche Initiativen entwickelt zur Einrichtung neuer und zur Reform bestehender Studiengänge. Das Spektrum reicht von neuen bzw. reformierten Diplom- und Magisterstudiengängen über Bachelor- und Masterstudiengänge bis zu einem "Turbo"-Kurzzeitstudiengang in der Informatik. Als Motive standen einerseits die bessere Strukturierung der Studieninhalte und die Schaffung interdisziplinär ausgerichteter Studienangebote, andererseits das Bestreben, mit der Einführung von ECTS und international kompatiblen Studienabschlüssen das Lehrangebot international attraktiver zu machen, im Vordergrund. Zusätz-

lich sollte auf diese Weise zu verkürzten Studienzeiten beigetragen und den Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt entsprochen werden.

Zum Wintersemester 2000/01 wurden mehrere Bachelorstudiengänge neu angeboten: der Bachelorstudiengang Sportwissenschaft mit den Schwerpunkten Sportmanagement bzw. Gesundheitsmanagement, der Bachelorstudiengang Sinologie, dessen Praxismodul "Interkulturelle Kommunikation" an der Universität Peking im European Centre for Chinese Studies absolviert wird, sowie der Bachelorstudiengang Japanologie, von dem ein Teil des Studienprogramms am Kyoto-Zentrum der Universität Tübingen stattfindet.

Ebenfalls mit Beginn des Wintersemesters 2000/01 wurde der Aufbaustudiengang "Master of European Studies" gemeinsam vom Institut für Politikwissenschaft und von der Juristischen und der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät eingeführt.

Die Geowissenschaftliche Fakultät und die Fakultät für Biologie richteten gemeinsam für 20 Studierende jährlich den Diplomstudiengang Geoökologie/Geoökosystemmanagement ein, der in Kooperation mit der Fachhochschule Rottenburg - Hochschule für Forstwirtschaft und dem Institut für Betriebswirtschaftslehre der Universität Hohenheim betrieben wird.

Neu eingerichtet wurden das Magister-Nebenfach Informatik und das Nebenfach Paläoanthropologie in der Geowissenschaftlichen Fakultät.

Der internationale Diplomstudiengang Betriebswirtschaftslehre, der zum Sommersemester 2001 gestartet wurde, beinhaltet ergänzend zum betriebswirtschaftlichen Kernstudium die Ausbildung in zwei Fachsprachen, einen obligatorischen einjährigen Auslandsaufenthalt und spezielle Veranstaltungen zu internationalen Aspekten der Betriebswirtschaftslehre. 30 Studienplätze pro Jahr stehen zur Verfügung, die mittels eines Auswahlverfahrens vergeben werden. Wie bei den Diplomstudiengängen Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und Internationale Volkswirtschaftslehre ist das Studienprogramm durch ein ECTS gegliedert. Die Prüfungen finden studienbegleitend statt.

Ab Wintersemester 2001/02 wird es in der Japanologie für die Absolventen des früheren Bakkalaureus- sowie des neuen Bachelorstudiengangs die Möglichkeit geben, das Hauptfach in einem Masterstudiengang Japanologie zu vertiefen. Zugelassen wird, wer im Bachelorstudiengang oder einem vergleichbaren Studiengang im Fach Japanologie mindestens die Note 2,5 erreicht hat.

Die Philosophische Fakultät, die bereits 1998 ein Konzept für einen Bakkalaureusstudiengang in die Gremien einbrachte, hat lange auf die Genehmigung des Wissenschaftsministeriums warten müssen. Seit dem Wintersemester 2001/02 ist der neue Bakkalaureusstudiengang Philosophie Bestandteil des Studienangebots der Universität.

Die Geowissenschaftliche Fakultät bietet erstmals zum Wintersemester 2001/02 das Studium im Bachelorstudiengang Geowissenschaften an. Bereits vorhandene Masterstudiengänge bauen auf diesen auf. Der neu eingerichtete Diplomstudiengang Geowissenschaften ermöglicht das Studium in der Vertiefungsrichtung Geologie oder Mineralogie. Dieser Studiengang mit studienbegleitenden Prüfungen und ECTS hat die Diplomstudiengänge Mineralogie und Geologie-Paläontologie abgelöst.

Grundlegend reformiert wurde auch der Diplomstudiengang Psychologie. Zum Wintersemester 2001/2002 trat die neue Diplomprüfungsordnung in Kraft, welche die noch aus dem Jahr 1976 stammende Prüfungsordnung ersetzt. Als Regelstudienzeit sind zehn Semester vorgesehen, in denen ein mindestens zwanzigwöchiges obligatorisches Praktikum enthalten ist. Das Studium im Grund- und Hauptstudium ist nunmehr klar strukturiert und die Prüfungen für das Vordiplom und das Diplom werden studienbegleitend erbracht. Neu ist das ECTS, welches auch international die Anrechnung der Studien- und Prüfungsleistungen und die Umrechnung der Noten ermöglicht.

Das Studienangebot der Fakultät für Informatik wird zum Wintersemester 2001/02 um einen Kurzzeitstudiengang, einen Diplomstudiengang mit sieben Semestern Regelstudienzeit ("Turbo-Studiengang"), erweitert werden. Die Verkürzung der Studienzeit wird unter anderem durch die Verlegung von Praktika in die vorlesungsfreie Zeit erreicht. Der Studiengang wird als Modellversuch eingerichtet. Jährlich 30 Studierende werden nach Leistungskriterien universitätsintern ausgewählt.

5.3 Graduiertenkollegs

Im Jahr 2000 haben die 15 Graduiertenkollegs, die bisher von der DFG bewilligt wurden, ihre Forschungsprojekte zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses weitergeführt.

Für die Graduiertenkollegs standen 5,4 Mio. DM zur Verfügung, von denen 4,2 Mio. DM Stipendienmittel an ca. 160 Doktoranden und Postdoktoranden ausgezahlt wurden. Im Oktober 2000 bewilligte die DFG drei neue Graduiertenkollegs, darunter ein europäisches. Die Graduiertenkollegs sind in nachfolgender Tabelle (nächste Seite) dargestellt.

Erst außerhalb des Berichtszeitraums bewilligt wurden drei neue Kollegs: Globale Herausforderungen – transnationale und transkulturelle Lösungswege; Kognitive Neurobiologie; Zellbiologische Mechanismen immunassoziierter Prozesse.

	Thema	Fördersumme 2000
Geisteswissenschaften		
	Ethik in den Wissenschaften	465.380 DM
	Integriertes Linguistik-Studium	327.050 DM
	Ars und scientia im Mittelalter und in der frühen Neuzeit	457.314 DM
	Pragmatisierung/Entpragmatisierung : Literatur als Spannungsfeld heteronomer und autonomer Bestimmungen	380.380 DM
	Die Bibel - ihre Entstehung und ihre Wirkung	428.547 DM
	Anatolien und seine Nachbarn. Kulturelle Wechselwirkungen und Zivilisationsentwicklung vom Neolithikum bis in die Römische Kaiserzeit	473.460 DM
	Wissenserwerb und Wissensaustausch mit neuen Medien	120.000 DM
	Marktgleichgewichte und Staatliche Aktivität in dynamischen Entscheidungsmodellen	304.000 DM
	Lebensstile, soziale Differenzen und Gesundheitsförderung	385.100 DM
Naturwissenschaften		
	Struktur und Wechselwirkung von Hadronen und Kernen	195.050 DM
	Mikrobiologie	279.534 DM
	Neurobiologie	425.000 DM
	Analytische Chemie	484.820 DM
	Chemie in Interphasen – Synthese, Dynamik und Anwendung polymerfunktionaler Reaktionszentren	383.920 DM
Medizin / Naturwissenschaften		
	Zellbiologie in der Medizin	272.670 DM

5.4 Das Akademische Beratungszentrum

Das Akademische Beratungszentrum (ABZ) konnte im Berichtszeitraum seine Pflichtaufgaben bei konstant hoher, im Ausländerbereich erneut gestiegener Inanspruchnahme erfüllen. Besonders positiv zu erwähnen ist, dass die Internet-Aktivitäten und die Durchführung außeruniversitärer Veranstaltungen wiederum intensiviert wurden. Im Zentrum der Aufgaben bleibt das Beratungsgespräch, wie es der Gesetzgeber im UG vorgibt.

5.4.1 Die Zentrale Studienberatung

Studierende und Studieninteressenten nutzen mittels der offenen Telefon- und vereinbarten Sprechstunde sowie über elektronische Medien (Internet, e-Mail) das Orientierungs-, Informations- und Beratungsangebot der Zentralen Studienberatung (ZSB). Die Möglichkeiten der Selbstinformation mittels der hervorragenden Informationsquellen im Netz werden mehr und mehr genutzt. Daher wird dem Internet-Angebot der Universität auch in Zukunft verstärkte Aufmerksamkeit zuteil werden.

Die Beratungsthemen konzentrierten sich auf folgende Themenkomplexe:

- Zulassung zum Studium (ZVS und universitärer NC);
- Entscheidungsprobleme wegen zu großer Informationsflut;
- berufsfeldbezogene Studienberatung;
- Bachelor und Master und deren Zukunftsperspektiven;
- Orientierung zu Studienaufbau und Fächerkombination (Lehramt; Magister);
- Lern-, Arbeits- und Prüfungsschwierigkeiten, Studienwechsel, -Abbruch;
- BAföG-Fragen, insbesondere bei Fachrichtungswechsel.

Die Zentrale Studienberatung nahm an einer Vielzahl von Veranstaltungen mit einem aktiven Informations- und Beratungsangebot teil: Mitwirkung am "Dies Universitatis"; erneut erfolgreiche Durchführung des nunmehr zehnten Studientages an der Universität Tübingen mit deutlich über 5.000 Teilnehmern; Informationen von Schülern vor Ort; Teilnahme an Informationsveranstaltungen außerhalb Tübingens; Durchführung eines Zielorientierungsseminars für Abiturienten (ZOS-Kurs).

Hervorzuheben sind auch die Gruppenangebote der ZSB für verschiedene Zielgruppen. Erwähnt sei hier die Entwicklung eines dreitägigen Orientierungskurses "Erfolgreich studieren" für Studienanfängerinnen und -anfänger aller Fachrichtungen im WS 2000/2001 mit dem Ziel, den Studieneinstieg erfolgreich zu gestalten und die Studieneingangsphase zu verbessern. Dieses Angebot gab den Anfängerinnen und Anfängern die Möglichkeit, Hilfreiches über die neue Studiensituation zu erfahren, Fragen zu klären und sich auszutauschen und wichtige Informationsquellen zu erschließen.

5.4.2 Die Fort- und Weiterbildung

In der Fort- und Weiterbildung standen drei Aktivitäten im Zentrum:

- Drei weitere, auf den bereits absolvierten aufbauende TQM (Total Quality Management)-Kurse vermittelten weitere Umsetzungsmodelle für den Arbeitsalltag. Diese Seminare zeigten die Vorteile von QM-Maßnahmen in einer Dienstleistungseinrichtung wie der ZSB, aber auch die Grenzen der Umsetzbarkeit sowie die Voraussetzungen für einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess auf. Im Jahr 2001 wird noch eine vierte und abschließende Einheit dieses Fortbildungs- und Qualitätsverbesserungsprogramms durchgeführt;
- das Konstanz-Seminar 2000 widmete sich ebenfalls dem Thema des Qualitätsmanagements sowie der Qualitätssicherung;
- Teilnahme an ARGE-Tagungen (Arbeitsgemeinschaft der Studienberaterinnen und Studienberater aller ZSBen Deutschlands). Dort wurde ein AG-Angebot zu Fragen der Teamentwicklung vorgelegt.

Die Kooperationsaktivitäten des Zentralen Studienberatung konzentrierten sich im Berichtszeitraum auf die

- Erstellung von Informationsunterlagen über Fächer und Studiengänge in Form von Flyern oder Informationsbroschüren in Kooperation mit den zuständigen Instituten, Seminaren und Fakultäten
- Kooperation mit AKZENT (der Fachberatungsstelle des Arbeitsamts für Hochschulabsolventen), dem BAföG-Amt und dem Landesinstitut für Erziehung und Unterricht in Stuttgart.

5.4.3 Beratung und Zulassung ausländischer Studierender

An der Universität Tübingen studieren derzeit rund 2.800 ausländische Studierende, was einer Ausländerquote von 14,1 % entspricht. Im Vorjahresbericht betrug der prozentuale Anteil 13,4 %. Die Steigerung ist vor allem auf die verstärkten Bemühungen um die Internationalisierung der Studienangebote der Universität zurückzuführen. Rund 60 % der ausländischen Studierenden an der Universität Tübingen kommen aus europäischen Ländern, je knapp 18 % aus Asien und Amerika, lediglich 4 % verteilen sich auf Afrika und Australien. Zum WS wurden knapp 1.800 Bewerbungen bearbeitet, zum SS standen 1.350 Zulassungsanträge zur Bearbeitung an. Zu den Sprachprüfungen im Vorfeld der Studienaufnahme wurden zu beiden Semesterterminen 224 Prüflinge zugelassen, 81 % absolvierten die Prüfung erfolgreich, die vom Lehrkörper des Deutschen Seminars und von Mitarbeitern der Abteilung Internationale Sprachprogramme der Zentralen Verwaltung durchgeführt wird. Insgesamt 114 Anfragen wurden von den Personalverwaltungen der Universität und des Klinikums im Zusammenhang mit Einstellungsverträgen dem ABZ zur Bewertung eingereicht. Das ABZ seinerseits kontaktierte wiederum in über 150 Einzelfällen die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen, um schwierige Einzelfälle gutachterlich abzuklären.

Die Schwerpunkte der Beratung ausländischer Studierender konzentrierten sich auch in diesem Jahr vor allem auf die Themen Studienfachwahl, Fächerverbindung, Studienfinanzierung, Erwerb von Sprachkenntnissen sowie auf Integrationsprobleme in den "Studienbetrieb". Problemfelder sind nach wie vor auch Fragen der Erwerbstätigkeit zur Sicherung des Lebensunterhaltes und damit der Durchführbarkeit des Studiums sowie Fragen der Aufenthaltsgenehmigung, vor allem zur Visumserteilung deutscher Botschaften. Die Beratungsaktivitäten konzentrierten sich auf zentrale Veranstaltungen zu Themen des Ausländerstudiums, auf die Beratung in den Sprechstunden sowie die Konzeption und Durchführung einer Orientierungs- und Beratungswoche für die internationalen Studienanfänger. Erstmals konnte ein solcher Kurs auch zum Sommersemester angeboten werden. Angelaufen sind auch die Programmkomponenten 1 und 2 des vom DAAD aufgelegten Stipendien- und Betreuungsprogramms für ausländische Studierende – Stibet, das vom ABZ mit betreut wird. Abgerundet wurden diese Aktivitäten durch Kooperationstreffen mit universitätsinternen und außeruniversitären Beratungs- und Dienststellen (Ausländerbehörde, Arbeitsamt, Förderorganisationen), in denen grundsätzliche Fragestellungen zum Ausländerstudium behandelt wurden. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang wiederum ein Semesterkooperationstreffen mit den Behörden in Tübingen, die in ausländerrechtlich relevante Entscheidungen involviert sind.

5.4.4 Die Beratung behinderter Studierender

Hauptaktivität bei der Beratung behinderter Studierender war die Unterstützung ratsuchender Studierender bei der Organisation behindertengerechter Studienbedingungen. Auffallend war, dass sich der Trend zur frühzeitigen Beratung von Studieninteressenten fortsetzte. So konnten von den Ratsuchenden oftmals bereits im Vorfeld die notwendigen Schritte frühzeitig eingeleitet und der Studienbeginn damit erleichtert werden. Über eine Intensivierung der Kontakte zu den Kostenträgern der Eingliederungshilfe verkürzten sich die Bearbeitungszeiten der Anträge, und die benötigten Hilfsmittel standen eher zur Verfügung.

Das Informationsangebot im Netz für behinderte Studierende wurde erweitert; es muss jedoch sicherlich noch verbreitert werden. Um der besonderen Situation behinderter und chronisch kranker Studierender zu mehr universitärer Aufmerksamkeit zu verhelfen, wurde am bundesweiten Netzwerk der Beratungsstellen mitgearbeitet. Von der Beratungsstelle wurde ein Informationstag für Studieninteressierte aus dem süddeutschen Raum organisiert und geleitet.

Bei der Neubauplanung wurden die besonderen Bedürfnisse behinderter Studierender frühzeitig mit eingebracht und angemessen berücksichtigt. Bei der baulichen Anpassung bestehender Gebäude müssen noch bessere Ergebnisse erzielt werden.

Das Hilfsmittelangebot wurde weiter ausgebaut. So können behinderte Studierende mittlerweile allein im Clubhaus auf vier Sonderarbeitsplätze zurückgreifen. In der Universitätsbibliothek und in einzelnen Fachbibliotheken stehen weitere Arbeitsplätze zur Verfügung.

5.5 Evaluation

In Baden-Württemberg wird es künftig ein einheitliches Evaluationssystem geben. Entsprechende Vereinbarungen auf Landesebene befinden sich in der Umsetzungsphase.

Nach intensiver Abstimmung zwischen Landesrektorenkonferenzen der Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen und dem Wissenschaftsministerium wurde im Juli 2000 die Stiftung Evaluationsagentur Baden-Württemberg mit Sitz in Mannheim errichtet. Grundlage für die Arbeit der Evaluationsagentur ist ein gemeinsames Eckwertepapier der Rektorenkonferenzen und des Wissenschaftsministeriums zur Etablierung eines evaluationsbasierten Qualitätssicherungssystems. Ursprünglich geplant war, dass zum Sommersemester 2001 mit der systematischen Evaluation gemäß § 4a UG begonnen werden soll. Die periodische flächendeckende Selbst- und Fremdevaluation der Fächer in den Hochschulen wird voraussichtlich in einem Rhythmus von fünf bis acht Jahren durchgeführt. In einer ersten Stufe findet eine Selbstevaluation durch das Fach statt. In einer zweiten Stufe erfolgt auf der Grundlage des Selbstreports eine Begutachtung durch externe Fachleute, die vom Stiftungsrat nach Vorschlägen der betroffenen Hochschulen und wissenschaftlichen Fachgesellschaften bestellt werden. Die regelmäßige Fremdevaluation setzt dabei vornehmlich bei der Lehre an.

Parallel zum Aufbau der Evaluationsagentur erfolgen derzeit vom Landesforschungsbeirat mit Unterstützung des Wissenschaftsministeriums initiierte Querschnittsevaluationen im Bereich Life Sciences und Kommunikationswissenschaften. Zukünftig ist auch vorgesehen, dass die Evaluationsagentur dem Landesforschungsbeirat Amtshilfe bei der Durchführung von strategischen, anlassorientierten Forschungsevaluationen leistet.

Die vor kurzem gestartete Evaluation der Hochschulmedizin durch den Wissenschaftsrat bzw. eine durch das Universitätsgesetz vorgegebene Siebenjahresevaluation der Medizinischen Fakultät (vgl. Abschnitt 1.8.2 (5)) laufen derzeit außerhalb des zuvor beschriebenen systematischen Vorgangs.

Die Einbeziehung der Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Eigen- und Fremdevaluation wird in § 4a UG als gesetzliche Aufgabe der Universitäten definiert. Daher sollte bei allen Maßnahmen zur Evaluation der Lehre die Datenerhebung nach Geschlecht differenziert erfolgen. Eventuelle geschlechtsspezifische Benachteiligungen im Rahmen der Organisation und Durchführung der Lehre sollten bei der Evaluation zu identifizieren sein.

5.6 Akkreditierung

Akkreditierung ist ein weiterer Bereich der Studienstrukturreform. Nachfolgend wird das Konzept und das hinter ihm stehende Verfahren näher erläutert.

Gemeinsam mit zahlreichen anderen baden-württembergischen und weiteren süddeutschen Universitäten trat die Universität Tübingen am 26. Januar 2001 dem Akkreditierungs-, Zertifizierungs- und Qualitätssicherungs-Institut ACQUIN bei. Die Gründung der Agentur ist im Zusammenhang mit bundesweiten Bemühungen zu sehen, insbesondere die neuen gestuften Studiengänge außerhalb des ministeriellen Genehmigungssystems zu prüfen. Um das Jahr 1999 kam es zur Gründung der (zentralen) Akkreditierungsagentur in Bonn, die, zunächst für drei Jahre errichtet, wiederum (dezentral) Akkreditierungsagenturen bestellt, die mit der eigentlichen Akkreditierung von Studiengängen beauftragt werden. In Süddeutschland ist mit ACQUIN erstmals eine solche Agentur gegründet worden, die vom Akkreditierungsrat mittlerweile auch akkreditiert (genehmigt) wurde. Damit ist ACQUIN berechtigt, das Qualitätssiegel des Akkreditierungsrates zu tragen und nach dem Grundsatz der Aufgabenerledigung durch Delegation an von ihm begutachtete und positiv bewertete Studiengänge mit den Abschlüssen Bachelor/Bakkalaureus oder Master zu vergeben. Entsprechend bisheriger Standards wurde ACQUIN die Akkreditierung bis zum Jahr 2006 zugewilligt. Neben ACQUIN existieren bislang in der Bundesrepublik vier vom Akkreditierungsrat akkreditierte Agenturen, die Anträge der Hochschulen auf Begutachtung und Bewertung gestufter Studiengänge entgegennehmen. Für Baden-Württemberg noch ungeklärt ist das künftige alternative oder kumulative Neben- oder Miteinander von staatlicher Genehmigung von Studiengängen und Akkreditierung.

5.7 Aktuelle Probleme des Studiums aus der Sicht der Studierenden

Studierendenvertreter beklagen in diesem von ihnen unverändert übernommenen Beitrag vermehrt, aus dem Blickwinkel der Verantwortlichen zu geraten. Studienzeitverkürzung bei gleichzeitiger Einsparungspolitik des Landes Baden Württemberg wird kritisch beleuchtet. Chancengleichheit an der Hochschule wird angemahnt, das Problem der immer größer werdenden finanziellen Belastungen für Studierende und die damit verbundenen Ausschlussmechanismen aufgezeigt. Zu den neuen BA- und MA-Studiengängen wird Stellung bezogen. Die Gebührenproblematik an der Universität wird erörtert. Zu den Burschenschaften wird Stellung bezogen. Die Möglichkeiten hochschulpolitischer Arbeit in Baden Württemberg wird kritisch betrachtet. Die Universitätsleitung trägt die nachfolgenden Aussagen teilweise mit.

Schneller studieren, jünger auf den Arbeitsmarkt! Das ist das Paradigma der baden württembergischen Hochschulpolitik. Das viel geforderte und verlangte schnelle Studieren ist jedoch in manchen Fächern wegen der Auswirkungen des Solidaritätspaktes überhaupt nicht möglich. Durch den Mangel an Lehrpersonal und der gleichzeitig leicht ansteigenden Zahl der Studienanfänger an der Universität Tübingen kann vor allem im Grundstudium die eigentlich benötigte Menge an Lehrveranstaltungen nicht mehr angeboten werden. Durch das Missverhältnis zwischen benötigten und tatsächlich durchgeführten Veranstaltungen erschwert sich die Koordination vor allem in den Magisterstudiengängen mit mehreren Fächern. Bei Veranstaltungsüberschneidungen gibt es immer weniger Ausweichmöglichkeiten, so dass Verzögerungen im Studienablauf des öfteren nicht durch die Studierenden zu verantworten sind.

2002 beginnt nun die zweite Runde des Solidarpaktes. Noch mehr personelle Kürzungen müssen unweigerlich zu weiteren Verschlechterungen in der Betreuung und im Lehrangebot führen und sind mit dem Ziel der Landesregierung, die Studienzeiten zu verkürzen, nicht zu vereinbaren.

Es ist also eine sehr widersprüchliche Politik, wenn die Landesregierung einerseits durch Stellenabbau die Betreuungsmöglichkeiten signifikant einschränkt und andererseits z. B. in den "Leitlinien zur Struktur geisteswissenschaftlicher BA- und MA-Studiengänge" ankündigt, neue Studiengänge mit "größerer Betreuungsintensität" einzuführen.

In den "Eckwerten für die Genehmigung von BA/MA-Studiengängen an den baden-württembergischen Hochschulen" vom 19. Mai 1999 wird der BA-Abschluss als potentieller Regelabschluss angekündigt. Die Studierenden befürchten, dass es durch diese Verdrängung des bewährten Magisters zu einer Verschlechterung des Ausbildungslevels kommt. Erstens werden, wenn neben dem Stellenabbau im Lehrbereich die angekündigte verbesserte Betreuung verwirklicht werden soll, weniger Personen studieren können. Kann das ein Ziel staatlicher Bildungspolitik sein? Zweitens werden die Absolventen ein in der Gesamtheit deutlich niedrigeres Abschlussniveau erreichen, da nur diejenigen weiter im Masterstudiengang studieren dürfen, die einen überdurchschnittlichen BA-Abschluss erreicht haben. Und drittens hätte diese Fixierung auf ein Haupt- und ein Nebenfach und der im Vergleich zu den heutigen Magisterstudiengängen viel gedrängtere Stundenplan einen wissenschaftlichen Tunnelblick zur Folge. Das Engagement der Studierenden in der Selbstverwaltung, in musischen Gruppen, außeruniversitären Einrichtungen usw. hat schon seit der Einführung der Langzeitstudiengebühr deutlich abgenommen. Durch den erhöhten ökonomischen Druck geht die Angst vor ehrenamtlichem Engagement um. Wichtige berufsqualifizierende Elemente gehen den Studierenden dadurch verloren.

Durch die gesetzlich garantierte Professorenmehrheit in den Selbstverwaltungsgremien der Universität wurden nun auch schon in Tübingen die ersten BA-Studiengänge verabschiedet, in denen es kaum fachliche Abstriche gab und deren Studierbarkeit für die Studierenden in Frage steht. Viel zu dicht gedrängt gestalten sich die neuen Studienpläne. Hier steht das Elitverständnis der Professoren in starkem Kontrast zu didaktisch sinnvollen, von übertriebenem fachlichem Spezialwissen entrümpelten und somit wirklich in kurzer Zeit studierbaren BA-Studiengängen. In ihrer ausgeprägtesten Form konstatiert sich diese unheilvolle Symbiose zwischen politischem Druck der Landesregierung und dem vom Elitedenken der Professoren geprägten Unverständnis für die reale Situation der Studierenden – über zwei Drittel der Studierenden müssen derzeit neben ihrem Studium arbeiten – im soeben beschlossenen Schnellstudiengang Informatik. Für den Versuchsstudiengang stellte die Landesregierung schnell und unkompliziert eine weitere Professur zur Verfügung. Dafür wurde ein Studienplan verabschiedet, der einfach das Programm des neunsemestrigen Normalstudiengangs fast völlig übernimmt und auf sieben Semester komprimiert. So werden Lehrveranstaltungen in die Semesterferien ausgedehnt, der

Druck damit verstärkt. Ob das für den Studierenden aus einem Normalverdienerhaushalt, der sich seinen Lebensunterhalt durch Jobben verdienen muss, noch studierbar ist, interessiert nicht. Der Studiengang wird als Beispiel Schule machen; Didaktik, Studierbarkeit und sinnvoller Studienablauf müssen zurückstehen hinter dem politischen Ziel der schnellen Studienzeitverkürzung. Mit diesem Studiengang wird Politik gemacht werden. Es droht eine Übertragung des Modells auf andere Fächer.

Als Hauptargument für die BA/MA-Abschlüsse wird oft die bessere internationale Vergleichbarkeit genannt. In den USA z. B. ist ein BA-Studium aber lediglich ein allgemeinbildendes Grundlagenstudium. Beim BA-Abschluss, wie er von der Landesregierung forciert wird, handelt es sich jedoch um ein Fachstudium. Die fachliche Spezialisierung findet in den USA hingegen erst im MA-Aufbaustudium statt. Die Vergleichbarkeit ist also lediglich auf dem Papier gegeben; amerikanische Studierende, die nach dem BA-Abschluss an unsere Universität kämen, würden sich also äußerst schwer tun, hier in einen MA-Studiengang einzusteigen. Des Weiteren haben die Rektoren der europäischen Hochschulen sich bei ihrem letzten Treffen vorbehalten, Studienleistungen auch weiterhin von Universität zu Universität zum Teil individuell zu bewerten.

Keineswegs darf jedoch der Eindruck entstehen, die Studierenden würden einen Abschluss mit verkürzter Studiendauer generell ablehnen. Die Umsetzung nach den Vorstellungen der Landesregierung erweckt indessen nicht den Eindruck inhaltlich-technischer Stimmigkeit; vielmehr fühlt man sich gezwungen, an einen nicht nachhaltigen Sparversuch zu denken. Kann nach solchen Vorstellungen ein didaktisch sinnvolles Studium überhaupt verwirklicht werden? Ist es nicht so, dass die Zukunftschancen unseres Landes auf einem hohen Bildungskapital basieren? Es stellt sich die Frage, warum an vielen Instituten und Fakultäten der Eindruck entsteht, die Professoren würden still und in einer Art vorauseilendem Gehorsam die derzeit noch fakultativen neuen Abschlüsse einführen, während sich andere Universitäten im Lande geschlossen gegen diese Neuerungen ausgesprochen haben. Eine offene Diskussion innerhalb sowie außerhalb der Universität über die geplanten Paradigmenwechsel in der universitären Ausbildung wäre dabei dringend nötig.

Ebenfalls nicht mit dem Ziel der Studienzeitverkürzung und völlig an der studentischen Realität vorbei gehen die Kürzungen der Landespolitik im Bereich der Studentenwerke. So ist der Landeszuschuss an der Gesamtfinanzierung des laufenden Betriebs des Studentenwerks Tübingen von 1996 bis 1999 von 9,6 Millionen auf 5,8 Millionen reduziert worden. Dies entspricht einer Reduzierung des Landesanteils um annähernd 40 % und soll damit noch nicht zu Ende sein. Gleichzeitig ist die Universitätsleitung von dem Gedanken beherrscht, das Studentenwerk innerhalb kürzester Zeit schwarze Zahlen schreiben zu lassen. Das hat verschiedenste Folgen für die Studierenden. Meistens bestehen diese Folgen aus Mehraufwendungen, die den studienzeitverlängernden Teufelskreis, bestehend aus zu wenig Geld – mehr jobben – länger studieren, weiter antreiben. So gab es auch im Rechenschaftszeitraum Essenspreiserhöhungen in den Mensen und Cafeterien, kräftige Mieterhöhungen in den Wohnheimen sowie eine Anhebung des Sozialbeitrags zum 01.10.00. Besonders hart

trifft es die Studierenden im Wohnheim Mühlbachäcker. Der umgangssprachlich Konrad-Adenauer-Wohnheim genannte Wohnkomplex steht in Zukunft völlig ohne Zuschüsse der Landesregierung da. Die Folge sind Mieterhöhungen von bis zu 90,- DM monatlich auf jeden Wohnheimplatz. Zu rechnen ist mit weiteren Preissteigerungen im Wohnheim- und Cafeteriabereich, beim Sozialbeitrag und in den Mensen für das laufende und zu Beginn des neuen Jahres. Tübingen wird schon in absehbarer Zeit eine Spitzenposition in Sachen Wohnheimmieten in Baden-Württemberg einnehmen. Der vermutliche Wunsch der Landesregierung, die Anzahl der Wohnheimplätze in Tübingen zu verringern, würde die Lage im studentischen Wohnungsmarkt noch zusätzlich verschlimmern und dazu beitragen, die Wartelisten ausländischer Studierender auf einen Wohnheimplatz zu verlängern.

Besonders hervorzuheben sind die von der Sparpolitik im Studentenwerksbereich betroffenen Einrichtungen, die Kindertagesstätte Eugenstrasse und die Psychotherapeutische Beratungsstelle. Beide Einrichtungen sind in hohem Maße frequentiert und völlig ausgelastet. Die Kindertagesstätte Eugenstrasse mit ihren acht Plätzen für Kinder zwischen ein und drei Jahren soll ganz geschlossen werden; ein entsprechender Verwaltungsratsbeschluss vom 22.11.00 liegt vor. Dies bedeutet einen gravierenden Verlust für studentische Eltern. Die Psychotherapeutische Beratungsstelle (PBS) soll trotz steigender Inanspruchnahme bei zurückgehenden Studierendenzahlen (1995: 429 Betreuungsverhältnisse; 1999: 525 Betreuungsverhältnisse) in ihrer Personalausstattung beschnitten werden.

Über dieser angespannten sozialen Situation der Studierenden liegt gleichzeitig auch noch die Sorge um die Reduzierung des Bildungsguthabens vom durchschnittlich vierzehnten auf das erste Semester. Dies würde bedeuten, dass die in Baden-Württemberg eingeführte Studiengebühr von 1.000 DM pro Semester ab dem ersten Semester entrichtet werden müsste. Eine realistische Sorge, da der baden-württembergische Ministerpräsident den Kultusministerkompromiss über ein gebührenfreies Erststudium am 15. Juni 2000 nicht unterschreiben wollte.

Leider ist eine starke Lobbyarbeit der Studierenden zu solchen Zukunftsthemen kaum möglich, da der baden-württembergische AStA, abgesehen von seiner jetzigen starren Form mit gewählten Vollzeitämtern und zu geringer Sitzungsfrequenz, sich nicht mit (hochschul-) politischen Themen beschäftigen darf. Zum Glück wurde er fast überall in Baden-Württemberg von den unabhängigen, im Universitätsgesetz nicht vorgesehenen flexiblen Vertretungsstrukturen (sogenannten U-Asten) in den Hintergrund gedrängt. Wie die letzten zwanzig Jahre zuvor mahnen Studierende, viele Professoren und viele Hochschulpolitiker hier eine Reform an, die offizielles hochschulpolitisches Engagement ermöglicht.

Mit großem Bedauern und Missmut nahm die Mehrheit der Studierenden die Nachricht auf, dass die Universitätsleitung Tübingen aufgrund eindeutig gegebener Rechtslage den Burschenschaften und Verbindungen, die die Universität mit einer Klage wegen des verbotenen Farbentragens auf dem Unigelände bedachten, weiterhin mit offenen Armen entgegentritt. Denn unter den Burschenschaften und Verbindungen, die dem in Senatsbeschlüssen geäußerten Wunsch der universitären Mehrheit nach dem Nicht-Farbentragen auf Uni-

gelände kein Verständnis entgegenbringen, befinden sich eindeutig deutschnationale bis rechtsextremistische Gruppierungen. Elemente dieser Ideologien finden sich bei Tübinger Mitgliedern der Dachverbände "Verband der Vereine Deutscher Studenten", "Coburger Convent" oder der "Deutschen Burschenschaft". Dass diese Gruppen immer noch selbstverständlich als universitäre studentische Gruppen anerkannt werden, obwohl sich auch die Frage nach dem Nutzen dieser Vereine für den "Normalstudierenden" stellt und sie auch weiterhin massiv auf Veranstaltungen wie dem Dies Universitatis auftreten und dazu bereitwillig eingeladen werden, fürchten die Studierenden, gerade im Ausland, um den Ruf der Universität und stellen die Frage: Sind diese Männerbünde wirklich noch zeitgemäß?

5.8 Die Prüfungsdatenverwaltung

Die dezentralen Prüfungsämter der Universität Tübingen sollen flächendeckend an eine zentrale Prüfungsdatenverwaltung angeschlossen werden. Dies wird näher erläutert.

Die Prüfungsämter der Universität Tübingen sind dezentral in die Fakultäten eingegliedert. Derzeit wird ein System zur zentralen Prüfungsdatenverwaltung aufgebaut. Dabei sollen nicht nur Abschlussprüfungen, sondern auch einzelne Prüfungsleistungen zentral erfasst werden. Dies ist besonders notwendig bei modularen Studiengängen und Credit-Point-Systemen, bei denen eine Vielzahl einzelner Prüfungsleistungen erfolgt, die zu einem bestimmten Abschluss führen. Der Aufbau der Prüfungsdatenverwaltung umfasst daher vor allem die Umsetzung der Prüfungsordnungen in ein datenbanktechnisches System.

Technisch wird die Prüfungsdatenverwaltung realisiert mit dem Modul POS (Prüfungsoperationssystem) der Firma HIS GmbH. POS ist auf den Rechnern der Prüfungsämter installiert und greift auf eine zentrale Datenbank zu. Das System ist bisher in neun Fakultäten eingeführt. Es sind eine ganze Reihe von Prüfungsordnungen umgesetzt, die insgesamt 45 % der Studierendenfälle abdecken. Dieses System wird weiter ausgebaut.

Derzeit geplant ist die Einführung eines Terminalservers, auf dem die POS-Applikation zentral den Prüfungsämtern zur Nutzung angeboten wird. Die Datenverarbeitungsorganisation (Abt. VI/2) der Zentralen Verwaltung wird dadurch zum Application Service Provider für die Prüfungsämter.

5.9 Die Hochschuldidaktik

Die Universität unterstützt ihre Mitglieder bei der Optimierung ihrer persönlichen Lehrkompetenz mit einem gezielten Fortbildungsangebot in der Hochschuldidaktik.

Anstrengungen zur Qualitätssicherung und Evaluierung sind heute für die Universität fast selbstverständlicher Bestandteil der Lehre geworden. Weniger beachtet wurden hingegen vielfältige Anstrengungen vieler Lehrender, die sich aktiv um eine Erweiterung ihrer persönlichen Lehrkompetenz bemühen und dabei auch an hochschuldidaktischen Fort-

bildungsangeboten teilgenommen haben. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Optimierung der Lehre und tragen selbst am meisten zur Qualitätssicherung bei. Die Universität hat diese Initiative seit Jahren mit einem Fortbildungsangebot unterstützt, das hervorragend angenommen worden ist.

Im vergangenen Jahr haben 90 Mitglieder der Universität an den angebotenen sieben Seminaren teilgenommen. Die einhellig positive Einschätzung des bisher Erreichten hinsichtlich Praxisgerechtigkeit und Anwendbarkeit, Effektivität und Akzeptanz hat deutlich gemacht, dass ein weiterer Ausbau überaus wünschenswert wäre; seit langem wurde auch ein kontinuierlich verfügbarer Ansprechpartner für Fragen der hochschuldidaktischen Qualifizierung gewünscht.

Inzwischen steht ein derartiger Ausbau unmittelbar vor der Realisierung: Im Rahmen des Bündnisses für Lehre fördert das Land den Aufbau regionaler Didaktik-Zentren, darunter eines für die benachbarten Universitäten Hohenheim, Stuttgart, Tübingen und Ulm. Die Universitäten selbst richten als Pendant eigene lokale Arbeitsstellen zur Bearbeitung in Hochschuldidaktik-Fragen ein. Auf dieser nachhaltig verbesserten finanziellen und personellen Grundlage wird bereits in diesem Jahr mit einem bedarfsgerechten, differenzierten und an den Bedürfnissen der Lehrpraxis ausgerichteten Ausbau der hochschuldidaktischen Fortbildungsangebote begonnen.

Die Optimierung der persönlichen Lehrkompetenz geht uns alle an; besondere Bedeutung aber hat sie für den wissenschaftlichen Nachwuchs: Denn für eine Laufbahn als Hochschullehrerin bzw. Hochschullehrer ist der Nachweis geeigneter pädagogisch-didaktischer Qualifikation inzwischen in nahezu allen Bewerbungsverfahren an Hochschulen ein Erfolgskriterium. Mit dem weiteren Ausbau dieser Fortbildungsangebote will die Universität deshalb die pädagogische und didaktische Qualifikation der Lehrenden, besonders aber ihres wissenschaftlichen Nachwuchses, gezielt fördern und damit sowohl zur individuellen Kompetenzerweiterung als auch zur Verbesserung und Optimierung der Lehre insgesamt beitragen.

5.10 Landesprogramme im Bereich Lehre

Der Landeslehrpreis wurde im Jahr 2000 zum neunten Mal vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst vergeben, erstmals nach einem Verfahren, bei dem die drei besten Vorschläge aller Landesuniversitäten mit einer erhöhten Dotation von 40.000,- DM ausgezeichnet wurden. Ein sechsköpfiges Gutachtergremium, dessen Mitglieder von den Universitäten nach einem bestimmten Turnus benannt werden, ermittelt diese. Das Gremium besteht aus drei ehemaligen Preisträgern und drei Studierenden.

Eine der drei mit 40.000,- DM dotierten Auszeichnungen wurde an der Universität Tübingen Herrn Dr. Stefan Talmon von der Juristischen Fakultät verliehen. Herr Dr. Talmon ist Habilitand an der Juristischen Fakultät und war von der Studienkommission vorgeschlagen worden. Er hatte bereits seit mehreren Jahren ein Studierendenteam für den Philipp C. Jessup Moot Court, einen international renommierten Völkerrechtswettbewerb,

intensiv vorbereitet und weitere Veranstaltungen zum Internationalen Recht in englischer Sprache angeboten. Der Preis wurde vom Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst am 22. Januar 2001 an Herrn Dr. Talmon verliehen.

Im Rahmen des Programms "Innovative Projekte in der Lehre" wurden im Berichtsjahr zwei Tübinger Projekte nach einem landesweiten Wettbewerb gefördert. Es handelt sich um das Projekt "Online-Basiskurs für Anglistische Literaturwissenschaft" sowie das Projekt "Internetbasierter Einsatz neuer Medien in Vorlesung und Praktikum der Physikalischen Chemie, exemplarisch dargestellt in der Ausbildung von Biochemikern".

Im Rahmen des Mentorenprogramms des Landes wurden der Universität Tübingen 2000 und 2001 jeweils 112.500 DM zur Verfügung gestellt. Die Mittel wurden inneruniversitär ausgeschrieben; eine Eigenbeteiligung der Antragsteller war nicht erforderlich. Dennoch stieß das Programm derzeit noch auf verhaltene Resonanz; die gestellten Anträge konnten fast vollständig bedient werden.

Das bisherige Tutorenprogramm lief Ende des Wintersemesters 1999/2000 aus; im Jahr 2000 standen zuletzt 1 Mio. DM zur Verfügung. Ein Teil der Mittel wird in das Programm Bündnis für Lehre des Landes umgewidmet. Allerdings ist vorgesehen, dass die begünstigten Einrichtungen einen Eigenanteil tragen. Das reduzierte Tutorenprogramm im Rahmen des übergeordneten Programms Bündnis für Lehre soll auf dieser Basis bis 2004 fortgeführt werden.

5.11 Perspektiven

Die Studienreform wird weiterhin auf der Tagesordnung der Fächer und Fakultäten bleiben. Angesichts europaweiter Initiativen zur Einführung konsekutiver Studiengänge (Bologna-Prozess) wird sich die BA/MA-Diskussion weiterentwickeln. Deswegen haben die Universitäten vor allem darauf zu achten, dass das spezifisch universitäre Profil auch in den BA-Studiengängen erhalten bleibt; es wird also darauf ankommen, breite theoretische Grundlagen und über den Tag hinaus brauchbare Methodenkompetenzen zu vermitteln anstatt kurzlebigen Anwendungsprofilen den Vorzug zu geben. Die Universität muss in der Öffentlichkeit auf den gesellschaftlichen Nutzen forschungsbezogener Lehre hinweisen und diese in Ansehung der Ausbildungsinteressen unserer Studierenden auch gegenüber der Politik verteidigen.

Den Schlüsselqualifikationen (Kommunikations- und Fremdsprachenkompetenz, Teamfähigkeit, Organisationserfahrung, Beherrschung der Medien und anderes) kommt eine Schlüsselrolle bei der Positionierung unserer Absolventen auf dem Arbeitsmarkt zu. Der Vermittlung dieser Qualifikationen auf einem der Universität angemessenen Niveau muss in der Ausbildung Raum gegeben werden, am besten, indem sie mit der fachwissenschaftlichen Lehre verbunden wird.



6 Internationalisierung und Partnerschaften

Im Berichtszeitraum hat sich der Universitätsrat der Internationalisierung mit höchster Priorität gewidmet. Die Vorlage des Dezernats für Internationale Beziehungen und des Rektorates und die Beratungen des Universitätsrates mündeten in einem Maßnahmenpapier, welches der Universitätsrat verabschiedete. Es enthält die nachfolgend aufgelisteten Programmpunkte.

6.1 Mission Statement

In einem 'Mission Statement' zur Internationalisierung räumt die Universität den folgenden Absichten einen hohen Rang ein:

- nachhaltige Förderung der internationalen Kooperation ihrer Wissenschaftler in Forschung und Lehre;
- Vorbereitung der Studierenden auf eine wissenschaftliche oder sonstige berufliche Tätigkeit im Ausland oder in international tätigen Unternehmen und Organisationen durch Vermittlung der hierfür benötigten Kenntnisse und Angebot von Studienaufenthalten im Ausland;
- Gewinnung einer größeren Zahl von hoch qualifizierten Wissenschaftlern und Studierenden aus dem Ausland für Forschungs- und Lehraufenthalte bzw. ein Studium in Tübingen.

6.2 Internationale Qualifizierung von Studierenden

Die Möglichkeiten der internationalen Qualifizierung der Studierenden sollen verbessert werden durch

- Benennung von hauptamtlichen Mitgliedern der Fakultäten als Zuständige für den Internationalisierungsprozess;
- einen raschen Ausbau des Fachsprachenzentrums mit einem breiten Angebot an Sprachen, Kursen unterschiedlichen Niveaus und Sprachlaborplätzen für das Selbststudium;
- verstärkte Bemühungen um Studienplätze im Ausland mit dem Ziel, die Quote der Absolventen, die auch im Ausland studiert haben, deutlich zu erhöhen;
- eine möglichst flächendeckende Einführung eines Systems zur reibungslosen Übertragung von Studienleistungen nach dem Model des European Credit Transfer System (ECTS) , auch um studienverlängernde Effekte von Studienaufenthalten im Ausland zu vermeiden;
- die Etablierung weiterer Auslandsstützpunkte der Universität neben Kyoto und Peking.

6.3 Internationalisierung des wissenschaftlichen Austauschs

Die weitere Internationalisierung des wissenschaftlichen Austauschs soll gefördert werden durch

- die Entwicklung eines Programms für kürzere Forschungs- und Lehraufenthalte von ausländischen Wissenschaftlern in Tübingen;
- die systematische Auswertung und Förderung auch externer Programme zum internationalen Wissenschaftler-Austausch (EU; DFG; Humboldt-Stiftung; DAAD);
- Fortbildungsangebote für die Mitglieder des Lehrkörpers in Fremdsprachen und interkultureller Kommunikation;
- die Schaffung von Anreizen für die Veranstaltung international bedeutsamer wissenschaftlicher Kongresse und Tagungen in Tübingen;
- die Weiterentwicklung des Wohnungsangebots für eine kurzzeitige Nutzung durch ausländische Gäste;
- Einrichtung eines internationalen Clubhauses ('Faculty Club') für die Wissenschaftler der Universität und ihre ausländischen Gäste.

6.4 Englischsprachige Lehrangebote

Vorgesehen ist ein schrittweiser Aufbau von Lehrangeboten in englischer Sprache:

- In jedem Fach, in dem dies sinnvoll ist, soll ein Teil der Lehre auch in den grundständigen Studiengängen für alle Studierenden in englischer Sprache erfolgen.
- Hierzu soll ein Anreizsystem für die Dozenten entwickelt werden, zu welchem auch Fortbildungsangebote für Dozenten zur Sicherung solcher Lehrprogramme gehören.

6.5 Zertifizierung in englischer Sprache

Die Ausstellung universitärer Zertifikate auch in englischer Sprache soll flächendeckend eingeführt werden.

- Die von den Fakultäten und Fächern auszustellenden (Diplom-, Magister-, Bachelor- und Masterzeugnisse sowie die Doktorurkunden) sollen durch eine Erläuterung ("Diploma Supplement") in englischer Sprache erweitert werden, in welcher die Leistungen in international üblicher Weise dokumentiert und die Wertigkeit der Prüfung festgestellt wird.

6.6 Veranstaltungen zu deutscher Sprache, Geschichte und Kultur

Neben dem seit vielen Jahren bewährten Angebot an deutscher Sprache und Landeskunde für ausländische Studierende, welches die Abteilung für Internationale Sprachprogramme aufgebaut hat, wird die Universität künftig auch ausländischen Wissenschaftlern Kurse einer analogen Zielsetzung anbieten.

6.7 Erhöhung der Attraktivität der Universität für ausländische Studierende

Die Steigerung der Attraktivität der Universität für ausländische Studierende soll erreicht werden durch

- den Entwurf und die Implementierung eines Dokumentationssystems zur Anzahl, Quote und Verteilung ausländischer Studierender auf die verschiedenen Fächer mit dem Ziel, verlässliche aktuelle Übersichten über die Gesamtstruktur zu bekommen;
- die Erarbeitung einer präzisen Zielvorstellung über eine wünschenswerte Zahl bzw. die wünschenswerte Quote ausländischer Studierender in den grundständigen, Aufbau- und Promotionsstudiengängen, gegliedert nach Herkunftsregionen;
- den Entwurf einer Strategie, mit deren Hilfe diese Zielvorstellungen verwirklicht werden können; dabei sind insbesondere von Bedeutung
 - die Präsentation der Universität auf Bildungsmessen, einzeln oder gemeinsam mit den anderen baden-württembergischen Universitäten;
 - die Internet-Präsentation der Universität für ausländische Interessenten;
 - die Möglichkeiten internationaler Studierender, Stipendien und Praktikumsplätze zu erlangen;
- die Absicherung einer Gesamtkonzeption für Kurzeintaufenthalte ausländischer Studierender, wobei für diese Veranstaltungen besonders zu präzisieren sind
 - eine Grundkonzeption in Richtung auf Dauer und Zielrichtung;
 - die organisatorischen Aspekte, insbesondere Programmelemente, Zuständigkeiten für die Durchführung, Unterkunft und Verpflegung;
 - die Länder, aus denen die Studierenden kommen;
 - Finanzierungsaspekte.

6.8 Geographische Schwerpunkte für die Internationalisierung

Zur geographischen Ausrichtung des Internationalisierungsprogramms enthält das Maßnahmenpapier des Universitätsrates folgende Aspekte:

- Bei der Internationalisierung der Universität soll der traditionellen Bedeutung des europäischen und des angloamerikanischen Raumes entsprochen werden. Die weitere Ausrichtung auf Südamerika, den südostasiatischen Raum und neuerdings auch auf Afrika soll indessen beibehalten und gepflegt werden.
- Ein besonderer Schwerpunkt bei der Internationalisierung soll neben dem verstärkten Einsatz der EU-Programme weiterhin dem mittel- und osteuropäischen Raum zukommen. Dies ist historisch und politisch nicht zuletzt durch die noch immer starke Rolle zu begründen, welche die deutsche Sprache und Kultur in diesem Raum spielt. Hier sollen vor allem im Vordergrund stehen
 - die Stabilisierung und Erweiterung des Internationalen Zentrums zur Förderung des Ost-West-Wissenschaftler austauschs an der Universität;
 - die Erkundung und die Inanspruchnahme von Stipendienprogrammen für Studierende aus Mittel- und Osteuropa;
 - die Förderung von Kurzeintaufhalten für Studierende aus diesen Ländern.

Ein Zeitrahmen für die Verwirklichung des Maßnahmenkatalogs wurde im Universitätsrat am 26.07.01 festgelegt.

Eine Reihe neuer Programme auf Bundes- wie auf Landesebene sind geeignet, die Durchführung von mehreren im Maßnahmenkatalog aufgeführten Programmen zu erleichtern. Besonders ist hier ein Stipendienprogramm zu erwähnen, das die Landesstiftung von 2001/02 an ausschreibt und das im Laufe von vier Jahren auf seinen endgültigen Umfang angewachsen sein wird. Dieses bietet der Universität die Möglichkeit, den Austausch mit ihren Partnerhochschulen durch die Vergabe von Stipendien sowohl für Tübinger Studierende im Ausland als auch für hier eingeschriebene Studierende aus dem Ausland zu fördern und zu intensivieren. Zusätzliche Mittel hat die Universität bereits zur Verfügung gestellt, um die erforderlichen Eigenanteile bei den Gastdozenten-Programmen des DAAD und des Landes zu erbringen und so die gewünschte Steigerung des Anteils an ausländischen Gastdozenten zu bewirken.

7 Struktur- und Entwicklungsplanung

Die Struktur- und Entwicklungsplanung für die nächsten fünf Jahre wurde dem gesetzlichen Auftrag entsprechend im November von der Universität (Beschluss des Universitätsrats vom 22.11.2001) verabschiedet und wird dem Ministerium zum Jahresende zur Zustimmung vorgelegt. Nachfolgend wird zunächst das Verfahren der Aufstellung der Struktur- und Entwicklungsplanung der Universität charakterisiert. Sodann wird über die inneruniversitären Abläufe berichtet. Ein weiterer Abschnitt ist dem beschlossenen Stellenumwidmungsprozess (vgl. Kap. 1) gewidmet. Dann werden die Notwendigkeit der Wiedergewinnung von Dispositionsspielräumen der Universität vor allem im Personalbereich begründet und die verabredeten Verfahren zur Schaffung eines Stellenpools und zur Poolstellenverteilung erläutert. Hinweise auf die Frauenförderung und auf den Solidarpakt schließen sich an.

7.1 Das Konzept der Aufstellung der Struktur- und Entwicklungsplanung

In den gemäß § 36 Abs. 2 UG vorgeschriebenen Struktur- und Entwicklungsplänen der Universitäten sollen die Aufgaben der Universität und die vorgesehene fachliche, strukturelle, personelle und finanzielle Entwicklung dargestellt werden. In ihnen sind die Schwerpunkte der Ausbildung und der Forschung sowie die in den einzelnen Studiengängen angestrebten Ausbildungskapazitäten zu kennzeichnen. Länderübergreifende Hochschulplanungen und Festlegungen der Finanzplanung sind ebenso einzubeziehen wie die Frauenförderung. Die erste Struktur- und Entwicklungsplanung ist zum Jahresende 2001 dem Ministerium zu übermitteln, dessen Zustimmung gemäß § 36 Abs. 3 UG nötig ist.

Die Universität Tübingen legte zuvor im September 1997 eine Struktur- und Entwicklungsplanung vor. Insofern kann die derzeit laufende Planungsrunde auch als Fortschreibung der seinerzeitigen Konzepte unter Berücksichtigung der neuen Gesetzeslage verstanden werden.

Unter anderem werden die Struktur- und Entwicklungspläne der Universität bei der Besetzung von Professuren eine zentrale Rolle spielen. Berufungen sollen zukünftig jeweils mit der Struktur- und Entwicklungsplanung konform gehen und dürften dann auf Schwierigkeiten stoßen, wenn dies nicht oder nicht vollständig der Fall ist. In solchen Situationen ist dann eine Änderung der Struktur- und Entwicklungsplanung vorzuschalten. Die zukünftige fachliche Ausrichtung von Professuren ist deshalb ein wesentlicher Teilaspekt der Struktur- und Entwicklungsplanung, der zentralen Einfluss auf die Berufungspolitik nimmt.

Inwieweit die Zustimmung des Ministeriums zu der von der Universität vorzulegenden Struktur- und Entwicklungsplanung erst nach intensiven Verhandlungen oder gar mit Änderungsaufgaben erfolgen wird, ist im Augenblick noch nicht absehbar. Ebenso ist noch nicht klar, wann und wie die Struktur- und Entwicklungspläne in Kraft gesetzt werden

und in welcher Form ihre Abänderung oder Präzisierung möglich ist. Aus der Sicht der Universität ist eine flexible Handhabung der Planungen unabdingbar. Der verabredete Planungszeitraum beläuft sich auf fünf Jahre. Es ist damit zu rechnen, dass in manchen Fakultäten und Fächern Planänderungen nach einer viel kürzeren Frist fällig werden. Dem muss Rechnung getragen werden.

Die Struktur- und Entwicklungsplanung der Universität ist in zwei Hauptteile gegliedert. Den (ausführlichen) zweiten Teil bilden die Struktur- und Entwicklungspläne der Fakultäten, die bereits im Sommersemester vorgelegen haben. Die Universität hat die Fakultätspläne verarbeitet und umgesetzt, den Fakultäten aber prinzipiell keine Änderungswünsche übermittelt. Damit wird der Fakultätsautonomie Rechnung getragen. Indessen ist ersichtlich, dass die Fakultätspläne in ihren Perspektiven sehr unterschiedlich sind. In manchen Plänen sind erhebliche Innovations- und Änderungspotentiale dargelegt, in anderen Plänen steht das "weiter so" mit ausführlicher Schilderung des erreichten Exzellenzniveaus eher im Vordergrund; gelegentlich werden auch Ausbaupläne mit Stellenwünschen formuliert. Unterschiedliche Fächerkulturen sind bei den Fakultätsplänen deutlich sichtbar.

Den Fakultätsplänen vorgeschaltet ist ein erster Teil, in welchem die wesentlichen Planungsbereiche behandelt werden, die fakultätsübergreifend sind. Dabei werden insbesondere das Selbstverständnis und Leitbild der Universität, vor allem in der Forschung, der Lehre und bei weiteren Dienstleistungen sowie deren Stellung im Wettbewerb erörtert und einige statistische Befunde mitgeteilt. Ein wesentlicher Abschnitt des ersten Teils der Struktur- und Entwicklungsplanung ist zukunftsorientiert. Hierbei geht es um Neustrukturierung und Neuprofilierung ebenso wie um die Frage der Vernetzung der Universität mit anderen Institutionen. Auch hier werden wieder die Aspekte Forschung, Lehre und weitere Dienstleistungen unterschieden. Auch der Universitätshaushalt, die Weiterentwicklung der Globalisierung, die neuen Formen der Rechnungslegung, Aspekte der Deregulierung, die Weiterentwicklung der inneren Organisation und das Bauwesen und seine zukünftigen Schwerpunkte werden zur Sprache gebracht. Ein erster Anhang enthält Kurzfassungen der Struktur- und Entwicklungspläne der Fakultäten, die von diesen verfasst werden. Anhang zwei ist den zentralen Bereichen gewidmet. Anhang drei ist eine Übersicht über die im Planungszeitraum freierwerbenden Professuren mit ihren vorgesehenen zukünftigen Widmungen.

7.2 Die inneruniversitäre Organisation der Struktur- und Entwicklungsplanung

Nach der Fertigstellung und Verabschiedung der Struktur- und Entwicklungspläne der Fakultäten wurden diese im Rektorat der Universität besprochen und gewürdigt. Anschließend wurden Gespräche zwischen dem Rektorat und den einzelnen Dekanaten geführt, welche die Gesamtplanung der Fakultät im Visier hatten, zur Klärung offener Fragen beitragen und auch eventuelle Möglichkeiten von Stellenumwidmungen betrafen. Die Stellenumwidmungen sind dabei sehr in den Vordergrund getreten. Da ein nicht zureichender

Informationsstand mitgeteilt wurde, hat das Rektorat Mitte Juli in einem ausführlichen Rundbrief, der per E-Mail an die Universitätsmitglieder versandt wurde, seine Beweggründe, seine Kriterien und seine Ablaufplanung noch einmal dargelegt. Die Strukturkommission des Senates hat sich in ausführlichen Sitzungen am 5., 6. und 11. sowie am 18. und 24. Juli mit den Fakultätsvorlagen beschäftigt und dabei jeweils Vertreter der Fakultäten zugezogen. Eine erste Erörterung der Struktur- und Entwicklungsplanung der Universität erfolgte im Senat in dessen Sitzung vom 19. Juli und im Universitätsrat am 26. Juli.

Nachdem das Rektorat Anfang September sein Konzept für die Stellenumwidmungen präzisiert und zahlenmäßig nach Fakultäten spezifiziert hatte, wurde dieses am 12. September in der Strukturkommission intensiv diskutiert und gutgeheißen. Im Senat fand innerhalb der Feriensitzung am 27. September eine weitere ausführliche Diskussion ohne Beschlussfassung statt; dies ist so vorher verabredet gewesen. Das Rektorat hat Anfang September den Gruppen und der Personalvertretung weitere Gespräche angeboten. Von diesem Angebot wurde reger Gebrauch gemacht. Eine weitere Gesprächsrunde mit den Fakultäten hat im Oktober stattgefunden. Dabei sind auch Einzelfragen der Umsetzung der Stellenumwidmungen angesprochen worden. Der Senat hat sich am 25. Oktober mit der vorgelegten Struktur- und Entwicklungsplanung befasst und seine Stellungnahme gemäß § 19 Abs. 1 Ziff. 6 UG abgegeben. Sie ist, einschließlich der Stellenumwidmungen, positiv. Der Beschluss über die gesamte Planung hat im Universitätsrat am 22. November stattgefunden; dieses Gremium hatte sich am 18. Oktober in einer zusätzlichen Sitzung mit der Struktur- und Entwicklungsplanung auseinandergesetzt.

7.3 Erforderliche Stellenumwidmungen

Die Struktur- und Entwicklungsplanung der Universität muss auch die Harmonisierung der fachlichen Planung mit der Ausstattung und den Gegebenheiten der staatlichen Finanzierung leisten. Deshalb ist das Erfordernis von Stellenumwidmungen mit der Struktur- und Entwicklungsplanung untrennbar verbunden.

Die derzeit an der Universität Tübingen gegebene Stellensituation ist dadurch zu kennzeichnen, dass etwas mehr als 60 Stellen von außen und nur für wenige Jahre finanziert sind. Die Universität hat diese Stellen zum Ausbau besonders innovativer Fächer insbesondere im Bereich der Bio- und der Informationswissenschaften mit Zustimmung der Gremien erlangt. Sie ist dabei die Verpflichtung zu deren Weiterfinanzierung eingegangen. Die Bereiche, denen diese Stellen zugeordnet sind, ergeben sich aus der nachfolgenden Aufstellung (w. D. = wissenschaftlicher Dienst; t. D. = technischer Dienst; VD = Verwaltungsdienst).

Die Ablösung dieser Stellen muss zu unterschiedlichen Zeitpunkten, jeweils aber innerhalb der nächsten fünf Jahre, erfolgen. Nach Ablauf dieser Frist ist ein Finanzierungsdefizit von ca. 60 Stellen, also ca. 6,0 Mio. DM pro Jahr, aufgelaufen. Zu diesen Stellen kommen 9 bisher aus "Mitteln" finanzierte Stellen, die auf dauerhafte Planstellen überführt

Bereich	Stellen	Endtermin der auswärtigen Finanzierung
Zellbiologie	9 (w. D., VD, t. D.)	2000
Molekulare Pflanzenbiologie	16 plus 2,5 (w. D., t. D.)	2004
Bioinformatik (Informatik; Biologie)	23,5 (w. D.; t. D.)	2006
Informatik (Überlast)	5 (w. D.)	2006
Psychologie	4 (w. D., VD)	2005
	(60 Stellen)	

Bereich	Stellen	Finanzierung
Büro der Frauenbeauftragten	1,0 (w. D.)	(aus Mitteln)
Internationale Sprachprogramme	5 (w. D.)	(aus Mitteln)
Fachsprachenzentrum	1,5 plus 1 (w. D., VD)	(aus Mitteln)
	(8,5 Stellen)	

werden müssen. Hierfür stehen derzeit nur 10 Stellen zur Verfügung. Chancen, die Finanzierung durch andere Mittel zu besorgen, sind nicht gegeben (Energiepreise; Unterhalt neuer Gebäude; Bibliothekseingänge). Eine Zufinanzierung durch das Land ist ausgeschlossen.

Deshalb müssen im Lauf der nächsten fünf Jahre schrittweise etwa 60 Stellen zur Weiterfinanzierung der derzeit von außen finanzierten Personalstellen erbracht werden. Die Umstellung bewirkt keine Stellenstreichungen, sondern nur inneruniversitäre Umwidmungen. Die Stellen werden an anderer Stelle weitergeführt.

Sind diese Umwidmungen erfolgt, dann stehen der Universität immer noch keinerlei zusätzliche Stellen oder Personalmittel zu Verfügung, die es ihr ermöglichen würden, Spitzenberufungen zu sichern oder Verstärkungen in besonders expansiven oder innovatorischen Bereichen vorzunehmen. Eine Änderung ist hier dringlich; andere Universitäten sind diesen Weg bereits gegangen. Das Rektorat hat es deshalb für geboten gehalten, dass die Universität innerhalb der nächsten fünf Jahre weitere 30 Personalstellen zur Wiedergewinnung minimaler Dispositionsspielräume verfügbar macht. Die dabei sukzessive gewonnenen Stellen sollen nach bereits festgelegten Kriterien in einem transparenten Verfahren auf Zeit vergeben werden.

Insgesamt sollen also in einem auf fünf Jahre zu veranschlagenden Prozess ca. 90 Stellen aus ihrer bisherigen Widmung genommen werden. Die vom Rektorat konzipierten Stellenumwidmungen, die sich auf insgesamt etwa 90 Stellen belaufen, sind (vgl. auch Abschnitt 7.2) im nachfolgenden Tableau verzeichnet, das auch Grundlage der Erörterungen in den Gremien gewesen ist.

Fakultät	Umwidmungszahlen	
	WD	nWD
Evang. Theologie	6,0	2,0
Kath. Theologie	4,0	1,0
Rechtswissenschaften	3,0	0,0
Wirtschaftswiss. ¹⁾	3,0	0,0
Philosophie	1,0	0,0
Sozial-/Verhaltenswiss. ²⁾	6,0	1,5
Neuphilologie	4,0	1,5
Geschichte	2,0	1,0
Kulturwissenschaften	8,0	1,0
Mathematik	4,0	0,5
Physik ³⁾	9,0	4,0
Chemie und Pharmazie ⁴⁾	12,0	7,0
Biologie ⁵⁾	7,0	4,0
Geowissenschaften ⁶⁾	2,0	0,5
Informatik	2,0	0,0
Insgesamt	73,0	24,0

Anmerkungen:

Die Zentrale Verwaltung wird sukzessive 4 Stellen erbringen.

* einschließlich 4,0 fakultätsintern zugunsten der Pflanzenbiochemie

7.4 Die Notwendigkeit der Flexibilisierung im Stellenbereich

Der Stellenpool, der im Abschnitt 7.3 erläutert wurde, ist als Start in eine neue Struktur der flexiblen Handhabung von Stellen an der Universität zu verstehen.

Es ist zu erwarten gewesen, dass eine solche Ankündigung mannigfache Befürchtungen in der Universität hervorruft. Insbesondere steht die Verlässlichkeit von Berufungszusagen auf dem Spiel. Das Rektorat anerkennt hier ausdrücklich eine Verpflichtung zur Rücksichtnahme und zum Vertrauensschutz. Es wird bei zukünftigen Berufungen versuchen, zwischen Grund- und Zusatzausstattung einer Professur zu unterscheiden. Die Zusatzausstattung soll mit einer Maßnahmen- oder Zielvereinbarung verknüpft werden und auf Zeit mit Verlängerungsoption zugesagt werden. Als Zeitspanne werden fünf bis sechs Jahre veranschlagt. Es wird nicht angestrebt, den Anteil der Zusatzausstattung über einen vernünftigen Prozentsatz hinaus auszudehnen. Im übrigen soll sich, wie schon dargelegt, der Poolbildungsprozess über mehrere Jahre erstrecken.

Zusätzlich ist sicherzustellen, dass sich der Stellenpool der Universität nicht erschöpft, sondern durch ihm zufließende Stellen kontinuierlich erneuert wird. Durch die Befristung von Zuweisungen von Poolstellen wird dieser Effekt gesichert. Inwieweit sich bei günstiger Gelegenheit, etwa bei Freiwerden von Professuren, die nicht als Kernprofessuren gelten, eine Ausweitung des Pools ermöglichen lässt, ist im Einzelfall zu prüfen.

Die Schaffung eines universitären Stellenpools, aus welchem alle Fakultäten (außer Medizin) nach vernünftigen Regeln bedient werden können, bleibt Stückwerk, wenn nicht auf Fakultätsebene ebenfalls Poolbildungen erfolgen, die Dispositionsspielräume der Fakultäten öffnen. Die Fakultäten wurden ermuntert, hier tätig zu werden. Wie und in welchem Umfang eine fakultätsspezifische Poolbildung geschieht, muss indessen den Fakultäten überlassen bleiben. Denkbar sind auch fakultätsinterne Stellenrotationen, die sich indessen fakultätsübergreifend nicht rechtfertigen lassen.

7.5 Kriteriengemäße Vergabe und Gewinnung von Poolstellen

In der Universität, insbesondere im Senat, ist zu Recht darauf verwiesen worden, dass eine Zustimmung zur Schaffung von Stellenpools umso leichter fällt, je klarer die Kriterien zur Vergabe von Poolmitteln formuliert seien. Die Präzisierung dieser Kriterien ist auch deshalb nicht allzu schwer, weil auf Vorarbeiten aus dem Umfeld des früheren Verwaltungsrates zurückgegriffen werden kann und auch Verfahrensweisen anderer Universitäten Anhaltspunkte liefern.

Strukturkommission, Senat und Universitätsrat haben sich auf ein Kriterienpapier zur Vergabe von Poolstellen verständigt, das folgendermaßen formuliert ist:

Verteilungsgrundsätze für Poolstellen

I. Vorbemerkung:

Die Aufgabe des Zentralen Stellenpools liegt in der Unterstützung fakultätsübergreifender Strukturveränderungen für Forschung und Lehre. Diese Funktion kann nur erfüllt werden, wenn die Fakultäten für notwendige interne Strukturveränderungen ihrerseits Verfügungsreserven schaffen und beim Start von neuen Vorhaben festlegen, welche Stellen der Fakultät innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren für sie umgewidmet werden.

Im Rahmen der Ausstattungsplanung wird deshalb künftig eine (unbefristete) Grund- und eine befristete Zusatzausstattung festgelegt, die den Fächern, Fakultäten hinreichend Spielraum für eigene Strukturveränderungen lässt. Berufungsvereinbarungen, die über die Grundausstattung hinausgehen, werden befristet.

Um den Bestand des Pools zu erhalten, können Stellen aus dem Pool grundsätzlich nur befristet (bis zu 5 Jahren) zugewiesen werden. Eine Wiederzuweisung ist zulässig, wenn die Zwecke, für die die Stelle zugewiesen wurde, unverändert fortbestehen. Für die Wiederzuweisung gilt das Verfahren nach III. Eine Konzentration der Verteilung auf eines oder wenige Fächer ist zu vermeiden. Ist eine endgültige Zuweisung einer Poolstelle unvermeidbar, so wird eine Ersatzstelle grundsätzlich aus der Einrichtung (§ 28 UG), der die Stelle zugewiesen wurde, innerhalb von 5 Jahren an den Pool abgegeben. Arbeitsrechtliche Folgeverpflichtungen werden von der empfangenden Einrichtung getragen.

Soweit sich durch nachhaltige Veränderungen in der Nachfrage nach Studienplätzen in einzelnen Fächern oder durch Veränderung der Forschungsaktivitäten erhebliche Ungleichgewichte in der personellen Ausstattung von Einrichtungen und Fakultäten ergeben, werden diese durch Abgabe und Zuweisung aus dem Pool ausgeglichen.

II. Poolstellen werden insbesondere für folgende Zwecke zur Verfügung gestellt:

1. Behebung von nachhaltigen Engpässen in der Lehre;
2. Starthilfe zur Weiterentwicklung oder Neustrukturierung auch kleinerer Fächer, soweit sie der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Universität dient;
3. Anfinanzierung und Ergänzungsausstattung für Sonderforschungsbereiche, Forschergruppen und andere Forschungszentren (§ 32 UG) gemäß Gutachterauflagen und Evaluation;
4. Zeitlich befristete Berufungs- oder Bleibezusagen an hochqualifizierte Professoren/innen;
5. Unterstützung neuer Formen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses;

6. Förderung spezifischer Projekte zur überregionalen und internationalen Vernetzung der Universität.

III. Verfahren:

1. Über die Verteilung der Poolstellen entscheidet gem. § 12 UG das Rektorat nach Erörterung in der Strukturkommission. Der Senat wird vom Ergebnis der Erörterung in der Strukturkommission durch das Sitzungsprotokoll der Strukturkommission unterrichtet. Der Rektor Schaich erklärt, dass hierzu keine Eilentscheidungen für das Rektorat getroffen werden.
2. Der Zweck der Zuweisung, ein eventueller Eigenbeitrag und eine vorgesehene Anschlussfinanzierung werden in einer Vereinbarung so festgelegt, dass eine Erfolgskontrolle möglich ist. In die Vereinbarung wird auch aufgenommen, in welcher Weise über das Ergebnis berichtet und dieses evaluiert wird.
3. Über die Poolbildung und Poolverwendung berichtet das Rektorat dem Senat in der letzten Sitzung des jeweiligen Semesters, ferner im Rechenschaftsbericht des Rektors. Dabei werden die jeweiligen Zuweisungen im Hinblick auf die empfangende Einrichtung, den Zweck und die zeitliche Bindung gekennzeichnet.
4. Im Zusammenhang mit der Beantragung von Sonderforschungsbereichen und Forschungszentren wird offengelegt, ob die der Grundausrüstung zuzurechnenden Stellen von der/den betreffenden Einrichtung/en zur Verfügung gestellt werden.
5. Die Vorschriften über die Annahme von Drittmitteln sind anzuwenden.

Auch zur Bildung eines universitären Pools wurde eine Erstformulierung von Verfahrensweisen verabschiedet. Eine überarbeitete Fassung dieser Verfahrensweisen wird nachfolgend wiedergegeben; der Text soll in nächster Zeit weiter ausgereift werden.

Vorgehensweise bei der Poolbildung

Vorbemerkung: Bei der Ausarbeitung des Umwidmungs- und Poolbildungstableaus stand die Überlegung im Vordergrund, dass keine lineare Beteiligung nach Anteil an der Gesamtstellenzahl erfolgen soll. Dafür sind folgende Gründe maßgeblich:

1. Es gibt eine ungleichgewichtige Ausstattung der Fächer, die historisch bedingt ist durch die jeweiligen finanziellen Möglichkeiten des Landes. In den 60er und 70er Jahren konnten komfortable Ausstattungen gewährt werden, während sich in den späteren Jahren beim Aufbau neuer Fächer die nachhaltige Finanzkrise auswirkte.
2. Die Nachfrage nach Studienplätzen hat sich erheblich verändert.

3. Die wissenschaftliche und gesellschaftliche Relevanz von Forschungsgebieten hat sich sehr verändert.
4. Belastungs-, Leistungs- und Erfolgskriterien müssen in der Poolbildung Gewicht haben.

I. Kriterien der Poolbildung

Die Kriterien der Poolbildung müssen sich an den Prinzipien der Strukturplanung orientieren (vgl. §§ 36 u. 8 Abs. 6 UG).

1. Lehre

1.1 Bestehende Studiengänge

Maßgeblich sind Inhalt und Ausbildungskapazität sowie die in Abschlüssen ausgedrückte Leistungsbilanz des Studiengangs. Dementsprechend sind Kriterien

- durch die Prüfungsordnung bedingtes Lehrangebot;
- Zahl der Abschlüsse und die Schwundquote;
- quantitative Auslastung, bemessen an akzeptierten Betreuungsrichtwerten.

Ob die Zahl der Abschlüsse im Vergleich zum Zugang angemessen ist, ist in den einzelnen Fächern unterschiedlich zu bewerten und richtet sich grundsätzlich nach einem zeitversetzten Vergleich zwischen den Studienanfänger- und den Studierendenzahlen nach Abschluss der Zwischenprüfung (5. Semester), des weiteren auch nach den Seitenzugangszahlen eines Faches.

Weder können aus der Auslastung, noch aus der Zahl der Abschlüsse im Sinne eines Algorithmus präzise Berechnungsgrundlagen für eine abschließende Entscheidung über Stellenzuwächse oder Stellenabgaben abgeleitet werden. Insbesondere ist eine längerfristige Tendenzbeobachtung erforderlich. Nur bei nachhaltigem Rückgang der Nachfrage können definitive Rückschlüsse für die Reduzierung einer Stellenausstattung gezogen werden.

1.2 Weiterentwicklung der Lehre durch Entwicklung neuer Studiengänge, Verbesserung der Berufschancen und Vermittlung von Schlüsselqualifikationen

Die Studienreform, die Vorbereitung auf berufliche Tätigkeit und die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen gehören zu den gesetzlichen Aufgaben der Universität (§ 3 UG). Deshalb müssen konkrete Maßnahmen von Fächern, die Studieninhalte, die Studienorganisation und die Berufschancen zu verbessern, die Mobilität zu erhöhen, Studienzeiten und Studienabbrüche zu reduzieren sowie Schlüsselqualifikationen zu vermitteln, im

Rahmen der Gesamtbetrachtung der Struktur eines Faches, eines Studiengangs und auch der Fakultät berücksichtigt werden.

2. Forschung

Kriterien erfolgreicher Forschung sind deren Ergebnisse und ihre Bewertung in der Scientific Community. Angesichts der großen Zahl von Forschungsgebieten, unterschiedlicher Wettbewerbsverhältnisse und Formen der Veröffentlichungen können nur allgemein akzeptierte Kriterien zugrundegelegt werden wie

- die eingeworbenen, insbesondere aufgrund wissenschaftlicher Evaluation bewilligten Drittmittel;
- Beiträge zu Forschungsschwerpunkten wie Sonderforschungsbereichen, Forschergruppen, Graduiertenkollegs;
- Auszeichnungen, Berufungen, überragende Resultate eines methodisch korrekt durchgeführten Ranking (z.B. DFG-Ranking);
- Impactfaktoren von Publikationen, soweit verfügbar und verlässlich.

3. Gewichtung der Kriterien

- 3.1 Die Kriterien können nur im Sinne der Unterstützung und Plausibilisierung einer wertenden Entscheidung über einen Beitrag zur Poolbildung eingesetzt werden.
- 3.2 Da Forschung und Lehre im Sinne des Grundverständnisses der Universität eine Einheit bilden, kann keinem der Faktoren ein Übergewicht zukommen. Nachgewiesene Leistungen in der Forschung können aber bei kapazitären Unterauslastungen zu einer anderen Beurteilung führen als in Bereichen mit geringer Lehrauslastung und weniger exzeptionellen Forschungsleistungen.
- 3.3 Im Abwägungsprozess sind bei schwächer ausgelasteten Fächern auch Gesichtspunkte der für ein Profil der Universität notwendigen Breite des Fächerangebots relevant.
- 3.4 Unterausgelastete Fächer müssen sich am Gebot wirtschaftlichen Ressourceneinsatzes messen lassen. Bei einer nachhaltig unterproportionalen Auslastung und nicht überzeugender Kompensation durch überdurchschnittliche Forschungsleistungen ist die Frage der Aufgabe eines Studiengangs zu stellen. Überdies ist der Frage einer Standortkonzentration innerhalb des Landes oder innerhalb der Bundesrepublik nachzugehen.
- 3.5 In den Abwägungsprozess sind auch die aus den Leistungsparametern der interuniversitären Mittelverteilung abzuleitenden Beiträge zum Gesamtergebnis einzubeziehen.

- 3.6 Leistungsbewertungen von Lehr- und Forschungseinheiten, die im Rahmen wissenschaftsadäquater Verfahren durchgeführt wurden, sind in den Abwägungsprozess einzubeziehen.

II. Verfahren

1. Die Vorgehensweise bei der Poolbildung und die Verteilungsgrundsätze für die Poolstellen werden vom Universitätsrat nach Anhörung der Strukturkommission und Stellungnahme des Senats beschlossen.
2. Die Festlegung der in den Pool einzubringenden Stellen erfolgt durch das Rektorat nach Erörterung mit den Fakultäten und der Stellungnahme der Strukturkommission und des Senats.
3. Soweit Professorenstellen in den Pool eingebracht werden, ist § 66 Abs. 1 UG zu beachten.

Dieser Text soll in nächster Zeit weiter ausgereift werden.

7.6 Frauenförderpläne innerhalb der Struktur- und Entwicklungsplanung

Im Rahmen der Strukturplanung sind nach § 3a Abs. 1 UG Frauenförderpläne mit Ziel- und Zeitvorgaben zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Forschung und Lehre zu entwickeln. Die Fakultäten wurden vom Rektor zu Beginn des Strukturplanungsverfahrens ausdrücklich auf die Notwendigkeit der Einbeziehung der Frauenförderung in die Planung hingewiesen. Die Frauenbeauftragte der Universität und die Frauenbeauftragten der Fakultäten haben die Umsetzung dieser gesetzlichen Anforderung unterstützt. Die Mehrzahl der Fakultäten haben Ziel- und Zeitvorgaben zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Forschung und Lehre festgelegt und Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele benannt.

7.7 Der Solidarpakt

Der 1996 geschlossene "Solidarpakt" sollte den Universitäten Planungssicherheit bis 2006 bringen; als Gegenleistung hatten sie in zwei Tranchen bis 2006 10 % ihres Stellenbestandes zu streichen. Trotz erheblicher Eingriffe in den Stellenbestand der Fakultäten konnten an der Universität Tübingen die Einsparungsaufgaben des Solidarpakts mit der Streichung von 107,5 Stellen bis Ende dieses Jahres sowie den nachgewiesenen Einsparungen durch Nichtbesetzung von Stellen in Höhe von insgesamt ca. 32,2 Mio. DM erfüllt und damit die erste Tranche planmäßig zum Abschluss gebracht werden. Eine tabellarische Übersicht ist beigefügt. Die Stellenstreichungen gehen mit etwa 47 % zu Lasten des wissenschaftlichen Dienstes.

Im Vollzug des Solidarpakts wurde von der Universität die Möglichkeit genutzt, durch den Tausch von Stellen tariflich notwendige Stellenvereinigungen vorzunehmen. Ebenso

wurden von den Fakultäten zum Wegfall benannte C 2-Stellen grundsätzlich erhalten und intern gegen Stellen des akademischen Mittelbaus getauscht.

Bis auf wenige Ausnahmefälle sind auch die für die zweite Tranche zur Streichung vorgesehenen 107,5 Stellen bereits konkret benannt. In welchem Umfang die notwendigen Stellenvakanzen bereits erfüllt oder weitere Stilllegungszeiten noch zu erbringen sind, wird den Fakultäten rechtzeitig bekannt gegeben.

Solidarpakt für die Universitäten 1997 - 2001

Entfallene Stellen

Fakultät	Wissenschaftlicher Dienst				zus.	Nichtwissen. Dienst				zus.	insg.	Bemerkungen	
	C4/C3	C2	C I/II a-II a			BD	TD	VRH-D					Arbeiter
			1987	1987				VRH-D	Arbeiter				
Evang. theol. Fakultät	2,0	-	1,0	-	3,0	0,5	-	-	-	0,5	3,5		
Kath. theol. Fakultät	-	-	2,0 ^{*)}	-	2,0	-	-	1,0	-	1,0	3,0	^{*)} davon 1,0 nach Tausch mit C 2	
Juristische Fakultät	-	-	2,0 ^{*)}	2,0	4,0	1,0	-	0,5	-	1,5	5,5	^{*)} davon 1,0 nach Tausch mit C 2	
Wirtschaftswiss. Fak.	1,0	-	-	-	1,0	-	1,0 ^{*)}	1,0	-	2,0	3,0	^{*)} nach Tausch mit 1,0 II a/1 b WD	
Medizinische Fakultät	3,0	-	1,0	1,0	5,0	-	2,5	3,5	-	6,0	11,0		
Philosophische Fak.	-	-	-	-	-	-	-	1,0	-	1,0	1,0		
Fak. für Sozial- und Verhaltenswissensch.	-	-	5,0 ^{*)}	-	5,0	-	-	1,0 ^{*)}	-	1,0	6,0	^{*)} jeweils 1,0 nach Tausch mit C 2	
Neuphilologische Fak.	2,0	-	2,0	1,0	5,0	-	-	1,0	0,5	1,5	6,5		
Geschichtswiss. Fak.	1,0	-	-	-	1,0	-	-	2,0 ^{*)}	-	2,0	3,0	^{*)} nach Tausch mit 1,0 A 14	
Fakultät für Kulturwissenschaften	-	-	5,0 ^{*)}	-	5,0	0,5	-	-	-	0,5	5,5	^{*)} davon 1,0 nach Tausch mit C 4 – Vergleichende Sprachwissenschaft	

Fakultät	Wissenschaftlicher Dienst					zus.	Nichtwissensch. Dienst				zus.	insg.	Bemerkungen
	C 4/C 3	C 2	C 1/1 a-II a	1988			BD	TD	VRH-D	Arbeiter			
Fakultät für Mathematik	1,0	-	0,5	1,0	2,5	-	-	0,5	-	0,5	3,0		
Fakultät für Physik	-	-	3,5	-	3,5	-	3,0 ¹⁾	0,5	-	3,5	7,0	¹⁾ davon 1,0 nach Tausch mit 1,0 A 14	
Fakultät für Chemie und Pharmazie	3,0	-	4,0	-	7,0	-	3,5	1,5	1,0	6,0	13,0		
Fakultät für Biologie	1,0	-	2,0	-	3,0	-	5,0	1,0	2,0	8,0	11,0		
Geowiss. Fakultät	-	-	3,0	-	3,0	-	1,0	0,5	-	1,5	4,5		
Fak. für Informatik	-	-	-	-	-	-	1,0	-	-	1,0	1,0		
Zentrale Verwaltung/Beratungsz.	-	-	0,5	-	0,5	-	1,0	6,5	4,0	11,5	12,0		
Universitätsbibliothek	-	-	-	-	-	5,5	-	1,5	1,0	8,0	8,0		
Summe:	14,0	-	31,5	5,0	50,5	7,5	18,0	23,0	8,5	57,0	107,5		



8 Finanzen und Personal

Zunächst werden die neuen Steuerungsmodelle der mit der Hochschulreform verbundenen Finanzreform dargestellt. Es folgt ein Überblick über die finanzielle Lage der Universität und deren Haushaltsvollzug. Dann wird die Mittelverteilung aus zentralen Pools dargestellt und ein Überblick über die Personalentwicklung gegeben.

8.1 Neue Steuerungsmodelle

Die mit der Hochschulreform verbundene Finanzreform basiert auf den Eckpfeilern

- Solidarpakt;
- Globalhaushalt;
- Kosten- und Leistungsrechnung;
- leistungsorientierte Mittelvergabe.

Mit dem Solidarpakt hat das Land den Universitäten Planungssicherheit gewährleistet. Problematisch ist allerdings, dass bei der Aufstellung neuer Haushaltspläne jeweils keine Fortschreibung bei den zwangsläufigen Kosten (z. B.: Bewirtschaftung neuer Gebäude) erfolgt.

Mit dem Globalhaushalt wird das traditionelle kameralistische Abrechnungssystem stärker flexibilisiert. Die notwendige Transparenz soll durch eine Kosten- und Leistungsrechnung geschaffen werden, deren Konkretisierung und Umsetzung schwierig ist und sich noch in Gang befindet.

Für die leistungsorientierte Mittelverteilung auf die einzelnen Universitäten ("interuniversitäre Mittelverteilung") wurde gemeinsam mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ein Modell entwickelt, nach dem ein Teil der globalen Zuschüsse an die Universitäten nach deren "Output", also ihren Leistungen bemessen wird.

Das Gesamtmodell der interuniversitären Mittelverteilung gliedert sich in zwei Teile. Im volumenorientierten Teil werden für die Bemessung der Finanzausstattung die Leistungen und die Belastungen der Universitäten untereinander verglichen. Im anreizorientierten Teil ist die jeweilige Leistungsentwicklung innerhalb der Universität Basis für die Mittelbemessung.

1. Volumenteil: Indikatoren sind hier die Zahlen der Studierenden und der Absolventen, das Drittmittelvolumen und die Anzahl der Promotionen.
2. Anreizteil: Entscheidend ist hier die Veränderung im Zeitablauf bei der Zahl der Absolventen, der Langzeitstudierenden, der ausländischen Studierenden, des Drittmittelvolumens sowie bei der Frauenförderung.

Im Jahre 2000 zählte die Universität Tübingen zu den Gewinnern. Auf der Grundlage des vorgenannten Modells wurden aus dem Zentralkapitel 1423 Titelgruppe 98 (Strukturfonds) Mittel in Höhe von zusätzlich 520.000,-- DM bereitgestellt. Viel größere Gewinne erzielten die technisch ausgerichteten Universitäten Karlsruhe und Stuttgart sowie die Universität Mannheim, während andere Universitäten empfindliche Einbußen hinzunehmen hatten. Angesichts dieser Ergebnisse der interuniversitären leistungs- und belastungsbezogenen Mittelverteilung, die aus der Sicht mancher Universitäten nicht überzeugen, wurde eine Revision des Verteilungsmodells in Angriff genommen. Diese gestaltet sich nicht einfach. Für 2001 wurde daher die Beibehaltung des Modells verabredet.

Im Rahmen der leistungs- und belastungsbezogenen Mittelvergabe an der Universität Tübingen wird analog zum vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Kooperation mit der Landesrektorenkonferenz entwickelten Verteilungsmodell die Steigerung der Frauenanteile in den Bereichen Promotion/Habilitation, Qualifikationsstellen, Professuren und Absolvierendenzahlen als Leistungskriterium einbezogen. Im Haushaltsjahr 2000 wurden 470.000,-- DM der Sach- und Hilfskraftmittel nach diesem Leistungskriterium an die Fakultäten vergeben. Im Haushaltsjahr 2001 waren dies 540.000,-- DM. Diese Mittel stehen ohne Zweckbindung den Fakultäten für Aufgaben in Forschung und Lehre zur Verfügung. Einige Fakultäten reinvestieren einen Teil dieser Mittel in Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern.

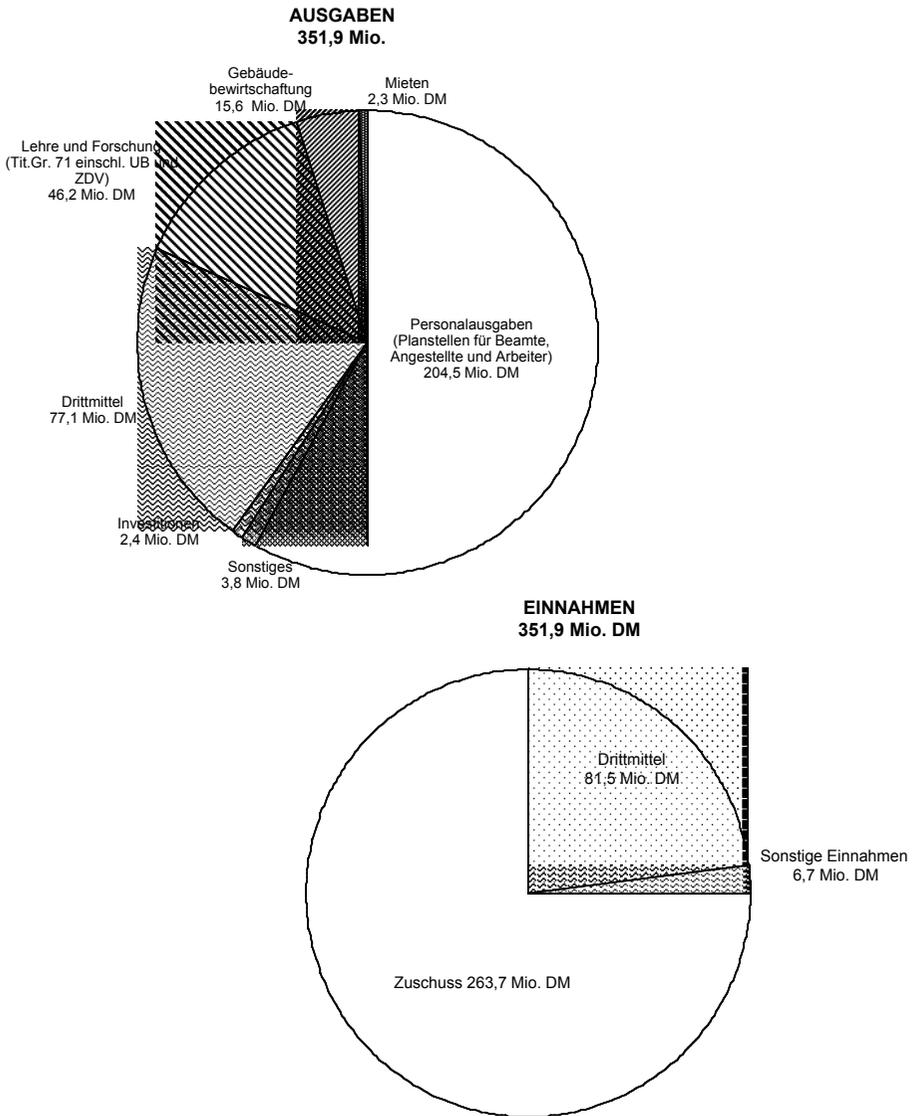
8.2 Finanzsituation

In den 90er-Jahren musste die Universität jährlich steigende Einsparungs- und Kürzungsaufgaben erwirtschaften. Dies führte zu Mittelkürzungen – auch im Bereich Lehre und Forschung – von über 30 %. Gegen Ende der 90er Jahre wurde der Haushalt auf dem niedrigen Niveau festgeschrieben und ein Solidarpakt mit der Landesregierung geschlossen (vgl. Abschnitt 7.7). Der Solidarpakt hat zur Folge, dass die Universitäten zwar 10 % der Stellen (in Tübingen 215) abgeben müssen, im Gegenzug jedoch von weiteren Haushaltskürzungen verschont bleiben und aus dem Strukturfonds Sach- und Investitionsmittel (für Tübingen jährlich rd. 4 Mio. DM) erhalten.

In den vergangenen drei Jahren konnte der Besitzstand bei der Ausstattung der einzelnen Universitätseinrichtungen gehalten werden; zum Teil waren sogar geringfügige Erhöhungen realisierbar, obwohl die Mittel eingefroren sind. Dies war jedoch nur möglich durch Einsparungen im Energie- und Gebäudebewirtschaftungsbereich sowie durch Mittelschöpfung aus unbesetzten Stellen. Zu verzeichnen sind nunmehr starke Kostensteigerungen im Energie- und Gebäudebewirtschaftungsbereich, hohe Bewirtschaftungskosten für neue Gebäude sowie ein großer Bedarf für die Ausstattung neuer Professuren und neuer Gebäude. Diese Entwicklung hat zur Folge, dass spätestens ab dem Jahre 2002 strukturelle und haushaltswirtschaftliche Maßnahmen getroffen werden müssen, damit drohende Defizite abgedeckt werden können.

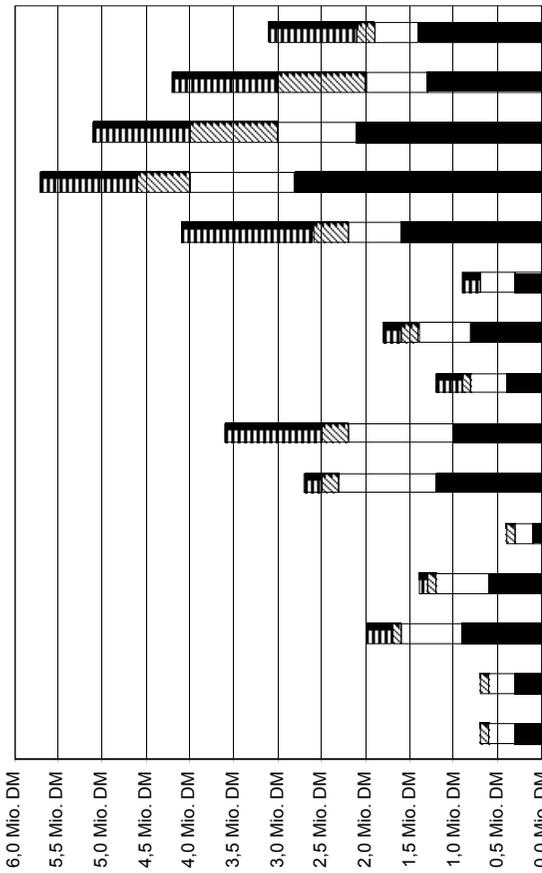
8.3 Haushaltsvollzug

Die Einnahmen und Ausgaben 2000 teilten sich folgendermaßen auf (Universität ohne Medizinische Fakultät):



Die Aufteilung der Sach- und Investitionsmittel für Lehre und Forschung, der Hilfskraftmittel sowie der Strukturfonds- und MWK-Poolmittel auf die Fakultäten stellte sich 2000 wie folgt dar:

Universität Tübingen
 Finanzausstattung der Fakultäten (incl. Sondermittel) 1999 in Mio. DM

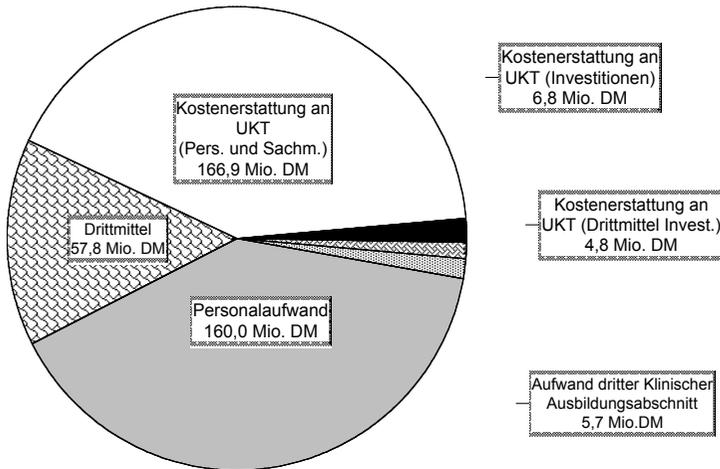


K

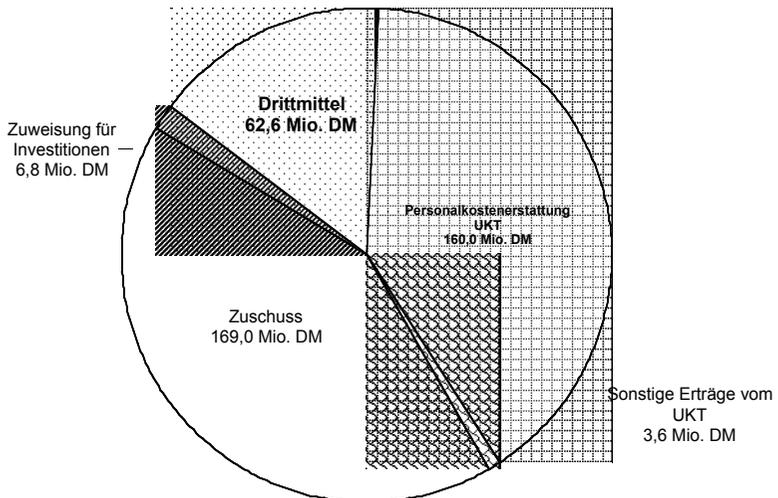


Für die Medizinische Fakultät ergibt sich folgendes Bild:

Aufwendungen der Medizinischen Fakultät 402,0 Mio.DM



Erträge der Medizinischen Fakultät 402,0 Mio.DM



Anmerkung: Ohne die gegenseitigen Verrechnungen zwischen Klinikum und Fakultät beträgt das Haushaltsvolumen der Medizinischen Fakultät 238,4 Mio. DM.

Bei den laufenden Sachmitteln für Lehre und Forschung wurde erstmals 1998 das Tübinger universitätsinterne Modell zur leistungs- und belastungsbezogenen Mittelverteilung umgesetzt. Hierbei wurde ein Grundausrüstungsanteil in Höhe von 70 % aus dem damaligen Besitzstand festgesetzt, der ausgenommen bleibt. Die restlichen Mittel wurden auf der Grundlage von Studentenzahlen, Drittmittelvolumen und Prüfungszahlen verteilt.

Für die Jahre 1999 bis 2001 wurde an dem Modell von 1998 unverändert festgehalten, wobei allerdings bei den belastungs- und leistungsbezogenen Anteilen gegenüber 1998 eine Aufstockung um durchschnittlich 6 % möglich war. Hierbei wurden die belastungs- und leistungsbezogenen Anteile – ähnlich wie beim Landesmodell – aufgeteilt in einen Volumenteil und einen Anreizteil. Die leistungs- und belastungsbezogenen Zuweisungen beliefen sich in den Jahren 2000 und 2001 auf jeweils rd. 14 Mio. DM.

Bei den Mitteln für Wissenschaftliche Hilfskräfte wurde das neue Tübinger Verteilungsmodell erstmals 1999 umgesetzt. Für 2000 erfolgte – wie bei den Sachmitteln – eine gewisse Modifikation (Volumen- und Anreizteil). Die Gesamtbewilligungen beliefen sich 1999 auf 11,3 Mio. DM. Für 2000 konnten die belastungs- und leistungsbezogenen Anteile etwas aufgestockt werden. Insgesamt betragen die Zuweisungen für das Jahr 2000 knapp über 12 Mio. DM. Ab dem Jahre 2001 wurden die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung sowie der Anteil für die Weihnachtsspendung auf die einzelnen Fakultäten umgelegt. Konkret handelte es sich um eine Erhöhung um 22 %.

Für Berufungsverfahren konnten im Jahr 2000 aus den Mitteln für Lehre und Forschung einmalige Mittel (Sach- und Investitionsmittel) in Höhe von 2,4 Mio. DM bereitgestellt werden; die sonstigen einmaligen Sonderbewilligungen beliefen sich auf 2,6 Mio. DM. Damit lagen die einmaligen Bewilligungen für 2000 aus den Mitteln für Lehre und Forschung um rd. 0,8 Mio. über den Zuweisungen von 1999 bzw. 1,8 Mio. über den einmaligen Zuweisungen von 1998. Diese erhöhten Beträge waren letztmalig durch Einsparungen im Energie- und Gebäudebewirtschaftungsbereich sowie durch übertragene Restmittel möglich und sind zukünftig außer Reichweite.

Die veranschlagten Erstausrüstungsmittel betragen in den Jahren 1998 und 1999 jeweils rd. 5 Mio. DM und für die Jahre 2000 und 2001 rd. 3,3 bzw. 3,2 Mio. DM. Die wesentlichsten Einzelmaßnahmen waren hierbei das Verfügungsgebäude, der Lothar-Meyer-Bau, der Erweiterungsbau für die Biologie, die Erweiterung auf dem Sand sowie die Telefonanlage der Universität.

8.4 Zentrale Pools des Ministeriums

Die Universität Tübingen hat für 2000 aus zentralen Pools des Ministeriums Mittel in Höhe von 14,4 (Vorjahr 12,4 Mio.) DM erhalten.

Zusätzlich wurden 39 Stellen (davon 28 im Wissenschaftlichen Dienst) finanziert.

Problematisch zu sehen ist die Abwicklung dieser zentralen Pools des Ministeriums. Die Anzahl der Programme mit oft kleiner Dotierung und unterschiedlichster Widmung nimmt ständig zu. Der Aufwand für Ausschreibung, Antragstellung und Abwicklung ist immens. Hinzu kommt, dass bei neuen Programmen vermehrt ein Eigenanteil der Universität nachgewiesen werden muss, der aus der Grundausrüstung kaum aufgebracht werden kann. Sinnvoll wäre, dass ein Teil der zentralen Mittel den Universitäten pauschal zugewiesen werden. Nachdem universitätsintern bereits belastungs- und leistungsbezogene Mittelverteilungsmodelle realisiert waren, bevor sich das Ministerium mit dieser Thematik befasst hat, sieht sich die Universität sehr wohl in der Lage, pauschal zugewiesene Mittel bedarfsorientiert selbst zu verteilen.

Die Mittel aus den zentralen Pools teilten sich folgendermaßen auf:

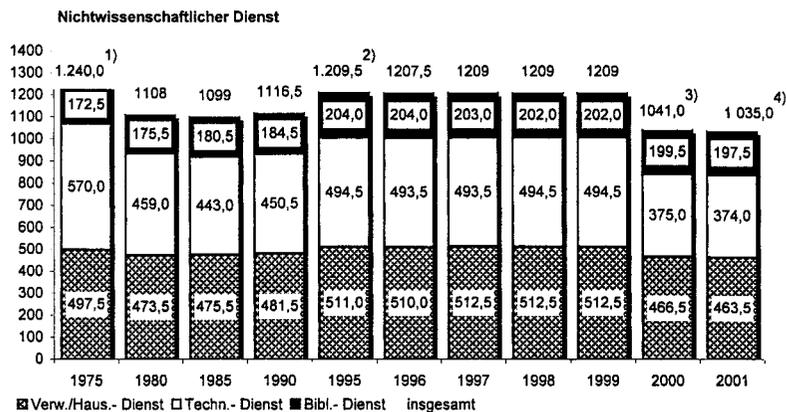
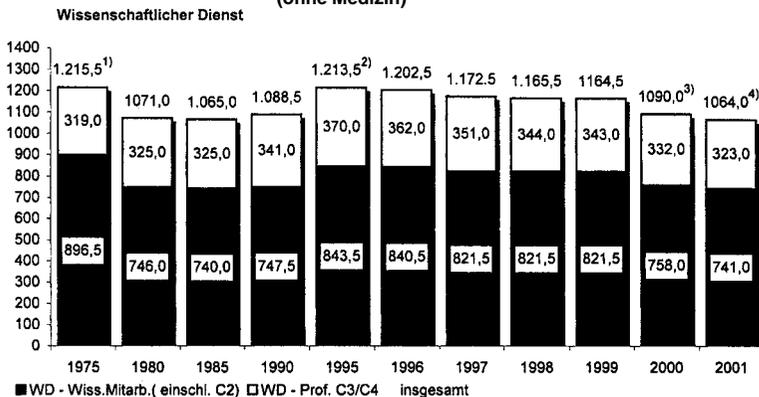
Pool	1995	1996	1997	1998 *)	1999 *)	2000 *)
Frauenförderung (HSP III)	314.000	356.500	366.000	366.000	277.200	260.000
Margarete von Wrangell-Programm	-	-	91.800	949.150	769.000	581.000
Vorgezogene Berufungen (HSP III)	-	400.000	-	-	-	-
Tutorenprogramm (HSP III)	-	1.000.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.000.000
Überlastprogramm	3.720.000	1.817.000	1.122.000	680.200	510.000	-
Internationale/Neue Studiengänge	-	-	-	100.200	452.500	480.000
Studienzeitverkürzung	400.000	465.700	247.300	174.350	148.000	201.900
Bündnis für Lehre	-	-	-	-	-	747.504
Forschungsschwerpunktprogramm	1.300.000	1.902.400	2.187.600	2.091.400	3.370.200	4.201.715
Umstrukturierung	1.009.000	697.450	420.300	436.600	239.500	111.300
Drittmittelhonorierung	954.700	1.131.000	1.146.600	1.172.700	1.155.800	-
Grundausrüstung	600.000	-	-	-	878.000	1.770.263
Lehrstuhlemerierungsprogramm	750.000	1.308.000	1.200.000	1.000.000	1.500.000	2.800.000
Spitzenforschung	272.000	172.750	191.200	153.000	139.400	308.800
Virtuelle Hochschule	-	-	-	811.400	1.772.400	1.974.252
Summen	9.319.700	9.250.800	8.172.800	9.135.000	12.412.000	14.436.734
*) ab 1998 ohne Klinikum						

8.5 Personalentwicklung

Die Personalentwicklung seit 1975 wird aus den folgenden Diagrammen ersichtlich. Man ersieht, dass die Anzahl der Stellen seit 1975 praktisch nicht mehr erhöht werden konnte trotz dramatisch gestiegener Anforderungen in Forschung und Lehre. Zusätzlich sind für die Zukunft die Auswirkungen des Solidarpaktes zu veranschlagen.

Personalstellen - Entwicklung 1975 - 2001

Gesamtaufstellung (ohne Medizin)



Anmerkungen:

- 1) enthalten sind 197 Stellen (49 C2-C4:34 wiss. Mitarb.:114 nw. D.), die 1979 nach Kap. 1416 übertragen wurden.
- 2) ab 1995 sind mit unterschiedlicher Anzahl die aus den Sonderprogrammen (HSP I + II) zugewiesenen Stellen enthalten.
- 3) nach Übertrag von 158,5 Stellen (davon 67,5 WD u. 91,0 nWD, ohne Azubi) nach TG 97 (Medizin) und 63,0 Stellen (nWD) nach TG 98 (TBA) ab HH 2000, in der Gesamtzahl sind seit HH 2000 aus der Medizin lediglich die k.w.-Stellen (Solipakt, Strukturplan 1977 u. Pool-St.) enthalten, und zwar 13,0 WD und 11,0 nWD-Stellen (= 24,0 St.).
- 4) Stellenwegfälle nach Auslaufen der Sonderprogramme (HSP I u. III).

Bei den Stellen des wissenschaftlichen Dienstes handelt es sich mehrheitlich um befristete Qualifikationsstellen. Die genaue Beobachtung der Entwicklung der Frauenanteile in diesem Bereich ist ein wichtiger Gradmesser für die Fortschritte der Umsetzung des Gleichstellungsauftrags. Die Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses ist zugleich eine der allgemeinen Voraussetzungen für die erwünschte Erhöhung des Frauenanteils bei den Professuren.

Bei den C1-Stellen beträgt der Frauenanteil 28 % (Stichtag 30.06.2001). Damit ist erneut eine Stagnation des Frauenanteils im Bereich der Habilitationsstellen festzustellen, die seit 1997 charakteristisch ist. Bei den BAT IIa-Stellen beträgt der Frauenanteil 30 % und liegt damit ein Prozent unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Auch bei den aus Drittmitteln finanzierten BAT IIa-Stellen liegt der Frauenanteil bei 30 %.

Interessant ist ein Blick auf die unbefristeten Funktionsstellen des wissenschaftlichen Dienstes. In diesem Bereich ist ein außergewöhnlich niedriger Frauenanteil zu verzeichnen. Von den insgesamt 113 A 13/14/15-Stellen an der Universität Tübingen sind nur neun mit Frauen besetzt. Dies entspricht einem Frauenanteil von nur 8 %.

8.6 Ausblick

Durch die kurz vor der Realisierung stehende Veränderung der Personalstrukturen im Bereich des wissenschaftlichen Dienstes, insbesondere durch die Einführung der Juniorprofessur und die schrittweise Abschaffung des wissenschaftlichen Assistenten, stehen Veränderungen bevor, die in ihrer Auswirkung noch nicht voll überschaubar sind und die eine sehr unterschiedliche Akzeptanz in der Universität erfahren. Erste Anträge auf (vorfristige) Einrichtung von Juniorprofessuren sind gestellt. Diese müssen sämtlich aus vorhandenen Mittelbaustellen gewonnen werden. Ob sie nach Ablauf einer maximal sechs Jahre betragenden Dienstzeit eines Juniorprofessors/einer Juniorprofessorin wieder rückwandelbar sind, ist ebenso unsicher wie eine Chance der Weiterbeschäftigung eines Juniorprofessors/einer Juniorprofessorin nach Ablauf der sechs Jahre, wenn keine Berufung erfolgte. Hier sind Klärungen nötig. Diese werden sich intensiv auf die Interessenlage der Fakultäten und auf die Neigung der jungen Wissenschaftler, eine Juniorprofessur anzustreben, auswirken.

9 Die Außenwirkung der Universität

9.1 Öffentlichkeitsarbeit: Die Universität im Spiegel der Medien

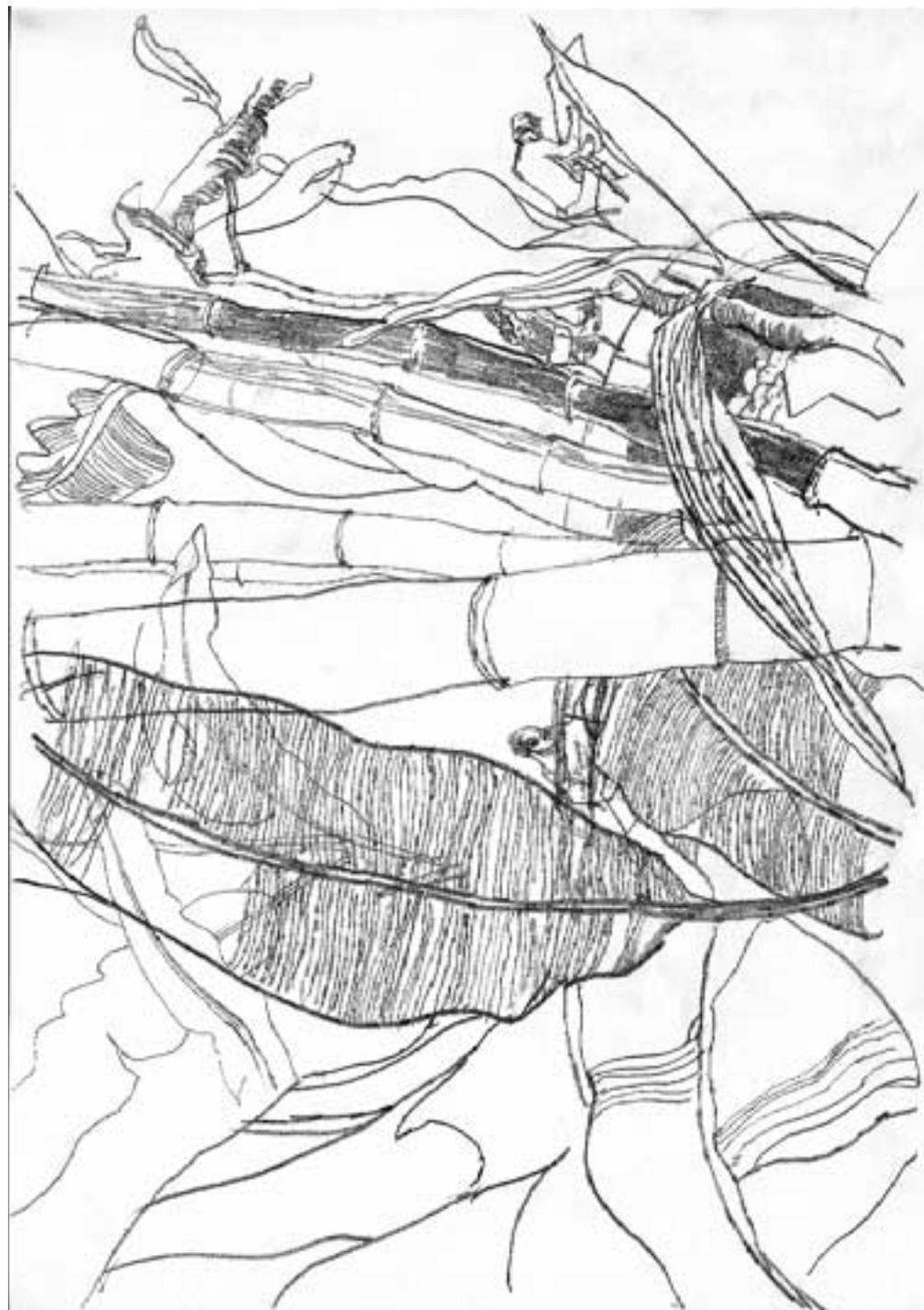
Einige herausragende Berichte über die Universität in den Medien werden erstattet. Anschließend wird die Öffentlichkeitsarbeit der Universität charakterisiert. Dabei kommen auch Feste und Feiern, die Alumni-Organisation und das Jubiläumsjahr 2002 zur Sprache.

Besonderes Medieninteresse unter den annähernd 200 Pressemitteilungen der Universität fanden im Berichtsjahr folgende herausragende Ereignisse: Die Verleihung der Ehrendoktorwürde an den Prinzen Hassan von Jordanien durch die Katholisch-theologische Fakultät am 14.05.2001, die Verleihung des Dr. Leopold-Lucas-Preises an den Philosophen Michael Theunissen durch die Evangelisch-theologische Fakultät am 15.05.2001.

Weitere wichtige Anlässe der Berichterstattung waren die Verleihung des Leibniz-Preises an den Mineralogen Professor Dr. Hans Keppler, Geowissenschaftliche Fakultät, und die Entdeckung eines der ältesten Kunstwerke der Welt, eine 30.000 Jahre alte Elfenbeinskulptur, bei Ausgrabungen auf der Schwäbischen Alb (Professor Ph.D. Nicholas Conard). Dass auch komplexe wissenschaftliche Sachverhalte – entsprechend journalistisch aufbereitet – auf hohes Medienecho stoßen können, belegen zwei erfolgreiche Ausgaben des "Pressedienstes Forschung aktuell". Dabei ging es einerseits um die geochemische Untersuchung fossiler Haiﬂischzähne im Hinblick auf Klimaentwicklung, andererseits um ein Projekt zur interkonfessionellen Religionspädagogik, bei welchem evangelische und katholische Kinder gemeinsam unterrichtet wurden.

Besondere Aufmerksamkeit in den Medien fanden die zahlreichen Veranstaltungen zum Leonhart-Fuchs-Jubiläum, insbesondere auch der Festakt am 13.07.2001 unter der Regie von Professor Dr. Franz Oberwinkler, Fakultät für Biologie. Auch das Festsymposium "Politische Kultur in Deutschland – Herausforderungen und Perspektiven" aus Anlass des 75. Geburtstags von Erhard Eppler, an welchem Altbundespräsident Richard von Weizsäcker, Bundesminister a. D. Hans-Jochen Vogel, Staatsministerin a. D. Hildegard Hamm-Brücher und Kultusminister a. D. Hans Maier mitwirkten, zog eine sehr große Aufmerksamkeit der Medien auf sich.

Eine neue Aufgabe stellte die Pressearbeit im Anschluss an die Sitzungen des Universitätsrates. Nach jeder Sitzung wird eine Pressemitteilung herausgegeben. Die Erarbeitung eines strategischen Maßnahmenkataloges zur Internationalisierung der Universität erzeugte eine besonders gute Resonanz in den Medien.



Eine markante Öffentlichkeitswirkung entwickelte, wie schon in Kapitel 1 angedeutet wurde, der Problembereich der Stellenumwidmungen innerhalb der Struktur- und Entwicklungsplanung. Der in der Universität aufkeimende Unwillen wurde von manchen Fakultäten alsbald in die Presse transportiert, in welcher eine Zeitlang das Bild einer in sich uneinigen Universität entstand. Es hat auch persönliche Angriffe gegen Mitglieder der Universitätsleitung gegeben, die eine ungünstige Außenwirkung entfalteten. Auch wurde das Konzept der Universitätsleitung von manchen Universitätsmitgliedern einseitig als gegen die Geisteswissenschaften gerichtet interpretiert. Nach den Beschlussfassungen in der Strukturkommission, im Senat und insbesondere im Universitätsrat im Sinne des Konzepts des Rektorats ist das Thema Struktur- und Entwicklungsplanung an der Universität Tübingen in den Medien in den Hintergrund getreten.

Die Frage, wie groß die Bedeutung Troias in der Spätbronzezeit gewesen sein mag, ist ein international erörtertes Medienthema gewesen, bei welchem die Universität Tübingen im Mittelpunkt stand. Die Troia-Ausstellungen in Stuttgart, Braunschweig und Bonn, die unter der Leitung des Tübinger Archäologen Manfred Korfmann standen, erzielten ein weltweit positives Echo und zogen hohe Besucherzahlen auf sich. Seitens des Tübinger Althistorikers Frank Kolb wurde an den wissenschaftlichen Befunden Korfmanns Kritik geäußert, zum Teil in einer Form, die als verletzend empfunden wurde. Die Auseinandersetzung in den Medien hielt mehrere Monate an. Eine Aufarbeitung der Kontroverse wird voraussichtlich in einem Symposium "Die Bedeutung Troias in der späten Bronzezeit" am 15. und 16. Februar 2002 erfolgen. Bei diesem Symposium ist mit einer starken Medienbeteiligung zu rechnen.

Gleiches gilt für den Vortrag der UNO-Kommissarin für Flüchtlingswesen und ehemaligen Staatspräsidentin der Republik Irland, Mary Robinson, der als zweiter Weltethos-Vortrag auf Einladung von Hans Küng am 21. Januar 2002 im Festsaal der Universität stattfinden wird.

Ganz besondere Erwähnung verdient das Fest zur Einweihung der neuen Universitätsbrunnen am 15. Mai 2001, das zu wesentlichen Teilen von SKH Carl Herzog von Württemberg konzipiert wurde. Universitätsstadt und Universität fanden sich vereint in der Freude über das gelungene Werk. Die Öffentlichkeitswirkung gestaltete sich entsprechend. Selten hat die Universität in der Öffentlichkeit und in den Medien so viel Zuspruch gefunden wie mit der Neugestaltung des Geschwister-Scholl-Platzes.

9.2 Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit

Mit der Universitätsstadt Tübingen und der Landeshauptstadt Stuttgart wird in einigen Bereichen gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit betrieben.

Die Universität hat sich auf Einladung des Stuttgarter Oberbürgermeisters an Marketingmaßnahmen für die Bildungs- und Hochschulregion Stuttgart – Tübingen beteiligt. Unter

Federführung der Stuttgart Marketing GmbH ist eine Imagebroschüre der Region mit ihren Hochschulen in mehreren Sprachen entstanden. Sie soll zur Akquisition von Studierenden auf Messen in aller Welt, an denen Stuttgart Marketing beteiligt ist, und bei speziell auf Multiplikatoren ausgerichteten Veranstaltungen eingesetzt werden. Bei aller selbstverständlichen Konkurrenz zwischen Universitäten kann diese koordinierte Aktivität eine wichtige Ergänzung zu den erfolgreichen Maßnahmen der Studentenakquisition im Rahmen von Universitätspartnerschaften sein.

Mit der Universitätsstadt Tübingen entwickelte sich auch ein gemeinsames Eventmarketing im Rahmen der Rousseau-Ausstellung in der Kunsthalle und des Fuchs-Jubiläums. Die Universität beteiligte sich am städtischen "Dschungelpfad" von der Kunsthalle über den Botanischen Garten zum Schloss Hohentübingen, die Stadt ihrerseits wirkte durch ihren gepflegten Fuchsien-Blumenschmuck, durch eine Ausstellung im Stadtmuseum mit dem Thema "Leonhart Fuchs und seine Zeit" und durch Beteiligung an den Jubiläumsfeierlichkeiten des Fuchsjahres 2001 mit.

9.3 Neue Medien – Die Universität im Internet

Die Online-Redaktion konnte nach einer dynamischen Eingangsphase, in der noch einige Verbesserungen am Netzangebot vorgenommen wurden, im Berichtszeitraum in einen geregelten "Pflegetrieb" übergehen.

Der Dauerbetrieb der Internetbeteiligung der Universität umfasst die laufenden Aktualisierungen der Angebote und die permanente Überprüfung der zahlreichen Links. Er führte auch zu einer wesentlichen Erweiterung der Präsentation. Zur Zeit werden von der Universität mehr als 1.000 Seiten im Netz bereitgehalten.

Als inhaltliche Schwerpunkte wurden folgende Bereiche bearbeitet:

- Aufbau einer umfangreichen Hilfsdokumentation (Farb-, Struktur- und Layout-Vorlagen), die den Fakultäten und Instituten helfen sollen, ihre Angebote an das neue Uni-Layout anzupassen;
- Einbau des kompletten Vorlesungsverzeichnisses mit eigenständiger Struktur;
- Erstellung eines Index für das Uni-Informationssystem;
- Neustrukturierung und tagesaktuelle Pflege der Seiten der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Als weiterer Schwerpunkt wurde die Nutzung des Webangebotes als Intra-Net vorangetrieben. So wurde das Angebot der universitären Selbstverwaltung ausgebaut. Zur Zeit werden prototypische Angebotsstrukturen für die Verwaltung entwickelt. Sie werden den Informationsfluss zwischen den Instituten und der Zentralen Verwaltung erleichtern.

Ein Großteil der Arbeitszeit wurde für die Beratung von Instituten und Fakultäten aufgewendet, die ihr Angebot entsprechend dem neuen Layoutkonzept aktualisierten.

Das Gesamtkonzept wurde nach der Auswertung der Zugriffszahlen von den Nutzern des Uni-Informationssystems akzeptiert. So wurden die Zugänge über die Zielgruppen nach einer Eingewöhnungsphase verstärkt genutzt. Dies macht sich auch in der Abnahme nicht zielgerichteter E-Mails bemerkbar. Die Nutzer scheinen schneller und sicherer die gewünschten Informationen zu finden. Entsprechend wurden die Angebote für bestimmte Zielgruppen überarbeitet und eine englischsprachige Variante in das System integriert.

Der Verzicht auf Werbung in Verbindung mit einer übersichtlichen Struktur bietet die Chance, dass sich die universitäre Homepage in Zukunft als wichtiges Schaufenster der Universität erweist und die Kommunikationsstrukturen innerhalb der Universität verbessert.

9.4 Universität beim Festen und Feiern

Die Fest- und Feierkultur der Universität als Bestandteil der universitären Außendarstellung ist im vergangenen Rechenschaftsbericht ausführlich erörtert worden. Nachfolgend werden die Höhepunkte im Berichtszeitraum genannt.

Der Dies Universitatis 2000 wurde erstmals auf zwei Tage verteilt, wobei die Festveranstaltung am Vorabend des Dies, Donnerstag, dem 18. Oktober, stattfand. Die Festrede hielt Professor Herbert Henzler, Chairman Europa der Mc Kinsey & Co. Inc., zum Thema "Agenda für ein europäisches Jahrzehnt". Die musikalische Umrahmung erfolgte erstmals unter der Leitung des neuen Universitätsmusikdirektors Tobias Hiller durch ein Streichensembel des Akademischen Orchesters. In bewährter Weise führten die Fakultäten dann am Dies Veranstaltungen für Studierende, für Mitglieder der Universität und zum Teil auch für die Öffentlichkeit durch. Die Begrüßung der Neumatrikulierten im Festsaal durch Rektorat und Studierendenvertretung und die Studentenfete mit dem Markt der studentischen Gruppen wurden wie in den vergangenen Jahren sehr gut besucht.

Zum Leonhart Fuchs-Jahr 2001 hatte das Botanische Institut in Zusammenarbeit mit der Universitätsleitung ein reichhaltiges Programm entworfen, das unter anderem monatliche Sonntagsführungen mit Bezug zum Fuchs-Jubiläum, eine Studium generale-Ringvorlesung, Leonhart Fuchs-Gedächtnis-Exkursionen an andere Orte seines Wirkens, eine Ausstellung im Stadtmuseum über "Leonhart Fuchs und seine Zeit" sowie den Festakt von Universität und Stadt Tübingen mit begleitenden wissenschaftlichen Tagungen beinhaltete. Außerdem wurde ein eigener Fuchsien-Pavillon im Botanischen Garten errichtet und eröffnet.

Der Mai 2001 brachte kurz hintereinander zwei Höhepunkte des Akademischen Jahres: zum einen die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Katholisch-Theologischen Fakultät an Prinz Hassan bin Talal von Jordanien (14. Mai) und die Verleihung des Dr. Leopold-Lucas-Preises an den Berliner Philosophen Michael Theunissen (15. Mai). Am Abend die-

ses Tages fand auch die feierliche Einweihung der beiden Brunnen auf dem Geschwister-Scholl-Platz statt, die aufgrund einer Spende des Universitätsbundes nach historischem Vorbild neu gegossen worden waren. Mehrere hundert Gäste verfolgten gespannt die Inbetriebnahme der Brunnen und feierten "open air" in den Abend hinein. Die Universität hat mit dem – auch gärtnerisch – neu gestalteten Geschwister-Scholl-Platz ein neues Gesicht bekommen. Nicht zuletzt wurde auch eine seit dem Universitätsjubiläum 1877 wiederholt aufgetretene Meinungsverschiedenheit zwischen Universitätsstadt Tübingen und Universität vermutlich endgültig beigelegt, wie vom Rektor in seiner Festansprache ausgeführt wurde.

Vom 29. Juni bis zum 01. Juli wurde das zweite Alumni-Treffen in Tübingen veranstaltet (siehe dazu Abschnitt 9.5). Eine Neuauflage des im Jahre 2000 so gut gelungenen Sommerfestes wird es 2002 im Zusammenhang mit dem Universitätsjubiläum geben.

9.5 Ehemaligen-Kontakte: Universität Tübingen Alumni

Auch im dritten Jahr konnte die Arbeit von UTA – Universität Tübingen Alumni – erfolgreich weitergeführt werden. Im nachfolgenden Abschnitt wird über die wichtigsten Aktivitäten berichtet.

Im Laufe des Berichtsjahres konnten zahlreiche weitere Ehemalige ausfindig gemacht und zur Mitgliedschaft ermuntert werden. Die Resonanz war weiterhin sehr positiv. Mittlerweile wurden über 4.000 interessierte Ehemalige in den Verteiler aufgenommen. Weitere Adressenlisten aus den Fakultäten und aus dem Universitätsarchiv werden in den kommenden Monaten bearbeitet.

Zweimal jährlich erscheint das Magazin "Newsletter" (ab Ausgabe 6 im Frühjahr 2002 erscheint das Heft unter dem Namen "Das Magazin"). Die Zeitschrift findet mit ihren Berichten über Ereignisse an der Universität, in den Fakultäten und in der Universitätsstadt großen Anklang. Weiterhin informiert sie über die Entwicklung der Alumni-Vereinigung sowie über aktuelle Projekte. Immer wieder bieten Ehemalige an, sich mit Artikeln an der Zeitung zu beteiligen.

Vom 29. Juni bis 01. Juli 2001 fand das zweite Alumni-Wochenende statt. Es nahmen etwa 600 Ehemalige teil. In den meisten Fakultäten wurden am Freitag und Samstag Vorträge und Führungen durch Institute angeboten, einige Fakultäten gaben ihren Ehemaligen auch die Möglichkeit, sich am Freitagabend zum gemeinsamen Essen zu treffen. Die Veranstaltungen des Rahmenprogramms am Samstag und Sonntag waren sehr gut besucht. Die meisten Alumni kamen aus dem Bundesgebiet, einige Ehemalige reisten auch aus dem Ausland an. Es konnten auch einige Ehemalige begrüßt werden, die schon im letzten Jahr am Alumni-Wochenende teilgenommen hatten. Im nächsten Jahr wird das Alumni-Wochenende als Abschluss der Universitäts-Festwoche veranstaltet.

Das Projekt "Alumni.med.Live" der Universitäten Heidelberg, Freiburg, Mannheim, Tübingen und Ulm läuft nun im dritten Jahr. Die Regionalkonferenzen, die im September 2000 in Xian (China) und im November 2000 in São Paulo (Brasilien) durchgeführt wurden, fanden sehr großen Anklang. Die im Juni 2000 gegründete "Virtuelle medizinische Fakultät" konnte ihre Arbeit aufnehmen und veranstaltete im Juni 2001 die zweite Jahrestagung. Anfang Dezember dieses Jahres hat eine weitere Konferenz in Stellenbosch in Südafrika stattgefunden, deren Organisation bei UTA Tübingen lag. Diese Veranstaltung, an welcher Ehemalige aus acht afrikanischen Staaten teilnahmen, konnte als voller Erfolg verbucht werden. Das Projekt "Alumni.med.Live", das über den DAAD vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert wird, hat gute Aussichten, auch in den nächsten Jahren unterstützt zu werden.

Eine Aufgabe, die in den nächsten Monaten auf UTA zukommt, sind die Überlegungen zu "Leitlinien" für Club-Gründungen. Ehemalige aus verschiedenen Ländern haben angeregt, Clubs zu gründen, über die man mit dem Alumnat in Tübingen intensiven Kontakt halten könnte. Die Möglichkeiten, solche Clubs zu gestalten und in die Ehemaligenarbeit der Universität mit einzubeziehen, sind vielfältig und sollten den örtlichen Gegebenheiten angepasst werden.

9.6 Jubiläumsjahr 2002

Im Jahr 2002 wird die Universität Tübingen 525, das Land Baden-Württemberg 50 Jahre alt.

Zur Vorbereitung des 525-jährigen Jubiläums der Universität Tübingen und des 50. Geburtstags des Landes Baden-Württemberg wurde im Berichtszeitraum ein Senatsausschuss zur Vorbereitung dieser Feierlichkeiten gebildet, der am 14. Februar 2001 erstmals tagte. Zwischenzeitlich fanden mehrere Arbeitstreffen des Ausschusses statt, bei denen einige Maßnahmen und Projekte für das Jubiläumsjahr geplant und teilweise schon konkretisiert wurden.

Für die Festwoche vom 01. bis 07. Juli 2002 sind bislang Festvorträge, Konzerte, das Sommerfest der Universität sowie das Alumni-Wochenende in Vorbereitung. Weiterhin ist ein Fotowettbewerb für Universitätsangehörige in Planung. Zum 525. Universitätsjubiläum wird auch ein Bildband mit kommentierten Fotografien vorwiegend von markanten Gebäuden der Universität Tübingen erscheinen.

Besondere Höhepunkte der Festwoche werden die Festvorträge von Ministerpräsident Erwin Teufel am Donnerstag, dem 4. Juli, und von Bundespräsident Rau am Samstag, den 7. Juli, voraussichtlich 11 Uhr, sein. Bei der Festveranstaltung mit Ministerpräsident Teufel wird Professor Doering-Manteuffel eine Vortrag zur Rolle der Universität Tübingen bei Staats- und Landesgründungen in der Nachkriegszeit halten.

10 Universitätsbau in Tübingen

10.1 Universität ohne Medizin

Es wird eine Übersicht über die im Berichtszeitraum abgeschlossenen, laufenden und in Planung befindlichen Baumaßnahmen der Universität (zur Medizin vgl. Abschnitt 10.2) gegeben.

10.1.1 Die finanziellen Rahmenbedingungen

Im Bereich der Bauvorhaben über 3 Mio. DM, die nach dem Hochschulbauförderungsgesetz vom Bund mitfinanziert werden, können bezogen auf das Land Baden-Württemberg derzeit nur ca. 50 % der neu angemeldeten Vorhaben bedient werden.

Für Bauunterhaltung und kleinere Baumaßnahmen stehen 2001, bei steigendem Bedarf, mit 14,2 Mio. DM weniger Mittel zur Verfügung als im Vorjahr (14,9 Mio. DM), was bereits zur Jahresmitte zu einer einschneidenden Beschränkung notwendiger Bau- und Reparaturmaßnahmen geführt hat.

Im Mitteltitel standen der Universität im Jahr 2000 2,5 Mio. DM zur Verfügung. Im Haushaltsjahr 2001 sind für insgesamt 38 Anmietungen mit einer Gesamtfläche von ca. 20.800 m² 2,635 Mio. DM verfügbar.

10.1.2 Abgeschlossene Bauvorhaben

Folgende Baumaßnahmen der Universität konnten im Berichtszeitraum fertiggestellt und an die Nutzer übergeben werden:

- Die umfangreichen Umbauten und Sanierungen in den Gebäuden Auf dem Sand für Informatik, Geowissenschaften, Astronomie, Kriminologie und Universitätsarchiv (Gesamtkosten 11,4 Mio. DM);
- der Erweiterungsbau des Botanischen Instituts ("BIO I") auf der Morgenstelle (Gesamtkosten 15,2 Mio. DM);
- der Neubau für die Erweiterung der Universitätsbibliothek an der Brunnenstraße (37 Mio. DM);
- die Aufstockung des Lothar-Meyer-Baus entlang der Wilhelmstraße für die Geowissenschaften (2,3 Mio. DM);
- die Neugestaltung des Geschwister-Scholl-Platzes vor der Neuen Aula (1,2 Mio. DM).

10.1.3 Laufende Bauvorhaben

In vollem Gange ist Teil I des Umbaus der Alten Kinderklinik (West- und Mittelbau) für das Geographische Institut (5,5 Mio. DM), die weitere Sanierung der Neuen Aula sowie

der Umbau des Gebäudes Köstlinstraße 6 für die Hausdruckerei (geplante Fertigstellung: Frühjahr 2002). Der Neubau für ein Geisteswissenschaftliches Institutsgebäude an der Ecke Kepler-/Wilhelmstr. wurde zur Jahresmitte 2001 begonnen, die Fertigstellung ist auf Ende 2002 vorgesehen.

10.1.4 Geplante Bauvorhaben

An durchgeplanten Bauvorhaben, mit deren Realisierung bei Bereitstellung der beantragten Landes- und Bundesmittel begonnen werden kann, sind zu nennen:

- Die Sanierung der Alten Kinderklinik, Teil II, zugunsten der Geographie mit Baubeginn ab Ende 2002;
- die Sanierung und Nachbelegung der Alten Frauenklinik (durch die Fächer Psychologie und Soziologie);
- der Erweiterungsbau zum Institutsgebäude Lothar-Meyer-Bau (für die Geowissenschaften);
- der Umbau des Institutsgebäudes Hölderlinstraße 12/Sigwartstraße 10 für die Geowissenschaften;
- der Neubau eines Ersatzgebäudes im Zuge der Sanierung der naturwissenschaftlichen Institute auf der Morgenstelle.

10.1.5 Perspektiven

In einem frühen Planungsstadium mit guten Realisierungsaussichten auf mittlere Frist befinden sich:

- Der Neubau für das Zentrum für Molekularbiologie der Pflanzen;
- der Neubau für die Juristische Seminarbibliothek;
- die Sanierung und Neuordnung der Alten Aula, die aus baulichen Gründen unzugänglich ist.

10.1.6 Gästehäuser

Das Gästehaus Lessingweg 3 erfreut sich steigender Beliebtheit: im Jahre 2000 wurden 2.569 (1999: 1.847) Übernachtungen gezählt, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um fast 40 %. Auch die Tagungsräume wurden in 2000 mit 129 ein- und mehrtägigen Veranstaltungen stark nachgefragt, gegenüber dem Vorjahr (1999: 75) ist eine Steigerung von über 70 % zu verzeichnen.

Das Internationale Dozentenwohnheim Lessingweg 1 kam zum 1. Mai 2000 in die Verwaltungszuständigkeit der Universität. Das Gebäude war zuvor renoviert worden, insbe-



sondere wurden dabei die Sanitärbereiche verbessert; sukzessive erfolgt jetzt eine Neumöblierung. Im Frühsommer 2001 konnte auch die Neugestaltung der Außenanlage abgeschlossen werden. Die Auslastung liegt bei rd. 86 %.

Die Dozentenwohnanlage Heuberger-Tor-Weg 9 - 13 wird mit einem Gesamtkostenaufwand von über 5 Mio. DM sukzessive grundlegend renoviert. Im Oktober 2000 wurde mit dem Bauabschnitt I (Heuberger-Tor-Weg 13) begonnen, die Häuser 11 und 9 sollen in den kommenden Jahren folgen. Die Auslastung liegt bei knapp 85 %. Ebenfalls sehr stark ist die Nachfrage nach den Dozentenwohnungen in den Gebäuden Mörikestraße 8 und Nauklerstraße 5; die Auslastung liegt dort durchschnittlich bei 95 %.

Im Heinrich-Fabri-Institut in Blaubeuren wurden im Jahre 2000 9.249 Übernachtungen registriert, gegenüber dem Vorjahr (1999: 9.935) eine geringfügige Abnahme, während die Zahl der Veranstaltungen in 2000 mit 153 in etwa der Vorjahreszahl (1999: 149) entsprach.

Das Studienhaus der Universität in Oberjoch ("Berghaus Iseler") konnte 2000 mit 6.850 Übernachtungen (1999: 6.065) gegenüber den Vorjahren wieder kräftig zulegen, auch die Zahl der Veranstaltungen stieg auf 46 (1999: 37). Neben dem Lehr- und Studienbetrieb steht das Haus auch den Bediensteten der Universität und des Universitätsklinikums Tübingen für private Aufenthalte zur Verfügung.

10.2 Medizinbau

Die umfangreichen Baumaßnahmen für die Medizinische Fakultät wurden während des Berichtszeitraums mit großem Nachdruck fortgesetzt. Einzelne Maßnahmen konnten abgeschlossen werden.

Ende 2000 wurde das Sektionsgebäude der Anatomie auf dem Oberen Schnarrenberg fertiggestellt und in Betrieb genommen. Damit ist der erste Bauabschnitt der Verlagerung der Anatomie aus den Gebäuden an der Österbergstraße abgeschlossen, für den zweiten Bauabschnitt ist derzeit die Finanzierung noch nicht gesichert.

Mit der Inbetriebnahme des Neubaus der Institute für Medizinische Mikrobiologie und Medizinische Virologie auf dem Oberen Schnarrenberg im April 2001 konnte eines der drängendsten baulichen Probleme der Medizinischen Fakultät gelöst werden. Der bisherige Standort des Institutes für Medizinische Mikrobiologie im ehemaligen Hygieneinstitut in der Silcherstraße kann einer anderen Nutzung zugeführt werden. Das Institut für Medizinische Virologie hat Labor- und Diensträume an der Calwerstraße frei gemacht, die für die neue Frauenklinik und die Neonatologie benötigt werden.

Auch ein Erweiterungsgebäude für das Dekanat der Medizinischen Fakultät am Geissweg 5/1 wurde Ende 2000 fertiggestellt.

Noch im Jahr 2000 wurde auf dem Schnarrenberg bei der Medizinischen Klinik mit dem Neubau einer Nuklearmedizin mit Isotopenlaboratorien begonnen, das Gebäude soll Anfang 2003 in Betrieb gehen. Am Südhang des Schnarrenberg und damit nahe bei den Schnarrenbergklinikern wurde der erste Bauabschnitt des Neubaus eines Forschungs-Verfügungsgebäudes mit einer Nutzfläche von ca. 4.000 m² gestartet, in einem späteren zweiten Bauabschnitt sollen später weitere 2000 m² qualifizierte Laboratorien bereitgestellt werden.

Der Neubau der HNO-Klinik auf dem Oberen Schnarrenberg und die Sanierung der Alten Chirurgie an der Calwerstraße für die Neue Frauenklinik und Neonatologie sowie das Institut für Klinische Genetik wurden weitergeführt, die Inbetriebnahme beider Vorhaben ist für das Frühjahr 2002 geplant. Nach Abschluss dieser beiden Großvorhaben startet wenige Monate später mit Abriss und Baubeginn des Bettenhauses B eine stufenweise Erneuerung der Medizinischen Klinik auf dem Schnarrenberg durch Neubauten und Sanierungen; vorgesehen ist ein Zeitrahmen von ca. acht Jahren.

Weitergeplant wurden die Erneuerung der ZMK- (Zahn, Mund, Kiefer) Kliniken und der Psychiatrie ebenfalls durch Sanierungen und Neubauten, für die Psychiatrie konnte die Finanzierung bereits weitgehend gesichert werden.

10.3 Investitionen in wissenschaftliche Geräte

Im Jahr 2000/2001 konnten über das HFBG-Verfahren folgende Großgeräte (Beschaffungssumme je höher als 250.000 DM) beschafft werden:

GERÄT	INSTITUT	KOSTEN
Konfokales Laser-Scanning-Mikroskop	Mikrobielle Genetik	602.989,91 DM
Massiv-Paralleler Rechnercluster	Astrophysik	1.005.999,00 DM
NMR-Spektrometer	Organische Chemie	654.000,00 DM
Rasterelektronenmikroskop	Geowissenschaften	582.000,00 DM
Rasterelektronenmikroskop, hochauflösend	Physikalisches Institut	997.600,00 DM

Gesamtsumme: 3.842.588,91 DM

11 Zentrale Einrichtungen und Organisationsformen

11.1 Die Universitätsbibliothek

Im nachfolgenden Abschnitt wird über Finanzsituation, Arbeit und Service der Universitätsbibliothek (UB) im Berichtszeitraum informiert. Die Retrokatalogisierung schreitet voran, das neue Ausleihsystem arbeitet erfolgreich. Der Bezug des Neubaus ist noch in diesem Jahr vorgesehen.

11.1.1 Etat und Bestandsentwicklung

Die UB konnte dank der Vorgaben des Solidarpakts im Berichtszeitraum wieder über einen Etat verfügen, der in der Höhe dem Vorjahresansatz entsprach. Zusätzlich bewilligte die Universität eine namhafte Unterstützung aus Zentralmitteln, durch die die UB in die Lage versetzt wurde, die größten Lücken bei der Beschaffung zu schließen und den Zeitschriftenbestand zahlenmäßig auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr zu halten. Vor allem die Dollarstärke und überproportional große Steigerungsraten bei den Zeitschriftenpreisen sind in allen wissenschaftlichen Bibliotheken des Landes zur Zeit das größte Problem. Einige weltweit operierende Verlage schrauben Jahr für Jahr ihre Preise kontinuierlich hoch und bewirken damit, dass der überwiegende Teil des Etats für Zeitschriften verwendet werden muss. Dank der massiven Unterstützung durch die Universität konnte die UB im Berichtszeitraum auf Abbestellungen vorerst verzichten. Sie hält zur Zeit ca. 6.000 laufende Zeitschriften und hat einen Buchbestand von ca. 3,4 Mio. Büchern.

11.1.2 Erschließung und Benutzung

Die 60.000 Bände, die die UB pro Jahr neu erwirbt, werden laufend mit Hilfe der Möglichkeiten des Südwestverbundes katalogisiert und dem lokalen OPAC als zentralem Nachweisinstrument hinzugefügt. Dazu kommen Titelaufnahmen aus früheren Jahrzehnten, die nach und nach in eine maschinenlesbare Form überführt werden sollen. Die Retrokatalogisierung ist ein wichtiger Schritt in Richtung "Digitale Bibliothek". Ziel der UB ist es, eines Tages ihre bisher noch existierenden Zettelkataloge in maschinenlesbare Form zu überführen und damit als Nachweis im Internet anzubieten. Die Nachfrage nach den Beständen der UB (Orts- und Fernleihe) reduzierte sich im Berichtszeitraum um ca. 4 %. Zur Zeit werden jährlich etwa 900.000 Bücher ausgeliehen.

11.1.3 Datenverarbeitung und Online-Dienste

Die UB konnte die Migration ihrer Ausleihdaten auf ein neues Ausleihsystem der Firma Biber erfolgreich zum Abschluss bringen. Mit der Stabilität und Leistungsfähigkeit des neuen Ausleihsystems wurden bisher gute Erfahrungen gemacht. Laufend wurden kleinere Verbesserungen bei der Funktionalität eingeführt. Zur Zeit steht die Auswahl und Entscheidung über ein Erwerbungsmodul an, das geeignet sein muss, auch die Bedürfnisse der Institutsbibliotheken abzudecken.

11.1.4 Bauliche Situation

Die Fertigstellung des Erweiterungsbaus jenseits der Ammer schreitet zügig voran. Die UB ist in die Planung aller bibliotheks- und benutzerrelevanten Details von Seiten des Staatlichen Vermögens- und Hochbauamts fest eingebunden. Kürzlich kam eine europaweite Ausschreibung für das Regalsystem erfolgreich zum Abschluss. Der Bezug des Neubaus findet ab Oktober 2001 statt. Auch die Firma, die den Umzug übernehmen wird, wurde durch eine Ausschreibung bestimmt und dann mit der Durchführung des Umzugs definitiv beauftragt.

11.1.5 Bibliothekssystem

Ebenso wie die UB wartet auch das gesamtuniversitäre Bibliothekssystem auf die Entscheidung, welches Erwerbungsmodul in Tübingen künftig eingeführt werden soll. Die im neuen Hochschulgesetz (§ 30 UG) festgelegte Dienstaufsicht der UB über die in den Institutsbibliotheken tätigen Personen wird dort, wo die räumlichen und organisatorischen Voraussetzungen vorliegen, sukzessive behutsam eingeführt. Als hinderlich bei der Umsetzung dieser Bestimmung stellt sich immer wieder die knappe Personalausstattung der "Institutsstelle" heraus.

11.2 Das Zentrum für Datenverarbeitung

Die Entwicklung des Zentrums für Datenverarbeitung (ZDV) wird in einem Überblick und durch Berichte aus den einzelnen Arbeitsbereichen beschrieben. Das ZDV hat der Universität ein neues CIP- (Computerinvestitionsprogramm) Pool-Konzept für die Universität vorgeschlagen, das auch die EDV-Ausstattung kleinerer Fachbereiche ermöglicht, die die Antragsmindestsumme von 250.000,- DM nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFUG) nicht erreichen. Das ZDV plant, bei Zuteilung entsprechender Finanzmittel den Aufbau eines Funk-LANs (Local Area Networks) für die Universität, der einen (zugangskontrollierten) Zugriff auf das Uni-Netz von Laptops und anderen Endgeräten auch außerhalb der Universitätsräume per Funk ("wireless") gestattet.

11.2.1 Überblick

Das ZDV betreut als Dienstleistungssektoren zu je 40 % Benutzersupport, 40 % Hintergrunddienste und High-Level Support, 20 % Verwaltungsdienste (10 % intern, 10 % Benutzerverwaltung). Von den 3 Mio. DM zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln sind 1,6 Mio. DM zentral zugewiesene und 1,4 Mio. DM durch das ZDV eingeworbene Mittel. Das ZDV besitzt 34,5 Planstellen und finanziert aus den eingeworbenen Mitteln zusätzlich 13 Vollzeitstellen und 7 Vollzeitäquivalente an wissenschaftlichen Hilfskräften, d. h. die eingeworbenen Mittel dienen fast ausschließlich zur Refinanzierung der Zeitstellen.

- Die Beratungs- und Supportdienste des ZDV wurden unter einer einheitlichen Telefonnummer 29-7 02 50, der Hotline, und unter einer E-Mailadresse beratung@zdv.uni-tuebingen.de zusammengefasst und ausgeweitet. Der Beratungsdienst steht Mo. bis Fr. von 09.00 bis 12.00 und 13.30 bis 16.30 Uhr zur Verfügung und wird von mehreren Mitarbeitern bedient. Ein Tokensystem garantiert die Weiterbearbeitung der Anfragen durch einen Second-Level-Support im Hintergrund.
- Der Netzausbau beträgt ca. 75 % der 8.000 Anschlüsse in ca. 5.000 Räumen.
- Im Januar 2001 hat das ZDV seinen HBFEG-Antrag für einen Backup- und Archivierungsserver im Werte von 2 Mio. DM genehmigt bekommen, mit dem insbesondere neben dem bisher erfolgten uniweiten Backup von Unix-Systemen ebenfalls der von NT-/Windows2000-Systemen erfolgen soll.
- Zusammen mit dem SFB 282 (Sprecher Professor Dr. Ruder) wurde erfolgreich der Betrieb eines Clusterrechners aus 192 Prozessoren ("Kepler") aufgenommen.
- Das ZDV hat im November 2000 den derzeitig bundesweit größten von einer Universität betriebenen Medienserver, seinen Tübinger Internet Multimedia Server (<http://timms.uni-tuebingen.de>), vorgestellt, der 300 Videostunden im Internet von vollständig aufgezeichneten Ereignissen wie Rektoratsübergabe, 64stündige Vorlesungen etc. verschlagwortet vorhält.

11.2.2 Berichte aus den einzelnen Arbeitsbereichen

Der Arbeitsbereich Benutzersupport umfasst folgende Schwerpunkte:

PC-Support/CIP-Pool-Betreuung: Es werden 500 PCs der Institute, 200 Pool-PCs des ZDV, 55 Unix-Workstations, 230 Institutsdrucker gewartet. Weiterhin werden 4.000 Lizenzen pro Jahr und ca. 750 CD-Sätze mit Software an Institute ausgegeben und verwaltet. Die Refinanzierung des PC-Technikers für die Instituts-PCs – auf einer Zeitstelle – erfolgt durch die Einnahmen aus dem Rund-um-Sorglos-Paket. Es wurde mit der flächendeckenden Einführung von Windows2000 begonnen.

Kurse: Es wurden im letzten Jahr 1.500 Kursstunden gegeben, die sich auf 220 Kurse verteilten. 80 % der Kursleiter haben Zeitstellen. Von den 1.970 Teilnehmern waren etwa 2/3 Studierende. Ein erster Online-Kurs übers Internet ("Installation einer NT-Workstation") wurde erfolgreich angeboten (200 Anmeldungen; nicht in der o. g. Teilnehmerzahl berücksichtigt).

Hotline: Ein im letzten Jahr eingeführtes telefonisches Beratungsangebot steht von 09.00 bis 12.00 und 13.30 bis 16.30 Uhr Mo. bis Fr. zur Verfügung. Pro Monat werden ca. 800 Anfragen abgewickelt, d. h. pro Anfrage stehen fünf bis max. zehn Minuten zur Verfügung.

gung. 60 % der Hotline-Stunden werden über Zeitstellen-Mitarbeiter abgewickelt. Den Hotline-Mitarbeitern wie auch den Benutzern steht neben einem ebenfalls verbesserten elektronischem HELPDESK (der FAQ-Button auf der Homepage des ZDV) für die Weiterbearbeitung von telefonisch nicht geklärten Fragen ein Second-Level-Support zur Seite.

Internetdienste: Die Mailserver verteilen pro Jahr 15 Mio. E-Mails, und die WWW-Server bearbeiten pro Jahr etwa 60 Mio. Webzugriffe. Die Mailserver des ZDV bestehen aus einem Cluster, der im Round-Robin-Verfahren bedient wird, so dass selbst bei gleichzeitigem Ausfall von zwei Rechnern der Mailbetrieb weiter erfolgt. Die Verfügbarkeit der Rechner liegt im dritten Jahr bei 100 % pro Jahr.

Der Arbeitsbereich Hintergrunddienste umfasst folgende Schwerpunkte:

Netze: Der Vernetzungsgrad an der Universität beträgt gute 75 %. Nach 2004 wird die flächendeckende Vernetzung (8.000 Anschlüsse in ca. 5.000 Räumen) abgeschlossen sein. Erste Refinanzierungsprobleme treten auf, da die Anfang der 90er Jahre angeschlossenen Institute noch Verkabelungen und aktive Komponenten haben, die den heutigen Anforderungen nicht mehr entsprechen. Das bis 2004 laufende Netzausbauprogramm sieht keine Refinanzierung vor. Für 2005 ff. sind weitere Mittel für die Modernisierung des Uni-Netzes beantragt. Der Backbone des Uni-Netzes konnte aufgrund von zentral zur Verfügung gestellten zusätzlichen Haushaltsmitteln in einigen Segmenten bereits Gigabit-fähig gemacht werden (Gigabit-Ethernet). Die Außenanbindung ans Belwue wird ab Juli 2001 Gigabit-fähig werden.

Zentrale Systeme: Das ZDV hat im Januar 2001 seinen HFBFG-Antrag über 2 Mio. DM für den Ausbau/Ersatz seines File-/Backup- und Archivserversystems genehmigt bekommen. Damit werden ca. 4 Terabyte Platten und 30 bis 50 Terabyte Archivspeicher (entspricht etwa 10 Mio. Büchern oder 5.000 Videofilmen) angeschafft werden können. Neben den stark angewachsenen Anforderungen aus den Multimedia-Diensten des ZDV wird es durch diese Beschaffung erstmals möglich, den bisher für 350 Unix-Workstation durchgeführten zentralen Backupdienst des ZDV auch für die Microsoft NT- und Win2000-Welt anzubieten.

Der Arbeitsbereich High-Level-Support umfasst folgende Schwerpunkte:

High-Performance-Computing: Beschaffung, Aufbau und Betrieb eines Clusterrechners ("Kepler") zusammen mit dem und für den SFB 382 (Sprecher: Professor Dr. Ruder; Physik, Mathematik und Informatik) aus 192 Prozessoren mit einer Rechenleistung von 100 Milliarden Rechenoperationen pro Sekunde (Gflops).

TUSTEP: Die Arbeiten an der Neuauflage des TUSTEP-Handbuchs sind abgeschlossen; das Handbuch (1.006 Seiten) ist im Juli 2001 erschienen.

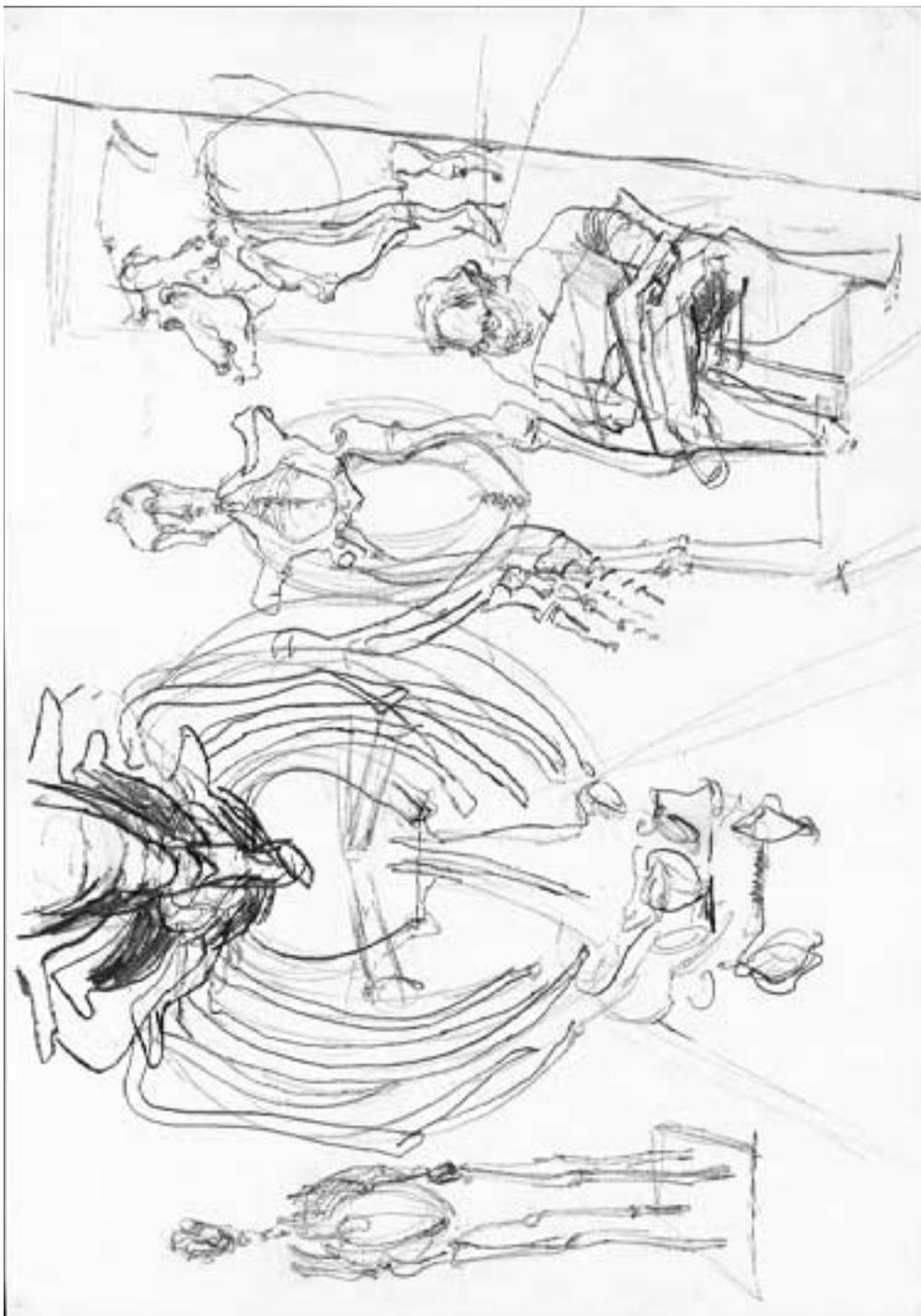
Um die Weiterentwicklung von TUSTEP im akademischen Umfeld nach dem Ausscheiden von Professor Dr. Ott im Jahr 2003 zu sichern, hat die International TUSTEP User Group ITUG eine Initiative gestartet und diese mit der Universitätsleitung besprochen: Über bei der EU und anderen Geldgebern einzuwerbende Mittel soll die Universität in die Lage versetzt werden, nicht nur weiterhin Unterstützung für Tübinger TUSTEP-Nutzer anzubieten und sich ansonsten auf die Portierung auf neue Rechnergenerationen zu beschränken, was angesichts veränderter Kernaufgaben von Rechenzentren notwendig wäre, sondern wie bisher auch die inhaltliche und funktionale Weiterentwicklung dieses Programmpakets in Interessengebieten der Geisteswissenschaften voranzutreiben und Support nach außen anzubieten.

Mediendienste: Das ZDV hat im Bereich der Multimedia-Dienste auch eine landesweit zentrale Kompetenz erreicht, die sich z. B. in der Freigabe des bundesweit größten von einer Universität betriebenen Medienservers im November letzten Jahres zeigte, dem Tübinger Internet Multimedia Server <http://timms.uni-tuebingen.de>. Hier werden nicht nur Filme aktueller Ereignisse (z. B. Blair-Besuch) bzw. vollständig vom ZDV verfilmte Vorlesungen (Chemie, Geologie) angeboten, sondern es wird eine inhaltliche Erschließung des Filmmaterials (und das ist das Novum) bereitgestellt, so dass der Nutzer beispielsweise mittels eines von ihm eingegebenen Stichwortes genau an die Videosequenzen innerhalb einer 64-stündigen Vorlesung gelangt, wo dieses Thema behandelt wird. Das ZDV versteht hier seinen Beitrag als technische Unterstützung von Lehre und Forschung, wenn multimediale Elemente und Dienste benötigt werden. Die inhaltliche Verantwortung bleibt beim Lehrenden. Gegenwärtig werden diese Aktivitäten des ZDV fast vollständig aus eingeworbenen Projektmitteln finanziert und angeboten.

11.3 Studium generale

Zum Studium generale strömen abends Studierende aller Fakultäten und viele Interessierte aus Stadt und Umland in Scharen – immer wieder reichen die Hörsäle kaum aus. Im Bewusstsein der Öffentlichkeit ist das Studium generale einer der Faktoren, die das Profil der Universität Tübingen bestimmen.

Im Studium generale fokussiert sich, was die Universität ausmacht: authentische wissenschaftliche Informationen aus erster Hand; systematisch präsentierte Sachverhalte und interdisziplinäre Zusammenhänge; objektive Kriterien und wohl erwogene Argumente für die Diskussion um Werte, Normen, Chancen und Gefahren von wissenschaftlicher Forschung in unserer modernen Welt. Kurz: Orientierungswissen, Bewertungshilfe und Gelegenheit zur persönlichen Auseinandersetzung mit aktuellen Themen der Zeit, aber ebenso mit zeitlosen existentiellen Fragen unseres Daseins.



Ein Blick auf die Themen des vergangenen Jahres illustriert Spannweite und wissenschaftliche Aktualität des Programms:

- Nietzsche als Philosoph der Moderne.
- Faszinierende Chemie. Berichte aus der Tübinger Fakultät für Chemie und Pharmazie.
- Kinder in den ersten Lebensjahren: Entwicklung und Erziehung als selbstorganisierte und gelenkte Prozesse.
- Zukunftsfähige Schule - in kirchlicher Trägerschaft?
- Musen in Rom. Deutung von Welt und Geschichte in großen Texten der römischen Literatur.
- Frieden schaffen - aber wie? Wege der Konfliktlösung.
- Schwaben vor 1.000 Jahren.
- Verantwortliche Wissenschaft.
- Woher kommt der Mensch?
- Weltethos im gesellschaftlichen Dialog.
- 5.000 Jahre Troia.
- Leonhart Fuchs und seine Zeit.
- Europäischer Föderalismus im 21. Jahrhundert.
- Kritik religiöser Sprache.
- Europäische Romane des 20. Jahrhunderts.
- Von der Urlandschaft zur Kulturlandschaft.
- Wirtschaftswissenschaftliche Herausforderungen an der Jahrhundertwende.
- Illusion der Emanzipation? Geschlechterordnungen in der modernen Gesellschaft.
- Das Gehirn.
- F.M. Dostojewskij.

11.4 Das Fachsprachenzentrum

Das Fachsprachenzentrum der Universität Tübingen hat Anfang Januar 2001 – zu Beginn des Europäischen Jahres der Sprachen – seine Arbeit aufgenommen. Das Unterrichtsprogramm ist mit einer Reihe von Intensivkursen direkt im Anschluss an den Vorlesungszeitraum des Wintersemesters 2000/01 gestartet. Die im Wintersemester 2000/01 verabschiedete Verwaltungs- und Benutzungsordnung des Fachsprachenzentrums ist inzwischen in Kraft. Im Oktober 2001 erfolgte die offizielle Eröffnung mit einer kleinen Feier.

Aufgabe des Fachsprachenzentrums ist die Vermittlung hochschulspezifischer und hochschuladäquater Fachsprachenkenntnisse, d. h. die Organisation und Durchführung von Sprachkursen für Studierende aller Fachbereiche sowie sonstige Mitglieder der Universität. Die Kurse sollen die Studierenden in kurzer Zeit gezielt auf einen Auslandsaufenthalt zum Zwecke des Studiums oder für berufliche Zwecke bzw. auf die sprachlichen Anforderungen akademischer Berufe vorbereiten. Vorrangiges Ziel ist es, der veränderten Studien- und Berufssituation gerecht zu werden und die Berufschancen unserer Absolventen zu verbessern.

Nach der Kurskonzeption werden in der Aufbauphase Sprachkurse in den Sprachen Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch angeboten. Kurse in Russisch sind ab Wintersemester 2001/02 im Angebot. Die Kurse werden als semesterbegleitende Kurse und Intensivkurse in der vorlesungsfreien Zeit angeboten. Diese Kombination garantiert eine schnelle Progression und ermöglicht es, dass auch Anfänger in kurzer Zeit in einer Fremdsprache arbeitsfähig sind.

Ein Schwerpunkt des Kursangebots liegt im fachsprachlichen Bereich, um so eine optimale Verzahnung von Fachstudium und Sprachausbildung sicherzustellen. Die Schwerpunkte im fachsprachlichen Bereich liegen derzeit – nicht zuletzt aufgrund der finanziellen Unterstützung durch die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät – im Bereich der Wirtschaftssprachen. Die Sprachausbildung in Wirtschaftssprachen ist zudem obligatorischer Bestandteil im neuen Studiengang "Internationale Betriebswirtschaftslehre". Einen weiteren Schwerpunkt des Kursangebots bilden die Fachsprachenkurse für die Naturwissenschaften. Abgerundet wird das Programm durch ein an alle gerichtetes Angebot für "Beruf und Studium" sowie Englisch für akademische Zwecke.

Das Sprachkursangebot des Fachsprachenzentrums ist in vier Niveaustufen eingeteilt, die dem UNICert®-System folgen. Des Weiteren sind diese Stufen den Niveaustufen des Europarates zugeordnet, was eine europäische Vergleichbarkeit der Sprachkompetenz ermöglicht. Ein Antrag auf Akkreditierung nach UNICert®, einem vom "Arbeitskreis der Sprachenzentren, Sprachlehrinstitute und Fremdspracheninstitute AKS" entwickelten hochschulübergreifenden Ausbildungs- und Zertifizierungssystem für die universitäre Fremdsprachenausbildung im nicht-philologischen Bereich, wurde gestellt. Dies wird es ermöglichen, unseren Studierenden eine aussagekräftige Bescheinigung ihrer Fremdsprachenkenntnisse mit auf den Weg ins Berufsleben zu geben.

Um die Qualität der Sprachausbildung sicherzustellen, erfolgt eine Einstufung der Interessenten; weiterhin sind alle Kurse auf maximal 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrenzt. Aufgrund der Haushaltslage kann kein umfassendes Sprachkursangebot kostenlos bereit gestellt werden, so dass an Kursgebühren kein Weg vorbeiführt. Daher werden alle Kurse, die nicht obligatorisch im Studienplan vorgeschrieben sind, ab Wintersemester 2001/02 mit Kursgebühren belegt; diese werden 40 DM pro SWS betragen.

Das Kursangebot startete am 19.02.01 mit einem Intensivkurs in Spanisch für Anfänger. Insgesamt fanden im Frühjahr in den vier Sprachen Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch sieben Intensivkurse (insgesamt 24 SWS bzw. 360 Unterrichtsstunden) statt, die zu 95 % ausgelastet waren: Lediglich im sehr speziellen und auf hohem Niveau stattfindenden Kurs "Français pour les sciences naturelles" konnten nicht alle Kursplätze vergeben werden. Insgesamt jedoch war die Nachfrage in allen Bereichen deutlich höher als das Angebot.

Zum Sommersemester konnte das Kursangebot auf 28 Kurse mit insgesamt 72 SWS ausgebaut werden. Auch hier kann die Kursauslastung mit über 80 % als sehr gut bezeichnet werden, zumal keine Anfängerkurse angeboten werden. Für Englisch und Französisch

liegen die Werte sogar bei knapp 95 %. Niedrige Werte sind derzeit nur für Kurse auf hohem Niveau für die Sprachen Spanisch (77,5 %) und insbesondere Italienisch (42,5 %) zu verzeichnen, was bei der zukünftigen Kursplanung Berücksichtigung finden wird. Im Sommer und Herbst werden sieben weitere Intensivkurse angeboten.

Qualitätssicherungsmaßnahmen wurden beim Aufbau des Fachsprachenzentrums von Anbeginn an berücksichtigt. Insbesondere durch eine stetig fortschreitende Evaluation aller Kurse sowie eine systematische Fortbildung der Lehrkräfte soll neben organisatorischen Aspekten wie beschränkter Teilnehmerzahl und Einstufungstests eine hohe Qualität des Unterrichts gewährleistet werden.

Die Ergebnisse der in den Intensivkursen im Frühjahr 2001 durchgeführten Evaluation sind sehr ermutigend: Die Kurse erhielten eine Durchschnittsnote von 2,25, wobei die Qualität des Unterrichts mit 2,1 bewertet wurde. Schlechter schnitt hingegen die (noch im Aufbau befindliche) Ausstattung des Fachsprachenzentrums ab.

Das Fachsprachenzentrum verfügt derzeit nur über die Leiterstelle. Die Einrichtung einer Sekretariatsstelle ist geplant. Der Sprachunterricht wird nahezu ausschließlich von Lehrbeauftragten abgehalten, was sich nicht unbedingt positiv auf die Qualität des Unterrichts auswirkt, da keine Kontinuität und vielmehr eine hohe Fluktuationsrate gegeben sind. Organisation und Sekretariatsbetrieb werden derzeit nur unzureichend von wissenschaftlichen Hilfskräften betreut.

Für Unterrichtszwecke verfügt das Fachsprachenzentrum über einen Unterrichtsraum und nutzt weitere Räume in den Fakultäten. Die Ausstattung der Räume ist derzeit noch unzureichend und nicht auf die Bedürfnisse eines modernen Fremdsprachenunterrichts zugeschnitten. Eine bessere Ausstattung ist derzeit in Vorbereitung.

Das kommende Jahr wird unter dem Aspekt der Konsolidierung und des weiteren Ausbaus stehen. Hierzu stehen als erstes folgende Aufgaben an:

- Ausbau des Kursangebots im Hinblick auf mehr Sprachkurse pro Sprache (insbesondere Englisch) sowie auf weitere Sprachen (zunächst Russisch);
- Erweiterung des Teams engagierter Lehrkräfte;
- Durchführung erster UNICert®-Prüfungen;
- Ausbau der Personalsituation;
- Verbesserung der Ausstattung der Unterrichtsräume.

In einem nächsten Schritt steht die Planung und Einrichtung einer Mediothek für den autonomen und teilautonomen Fremdsprachenerwerb an, die mehrere Funktionen erfüllen soll:

- Möglichkeit des autonomen Fremdsprachenerwerbs für Studierende;
- Hilfe zur Kursvorbereitung für die Lehrkräfte;
- Durchführung computergestützter Einstufungstests (zur Einsparung von Personalmitteln und Gewährleistung einer objektiven Auswertung).

11.5 Das Universitätsradio

Das Universitätsradio ist eine feste Größe in der lokalen Medienregion. Laut aktueller Media-Analyse hören mittlerweile 55.000 Menschen im Raum Tübingen/Reutlingen regelmäßig die Frequenz 96,6, auf der auch die Uniwelle sendet. Die Lizenzierungsbehörde bescheinigt der nicht-kommerziellen Frequenz Tübingen deshalb "durchaus Werte, die mit denen kleiner (kommerzieller - Anmerkung der Red.) Lokalveranstalter vergleichbar sind." Für 37.560 Sendeminuten Programm sorgten diesmal 23 Mitarbeiter/Innen. Die Kosten pro Sendeminute beliefen sich auf 8,67 DM.

Das Universitätsradio sendete im Jahr 2000 insgesamt 37.560 Minuten Programm. 25,2 % entfielen dabei auf die Magazinsendungen UNIMAX und UNIMAX kompakt. Deutlich gesteigert wurden die Programm-Kooperationen, deren Anteil an den Sendeminuten um 8 % auf 38 % stieg. Vor allem in der Sendereihe "Ex Libris - Literatur für's Ohr" kooperiert die Uniwelle neuerdings stärker mit externen Partnern. Neu im Programm ist außerdem die Musiksendung World Beat, die ebenfalls von einem externen Partner gestaltet wird.

Die Media-Analyse bescheinigt der nicht-kommerziellen Frequenz 96,6, im Raum Tübingen/Reutlingen ihre Nische gefunden zu haben. Die Zahl der Hörer/Innen konnte in den vergangenen zwei Jahren offenbar deutlich gesteigert werden, bzw. bewegt sich auf einem beachtlichen Niveau (55.000 Hörer/Innen hören das Programm innerhalb von 14 Tagen).

Von den Mitarbeitern/Innen, die das Uniradio 2000 verlassen haben, begannen drei eine Ausbildung im Bereich PR/Privatfunk, drei erhielten ein Volontariat. Eine Absolventin erhielt einen Praktikumsplatz bei CNN in Atlanta und arbeitet dort seit Mai 2001 als freie Mitarbeiterin weiter. Eine Absolventin erhielt im Frühjahr 2001 den Landesmedienpreis/Hörfunk für Ausbildungsradios der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK) (Preisgeld: DM 2.500).

Neben mehreren Einführungsseminaren (jeweils 32 Stunden) wurden drei Moderations-Workshops (zweitägig, jeweils vier bzw. einmal sechs Teilnehmer) sowie ein Recherche-Workshop durchgeführt. An einem Workshop zum "Programming" (Neugestaltung des Programmangebotes nach der Neulizenzierung 2003) nahmen acht Mitarbeiter/Innen (siebenmal zwei Stunden) teil. Darüber hinaus wurden zwei PC-Schulungen (audio-Schnitt) durchgeführt. Zwei Schülerinnen absolvierten eine viertägige Hospitanz.

Eine Evaluations-AG entwickelte unter der Leitung von Frau A. Mecke Evaluations-Fragebögen für alle Seminare des Uniradios.

Examensbedingt wurde das Team im WS 00/01 deutlich kleiner. Derzeit besteht die Redaktion aus einer Vollzeit- und einer Halbtagsredakteurin. Von der zweiten Jahreshälfte an kann die Redaktion voraussichtlich wieder mit Unterstützung durch wissenschaftliche Hilfskräfte rechnen.

Aktuell arbeiten an der Uniwelle 22 Studierende regelmäßig als freie Mitarbeiter/Innen.

Der "Umsatz" belief sich im Jahr 2000 auf 125.464,93 DM. Mit 25.000 DM steuerte die LFK den größten Teil der Drittmittel bei. Die Kosten pro Sendeminute beliefen sich auf DM 8,67, exklusive der Leitungskosten an die Telekom, die von der LFK bezahlt werden.

11.6 Studio Literatur und Theater

In den letzten zwei Semestern hat das Studio Literatur und Theater beide Aspekte seines Namens stärker profilieren können.

Neben die theoretische und schreibpraktische, sozusagen papierene Arbeit am szenischen Text, am Gedicht, an Übersetzungen und an verschiedenen Formen der Prosa trat im Berichtszeitraum sichtlich stärker die Umsetzung, die Realisierung von Texten im öffentlichen Raum (auf der Bühne und im Internet). Im Ergebnis eines Tagebuch-Seminars wurde "Das Montage-Werk" als szenische Lesung auf die Bühne des Brechtbau-Theaters gebracht, die im Februar 2001 im Tübinger Vorstadttheater erfolgreich wiederholt wurde. Im März realisierte Jessica Steinke mit Studierenden des Studios auf der Musikprobenbühne des Landestheaters die Szenenfolge "Wenn ich König wär". Im Sommersemester 2001 erarbeiteten Andrea Haupt und Uwe Kolbe mit Studierenden "Ein Fest für Rousseau" im Zusammenhang mit der Henri-Rousseau-Ausstellung in der Kunsthalle. Die gut besuchten Aufführungen fanden wiederum im Landestheater statt.

Lehrbeauftragte waren im Zeitraum u. a. die Autorinnen und Autoren Eva Demski, Tim Krohn, Prof. Sibylle Knauss, Michael Krüger und Peter Waterhouse sowie die Theaterpädagogin Andrea Haupt. Odile Endres hat ein neues Internet-Literatur-Projekt realisiert.

Beteiligt war das SLT wie stets an der alljährlichen Veranstaltung "Poesie der Nachbarn", bei der im Oktober 2000 rumänische Autoren im Rittersaal des Schlosses Hohentübingen aus ihren Werken lasen. Im November 2000 traten der israelische Autor Asher Reich und sein deutscher Übersetzer auf Einladung des SLT im Hölderlinturm auf.

Neben dem offenbar attraktiven Angebot des Studios hat die erneuerte Zusammenarbeit mit dem Seminar für Allgemeine Rhetorik zum deutlichen Anstieg der Teilnehmerzahlen in den Seminaren und Workshops geführt.

Besonders gut und eng ist derzeit die Kooperation mit dem Landestheater Tübingen sowie diejenige mit der Buchhandlung Gastl.



11.7 Zeicheninstitut

Das Zeicheninstitut wendet sich innerhalb des Studium generale an künstlerisch interessierte Studierende aller Fakultäten. Zwischen 150 bis 200 Teilnehmer besuchen pro Semester die Kurse.

In ca. 25 Kursen kann gezeichnet, gemalt, modelliert und fotografiert werden. Das Angebot umfasst neben den klassischen künstlerischen Sparten wie Aktzeichnen, Malerei, Drucktechniken, Keramik, Bildhauerei, Photographie auch temporäre Projekte wie z. B. "Bühnenbildgestaltung" oder "Wege zur Abstraktion". Darüber hinaus finden Vorträge über zeitgenössische Kunstformen und Präsentationen von jungen Künstlern aus der Region statt. Führungen durch Ausstellungen, besonders der Kunsthalle Tübingen, begleiten die vorwiegend kunstpraktisch ausgerichtete Tätigkeit des Zeicheninstituts. Zudem besteht in Korrekturstunden die Möglichkeit der individuellen Beratung.

Die Leitung des Zeicheninstituts ist besetzt mit einer Akademischen Ratsstelle. Ihr obliegt die Programmgestaltung, die Organisation und Durchführung des Ablaufs, die Konzeption und Durchführung von Ausstellungen, Vorträgen etc.. Weitere zehn Kursleiter sind als freie Mitarbeiter, die in der Regel eine abgeschlossene Ausbildung an einer Kunstakademie vorweisen können, beschäftigt. Das Zeicheninstitut verfügt über einen Jahresetat von 15.500 DM für Personalmittel und 9.000 DM für Sachmittel (Zeichenmaterialien, Papier, Farben, Fachliteratur u. a.). Die Personalkosten für sechs bis acht Kurse pro Semester werden vom Studentenwerk übernommen.

11.8 Wissenstransfer

Lehre, Forschung und Weiterbildung sind die gesetzlichen Aufgaben der Universität. Mit dem Wissenstransfer erfüllt die Universität diese dritte Aufgabe mit laufend wachsendem Erfolg.

Der Wissenstransfer der Universität zählt im bundesweiten Vergleich zu den erfolgreichsten und langjährig bewährten Dienstleistungsangeboten von Universitäten auf dem Feld der berufsbezogenen wissenschaftlichen Weiterbildung und ist in stetigem Wachstum begriffen. Mit einem Kursvolumen von 246 durchgeführten Seminartagen in eigens dafür organisierten ein- bis vierzehntägigen Kompaktveranstaltungen zählt das Tübinger Angebot nicht nur rein zahlenmäßig zu den größten und am besten am Markt etablierten seiner Art. Fast 1.400 zahlende Teilnehmer besuchten im Jahr 2000 unsere Kurse in den Schwerpunkten

- Spektroskopische und chromatographische Verfahren in der instrumentellen Analytik;
- Umgang mit Radioisotopen und ionisierender Strahlung;
- Verfahrenstechniken in Medizin und Naturwissenschaften;
- Psychologie, Psychotherapie;
- Kommunikation, Führungstraining.

Dieser Erfolg wird möglich durch konsequente Ausrichtung des Angebotes am innovativen wissenschaftsspezifischen Potential der Universität einerseits, besonders aber am unmittelbaren und nachhaltigen Bedarf bei potentiellen Kursteilnehmern andererseits. Laufende Evaluierung und die Akkreditierung bei einer Vielzahl von Fachgesellschaften ermöglichen fachspezifische "Gütesiegel", die neben der Attraktivität für Weiterbildungswillige vor allem der laufenden Qualitätssicherung zugute kommen.

11.9 Multi-Media-Labor

An der Universität Tübingen wurden in den letzten Jahren verstärkt die "Neuen Medien" zur Verbesserung von Forschung und Lehre eingesetzt. Insbesondere wurden Projekte aus dem Verbund "VirtuGrade" (Virtuelle Graduiertenausbildung), die im Rahmen der "Virtuellen Hochschule" vom MWK gefördert werden, in der Universität entwickelt und durchgeführt.

Der Fokus des Multi-Media(MM)-Labors als Testlabor für web-basierte Tele-Teaching Seminare liegt in der Bereitstellung einer räumlichen und soft- und hardwaretechnischen Umgebung wie sie zur Erprobung und Evaluierung verschiedener Tele-Teachingszenarien benötigt wird. Diese verschiedenen Szenarien werden u. a. in den o. g. Seminaren an der Universität entwickelt und in Zusammenarbeit mit dem MM-Labor implementiert. Dabei werden die notwendigen Techniken zur Durchführung der Seminare bereitgestellt, die Räumlichkeiten für interaktive Präsenzphasen und Gruppenarbeiten genutzt und Werkzeuge zur Evaluation eingebunden. Die oft ausführlichen und pragmatisch orientierten Beratungsphasen spiegelten sich im Erfolg der Veranstaltungen.

Das MM-Labor unterstützt insbesondere den Experimentalcharakter der Szenarien. Dies bedeutet, dass dynamisch auch während des Seminarablaufes z. B. technische Änderungen vorgenommen werden können. Es bietet ein praktisches Testfeld für alle Formen des medienbasierten Lehrens und Lernens, das insbesondere methodische und didaktische Kriterien innerhalb eines webbasierten Curriculums berücksichtigen lässt und evaluierbar macht.

Im Laufe des letzten Jahres wurden die entwickelten Konzepte verfeinert und die Erkenntnisse der ersten Phasen in bestehende Szenarien integriert. Der Fokus lag wie geplant im verstärkten Ausbau der Kommunikationsszenarien.

So wurde u. a. MOST (Multimedia Online Seminar und Teleteaching Datenbank) um die wichtige Kommunikationskomponente ergänzt. MOST ist eine Datenbank für Tele-Teaching-Szenarien. Sie unterstützt die Teilnehmer von virtuellen Seminaren beim eigenständigen Erarbeiten von aufbereiteten Lerneinheiten. Eine Erfolgskontrolle ist dabei integriert. Der Seminarleiter kann mit Hilfe der MOST-Datenbank seine Lernmaterialien lernzielorientiert bereitstellen und hat im Verlauf des Seminars eine optimale Lernflusskontrolle. Diese Daten bilden auch die Grundlage für die Evaluation des Seminars. In der

neuen Version, die u. a. in einem Seminar mit über 50 Teilnehmern eingesetzt wird, können die Kollegiaten virtuelle Arbeitsgruppen bilden und Kommunikations- und Seminararbeitsformen benutzen, wie sie in traditionellen Seminaren möglich sind.

Außer verschiedenen virtuellen Seminaren wurden vermehrt zusätzliche Veranstaltungen für Gruppen aus der Universität im MM-Labor abgehalten. Hierbei wurden auch andere computergestützte Lehrformen erprobt, die den Umgang mit dem Internet thematisierten.

Zur Zeit wird von einem auswärtigen Gutachter der Frage nachgegangen, ob und eventuell wie die Aktivitäten von Universitätsbibliothek, Rechenzentrum und Multi-Media-Labor noch besser aufeinander abgestimmt werden können. Ein Ergebnis dürfte zum Jahresbeginn 2002 vorliegen.

11.10 Das Universitätsarchiv

Das Universitätsarchiv dient der Universität und der gesamten Öffentlichkeit als historischer "Datenspeicher" und kompetente Auskunftsstelle zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte. Der Ausbau der Online-Informationen bleibt auch in Zukunft ein besonderer Arbeitsschwerpunkt.

Die historischen Bestände des Archivs werden laufend durch Neuzugänge von amtlicher (Pflichtabgaben der Universitätsverwaltung, Fakultäten, Einrichtungen) und privater Seite aktualisiert. Sie wuchsen im Jahr 2000 von 3.564 auf 3.634 Regalmeter an. Die folgende Tabelle enthält ausgewählte Daten zur aktuellen Nutzung dieser Quellen. Ein Benutzungsschwerpunkt im Jahr 2000 waren Arbeiten zur Medizingeschichte, die die Auswertung einer größeren Zahl von Krankengeschichten erfordern. Das erklärt den auffälligen Anstieg der Ausleihzahlen.

Wissenschaftliche Benutzung	1997	1998	1999	2000
Benutzungsfälle (ohne interne Benutzung)	178	196	191	182
Ausländer	14	11	17	15
Habilitanden	5	7	11	5
Doktoranden	230	48	35	34
Personengeschichte	65	70	86	44
Universitätsgeschichte 1477-1800	29	28	14	23
Universitätsgeschichte seit 1800	128	107	47	121
davon <i>Universitätsgeschichte 1933-1945</i>	10	30	10	21
davon <i>Universitätsgeschichte seit 1945</i>	31	22	2	5
Benutzte Archivalieneinheiten	3721	3456	4522	6323

Amtdliche Benutzung	1997	1998	1999	2000
Benutzte Archivalieneinheiten	1906	1390	2450	1974
Interne Recherchen des Archivs	1299	957	2258	1201
Zentrale Verwaltung und andere Universitätsstellen	607	433	192	773

Ein Arbeitsschwerpunkt ist seit einigen Jahren die "Retrokonversion" der konventionellen hand- und maschinenschriftlichen Repertorien und Karteien sowie der Ausbau der Online-Informationen des Archivs, die zunehmend intensiver genutzt werden:

<i>Nutzung des Online-Angebots</i>	Dez. 1997	Dez. 1998	Mai 1999	Dez. 2000
Zugriffe auf die Archiv-Homepage	167	352	471	463
Dateizugriffe insgesamt	1.259	11.050	19.364	23.986

Das Recherchieren in der Online-Beständeübersicht und in den derzeit 17 Online-Bestandsrepertorien soll besonders auswärtigen und ausländischen Nutzern die optimale Vorbereitung ihres Archivbesuchs ermöglichen und aufwendige Archivreisen verkürzen. Angeboten werden zum Beispiel auch ein jährlicher Jubiläumskalender und Informationen über neue Veröffentlichungen aus den Quellen des Universitätsarchivs.

11.11 Tierschutzbeauftragter

Das 1998 novellierte Tierschutzgesetz sowie die Folgeverordnungen und die daraus resultierenden Änderungen der Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes haben das Aufgabenfeld und die Zuständigkeiten der Tierschutzbeauftragten erheblich erweitert.

Die Auswirkungen der oben genannten Änderungen machten sich im Jahr 2000 zunehmend bemerkbar. Anzeigen nach § 6 (1), § 8 (7) Satz 1 Nr. 1 und 2, § 8 (7) Satz 2 Nr. 4, § 8a (1), § 10 und § 10a sowie Eingriffe nach § 4 (3) müssen jetzt zusätzlich unter Einbeziehung des Tierschutzbeauftragten abgewickelt werden. Die Neuerungen in der Meldeverordnung erweitern ebenfalls die statistische Erfassung von Versuchstieren für das Jahr 2000 erstmals auf die o. g. Eingriffe und zudem auf gentechnisch veränderte Versuchstiere.

Unter der Leitung von Prorektor Mosbrugger wurde eine Kommission berufen, welche die Reorganisation der versuchstierkundlichen Einrichtungen und die gemeinsame Nutzung, soweit möglich und sinnvoll, forcieren soll. Die folgenden Punkte sollen in einem Stufenplan umgesetzt werden:

1. Einrichtung einer Quarantäne mit Räumlichkeiten und Ausrüstung zur infektiologischen Sanierung infizierter Tierstämme;
2. die Hebung des Ausbildungsstandes des Tierpflegepersonals sowie die Einrichtung von sechs Ausbildungsplätzen an der Universität und dem Universitätsklinikum für den Lehrberuf Haus- und Versuchstierpfleger;
3. organisatorische Verknüpfung der mit der Tierpflege betrauten Personen;
4. bauliche Verbesserungen und Ergänzungen der versuchstierkundlichen Einrichtungen der Universität und des Klinikums.

Bis September 2001 konnten folgende Maßnahmen eingeleitet werden: Für einige Tierhaltungen wurden Quarantänemöglichkeiten geschaffen. Die Einrichtung einer zentralen

Quarantäne und die infektiologische Sanierung von Labornagern für alle Tierhaltungen befinden sich in Vorbereitung. Die Ausrüstung für Embryotransfers und Hysterektomien wurde beschafft; seitdem werden für diese Tierhaltungen etwa wöchentlich Tierstämme über diese Methoden hygienisch saniert.

Die Industrie- und Handelskammer hat die Universität und das Klinikum als gemeinsame Ausbildungsstätte und Frau Dr. med. vet. S. Gerold als Ausbildungsberechtigte für Haus- und Versuchstierpfleger anerkannt. Im September 2000 wurden die ersten und im September 2001 weitere Azubis eingestellt, so dass sich nun sechs Auszubildende in dieser dreijährigen Ausbildung befinden. Engagierte ungelernte Tierpfleger schließen sich häufig der innerbetrieblichen Ausbildung an.

Ein erfahrener gelernter Haus- und Versuchstierpfleger konnte im Jahr 2000 gewonnen werden, welcher ebenfalls noch im selben Jahr nach erfolgreicher Prüfung die Ausbildungsbefugnis erhalten hat. Im September 2001 wurde ein Tierpflegemeister, ebenfalls mit Ausbildungsbefugnis, für diese Aufgaben eingestellt.

Der als Privatissimum geführte Kurs zur Erlangung der nach dem Tierschutzgesetz für Versuchsdurchführende erforderlichen Fachkenntnisse in Tierschutz und Versuchstierkunde wurde von 18 auf 24 Stunden und im Sommersemester 2001 auf 32 Stunden erweitert. Angestrebt werden die von der EU empfohlenen 40 Stunden.

Für am Tierschutz und der Versuchstierkunde Interessierte wurde ein monatlich stattfindendes Kolloquium eingeführt, in welchem Themen aus diesen Gebieten vorgetragen und diskutiert werden.

Im Jahr 2000 wurden erste Schritte zur Anerkennung der Universität und des Klinikums als Weiterbildungsstätte für Fachwissenschaftler und Fachtierärzte für Versuchstierkunde und Tierschutz eingeleitet. In 2001 wurden die Anerkennungen beantragt und nach Überprüfung durch die Society of Laboratory Animal Science und die Tierärztekammer Baden-Württemberg im Mai bzw. August 2001 der Einrichtung für Tierschutz, Tierärztlichen Dienst und Labortierkunde (Weiterbildungsermächtigter Veterinärdirektor Dr. F. Iglauer) erteilt.

Als Maßnahme des angewandten Tierschutzes konnte durch Einrichtung einer SPF-Barriere innerhalb einer größeren Tierhaltung der Hygienestatus entscheidend angehoben werden. Durch hygienische Sanierung einiger Labortierstämme und Renovierung eines Tierhaltungsgebäudes konnten in weiteren zwei Versuchstierhaltungen spezifisch infektiionsfreie Gesundheitsstandards erzielt werden.

Die Ausstattung des tierärztlichen Dienstes für diagnostische, prophylaktische und therapeutische Maßnahmen wurde auf den in einer guten tierärztlichen Praxis üblichen Stand gebracht. Ein tierärztlicher Notdienst wurde für Wochenenden und Feiertage eingerichtet.

11.12 Studium und Beruf

Studium und Beruf, die gemeinsam von der Industrie- und Handelskammer Reutlingen, dem Arbeitsamt Reutlingen und der Universität Tübingen getragene Initiative, war auch im Berichtszeitraum, dem achten Jahr seines Bestehens, wiederum sehr erfolgreich. Ziel der Initiative ist, den Studierenden der Geistes- und Sozialwissenschaften an der Universität Tübingen die Möglichkeit zu bieten, parallel zum Studium berufsrelevante Zusatzqualifikationen zu erwerben.

Im Berichtszeitraum haben 62 von ursprünglich 65 Teilnehmern das Kursprogramm erfolgreich absolviert, das sich über zwei Semester erstreckt. Dieser hohe Erfolgsquotient spiegelt die gute Akzeptanz und die Qualität des Konzepts von Studium und Beruf wider. Die Teilnehmer an "Studium und Beruf" haben im Verlauf des Kurses vor allem Kenntnisse in Betriebswirtschaftslehre und Recht sowie praxisrelevante Schlüsselqualifikationen, wie beispielsweise Präsentationstechniken und EDV, erworben und ein achtwöchiges Betriebspraktikum absolviert. Letzteres ist zentraler Bestandteil des Programms.

Umfrageergebnisse unter den Absolventen belegen den Erfolg von Studium und Beruf. 80 % der Teilnehmer bestätigen, dass ihnen "Studium und Beruf" den Übergang in die Berufspraxis erleichtert hat. 75 % der Absolventen sind mittlerweile in Wirtschaftsunternehmen schwerpunktmäßig in den Bereichen Marketing, PR, Unternehmensberatung, Fort- und Weiterbildung sowie im Dienstleistungssektor tätig.

11.13 Internationales Zentrum für wissenschaftliche Zusammenarbeit

Das Zentrum hat seine Geschäftsstelle als zentrale Schaltstelle der gemeinsamen multinationalen Aktivitäten an der Universität Tübingen und ist dem Rektor unterstellt. Die Aufgaben der Geschäftsstelle, welche seit Beginn des Jahres 2001 von einer neuen Geschäftsführerin geleitet wird, umfassen vor allem die Konzeption, Planung und Durchführung der verschiedenen Programme des Zentrums mit den Zielen der Ost-West-Kooperation, insbesondere der EU-Integration, der jährlichen Sommerakademie mit Doktorandenseminaren und wissenschaftlichen Symposien, außerdem die Organisation der über das akademische Jahr verteilten Wiedereinladungen für Wissenschaftler aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa, sowie die Betreuung der multinationalen, derzeit etwa 3.000 Adressen umfassenden Netzwerke.

Im März 2001 feierte das Internationale Zentrum für Wissenschaftliche Zusammenarbeit (IZ), ein Konsortium von derzeit 17 Universitäten in West-, Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie den USA, sein zehnjähriges Bestehen. Zum Termin der Jubiläumsfeier fanden sowohl die Sitzung des Executive Committee als auch die Jahresvollversammlung des Internationalen Zentrums in Tübingen statt. Dabei standen vor allem die weitere inhaltliche Ausrichtung der IZ-Programme und Fragen der Finanzierung durch die Universität, das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, durch neue

EU-Programme und durch Drittmittel zur Diskussion. Gemäß den Vorgaben der EU-Programme, wie beispielsweise dem Interreg III-Programm der Europäischen Kommission, wird das Internationale Zentrum seine Programme zukünftig verstärkt auf Fragen der Europäischen Integration ausrichten. Diese sollen aus verschiedenen Perspektiven und stets interdisziplinär angegangen und diskutiert werden. Daneben werden weiterhin internationale Doktoranden-Sommerschulen angeboten und Seminare zur Fremdsprachenvermittlung geplant. Beide Veranstaltungstypen haben sich über die Jahre bewährt und werden auch immer wieder seitens der osteuropäischen Partner des Konsortiums gewünscht.

Auf der Basis der Forderungen der Feasibility Study des Jahres 1999 wurde auf beiden Sitzungen die Ausarbeitung eines Case oder Mission Statement für das IZ und die baldige Gründung eines Beirats (Advisory Board) beschlossen. Außerdem sollen verstärkt neue Möglichkeiten der Drittmittelinwerbung geprüft werden. Da auch bei den Stiftungen die Förderprogramme ständig an die wechselnden Erfordernisse angepasst werden, ist es notwendig, die jeweiligen Inhalte und Zielsetzungen der Projekte genau aufeinander abzustimmen, um eine größtmögliche Chance für die Bewilligung der gestellten Anträge zu gewährleisten. Dies gilt vor allem für die wissenschaftliche Effizienz und für die Nachhaltigkeit der Ergebnisse der Veranstaltungen.

11.14 Universitätsbund

Der Universitätsbund konnte im Berichtsjahr erfreulicherweise wieder in einem beachtlichen Umfang Projekte und Einzelmaßnahmen an der Universität unterstützen. Die Universitätsleitung möchte hierfür allen Spendern und Mitgliedern sowie den Verantwortlichen im Universitätsbund einen besonderen Dank entrichten.

Die Geschäftsstelle erhielt über 370 Einzelanträge aus den Instituten und Einrichtungen der Universität mit der Bitte um finanzielle Unterstützung. Die Förderung bestand im wesentlichen in Zuschüssen für Exkursionen, Gastvorträge, Symposien, wissenschaftliche Publikationen, für Festschriften, internationale Begegnungen und einzelne Forschungsprojekte. Schwerpunkte waren hierbei die Unterstützung beim weiteren Auf- und Ausbau des Alumnats (s. o., 9.5), die Ausstattung der Stiftung "Internationales Kolleg" sowie der Bereich der Pflege der internationalen Kontakte und der Öffentlichkeitsarbeit der Universität. Am 15. Mai konnte die Universität feierlich die Brunnen vor der Neuen Aula einweihen. Die Universität dankt auch an dieser Stelle noch einmal dem Universitätsbund und allen großzügigen Spendern für den letztlich entscheidenden Beitrag zur Wiederherstellung der Brunnen. Die Vergabe dieser Mittel erfolgte sowohl im Rahmen von Vorgaben, die der Ausschuss des Universitätsbundes als zuständiges Gremium festlegte, als auch in enger Fühlungnahme und Absprache mit der Universitätsleitung.

Darüber hinaus wurde durch entsprechende Gremienbeschlüsse Vorsorge dafür getroffen, dass bereits eingegangene Förderzusagen und längerfristig angelegte Förderschwer-

punkte finanziell abgesichert sind. Hervorzuheben sind hierbei die Baurücklagen, hier u. a. für die Instandsetzung des Studienhauses Oberjoch sowie Unterstützung des Fachsprachenzentrums (s. o. 11.4). Dies erforderte eine große Kraftanstrengung.

In einem gemeinsam mit der Universitätsleitung getragenen Spendenaufruf wurden Spendenmittel für Projekte erbeten, die weiterführende Initiativen anstoßen sollten, um die Profilbildung der Universität zu stützen, die Qualität des Studiums zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit und die Leistungsfähigkeit zu steigern. Der Vorsitzende konnte bei der letzten Mitgliederversammlung mitteilen, dass der Bund dabei Spendenmittel in Höhe von über 500.000 DM erhielt. Über den reinen Betrag hinaus ist dies ein überzeugendes Zeichen dafür, dass die Universität Freunde, Anwälte und Fürsprecher für ihre Anliegen in der Öffentlichkeit hat, wofür sie stolz und dankbar zugleich ist.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt drei gemeinsame Sitzungen von Vorstand und Ausschuss des Universitätsbundes abgehalten, in denen satzungsgemäß anstehende Aufgaben erledigt und aktuelle Fragen erörtert wurden. Ein besonderer Dank gilt hierbei den im Mai 2000 ausgeschiedenen sowie den neu gewählten Gremienmitgliedern.

Der Universitätsbund ist in seiner Funktion als Fördervereinigung auch Treuhänder und Sachwalter von 15 inkorporierten rechtlich unselbständigen Stiftungen, die zum überwiegenden Teil als Preisstiftungen fungieren. Die Stiftungen im Universitätsbund stehen beispielgebend dafür, wie sich Persönlichkeiten in vorbildlicher Weise für die Förderung von Forschung, Lehre und Studium an unserer Universität einsetzen. Den Stifterpersönlichkeiten sei an dieser Stelle ebenfalls sehr herzlich gedankt.

Die Bedeutung der Fördervereinigung für die Universität erschöpft sich nicht im bloßen Spenden- und Finanzbeitrag – so eminent wichtig dieser ist und bleibt –, zentral und wichtig bleibt auch die Funktion des Universitätsbundes als Forum für das Gespräch, den Erfahrungsaustausch, das Werben um Fürsprecher und Förderer für die strukturellen Anliegen und die Zukunftsfragen unserer Universität. In ihrer Satzung verpflichtet sich die Vereinigung der Freunde der Universität Tübingen (Universitätsbund) e. V. zur Förderung der Forschungs- und Lehrtätigkeit der Eberhard Karls Universität Tübingen. Sie hat dies im abgelaufenen Berichtszeitraum durch ihre vielfältige Unterstützung und Hilfe einmal mehr konkret unter Beweis gestellt. Die Universitätsleitung möchte sich an dieser Stelle noch einmal herzlich hierfür bedanken.

12 Chronik

- 11.8.2000 Eröffnung der Außenstelle des Instituts für Astronomie und Astrophysik in der Haute Provence
- 4.9.2000 Abschluss einer Vereinbarung mit der Universität Stellenbosch (Südafrika)
- 5.9.2000 Die DFG bewilligt das neue Zentrum für Bioinformatik (ZBIT)
- 28.9.2000 Einweihung eines neuen Hochleistungsmikroskops im Institut für Angewandte Physik
- 28.9.2000 Letzte öffentliche Sitzung des Großen Senats
- 5.10.2000 Studientag in Albstadt
- 6.10.2000 Feierliche Übergabe des neuen Lehrgebäudes für das Anatomische Institut
- 14.10.2000 Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften führt ihre Jahrestagung in Tübingen durch
18. und
19.10.2000 Dies Universitatis
- 25.10.2000 10 Jahre Interfakultäres Zentrum für Ethik in den Wissenschaften
- 27.10.2000 Symposium zu Ehren von Theodor Eschenburg
- 9.11.2000 Erste Sitzung des Universitätsrates mit Wahl von Tilman Todenhöfer zum Vorsitzenden
- 13.11.2000 Verleihung des Montaigne-Preises an Juan Pablo Fusi in Madrid
- 15.11.2000 Studientag mit über 4.500 Teilnehmern
- 16.11.2000 Studientag in Ellwangen
- 6.12.2000 Grundsteinlegung für den Neubau der Nuklearmedizin
- 19.12.2000 Verleihung der Ehrendoktorwürde an Landesbischof Eberhardt Renz
- 19.12.2000 Vertragsunterzeichnung mit der Hertie-Stiftung über die Gründung eines Zentrums für Hirnforschung

- 20.12.2000 Gründung der Troia-Stiftung
- 21.12.2000 Erklärung des Senats zu Gastfreundschaft und Fremdenfeindlichkeit
- 22.12.2000 Vertragsunterzeichnung zur Einrichtung eines neuen Zentrums für chinesische Studien in Peking
- 2.1.2001 Das neue Fachsprachenzentrum nimmt seine Arbeit auf
- 18.1 bis
14.2.2001 Herta Müller ist Inhaberin der Tübinger Poetik-Dozentur
- 22.1.2001 Verleihung des Landeslehrpreises an Dr. Stefan Talmon (Juristische Fakultät)
- 23.1.2001 Ernennung von Kardinal Walter Kasper zum Honorarprofessor
- 1.2.2001 Verleihung des 3. Romina-Preises an Dr. Lynn Fisher für ihre Forschungen über eisezeitliche Kulturen in Südwestdeutschland
- 2.2.2001 Eröffnung des ersten europäischen Graduiertenkollegs in Baden Württemberg "Hadronen im Vakuum, in Kernen und Sternen"
- 15.2.2001 Verleihung des Gottfried Wilhelm Leibniz-Preises an Professor Dr. Hans Keppler (Mineralogie) in Bonn
- 3.3.2001 Festakt zum 10jährigen Bestehen des Internationalen Zentrums
- 2.5.2001 Feierliche Übergabe des Neubaus für Virologie und Mikrobiologie
- 14.5.2001 Verleihung der Ehrendoktorwürde an Prinz Hassan von Jordanien durch die Katholisch-theologische Fakultät
- 15.5.2001 Verleihung des Dr. Leopold-Lucas-Preises an Professor Dr. Michael Theunissen
- 15.5.2001 Feierliche Inbetriebnahme der neuen Brunnen auf dem Geschwister-Scholl-Platz
- 22.5.2001 Region Stuttgart/Tübingen ist im bundesweiten Wettbewerb BioProfile erfolgreich
- 31.5.2001 Pressekonferenz des Universitätsrats über den Maßnahmenkatalog Internationalisierung

- 11.6.2001 Öffentliche Diskussion mit dem Universitätsrat im Kupferbau
- 20.6. bis
30.6.2001 Peter Rühmkorf ist Inhaber der Tübinger Poetik-Dozentur
- 22.6.2001 Gedenkfeier für Brigitte Schlieben-Lange
- 29.6.2001 Erstes Tübinger Forum zum Thema "Der Mensch im Umbruch der Arbeitswelt. Globalisierung – Rationalisierung – Leistungsanspruch"
- 29.6. bis
1.7.2001 Zweites Alumni-Treffen
- 13.7.2001 Festakt zum 500. Geburtstag von Leonhart Fuchs. Einweihung des Fuchsien-Pavillons
- 19.7.2001 Enthüllung der Friedrich-Miescher-Gedenktafel auf Schloss Hohentübingen zur Erinnerung an die erste Isolierung von Erbsubstanz im Schlosslaboratorium
- 19.7.2001 Wahl der neuen Prorektoren im Senat: Barbara Scholkmann, Dieter Kern und Teut Risler
- 07.09.2001 Eröffnung des European Center for Chinese Studies (ICCS) an der Peking Universität (Beida), das gemeinsam mit der Universität Kopenhagen unterhalten wird
- 01.10.2001 Fusion der Philosophischen und der Geschichtswissenschaftlichen Fakultät zur neuen Fakultät für Philosophie und Geschichte

Stichwortverzeichnis (ausgewählte Fundstellen)

Academy of Medical Innovation	1.5.1	Grundausrüstung	7.4
Akkreditierung	5.6	Habilitation	1.7.2
Alumni	9.5	Hochschulautonomie	1.2
Auswahl von Studierenden	1.7.1	Hochschuldidaktik	1.5.3; 5.9
Autonomie	1.7.1; 5.1	Hochschulnaher Gewerbetrieb	1.1; 4.1
Bachelor	1.7.4; 5.1; 5.2; 5.6; 5.7; 5.11	IHK	4.1; 4.5; 11.12
Baumaßnahmen	10	Informationswissenschaften	1.2
Behinderte Studierende	5.4.4	Initiative Studium und Beruf	11.12
Bibliotheken	1.7.1; 11.1	inneruniversitäre Mittelverteilung	8.3
Biologie	1.5.3	Institut für Wissensmedien	1.5.2
Bologna-Prozess	1.7.4; 5.11	Internationales Zentrum (IZ)	11.13
Bündnis für Lehre	5.10	Internationalisierung	4.1; 5.4.3; 6
Dekanate	1.2; 3.3	interuniversitäre Mittelverteilung	8.1
DFG-Forschungszentren	1.2; 1.7.3	Jubiläum 2002	9.6
Dienstrechtsreform	1.7.2	Juniorprofessur	1.2; 1.7.1; 1.7.2; 1.10.2; 8.6
Diploma Supplement	1.7.4	Klinikum	1.8
Drittmittelsituation	4.3	Kosten- und Leistungsrechnung	8.1
ECTS	1.7.4; 5.1; 5.2	Kulturwissenschaften	1.2; 1.7.2; 4.1
Ehrensensoren	2.2	Landeslehrpreis	5.10
Eigensteuerung	1.4	Lebenswissenschaften	1.2
EU-Programme	4.4	Lehre	5
Evaluation	1.8.2; 5.5	Leistungsorientierte Mittelvergabe	1.8.2; 8.1; 8.4
Existenzgründung	4.6	Master	1.7.4; 5.1; 5.2; 5.6; 5.7; 5.11
Fachsprachenzentrum	11.4	Medizinische Fakultät	1.8
Fakultäten	1.2	Mentorenprogramm	5.10
Fakultätsfusionen	1.3; 1.6	Messe und Ausstellungen	4.5
FH Rottenburg	1.5.3	Mitarbeiter (nichtwissenschaftliche)	1.11
Finanzsituation	8	Mittelbau (akademischer)	1.10
Flexibilisierung der Mittelverteilung	1.2	Multi-Media-Labor	11.9
Forschung	4	Naturwissenschaften	1.2
Forschungsschwerpunktprogramm	4.2	Neue Steuerungsmodelle	8.1
Fremdsteuern	1.4; 1.7.3	Patentangelegenheiten	4.5; 4.6
Geisteswissenschaften	1.2; 1.7.2; 4.1	Personalentwicklung	8.5
Gleichstellung	1.7.1; 1.9; 5.5; 7.6; 8.5		
Graduiertenkollegs	5.3		

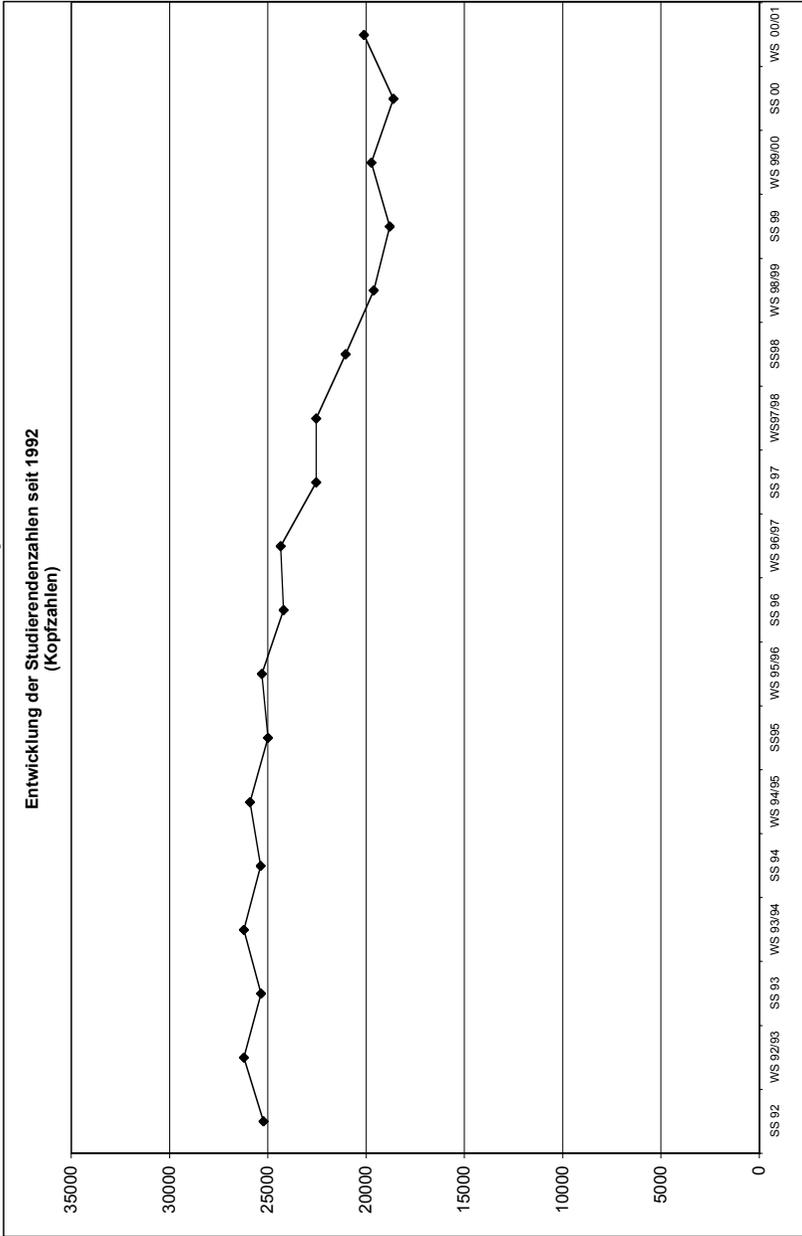
Profil	1.2; 4.1
Prüfungsdatenverwaltung	5.8
Rektorat	1.2; 2.1; 3.1
Schlüsselqualifikationen	5.11; 11.12
Senat	1.1; 1.2; 3.4
SIMT	1.5.3
Solidarpakt	1.7.1; 5.1; 7.7; 8.2
Sonderforschungsbereiche	4.2
Spitzenberufungsprogramm	1.7.1
Steinbeis-Transferzentrum	4.6
Stellenpool	1.1; 7.3; 7.4; 7.5
Stellentableau	1.1
Stellenumwidmungen	1.1; 5.1; 7.2; 7.3; 9.1
Strukturfonds Land	8.1; 8.2
Strukturfonds Universität	1.10.2; 4.2
Strukturkommission	1.2
Struktur- und Entwicklungsplanung	1.1; 1.2; 7
Studio Literatur und Theater	11.6
Studium generale	11.3
Technologietransfer	4.6
Tierschutzbeauftragter	11.11
Trennungsrechnung	1.8.2
Troia	1.1; 9.1
Tutorenprogramm	5.10
Universitätsbund	9.4; 11.14
Universitätsradio	11.5
Universitätsrat	1.1; 1.2; 1.7.1; 1.11.1; 3.2; 6
Wissenstransfer	11.8
Zeicheninstitut	11.7
Zentrum für Daten- verarbeitung	11.2
Zielvereinbarungen	1.7.1; 7.4
Zusatzausstattung	7.4

Anlagen

- A 1 Entwicklung der Studierendenzahlen seit 1992 (Kopfzahlen)
- A 2 Prüfungsstatistik Sommersemester 2000
- A 3 Prüfungsstatistik Wintersemester 1999/2000
- A 4 Zahl der Studienfälle Wintersemester 1999/2000
- A 5 Entwicklung der Studienanfängerzahlen seit Wintersemester 1990/91
- A 6 Gesamtzahl der Studierenden der Universität Tübingen
- A 7 Entwicklung der Zahl der ausländischen Studierenden seit 1990/91
- A 8 Entwicklung der Studierendenzahlen (Fallzahlen) der Fakultäten seit 1997/98
- A 9 Entwicklung der Studierendenzahlen (Kopfzahlen) der Fakultäten seit 1997/98
- A 10 Studierende im 14. Fachsemester und höher 2000/2001
- A 11 Anzahl der Studierenden in einem Zweitstudium 2000/2001
- A 12 Stellenübersicht nach dem Haushaltsplan 2001
- A 13 Altersstruktur C 4-/C 3-Professoren (ohne Medizin)
- A 14 Personalstatistik wissenschaftlicher Dienst nach Vollzeit/Teilzeit; männlich/weiblich
- A 15 Drittmittelbeschäftigte
- A 16 Beschäftigte im wissenschaftlichen Dienst ohne Drittmittel

Eberhard-Karls-Universität Tübingen
Zentrale Verwaltung

Entwicklung der Studierendenzahlen seit 1992 (Kopfzahlen)



Prüfungstatistik Sommersemester 2000 (Fallzahlen)

Nach Angaben der Prüfungsämter Zahlen zu den Diplomabschlüssen, Magisterprüfungen, Staatsexamen, Lehramtsprüfungen, Kirchlichen Abschlüssen, Promotionen und Habilitationen nach Geschlecht und Studiengängen.

Studientfach	Diplom		Magister			Baccalaureus			Lehramt (LA)			LA Erw./Künsti.			Staatsexamen			Promotion			Habilitation		
	weibl.	männl.	weibl.	HF	NF	HF	männl.	NF	HF	weibl.	männl.	HF	weibl.	männl.	HF	weibl.	männl.	HF	weibl.	männl.	HF	weibl.	männl.
Ev.-Theolog. Fakultät	0	3	1	0	1	0	1	0	3	5	2	0	9	11				1	0				
Anzahl der Abschlüsse	0	3	1	0	1	0	1	0	3	5	2	0	9	11				1	0			0	4
Kath.-Theolog. Fakultät	5	6	0	0	1				14	6	0		0	11				2	6				
Anzahl der Abschlüsse	5	6	0	0	1				14	6	0		0	11				2	6			1	2
Juristische Fakultät																							
Rechtswissenschaft			0	0	1	2												76	98	19	23		
Anzahl der Abschlüsse			0	0	1	2												76	98	19	23	0	2
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät																							
Betriebswirtschaftslehre	25	44	1	1	1																		
Volkswirtschaftslehre	1	7	0	1	1																		
VWL-Regional	7	12																					
Anzahl der Abschlüsse	33	63	1	2														2	3			0	1
Medizinische Fakultät																							
(Theoret. u. Klinische Medizin)																							
Medizin																							
Zahnmedizin																							
Anzahl der Abschlüsse																		79	96	44	62	3	24
																		19	13	9	18	1	1
																		98	109	53	80	4	25
Philosophische Fakultät																							
Philosophie			4	2	11	8																	
Anzahl der Abschlüsse			4	2	11	8																0	1
																						0	1
																						0	1

Studienfach	Diplom		Magister				Baccalaureus		Lehramt (LA)				LA- Erw./Künsti				Kirch. Abschl.		Staatsexamen		Promotion		Habilitation		
	weibl.	männl.	weibl.	männl.	HF	INF	weibl.	männl.	HF	INF	weibl.	männl.	HF	INF	weibl.	männl.	HF	INF	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	
Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften																									
Emp. Kulturwissenschaft			7	3	4	2																			
Pädagogik	27	12	2	1	1	0																			
Pädagogik - Aufbaustudium	3	0																							
Politikwissenschaften			4	3	7	1																			
Psychologie	25	13	4	3	0	0																			
Soziologie			4	5	1	2																			
Sportwissenschaft/Sport			1		0																				
Anzahl der Abschlüsse	55	25	18	15	13	5																			
Neuphilologische Fakultät																									
Alg. Rhetorik			5	2	8	2																			
Alg. Sprachwissenschaft			2		0																				
Alg. Sprachw./Psych./Informatik			1		1																				
Alg. u. Vergl. Literaturwissenschaft			1	0	0	1																			
Altere dt. Sprache u. Literatur																									
Amerikanistik			5	5	1	2																			
Deutsch																									
Engl. Sprache u. Lit. d. Mittelalters																									
Englisch																									
Französisch																									
Italienisch																									
Limnistik des Deutschen			6	8	1	4																			
Limnistik des Englischen			2	2	1	0																			
Medienwissenschaft (Aufbau)	2	1																							
Mittelalterliche Philologie																									
Neuere deutsche Literatur			7	8	6	8																			
Neuere englische Literatur			4	6	1	1																			
Nordische Philologie			1		0	1																			
Ostslawische Philologie			2	0	0	1																			
Portugiesisch																									
Romanische Philologie I			4	13	1	1																			
Romanische Philologie II																									
Russisch																									
Spanisch																									
Sudslawische Philologie																									
Weisslavische Philologie																									
Anzahl der Abschlüsse	2	1	41	49	20	22																			

Studienfach	Diplom		Magister			Baccalaureus			Lehramt (LA)			LA Erw./Künstl.			Kirchl. Abschl.			Staatsexamen			Promotion			Habilitation				
	weibl.	männl.	weibl.	HF	NF	HF	NF	HF	männl.	weibl.	HF	männl.	weibl.	HF	männl.	weibl.	HF	männl.	weibl.	HF	männl.	weibl.	HF	männl.	weibl.	männl.	weibl.	
Fakultät für Physik																												
Physik	2	21																										
Anzahl der Abschlüsse	2	21																										
Fakultät für Chemie und Pharmazie																												
Pharmazie	7	16																										
Chemie	0	14																										
Pharmazie																												
Anzahl der Abschlüsse	7	30																										
Fakultät für Biologie																												
Biologie	30	17																										
Anzahl der Abschlüsse	30	17	0	1	0	0	0																					
Geowissenschaftliche Fakultät																												
Geographie	7	6																										
Geologie	1	14																										
Tropical Hydrogeology																												
Mineralogie																												
Ur- und Frühgeschichte																												
Urgeschichte																												
Anzahl der Abschlüsse	8	20	0	0	0	0	2																					
Fakultät für Informatik																												
Informatik	0	22																										
Anzahl der Abschlüsse	0	22																										
Gesamtzahl der Abschlüsse	142	216	109	91	86	68	0	0	127	76	24	12	9	22	190	243	148	226	13	67								

Prüfungstatistik Wintersemester 1999/00 (Fallzahlen)

Nach Angaben der Prüfungsämter; Zahlen zu den Diplomabschlüssen, Magisterprüfungen, Staatsexamen, Lehramtsprüfungen, Kirchlichen Abschlüssen, Promotionen und Habilitationen nach Geschlecht und Studiengängen.

Studienfach	Diplom		Magister		Baccalaureus		Lehramt (LA)		LA Erw./Künstl.		Kirchl.-Abschl.		Staatsexamen		Promotion		Habilitation	
	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.
Ev.-Theolog. Fakultät	0	1																
Ev.-Theologie	0	1					2	6	1	15	17				1	2		
Anzahl der Abschlüsse	0	1					2	6	0	15	17				1	2	0	0
Kath.-Theolog. Fakultät																		
Kath.-Theologie	2	10	0	1			8	6							1	3		
Anzahl der Abschlüsse	2	10	0	1			8	6	0	0	0				1	3	0	0
Juristische Fakultät																		
Rechtswissenschaft					6	4									61	102	11	30
Anzahl der Abschlüsse			0	6	0	4									61	102	11	30
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät																		
Betriebswirtschaftslehre	17	63		3	0												2	5
Volkswirtschaftslehre	2	8		1	0												0	2
VWL-Regional	7	8															0	1
Anzahl der Abschlüsse	26	79	0	4	0	0											2	8
Medizinische Fakultät																		
(Theoret. u. Klinische Medizin)																		
Medizin																	46	61
Zahnmedizin																	19	14
Anzahl der Abschlüsse																	65	75
Philosophische Fakultät																		
Philosophie			5	1	7	4											0	5
Anzahl der Abschlüsse			5	1	7	4											0	5

Studienfach	Diplom		Magister				Baccalaureus		Lehramt (LA)		LA Erw./Künstl.		Kirchl. Abschl.		Staatsexamen		Promotion		Habilitation			
	weibl.	männl.	weibl.	NF	HF	männl.	NF	HF	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.		
Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften																						
Emp. Kulturwissenschaften			8	3	8	2												2	0			
Pädagogik	34		3	2	2	2												0	1			
Pädagogik - Aufbaustudium			19	7	19	3												2	2			
Politikwissenschaften	19	12	1	1	1	1					4	1	1					5	4			
Psychologie			9	4	4	1												1	0			
Soziologie	1	0									6	12						0	1			
Sportwissenschaft/Sport			39	17	33	9					6	16	2	1				10	8	0	0	
Anzahl der Abschlüsse	54	19	39	17	33	9					6	16	2	1				10	8	0	0	
Neuphilologische Fakultät																						
Allg. Rhetorik			5	4	4	3													0	3		
Allg. Sprachwissenschaft			1	2	0	1													2	0		
Allg. Sprechw./Psych./Informatik			1	1	0	0													0	3		
Allg. u. Vergl. Literaturwissenschaft																						
Altere dt. Sprache u. Literatur																						
Amerikanistik			3	3	3	0																
Deutsch											30	12	1	0								
Engl. Sprache u. Lit. d. Mittelalters																						
Englisch											24	6	1	3								
Französisch																						
Italienisch											1	0	1	0								
Linguistik des Deutschen																						
Linguistik des Englischen			2	2	0	1																
Medienwissenschaft (Aufbau)	4	6																				
Mittelalterliche Philologie																						
Neuere deutsche Literatur			7	6	6	6													0	1		
Neuere englische Literatur			6	9	0	1													0	6		
Nordische Philologie			1	0	0														3	0		
Ostslawische Philologie			1	1	0	0																
Portugiesisch																						
Romanische Philologie I			11	6	1	3													1	0		
Romanische Philologie II																						
Russisch											1	0										
Spanisch											5	0										
Sudslawische Philologie			1	1	0																	
Westslawische Philologie																						
Anzahl der Abschlüsse	4	6	38	44	14	20					70	22	4	4				6	13	0	0	

Studienfach	Diplom		Magister				Baccalaureus			Lehramt (LA)			LA Erw./Künstl.			Kirchl. Abschl.		Staatsexamen		Promotion		Habilitation		
	weibl.	männl.	weibl.	NF	NF	männl.	NF	HF	weibl.	männl.	HF	weibl.	männl.	HF	weibl.	männl.	HF	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	
Geschichtswissenschaftliche Fakultät																								
Alte Geschichte			0	2	0	1																		
Geschichte									17	11	1	3												
Historische Hilfswissenschaften																								
Mittelalterliche Geschichte			3	5	0	3															0	1		
Neuere Geschichte																								
Anzahl der Abschlüsse			18	7	9	4			17	11	1	3								0	1	0	0	
Fakultät für Kulturwissenschaften																								
Ägyptologie			0	1	0	0																		
Altorientalistik			0	0	0	2																0	1	
Ethnologie			3		1																			
Griechisch																								
Griechische Philologie			0	0	1	1																		
Indologie			1	2	1	0																		
Irankunde			0		1																			
Islamkunde			2		2																			
Japanologie			1		1																			
Klassische Archäologie			2	4	3	0																		
Koreanistik																								
Kunstgeschichte			15	3	3	2																		
Latein									5	0														
Lateinische Philologie			2		1																			
Musikwissenschaft			4	1	2	2																0	2	
Religionswissenschaft			2	3	3	1																1	2	
Sinologie			4		2																	0	1	
Sprachen u. Kulturen d. Chr. Orient																								
Vergl. Sprachwissenschaft			0	0	0	3																		
Ur- und Frühgeschichte			5	0	3	2																		
Vor- u. Frühgeschichte																								
Anzahl der Abschlüsse			41	14	24	13			5	0	0	0								5	10	0	0	
Mathematische Fakultät																								
Mathematik	2	11							21	23	0	1												
Anzahl der Abschlüsse	2	11							21	23	0	1									3	2	0	0

Studienfach	Diplom		Magister				Baccalaureus		Lehramt (LA)		LA Erw./Künstl.		kirchl. Abschl.		Staatsexamen		Promotion		Habilitation	
	weibl.	männl.	weibl.	NF	HF	männl.	NF	HF	weibl.	männl.	weibl.	HF	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.
Fakultät für Physik	8	35							0	6	1	0					1	8		
Anzahl der Abschlüsse	8	35							0	6	1	0					1	8	0	0
Fakultät für Chemie und Pharmazie																				
Biochemie	8	16																2	6	
Pharmazie	2	11							2	1								7	24	
Anzahl der Abschlüsse	10	27							2	1					34	30		2	2	
Fakultät für Biologie																				
Biologie	25	13							1	6										
Anzahl der Abschlüsse	25	13							1	6										
Geowissenschaftliche Fakultät																				
Geographie	9	4							7	8	1	0								
Geologie																				
Tropical Hydrogeology																				
Mineralogie	0	3																		
Ur- und Frühgeschichte																				
Urgeschichte																				
Anzahl der Abschlüsse	9	7							7	8	1	0						4	9	0
Fakultät für Informatik																				
Informatik	1	19																		
Anzahl der Abschlüsse	1	19																	0	3
Gesamtzahl der Abschlüsse	141	227	143	98	88	56	0	0	140	106	9	10	15	17	160	207	150	257	0	0

Zahl der Studienfälle (Haupt- und Nebenfächer) nach Geschlecht und Studiengängen im Vergleich für das Wintersemester 2000/2001 (Fallzahlen)

Studienfach	Gesamt	weibl.	männl.	Diplom	Magister		Lehramt		kirchl. Abschl.	Staatsexamen	Sonst. Abschl. / Zeilstudenten	Promotion
					HF	NF	HF	NF				

Ev. Theolog. Fakultät

Evang. Theologie	566	262	304	34	31	16	120	11	317		22	14
Anzahl der Fälle	566	262	304	34	31	16	120	11	317	0	22	14

Kath.-Theolog. Fakultät

Kath. Theologie	373	172	201	115	9	13	156	2	48	0	5	25
Anzahl der Fälle	373	172	201	115	9	13	156	2	48	0	5	25

Juristische Fakultät

Rechtswissenschaft	2951	1372	1579		14	186				2655	40	55
Anzahl der Fälle	2951	1372	1579	0	14	186	0	0	0	2655	40	55

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Betriebswirtschaft	1406	586	820	1242		126					31	7
Volkswirtschaftslehre	484	213	281	354	1	119					11	7
WVL-Regional	425	219	206	423	1							1
Anzahl der Fälle	2325	1018	1307	2019	2	245	0	0	0	0	42	15

Studienfach	Gesamt	weibl.	männl.	Diplom		Magister		Lehramt		kirchl./Abschl.	Staatsexamen	Sonst. Abschl.	Promotion
				HF	NF	HF	NF	HF	NF				

Medizinische Fakultät

Neuro- und Verhaltenswissen.	30	13	17									30	
Medizin	2387	1270	1117								2355	14	17
Zahnmedizin	485	226	259								463	1	21
Anzahl der Fälle	2902	1509	1393	0	2818	45	38						

Philosophische Fakultät

Philosophie	711	268	444			357	205	60	5			45	39
Anzahl der Fälle	713	268	445	0	0	357	205	60	5	0	0	45	39

Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften

Emp. Kulturwissenschaft	372	263	109											
Pädagogik	866	555	311			232	128						2	9
Anthropologie	140	108	32			165	75	33	5				4	19
Sozialpsychologie	140	108	32			101								
MEUS/European Studies	12	6	6										12	
Politikwissenschaften	1046	493	553			605	196	180	17				38	9
Psychologie	730	537	193			605	94	3	4				7	17
Soziologie	611	333	278			406	199						5	2
Sportwissenschaft	567	255	312			187	30	4	303	5			35	3
Anzahl der Fälle	4445	2709	1736	1458	1438	696	696	519	31	0	0	243	59	

Studienfach	Gesamt		weibl.		männl.		Diplom	Magister		Lehramt		kirchl. Abschl.	Staatsexamen	Sonst. Abschl.	Promotion
								HF	NF	HF	NF				
Neuphilologische Fakultät															
Allg. Rhetorik	449	275	174						281	157					
Allg. Sprachwissenschaft	91	59	32						48	32				1	9
Allg. Sprachw./Psych./Info	21	13	9						21					5	5
Altere dt. Sprache u. Literatur	51	31	20						10	36					5
Amerikanistik	375	248	127						235	133					6
Deutsch	1020	696	324								803	19		191	7
Deutsch-Sprache und Literatur	672	457	215						6	8					1
Englisch	344	276	68								634	28		9	
Französisch	42	37	5								331	13			
Italienisch	340	253	87						169	156	30	12		7	6
Linguistik des Deutschen	115	90	25						51	61				1	2
Linguistik des Englischen	48	33	15			48									1
Medienwissenschaft	846	588	258						547	242				33	22
Neuere deutsche Literatur	443	328	115						240	196				3	3
Neuere englische Literatur	74	53	21						51	16	2	3		1	10
Nord-Philologie	122	96	26						90	52				6	
Ostslav. Philologie	4	2							3					1	
Mittelalterliche Philologie	50	41	13						283	282				6	6
Romanische Philologie I	90	77	13						3	86					
Romanische Philologie II															
Russisch	28	21	7						1		26	1			
Spanisch	145	112	33								113	31		1	
Sudslawische Philologie	34	22	12						18	16					
Allgem. Literaturwissenschaft	151	113	38						65	77				1	8
Westslav. Philologie	53	44	9						28	24				1	
Anzahl der Fälle	6163	4405	1759		48	2117	1557	1939	107	266	0	0	0	266	91

Studienfach	Gesamt	weibl.	männl.	Diplom	Magister		Lehramt		Kirchl. Abschl.	Staatsexamen	Sonst. Abschl.	Promotion
					HF	NF	HF	NF				

Geschichtswissenschaftliche Fakultät

Alle Geschichte	92	45	47		29	59						
Geschichte	397	203	194				323	26			1	3
Historische Hilfswissensch.	23	9	14		1	22					33	14
Mittelalterliche Geschichte	181	110	71			125						5
Neuere Geschichte	749	390	359		544	185					16	5
Anzahl der Fälle	1442	757	685	0	625	391	323	26	0	0	50	27

Fakultät für Kulturwissenschaften

Ägyptologie	50	29	21									
Altorientalistik	47	28	19		33	11					2	4
Klassische Archäologie	149	93	56		21	20					20	4
Etnologie	216	136	80		61	74		1			10	3
Indologie	14	8	6		158	55					4	1
Griechische Philologie	28	8	20		15	9	21				2	2
Indologie	32	14	18		20	12						
Irankunde	25	12	13		12	9					2	2
Islamwissenschaft	81	44	37		44	36					1	
Japanologie	119	75	44		86	14					18	1
Koreanistik	10	5	5		8	2						
Kunstgeschichte	343	273	70		211	115		3			5	8
Latin	115	69	46		17	18		3				
Latinerische Philologie	37	21	16		108	39		1			1	1
Musikwissenschaft	152	85	67		108	39					2	3
Paläoanthropologie	8	7	1									
Religionswissenschaft	12	9	3		8	6						1
Sprachwissensch.	172	90	82		102	68					3	1
Sprach- u. Kult. d. chr. Orients	15	6	9		67	4						2
Vergl. Sprachwissenschaft	24	15	9		9	4						
Vorderasiatische Archäologie	3	2	1		7	16						1
Vor- u. Frühgeschichte	32	12	20		3	7						2
Anzahl der Fälle	1766	1107	659	0	991	542	134	7	0	0	70	39

Studienfach	Gesamt	weibl.	männl.	Diplom	Magister		Lehramt		kirchl. Abschl.	Staatsexamen	Sonst. Abschl.	Promotion
					HF	NF	HF	NF				

Mathematische Fakultät

Mathematik	406	171	235	137		5	236	9			6	13
Anzahl der Fälle	406	171	235	137	0	5	236	9	0	0	6	13

Fakultät für Physik

Physik	295	69	326	275		1	64	2			12	41
Anzahl der Fälle	295	69	326	275	0	1	64	2	0	0	12	41

Fakultät für Chemie und Pharmazie

Biochemie	346	115	231	319							8	19
Chemie	392	141	251	232		1	81	2			21	55
Pharmazie	413	311	102							379	6	28
Anzahl der Fälle	1151	567	584	551	0	1	81	2	0	379	35	102

Fakultät für Biologie

Anthropologie	0	0	0									
Biologie	1193	706	487	756		4	233	4			20	138
Anzahl der Fälle	1193	706	487	756	4	53	233	4	0	0	20	138

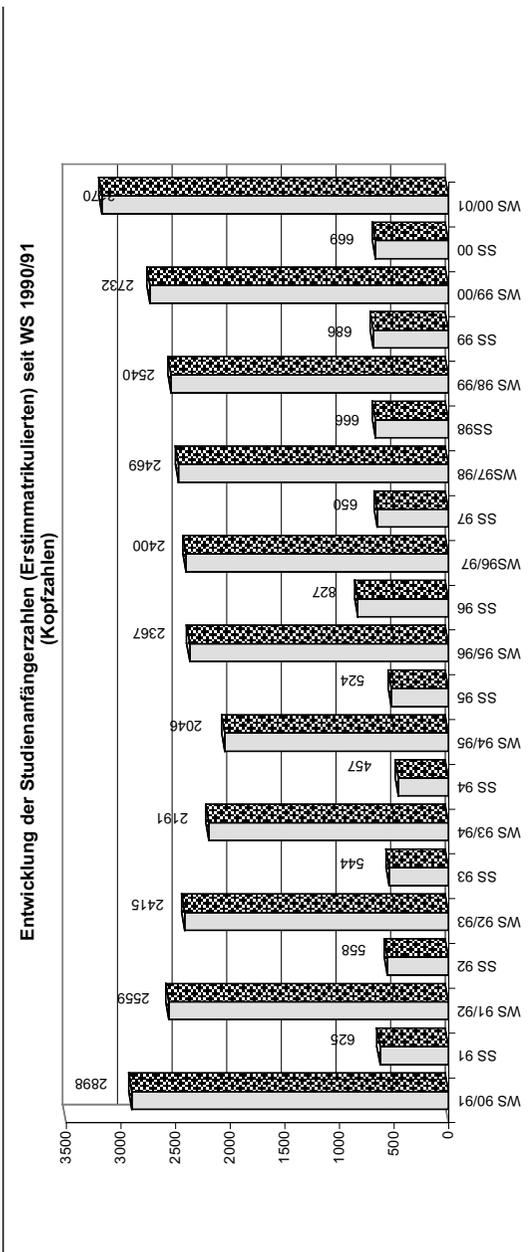
Studienfach	Gesamt		weibl.		männl.		Diplom	Magister		Lehramt		Kirchl. Abschl.	Staatsexamen	Sonst. Abschl.	Promotion
								HF	NF	HF	NF				

Geowissenschaftl. Fakultät

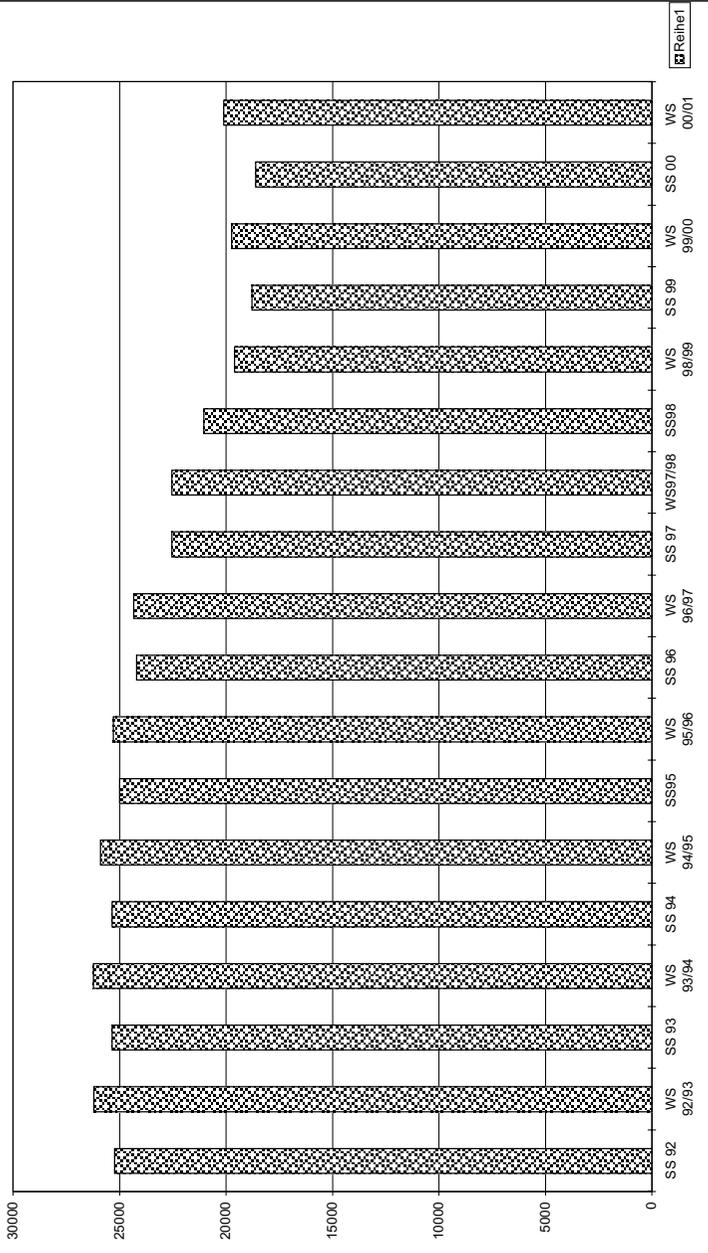
Geographie	553	264	289	200	33	54	227	20							
Geologie	261	89	172	156		80	1							9	9
Geoscience	31	11	20	21										3	21
Mineralogie	25	7	18	21										31	
Tropical Hydrogeology	33	6	27											2	2
Ur- und Frühgeschichte	170	102	68			32	1							33	
Ungeschichte	8	3	5			7	1							3	14
Anzahl der Fälle	1081	482	599	377	160	167	229	20	0	0	0	0	0	81	46

Fakultät für Informatik

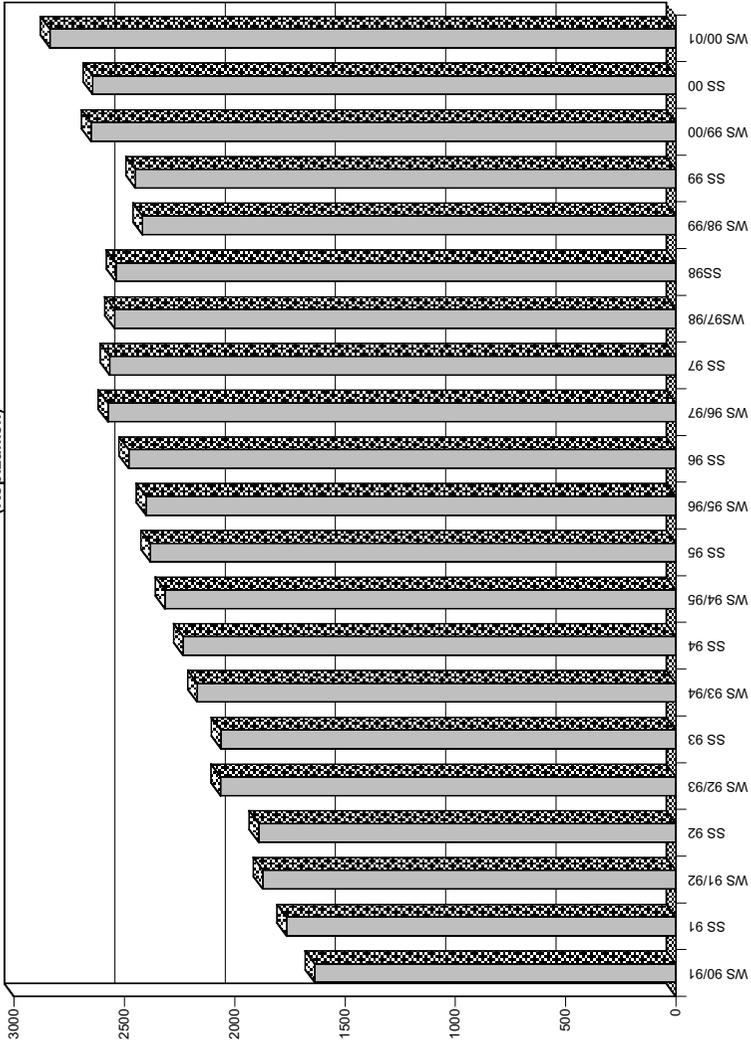
Informatik	636	120	516	564	1	29	3	19						6	14
Bioinformatik	327	110	217	325										2	2
Anzahl der Fälle	963	230	733	889	1	29	3	19	0	0	0	0	0	6	16
Gesamtzahl d. Fälle	28735	16804	13032												

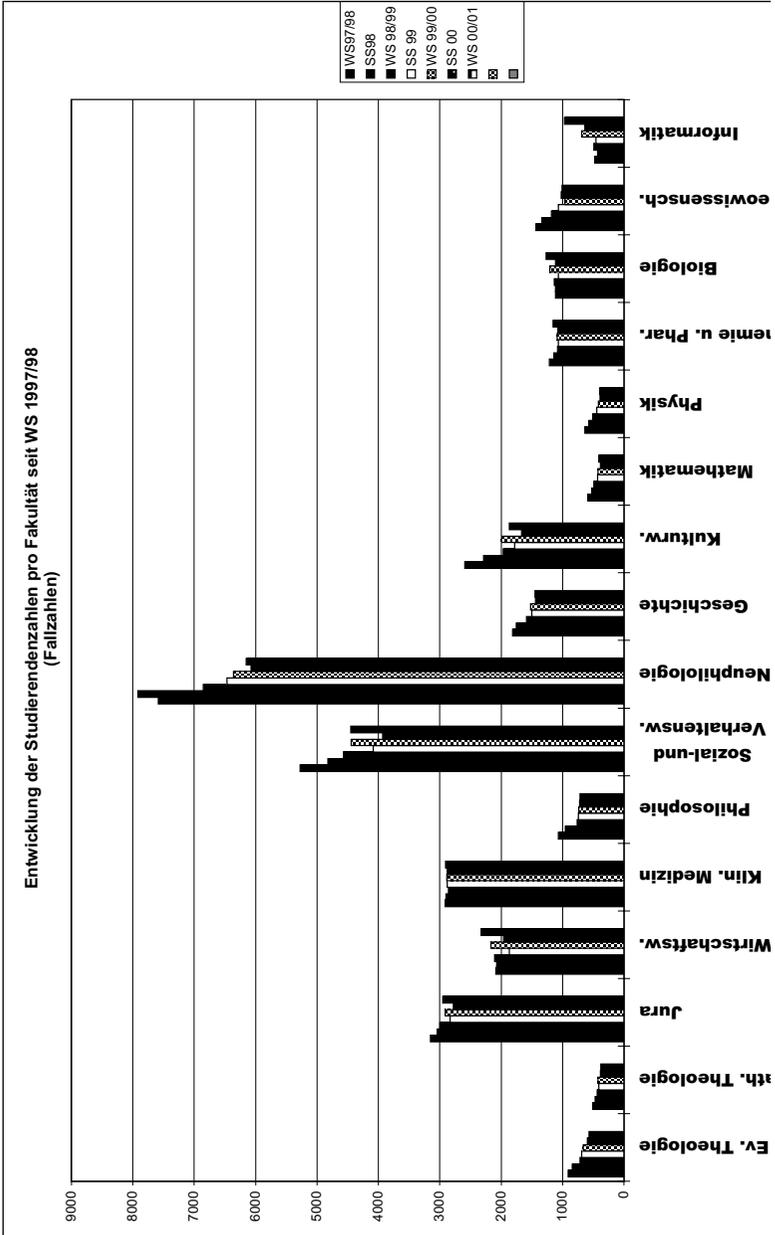


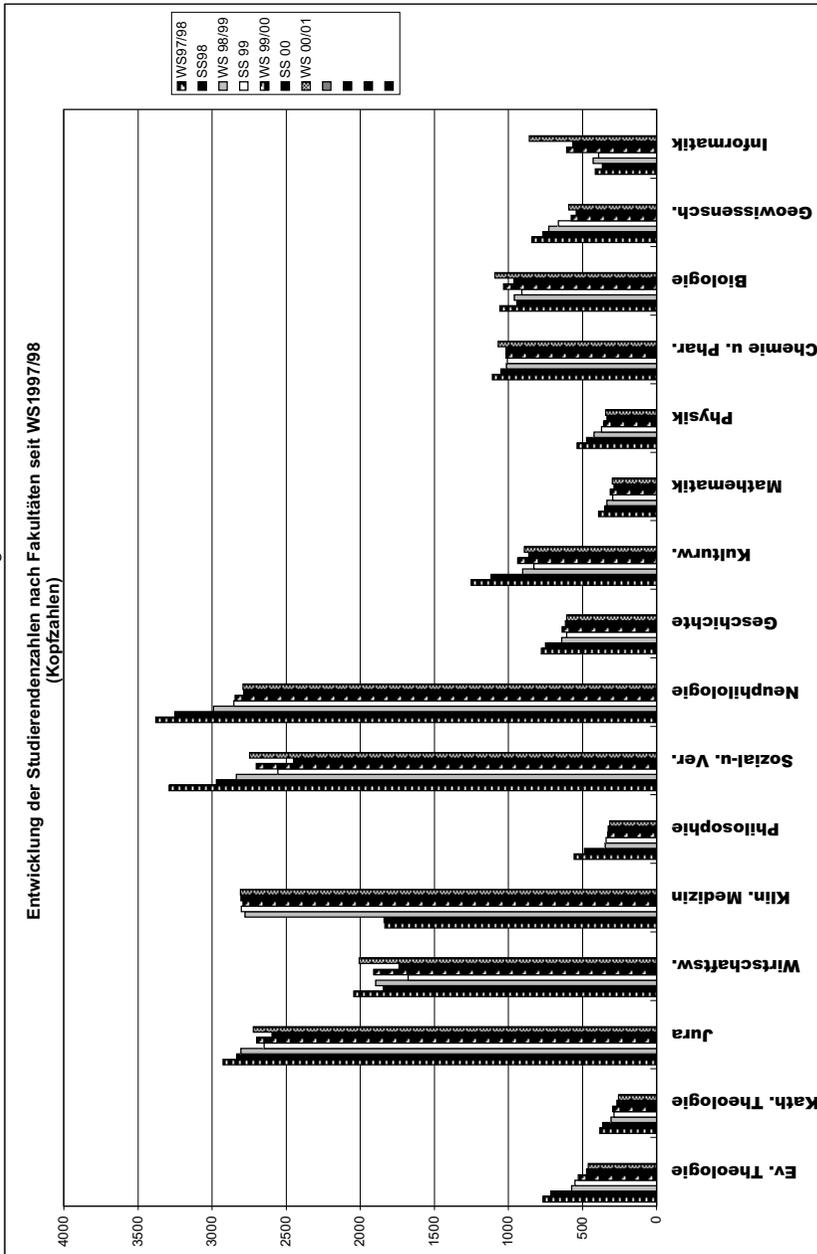
Gesamtzahl der Studierenden der Eberhard-Karls-Universität Tübingen



Entwicklung der Zahl der ausländischen Studierenden seit WS 1990/91
(Kopfzahlen)







A 10

Studierende im 14. Fachsemester und höher im Wintersemester 2000/2001 (Fallzahlen)	In % der Gesamt- zahlen	
Evangelisch- theologische Fakultät		
Evangelische Theologie	49	
Gesamt:	49	8,66
Katholisch- theologische Fakultät		
Katholische Theologie	36	
Gesamt:	36	9,65
Juristische Fakultät		
Rechtswissenschaft	181	
Gesamt:	181	6,13
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät		
Betriebswirtschaft	47	
Volkswirtschaftslehre	13	
Internationale Volkswirtschaftslehre	8	
Gesamt:	68	2,93
Medizinische Fakultät		
Medizin	313	
Neuro- und Verhaltenswissenschaften	0	
Zahnmedizin	34	
Gesamt:	347	11,96
Philosophische Fakultät		
Philosophie	77	
Gesamt:	77	10,81
Fakultät für Sozial- u. Verhaltenswissenschaften		
Empirische Kulturwissenschaft	48	
Pädagogik	97	
Sonderpädagogik	0	
Politikwissenschaft	103	
Psychologie	61	
Soziologie	40	
Sportwissenschaft	36	
Gesamt:	385	8,66
Neuphilologische Fakultät		
Allg. Sprachwissenschaft-Psychologie-Informatik	5	
Allgemeine Rhetorik	35	
Allgemeine Sprachwissenschaft	5	
Ältere deutsche Sprache und Literatur	7	
Amerikanistik	35	
Deutsch	92	
Englisch	68	
Englische Sprache und Literatur des Mittelalters	4	
Französisch	31	
Italienisch	2	
Linguistik des Deutschen	34	
Linguistik des Englischen	11	
Medienwissenschaft\Medienpraxis	0	
Neuere deutsche Literatur	108	
Neuere englische Literatur	47	
Nordische Philologie	9	

Studierende im 14. Fachsemester und höher im Wintersemester 2000/2001 (Fallzahlen)	In % der Gesamt- zahlen	
Ostslavische Philologie	22	
Portugiesisch	0	
Romanische Philologie I	69	
Romanische Philologie II	18	
Russisch	5	
Spanisch	5	
Südslavische Philologie	1	
Allgemeine Literaturwissenschaft	12	
Westslavische Philologie	10	
Gesamt:	635	10,32
Geschichtswissenschaftliche Fakultät		
Alte Geschichte	8	
Geschichte	32	
Historische Hilfswissenschaften	3	
Mittelalterliche Geschichte	17	
Neuere Geschichte	80	
Gesamt:	140	9,69
Fakultät für Kulturwissenschaften		
Ägyptologie	3	
Altorientalische Philologie	5	
Ethnologie	18	
Griechisch	5	
Griechische Philologie	3	
Indologie	1	
Irakunde	4	
Islamwissenschaft	8	
Japanologie	13	
Klassische Archäologie	20	
Koreanistik	1	
Kunstgeschichte	39	
Latein	16	
Lateinische Philologie	6	
Musikwissenschaft	25	
Religionswissenschaft	15	
Sinologie	9	
Sprachen und Kulturen des Christlichen Orients	0	
Vergleichende Sprachwissenschaft	0	
Ur- und Frühgeschichte	4	
Gesamt:	195	10,48
Mathematische Fakultät		
Mathematik	39	
Gesamt:	39	9,61
Fakultät für Physik		
Physik	39	
Gesamt:	39	9,87

Studierende im 14. Fachsemester und höher im Wintersemester 2000/2001 (Fallzahlen)		In % der Gesamt- zahlen
Fakultät für Chemie und Pharmazie		
Biochemie	15	
Chemie	27	
Pharmazie	10	
Gesamt:	52	4,51
Fakultät für Biologie		
Biologie	27	
Gesamt:	27	2,13
Geowissenschaftliche Fakultät		
Geographie	47	
Geologie/Paläontologie	32	
Tropical Hydrogeology (Aufbau)	0	
Applied Environmental Geosience (AEG Aaufbau)	0	
Mineralogie	1	
Geoökologie / Ökosystemmanagement	0	
Geowissenschaften	0	
Vor- und Frühgeschichte	19	
Gesamt:	99	9,84
Fakultät für Informatik		
Bioinformatik	0	
Informatik	55	
Gesamt:	55	5,71
Studierende im 14. Fachsemester und höher	2424	8,38

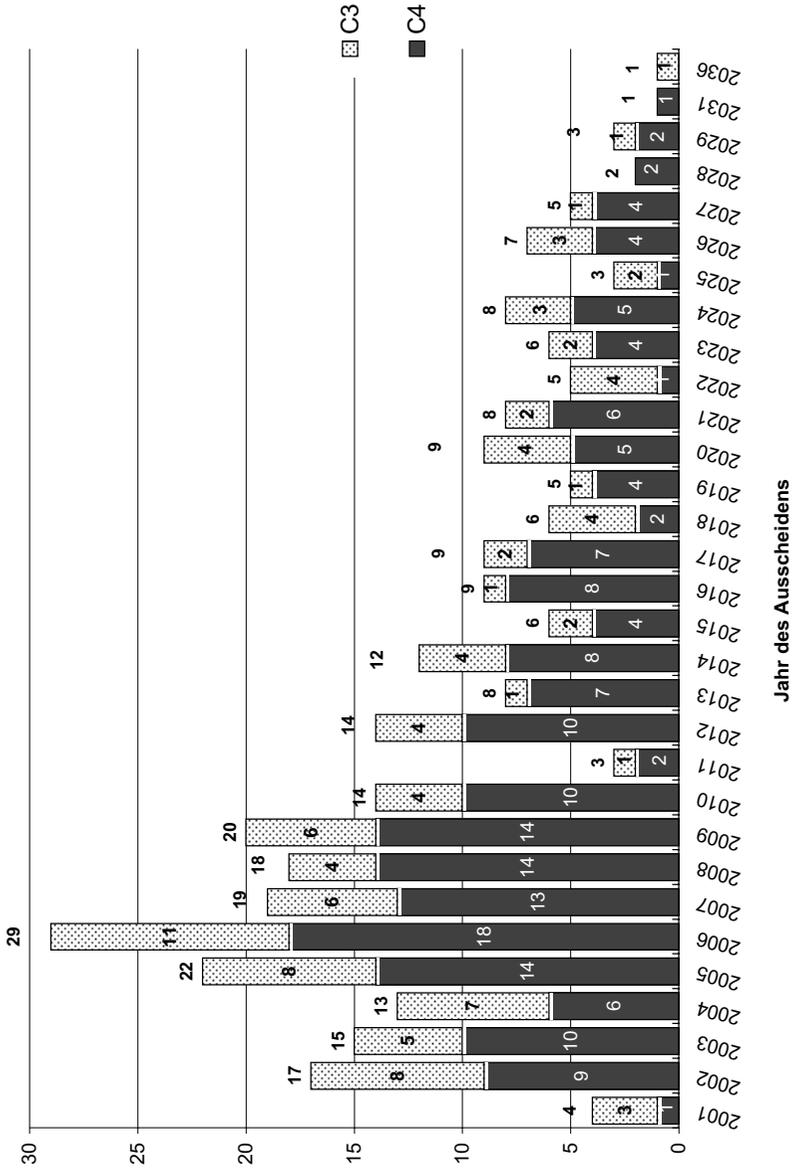
A 11

Anzahl der Studierenden in einem Zweitstudium im Wintersemester 2000/2001 (Kopfzahlen)		in % der Kopfzahlen
Evangelisch-Theologische Fakultät	15	3,3
Katholisch-Theologische Fakultät	14	5,5
Juristische Fakultät	72	2,6
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	27	1,3
Medizinische Fakultät	70	2,5
Philosophische Fakultät	31	9,9
Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften	100	3,6
Neuphilologische Fakultät	64	2,3
Geschichtswissenschaftliche Fakultät	14	2,3
Fakultät für Kulturwissenschaften	44	4,9
Mathematische Fakultät	8	2,7
Fakultät für Physik	6	1,8
Fakultät für Chemie und Pharmazie	15	1,4
Fakultät für Biologie	9	0,8
Geowissenschaftliche Fakultät	19	3,2
Fakultät für Informatik	11	1,3
Gesamtzahl der Studierenden	519	2,6
Anzahl der Studierenden in einem Zweitstudium im Wintersemester 2000/2001 (Fallzahlen)		in % der Fallzahlen
Evangelisch-Theologische Fakultät	19	3,4
Katholisch-Theologische Fakultät	13	3,5
Juristische Fakultät	72	2,4
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	29	1,2
Medizinische Fakultät (Theoretische Medizin)	68	2,3
Philosophische Fakultät	50	7,0
Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften	126	2,8
Neuphilologische Fakultät	150	2,4
Geschichtswissenschaftliche Fakultät	28	1,9
Fakultät für Kulturwissenschaften	93	5,0
Mathematische Fakultät	8	2,0
Fakultät für Physik	9	2,3
Fakultät für Chemie und Pharmazie	17	1,5
Fakultät für Biologie	12	0,9
Geowissenschaftliche Fakultät	29	2,9
Fakultät für Informatik	11	1,1
Gesamtzahl der Studierenden	734	2,5

Stellenplanübersicht nach dem Haushaltsplan 2001

	Kapitel 1415	
Rektor	1	
Kanzler	1	
C 4 - Professoren	263	
C 3 - Professoren	159	(1 k.w.)
C 2 – Professoren/Hochschuldozenten/Oberassistenten	112	(1 k.w.)
C 1 - Wissenschaftliche Assistenten	436,5	(1 k.w.)
Akademische Direktoren	37	
Akademische Oberräte - A 14	128	(11 k.w.)
Oberstudienräte an einer Hochschule - A 14	2	
Akademische Räte - A 13	81	(7 k.w.)
Studienräte an einer Hochschule - A 13	4	
Wissenschaftlicher Dienst	1224,5	(21 k.w.)
Ltd. Reg. Direktor und Ltd. Bibliotheksdirektor	2	
Verwaltung, Technik, Bibliotheks- und sonstiger		
Höherer Dienst	32	
Gehobener Dienst	83	
Mittlerer Dienst	32	
Einfacher Dienst	50	
Verwaltung	199	
Beamte	1423,5	(21 k.w.)
Ärztlicher Dienst	540	
Wissenschaftlicher Dienst	192,5	(3 k.w.)
Bibliotheksdienst	113,5	
Technischer Dienst	339	(2,5 k.w.)
Verwaltungs-, Registratur- und Hausdienst	367,5	(3 k.w.)
Auszubildende	19	
Medizinisch-Technischer Dienst	195,5	
Pflege- u. Funktionsdienst; Med.-technischer Dienst (o. Klinikum)	7	
Angestellte	1774	(8,5 k.w.)
Arbeiter	104	
Auszubildende	75	
Arbeiter	179	
Stellen insgesamt:	3376,5	(29,5 k.w.)
<u>Anmerkungen:</u>		
Dritte Spalte betrifft Universität ohne Medizin		

Altersstruktur C4/C3 Professoren
(ohne Mediziner)



Personalstatistik (wissenschaftlicher Dienst) nach Beschäftigungsstelle (ohne Drittmittelbeschäftigte)

	Beschäftigte insgesamt			männlich			weiblich					
	F i l e	Vollzeit	Teilzeit	F i l e	Vollzeit	Teilzeit	F i l e	Vollzeit	Teilzeit			
										<100 % <=75 % >75 %	<=50 % <=25 % >25 %	<100 % <=75 % >75 %
Evang.-Theol. Fakultät	47	38	6	3	37	34	1	2	10	4	5	1
Kath.-Theol. Fakultät	40	32	5	3	29	25	2	2	11	7	3	1
Juristische Fakultät	88	56	4	19	69	50	4	10	5	19	6	4
Wirtschaftswiss. Fakultät	71	56	1	2	6	58	48	1	2	4	3	3
Medizinische Fakultät (Vorklinik)	3	3			3	3			0			
Philosophische Fakultät	17	14		3	14	12		2	3	2		1
Fak. f. Soz.- u. Verb.-wiss.	154	95	7	42	101	72	6	19	4	53	23	1
Neuphilolog. Fakultät	159	124	1	2	20	12	1	11	6	51	34	1
Geschichtswiss. Fakultät	43	33		7	3	32	25		4	3	8	3
Fak. f. Kulturwissensch.	123	84	1	3	76	59	1	15	1	47	25	22
Mathematische Fakultät	45	31		10	42	29		10	3	3	2	1
Fakultät für Physik	148	85	3	5	135	82	3	46	4	13	3	10
Fak. f. Chemie u. Pharmaz.	195	74	5	11	166	66	4	93	3	29	8	1
Fak. F. Chemie u. Pharmaz.	55	19		34	34	15		17	2	21	4	17
Fakultät für Biologie	200	117	1	7	137	90		44	3	63	27	1
Geowissensch. Fakultät	131	81	1	4	107	71	1	33	2	24	10	13

Personalstatistik (wissenschaftlicher Dienst) nach Beschäftigungsstelle (ohne Drittmittelbeschäftigte)

Stichtag: 30. Juni 2001

	Beschäftigte insgesamt			männlich			weiblich							
	Fälle	Vollzeit	Teilzeit	Fälle	Vollzeit	Teilzeit	Fälle	Vollzeit	Teilzeit					
										<100 % >75 %	<=50 % >50 %	<=50 % >50 %	<=50 % >50 %	<=50 % >50 %
Fakultät für Informatik	91	71	1	13	6	89	69	1	13	6	2	2		
Sonderforschungsbereiche	108	29	5	73	1	72	20	3	48	1	36	9	2	25
Universitätsverwaltung	15	2	3	10		5	1	2	2		10	1	1	8
Frauenbeauftragte der Uni	2	0		2		0					2			2
Zentrum für Ethik d. Wiss.	7	5	2	2		4	2	2	2		3	3		
Z.I.E.L.	1	0	1			0					1			1
Universitätsbibliothek	6	6				5	5				1	1		
Zentrum für Datenverb.	21	17	1	2	1	18	14	1	2	1	3	3		
Universitätsapotheke	1	1				0					1	1		
Isotopenlabor	2	2				2	2				0			
in Verbindung m. d. Uni	7	3	4			4	2	2	2		3	1		2
Universitätsradio	1	0	1			0					1			1
Graduiertenkolleg	1	0	1			0					1			1
Fachsprachenzentrum	1	1				1	1				0			
Endsumme:	1.783	1.079	4	35	589	1.348	887	3	27	380	435	192	1	8
					76				51					25

		gesamt	Frauen	Männer
Evangelisch-Theologische Fakultät	BAT 2a	5	2	3
		5	2	3
Katholisch-Theologische Fakultät	BAT 2a	3	1	2
		3	1	2
Juristische Fakultät	BAT 2a	2	0	2
		2	0	2
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	BAT 2a	4	0	4
		4	0	4
Philosophische Fakultät	BAT 2a	2	1	1
		2	1	1
Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissensch.	BAT 2a	27	15	12
		27	15	12
Neuphilologische Fakultät	BAT 1b	2	0	2
	BAT 2a	21	7	14
	BAT 5b	1	0	1
	BAT 5c	2	1	1
		26	8	18
Geschichtswissenschaftliche Fakultät	BAT 2a	7	3	4
	BAT 8	1	1	0
		8	4	4
Fakultät für Kulturwissenschaft	BAT 2a	35	19	16
	BAT 4b	1	0	1
	BAT 5c	1	0	1
	BAT 7	1	1	0
		38	20	18
Mathematische Fakultät	BAT 2a	6	1	5
		6	1	5
Fakultät für Physik	BAT 1a	1	0	1
	BAT 1b	2	0	2
	BAT 2a	71	8	63
	BAT 5c	1	0	1
		75	8	67
Fakultät für Chemie und Pharmazie	BAT 2a	76	14	62
	BAT 3	2	2	0
	BAT 5b	1	1	0
	BAT 5c	2	2	0
	BAT 6b	2	0	2
	BAT 6b/5c	1	1	0
	MT 3	1	0	1
		85	20	65

		gesamt	Frauen	Männer
Fakultät für Chemie und Pharmazie	BAT 2a/1b	2	0	2
	BAT 2a	11	7	4
	PAUVGT	1	1	0
		14	8	6
Fakultät für Biologie	BAT 1b	2	0	2
	BAT 2a	101	44	57
	BAT 4b	2	2	0
	BAT 5a	1	0	1
	BAT 5b	8	6	2
	BAT 5c	9	8	1
	BAT 6b	6	5	1
	BAT 7	3	3	0
	MT 4	1	1	0
	MT 2a	1	0	1
		134	69	65
Geowissenschaftliche Fakultät	BAT 1b	1	0	1
	BAT 2a	79	21	58
	BAT 4b	3	2	1
	BAT 5b	6	2	4
	BAT 5c	3	3	0
	BAT 6b	4	4	0
	BAT 7	1	0	1
	97	32	65	
Fakultät für Informatik	BAT 1b	2	0	2
	BAT 2a	45	1	44
	BAT 3	1	0	1
	BAT 8	1	1	0
	49	2	47	
Sonderforschungsbereiche	BAT 2a	104	34	70
	BAT 3	1	1	0
	BAT 4a	1	1	0
	BAT 5b	1	1	0
	BAT 5c	5	4	1
	BAT 6b	3	3	0
	WIHI 1	1	0	1
	116	44	72	
Universitätsverwaltung	BAT 2a	6	6	0
	BAT 4a	1	0	1
	BAT 5c	3	3	0
	BAT 6b	2	2	0
	BAT 7	1	1	0
	13	12	1	
Zentrum für Ethik in den Wissenschaften	BAT 2a	5	2	3
	BAT 7	1	1	0
		6	3	3

		gesamt	Frauen	Männer
Z.I.E.L.	BAT 2a	1	1	0
		1	1	0
Universitätsbibliothek	BAT 2a	1	0	1
	BAT 5c	1	1	0
	BAT 6b	1	1	0
	BAT 9b	1	0	1
		4	2	2
Zentrum für Datenverarbeitung	BAT 2a	8	3	5
	BAT 5b	1	1	0
	BAT 5c	2	1	1
		11	5	6
in Verbindung mit der Universität	BAT 2a	7	3	4
		7	3	4
Graduiertenkollegs	BAT 2a	1	1	0
		1	1	0
Endsumme		734	262	472

A 16

Beschäftigte im wissenschaftlichen Dienst (ohne Drittmittel)

tatsächliche Besetzung zum Stichtag: 30.06.01

		gesamt	Frauen	Männer
Evangelisch-Theologische Fakultät	C 4	12	1	11
	C 3	1	0	1
	C 1	11	2	9
	A 14	1	0	1
	A 13	3	0	3
	BAT 1b	1	0	1
	BAT 2a	16	7	9
		45	10	35
Katholisch-Theologische Fakultät	C 4	14	1	13
	C 3	1	0	1
	C 1	10	3	7
	A 15	1	0	1
	A 14	1	0	1
	BAT 2a/1b	1	1	0
	BAT 2a	11	5	6
		39	10	29
Juristische Fakultät	C 4	21	0	21
	C 4 LV*	1	0	1
	C 3	1	0	1
	C 2	1	0	1
	C 1	20	6	14
	BAT 1b	1	1	0
	BAT 2a	43	12	31
		88	19	69
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	C 4	15	1	14
	C 4 LV	1	0	1
	C 3	1	0	1
	C 2	2	0	2
	C 1	10	3	7
	A 15	1	0	1
	A 14	1	0	1
	A 13	2	0	2
	BAT 1b	2	1	1
	BAT 2a	35	8	27
		70	13	57
Medizinische Fakultät (Vorklinik)	A 14	2	0	2
	BAT 1b	1	0	1
		3	0	3
Philosophische Fakultät	C 4	4	0	4
	C 3	3	0	3
	C 1	3	1	2
	BAT 2a	7	2	5
		17	3	14

* LV: Lehrstuhlvertretung

Beschäftigte im wissenschaftlichen Dienst (ohne Drittmittel)

tatsächliche Besetzung zum Stichtag: 30.06.01

		gesamt	Frauen	Männer
Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften	C 4	19	1	18
	C 4 LV	1	0	1
	C 3	11	1	10
	C 2	3	1	2
	C 1	17	9	8
	A 15	2	0	2
	A 14	11	1	10
	A 13	1	0	1
	BAT 1b	10	2	8
	BAT 2a	77	38	39
		152	53	99
Neuphilologische Fakultät	C 4	20	3	17
	C 4 LV	1	0	1
	C 3	12	2	10
	C 3 LV	3	2	1
	C 2	8	2	6
	C 1	19	9	10
	A 15	2	0	2
	A 14	10	1	9
	A 13	5	2	3
	BAT 1a	1	0	1
	BAT 1b	12	3	9
	BAT 2a	61	25	36
	BAT 2b	1	1	0
		155	50	105
	Geschichtswissenschaftliche Fakultät	C 4	7	0
C 3		4	2	2
C 3 LV		1	0	1
C 2		3	1	2
C 1		11	3	8
A 14		3	0	3
A 13		3	0	3
BAT 2a		10	4	6
		42	10	32
Fakultät für Kulturwissenschaften	C 4	14	1	13
	C 3	16	3	13
	C 3 LV	2	1	1
	C 2	4	0	4
	C 1	11	3	8
	A 15	1	1	0
	A 14	3	0	3
	A 13	9	4	5
	BAT 1b	4	2	2
	BAT 2a	56	29	27
	BAT 2b	2	2	0
	122	46	76	

Beschäftigte im wissenschaftlichen Dienst (ohne Drittmittel)

tatsächliche Besetzung zum Stichtag: 30.06.01

		gesamt	Frauen	Männer
Mathematische Fakultät	C 4	9	0	9
	C 3	5	0	5
	C 2	3	0	3
	C 1	9	1	8
	A 14	1	0	1
	A 13	1	0	1
	BAT 2a/1b	1	0	1
	BAT 2a	16	2	14
		45	3	42
Fakultät für Physik	C 4	13	0	13
	C 3	6	0	6
	C 2	2	0	2
	C 2 LV	1	1	0
	C 1	14	1	13
	A 15	1	0	1
	A 14	2	0	2
	A 13	3	0	3
	BAT 1a	1	0	1
	BAT 1b	15	0	15
	BAT 2a/1b	5	1	4
	BAT 2a	80	10	70
		143	13	130
	Fakultät für <u>Chemie</u> und Pharmazie	C 4	5	0
C 4 LV		2	1	1
C 3		14	1	13
C 3 LV		3	0	3
C 2		6	0	6
C 2 LV		1	1	0
C 1		6	2	4
A 15		3	0	3
A 14		5	0	5
A 13		4	1	3
BAT 1b		11	1	10
BAT 2a/1b		6	1	5
BAT 2a		122	21	101
		188	29	159
Fakultät für <u>Chemie</u> und <u>Pharmazie</u>	C 4	3	0	3
	C 4 LV	1	0	1
	C 3	3	1	2
	C 2	1	0	1
	C 1	3	0	3
	A 14	1	0	1
	A 13	1	0	1
	BAT 1b	1	0	1
	BAT 2a/1b	7	2	5
	BAT 2a	32	18	14
		53	21	32

Beschäftigte im wissenschaftlichen Dienst (ohne Drittmittel)

tatsächliche Besetzung zum Stichtag: 30.06.01

		gesamt	Frauen	Männer
Fakultät für Biologie	C 4	15	1	14
	C 3	4	0	4
	C 2	9	1	8
	C 1	27	10	17
	A 15	4	0	4
	A 14	9	1	8
	A 13	5	1	4
	BAT 1b	7	2	5
	BAT 2a/1b	2	0	2
	BAT 2a	106	43	63
		188	59	129
	Geowissenschaftliche Fakultät	C 4	10	0
C 3		12	0	12
C 3 LV		2	0	2
C 2		4	0	4
C 1		9	0	9
A 15		1	0	1
A 14		1	0	1
A 13		5	0	5
BAT 1b		3	1	2
BAT 2a/1b		3	0	3
BAT 2a		82	22	60
		132	23	109
Fakultät für Informatik		C 4	7	0
	C 3	4	0	4
	C 1	5	0	5
	A 13	1	0	1
	BAT 1b	1	0	1
	BAT 2a/1b	1	0	1
	BAT 2a	66	2	64
	BAT 3	1	0	1
		86	2	84
Sonderforschungsbereiche	BAT 1b	1	0	1
	BAT 2a	85	27	58
	BAT 3	1	1	0
	87	28	59	
Universitätsverwaltung	BAT 1b	1	0	1
	BAT 2a	14	9	5
	15	9	6	
Frauenbeauftragte der Universität	BAT 2a	2	2	0
		2	2	0
Zentrum für Ethik in den Wissenschaften	A 13	1	0	1
	BAT 2a	6	3	3
		7	3	4
Z.I.E.L.	BAT 2a	1	1	0
		1	1	0

Beschäftigte im wissenschaftlichen Dienst (ohne Drittmittel)

tatsächliche Besetzung zum Stichtag: 30.06.01

		gesamt	Frauen	Männer
Universitätsbibliothek	BAT 1b	3	0	3
	BAT 2a	3	1	2
		6	1	5
Zentrum für Datenverarbeitung	BAT 1	1	0	1
	BAT 1a	2	0	2
	BAT 1b	7	0	7
	BAT 2a	11	3	8
		21	3	18
Universitätssapothek	BAT 1b	1	1	0
		1	1	0
Isotopenlabor	A 15	1	0	1
	A 13	1	0	1
		2	0	2
wissenschaftliche Einrichtungen in Verbindung mit der Universität	BAT 2a	7	3	4
		7	3	4
Universitätssradio	BAT 2a	1	1	0
		1	1	0
Graduiertenkollegs	BAT 2a	2	1	1
		2	1	1
Fachsprachenzentrum	BAT 1b	1	0	1
		1	0	1
Endsumme:		1.721	417	1.304

